

LEIPZIGER ZUSTÄNDE **JAN**2023

www.chronikLE.org

photo: Christoph Heitke



LEIPZIGER ZUSTÄNDE JAN 2023

chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig



INHALTSVERZEICHNIS



HISTORISCHE KONTINUITÄTEN

- 08 COLONIAL MEMORY**
ReTelling DOAA – Perspektiven wechseln!
von ReTelling DOAA
- 10 UNAUFGEARBEITETE „SCHÄDELFORSCHUNG“ AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG**
Die Geschichte eines bizarren Fundes
von Harika Dauth
- 12 DUNKEL WAR IN ESPENHAIN NICHT NUR DIE KOHLE...**
Nationalsozialistische Zwangsarbeit und deren Aufarbeitung in der Braunkohleindustrie
von Martin Haufe und Martin Baumert
- 14 DIE POGROME VON MORGEN VERHINDERN**
Alltägliche Solidarität trotz rassistischer Gewalt und rechter Raumnahme in Grünau
von Paul Zschocke



RASSISMUS

- 18 REDEBEITRAG ZUR DEMONSTRATION NACH DEM BRANDANSCHLAG IN GRÜNAU**
von Perspectives
- 20 RASSISMUS IST UNGESUND; EINE DIAGNOSE DER MISSTÄNDE**
von chronik.LE
- 24 DEZENTRALES WOHNEN FÜR GEFLÜCHTETE**
Der schwere Weg zur eigenen Wohnung
von Kontaktstelle Wohnen
- 26 DIE INFOSTELLE ASYL & BILDUNG IM GESPRÄCH**
Ein Gespräch zwischen Hannah Franke, Salomon Gehring und Ahmad Ali Nasari
- 28 NEUE ALTE FEINDLICHKEIT**
Wie der antislawische Rassismus mit dem Krieg in der Ukraine auch in Leipzig wieder entfacht wird
von JS
- 30 »AUS DER CHRONIK«**
Eine kurze Auswahl rassistischer Ereignisse
von chronik.LE



EXTREME RECHTE

- 34 STRUKTUREN DER EXTREMEN RECHTEN IN UND UM LEIPZIG**
von chronik.LE
- 38 SCHLAGLICHTER AUS DER BLAUZONE**
von chronik.LE
- 44 GRIMMA ALS NEUE HOCHBURG DER EXTREMEN RECHTEN IM MULDENTAL?**
von Grimma zeigt Kante
- 46 SCHEINRIESE MIT DROHPOTENTIAL**
Die Jungen Nationalisten in Wurzen
von NDK Wurzen
- 48 RECHTS ROCKT STAUPITZ – BEREITS SEIT 14 JAHREN**
von Steven Hummel
- 52 UWE STEIMLE UND DIE EXTREME RECHTE**
Einschätzungen zu einem ostdeutschen Kabarettisten
von Halle gegen Rechts
- 54 (K)EIN ENDE IN SICHT?**
Der Prozess-Marathon zum Angriff auf Connewitz geht ins fünfte Jahr – von Aufklärung nach wie vor keine Spur
von Prozess1101.org
- 56 RECHTE KONTINUITÄTEN IN ZSCHOCHER UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE GEGENSTRATEGIEN**
von Vernetzung Zschocher
- 58 AUS DER CHRONIK**
Eine kurze Auswahl neonazistischer Ereignisse
von chronik.LE

LEIPZIGER ZUSTÄNDE



VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN, ANTISEMITISMUS & ISLAMISMUS

- 62 TANZEN UND TANTRA IN DER CORONA-DIKTATUR**
Esoterik als Einstieg in Verschwörungserzählungen
von Florian Teller
- 64 ZWISCHEN ZWIEBELN UND NAZIS**
Verschwörungsideologische Proteste in Borna
von Paul Podbielski
- 68 DER KLEINSTE GEMEINSAME NENNER: ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS**
von chronik.LE
- 72 WAS BEDEUTET ANTISEMITISCHE NORMALITÄT?**
Antisemitismus beginnt nicht erst mit physischer Gewalt und brennenden Synagogen
von Cedric Krugtaler und Monty Ott
- 74 UMSTRITTENER IMAM**
Hassan Dabbagh und die Al-Rahman-Moschee
von Maximilian Ellebrecht
- 76 AUS DER CHRONIK**
Eine kurze Auswahl verschwörungsideologischer und antisemitischer Ereignisse
von chronik.LE



ANTIFEMINISMUS

- 80 DER VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGISCHE WAHN EINER „FEMINISMUS-AGENDA“**
von Marie Künne
- 83 EINE FRAGE DER PRIORITÄTEN:**
Ungewollt schwanger in der Pandemie
von Pro Choice Leipzig
- 86 SUPPORT PRO CHOICE AKTIVISMUS!**
Auseinandersetzung mit der Fachtagung des Bundesverband Lebensrecht am 30. April 2022 und der feministischen Intervention dagegen
von einer feministischen Recherchecrew
- 89 NACH DEM OUTCALL**
Ein Interview mit der Gruppe Mora anlässlich der Veröffentlichung von „Piss on Patriarchy“
von chronik.LE
- 92 AUS DER CHRONIK**
Eine kurze Auswahl antifeministischer Ereignisse
von chronik.LE



DOKUMENTATION & PRAXIS

- 96 WIE NUTZE ICH DIE WEBSEITE?**
von chronik.LE
- 97 EIN BLICK IN DIE CHRONIK**
von chronik.LE
- 100 ANTISEMITISMUS IN SACHSEN**
Die Einrichtung der Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus in Sachsen
von RIAS Sachsen
- 102 LICHT INS DUNKEL BRINGEN**
Einrichtung einer Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Sachsen
von IMA
- 104 BELÄSTIGUNGEN AUF DER STRASSE ANKREIDEN**
von Catcalls of Leipzig
- 105 „BETROFFENESTIMMEN HÖRBAR MACHEN“**
Ein Interview mit Anna und Eva vom chronik.LE-Podcast „Bei uns doch nicht“
von Pia Siemer
- 106 DIE EIGENTLICHE KATASTROPHE IST DAS „SO WEITER MACHEN“**
von Pia und Walther

chronik.LE

www.chronikLE.org

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

in unserer Online-Chronik haben wir mittlerweile mehr als 5.300 Ereignisse dokumentiert. Diese reichen von neonazistischen Schmierereien und Stickern über rechte Demonstrationen und verbale Angriffe bis hin zu körperlicher Gewalt. Die immense Zahl, die wir seit der Gründung von chronik.LE 2008 dokumentiert haben, macht deutlich, dass es in der Region Leipzig ein Problem mit Neonazismus, rechten Strukturen sowie mit Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus, Antiromaismus und Behinderterfeindlichkeit gibt. Die alle zwei Jahre erscheinende Ausgabe der Leipziger Zustände ist der Versuch, die täglichen Ereignisse in Analysen einzubetten. Dies ermöglicht es, aus der schiereren Menge an dokumentierten Vorfällen, aus den vielen „Einzelfällen“, größere Entwicklungen und Trends abzulesen und Handlungsperspektiven zu öffnen.

Ihr haltet die mittlerweile achte Ausgabe in der Hand. Darauf sind wir mächtig stolz! Wir und unsere externen Autor*innen und Lektorinnen haben ehrenamtlich hunderte Arbeitsstunden in die neue Ausgabe gesteckt und hoffen, das Ergebnis kann sich sehen lassen.

In sechs Kapiteln bietet diese Ausgabe einen breiten Überblick über aktuelle Themen, aber auch über den Fortbestand diskriminierender Phänomene und Ereignisse in der Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig und Nordsachsen. Das Kapitel Historische Kontinuitäten beschäftigt sich mit der kritischen Aufarbeitung der lokalen Geschichte, zum Beispiel der „Deutsch-Ostafrikanische Ausstellung“, welche 1897 im Clara-Zetkin-Park stattfand, oder der rassistischen Schädelforschung an der Universität Leipzig, die unter anderem Sinti*zze und Roma*nja betraf. Im Kapitel Rassismus finden sich neben einem Redebeitrag anlässlich der rassistisch-motivierten Brandanschläge auf eine Geflüchtetenunterkunft im Stadtteil Grünau auch

Beiträge zur prekären Wohnsituation von Geflüchteten, zu Beratungsangeboten im ländlichen Raum, zu Betrachtungen eines neu artikulierten antislawischen Rassismus im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sowie zu rassistischen Strukturen in der medizinischen Versorgung. Die organisierte extreme Rechte stellt wie immer einen Schwerpunkt in unserer Broschüre dar. Neben Ausführungen zu Strukturen (AfD, JN in Wurzen) und konkreten Orten (Grimma, Klein- und Großschocher) finden sich auch Beiträge zur RechtsRock-Location in Stautitz und der juristischen Aufarbeitung der Prozesse zum Angriff auf Connewitz im Januar 2016. Die im Zuge der Corona-Krise deutlicher sichtbar gewordenen Phänomene Verschwörungsideologien und Antisemitismus beschäftigen uns nach wie vor. Neben der Verbindung von Esoterik und Corona-Protesten mit Formen des Antisemitismus, setzt sich ein Artikel mit dem umstrittenen Imam Hassan Dabbagh und der Al-Rahman-Moschee auseinander. Das Kapitel Antifeminismus beschäftigt sich unter anderem mit dem Fachtag vom „Bundesverband Lebensrecht“ im April 2022 in Leipzig und der Situation ungewollt Schwangerer in der Corona-Pandemie. Die Broschüre wirft zudem einen Blick auf unsere neue Webseite und die dortige Dokumentation, ergänzt um eine Anleitung, wie sie genutzt werden kann (unbedingt lesen!). Den Abschluss machen Beiträge verschiedener Dokumentations- und Meldestellen in Leipzig und Sachsen.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Wir haben uns bemüht, in allen Artikeln den verschiedenen Geschlechtsidentitäten gerecht zu werden, statt, wie in der deutschen Grammatik üblich, nur Männer anzusprechen oder die beschränkte Mann-Frau-Binarität zu bemühen. Daher verwenden die Autor*innen die Schreibweise „*innen“. Falls Ihr beim Lesen darüber stolpern solltet, war das unsere Absicht. Diese Schreibweise wenden wir nicht bei Personen und Zusammenhängen an, die ausschließlich aus Männern oder Frauen bestehen.

chronik.LE

www.chronikLE.org

Wir danken allen Menschen, die zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben: den Fördermittelgeber*innen der Stadt Leipzig und der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen, den zahlreichen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die diese Broschüre mit ihren Texten bereichert haben, allen Fürsprecher*innen und Spender*innen, Fotograf*innen, Layouter*innen und Lektor*innen. Darüber hinaus geht auch ein großer Dank an all die Menschen, die uns immer wieder auf vielfältige Weise in der alltäglichen Arbeit unterstützen. Unser Engagement braucht einen langen Atem und finanzielle Ressourcen. Wir freuen uns daher über finanzielle Unterstützung.

Die Redaktion

Was ist chronik.LE?

chronik.LE ist eine Plattform zur Dokumentation faschistischer, rassistischer und diskriminierender Vorfälle in der Stadt Leipzig sowie den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen. Auf der Webseite www.chronikLE.org veröffentlichen wir diese Ereignisse. Die Online-Chronik bildet die Grundlage für Analysen und Broschüren wie die „Leipziger Zustände“. Gegenstand der Dokumentation sind Handlungen, die maßgeblich aus Ideologien der Ungleichwertigkeit heraus motiviert sind. Wir zählen hierzu v.a. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Sozialdarwinismus.

Melde Vorfälle bei uns!

Wir sind immer auf Zuarbeiten und Beobachtungen angewiesen. Melde uns diskriminierende Vorfälle und neonazistische Aktivitäten! Sowohl wenn Du davon direkt betroffen bist als auch wenn Du Zeug*in davon wurdest. Es gibt dabei keine zu unwichtigen, zu alltäglichen Erlebnisse: Auch das neue Hakenkreuz an der Bushaltestelle oder der rassistische Spruch in der Straßenbahn sind für uns dokumentationswert.

E-Mail: chronik.LE@engagiertewissenschaft.de

Web: chronikLE.org

Twitter: twitter.com/chronik_LE

Facebook: facebook.com/chronik.LE

Telegram: telegram.me/chronik_LE

Deine Spende!

Politische Arbeit kostet neben Zeit auch Geld. Unterstütze das ehrenamtliche Projekt chronik.LE gern mit einer Spende!

Kontoinhaber: Engagierte Wissenschaft e.V.

IBAN: DE16 8306 5408 0004 0315 63

Bank: Deutsche Skatbank

Betreff: Spende chronik.LE

01 KAPITEL HISTORISCHE KONTINUITÄTEN

Historische Auseinandersetzungen mit Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit hatten stets ihren Platz in den Leipziger Zuständen. Die vorliegende Ausgabe widmet ihnen ein eigenes Kapitel, das Leerstellen in der stadthistorischen Auseinandersetzung Leipzigs und der Region thematisiert. Klar wird: unser Selbstbild einer zivilisierten Gesellschaft ist zutiefst verwoben mit kolonialistischen Menschheitsverbrechen, mit Verschleppung, Zwangsarbeit und -prostitution sowie der Vernichtungspraxis des Nationalsozialismus (NS).

Ein Artikel des Bündnis *ReTelling DOAA* (Deutsch-Ostafrikanische Ausstellung) eröffnet das Kapitel. Anlässlich der Feier der Stadt Leipzig zum 125-jährigen Jubiläum der Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbeausstellung (STIGA) erinnert das Bündnis an die kolonialistische Zurschaustellung von 47 Menschen aus dem heutigen Tansania. Im Artikel „Aufgearbeitete ‚Schädel-Forschung‘ an der Universität Leipzig“ setzt sich *Harika Dauth* mit der gegen Sinti*zze und Rom*nja gerichteten Forschungspraxis des NS-Ethnologen Otto Reche und der NS-Anthropologin Sophie Erhardt auseinander. Beide waren am Porajmos, der Vernichtung von Sinti*zze und Rom*nja während des NS, beteiligt. *Martin Haufe* und *Martin Baumert* setzen sich kritisch mit der Geschichte des Tagebauortes Espenhain auseinander. Zum Zwecke der NS-Rüstungsproduktion wandelte sich Espenhain innerhalb kürzester Zeit vom beschaulichen Dorf zu einem Ort der fossilen Energieversorgung der Region. Zwangsarbeit war dafür von zentraler Bedeutung. Den Blick auf die jüngere Geschichte des Stadtteils Grünau richtet *Paul Zschocke*. Anlässlich der rassistischen Brandanschläge vom August 2022 zeigt er, dass rassistische Gewalt und Ausgrenzung die Geschichte des Stadtteils prägen. Jedoch hat sich in der Stadtteilarbeit Grünaus vieles verändert. ■





E VON MORGEN VERHINDERN!

Grünou صالون الأجب

Montag - Samstag
9:00 bis 19:00 Uhr

Brot
MARKT

Herzlich

COLONIAL MEMORY

ReTelling DOAA – Perspektiven wechseln!

von ReTelling DOAA

Im Jahr 1897 wurden im Clara-Zetkin-Park 47 Menschen ausgestellt. Sie kamen aus Tanganyika, was Teil der deutschen Kolonie in Ostafrika war. Das Leipziger Kollektiv ReTelling DOAA versucht sich kritisch mit der Schau auseinanderzusetzen und einen Perspektivwechsel anzuregen.

[1] *weiß*, kursiv und klein geschrieben – meint nicht die Hautfarbe, sondern ein Privileg. Wer selbst keine Erfahrungen mit Rassismus, Antisemitismus oder Antisemitismus macht, ist in der Hinsicht privilegiert. Bei *weißen* Menschen spricht man meistens gar nicht darüber, dass sie *weiß* sind. Ihre Herkunft und ihre Sicht auf die Welt werden schnell als selbstverständlich und oft als Norm angesehen.

[2] BIPoC ist ein Akronym für Black, Indigenous, and People of Color

Im Jahr 2022 feierte die Stadt Leipzig 125 Jahre Sächsisch-Thüringische Industrie- und Gewerbeausstellung (STIGA), die größte „Leistungsschau“ in Mitteldeutschland. Sie fand 1897 im Clara-Zetkin-Park statt und beinhaltete damals auch die sogenannte Deutsch-Ostafrikanische Ausstellung (DOAA).

Als ReTelling DOAA beschäftigen wir uns kritisch mit der DOAA. In dem Zusammenhang entwickeln wir verschiedene Ausstellungsformate, Diskussionsforen, Schulmaterialien und Führungen. Dabei streben wir einen klaren Perspektivwechsel an, weg von einer dominanten *weißen*^[1] Sichtweise. Stattdessen wollen wir Perspektiven aufzeigen, die die Geschichten der Menschen aus Tanganyika (Teile des heutigen Tansanias), die auf der DOAA menschenverachtend ausgestellt wurden, in den Fokus rücken. Wir sind ein Bündnis aus Schwarzen Personen, People of Color und *weißen* Menschen, die teils bei der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (Regionalgruppe Leipzig), diversif und der AG Leipzig Postkolonial oder als Einzelpersonen aktiv sind. Rassismus-kritisch, intersektional und dekolonial arbeiten wir zusammen in Leipzig.

Wie kam es zu diesem Projekt?

Im Herbst 2020 kam das Kulturdezernat der Stadt Leipzig auf das Grassimuseum zu, das auf die AG Leipzig Postkolonial verwies mit der Bitte, die Aufarbeitung der DOAA zu übernehmen. Relativ schnell war klar, dass ein so großes Projekt nicht von einer ehrenamtlich arbeitenden und mehrheitlich *weißen* Gruppe allein getragen werden kann. So kam die Vernetzung mit Leipziger BIPoC-Gruppen^[2] und Einzelpersonen zustande.

Was ist unter der STIGA und der DOAA zu verstehen?

Die STIGA öffnete von April bis Oktober 1897. Mit 2,3 Mio. Besucher*innen und mehr als 3.000 Aussteller*innen orientierte sich die STIGA an der Reihe der sogenannten Weltausstellungen (Paris 1889, Berlin 1896), die sich gegenseitig in ihrer Größe zu

übertreffen versuchten. Angegliedert an die Gewerbeausstellung war eine Kolonialausstellung, in der die deutsche koloniale Expansion und wirtschaftliche Ausbeutung in Ostafrika beworben wurde. Zentrales Element der DOAA war die Zurschaustellung von 47 Menschen aus Tanganyika.

Was steht bei der städtischen Erinnerung an die STIGA im Fokus?

Die Stadt Leipzig erinnert sich gerne und umfangreich an die „Errungenschaften“ der Vergangenheit, daher wird vor allem die STIGA als „Leistungsschau“ gewürdigt. Vergessen oder ignoriert werden hierbei aber die Menschen, die die europäische Industrialisierung ermöglichten: zum Beispiel Menschen, die in den Leipziger Fabriken für Niedriglöhne arbeiteten und all jene, die die Rohstoffe aus den deutschen Kolonien unter Zwangsarbeit abbauten. Zudem wurde in den letzten 125 Jahren vonseiten der Stadt Leipzig kein einziges Mal der 47 Menschen gedacht, die auf der DOAA menschenunwürdig ausgestellt wurden.

Wie entstand die Ausstellung Colonial Memory: ReTelling DOAA und worum geht es?

Anfangs orientierten wir uns an der Berliner zurückgeschaut Ausstellung. Diese thematisiert die Geschichten der zur Schau gestellten Personen auf der Berliner Kolonialausstellung von 1896. Wir versuchten in unserer Ausstellung ebenfalls, die Biografien der 47 Personen, die aus Ostafrika nach Leipzig geholt wurden, zu rekonstruieren. Die Recherchen in verschiedensten Archiven ergaben jedoch wenig bis keine Informationen. Auch die realen Namen der Personen zu ermitteln, war uns nicht möglich. Bekannt ist allerdings, dass zwei Personen die Hin- und Rückreise nicht überlebten. Zwei weitere Personen verstarben während der DOAA in Leipzig und wurden auf dem Südfriedhof beerdigt. Die Gräber gibt es heute bedauerlicherweise nicht mehr.

In unserer Ausstellung wollen wir sichtbar machen, dass die dünne Quellenlage die Folge einer dominanten *weißen* Geschichtsschreibung ist und bis in die Gegenwart hinein Leerstellen hinterlässt. Außerdem machen wir auf die Verbindungen zu Kolonialismus und Kapitalismus in der DOAA und der STIGA aufmerksam. Die europäische Industrialisierung hätte ohne das rassistische System des Kolonialismus niemals funktionieren können. Diese Strukturen wirken bis heute. Auch das wird thematisiert.



photo: DOAA mit Material des Archivs Stadtgeschichtliches Museum Leipzig

Verfremdung eines Originalfotos der Neubauten auf der DOAA

Warum streben wir einen Perspektivwechsel an?

Die fehlende Aufarbeitung der DOAA zeigt uns, dass die Leipziger Kolonialgeschichte, wie sie bisher (nicht) erzählt wird, ein verzerrtes Bild unserer Stadtgeschichte abbildet.

Wir wollen Wege finden, die eine ganzheitliche Betrachtung der Geschichte erlauben. Denn Geschichtsschreibung ist nie neutral und meist aus einer *weißen*, männlichen und damit subjektiven Perspektive geschrieben. Damit werden die Geschichten von marginalisierten Gruppen unsichtbar gemacht. Wir möchten einige dieser Leerstellen sichtbar machen.

Was heißt Perspektivwechsel für unser Projekt?

Für uns war es wichtig, die Menschen, die auf der DOAA ausgestellt waren „zu Wort“ kommen zu lassen. Wir deuten die bisher aus *weißer* Perspektive geschriebene Geschichte um und nehmen eine Perspektive ein, die die ausgestellten Personen in den Fokus rückt. Wir entwickelten ein semi-fiktives Hörstück, mit dem Titel „Mein Name ist Ekevu“. Es ist die Geschichte eines 12-jährigen Jungen, der auf der DOAA ausgestellt war. Dies ist unser Versuch, ein Gegennarrativ zur hiesigen Geschichtsschreibung zu ermöglichen.

Bilder lesen, Bilder zeigen?

Wir beschäftigten uns im Zuge der Ausstellungskonzeption auch intensiv mit der Frage, wie wir mit kolonialen Bildern umgehen. Denn diese reproduzieren Stereotype. Deswegen entschieden wir uns für Störungsformen wie das Verpixeln von abgebildeten Schwarzen Personen oder andere Verfremdungen.

Zukunftsvision: Was wünschen wir uns?

Wir wünschen uns, Diskurse auf Augenhöhe zu führen und nicht nur das Wissen derer gelten zu lassen, die durch Uniabschlüsse als Expert*innen legitimiert und damit bevorzugt werden, zu bestimmten Themen sprechen zu dürfen. Wir wünschen uns, dass in der heutigen Geschichtsschreibung mehr Quellen berücksichtigt werden, die außerhalb der eurozentrischen und *weißen* Geschichtsschreibung liegen. Denn wenn wir

über Wissenschaft und Teilhabe sprechen, stellt sich für uns immer wieder die Frage: Wer darf sprechen? Wir wünschen uns, dass mehr alternative Wissensvermittlung in Schulen zugelassen wird, vor allem aus den Bereichen Kunst, Oral History und Forschendes Lernen. Wir wünschen uns eine Anerkennung der Leistung, die aus aktivistischen Communities kommt, in Bezug auf die Auseinandersetzung mit kolonialen Themen. Dies sind für uns grundlegende Voraussetzungen eine tatsächliche Erinnerungskultur zu etablieren.

Außerdem müssen Städte, Länder und der Bund begreifen, dass die Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit kein allein ehrenamtliches Projekt sein kann. Für eine dekoloniale Erinnerungskultur braucht es feste Strukturen und Stellen in verschiedensten Institutionen. Ämter, Museen und Bildungseinrichtungen müssen sich spezifisch mit Rassismus und Kolonialismus befassen. Dabei müssen maßgeblich Personen aus den Schwarzen Communities und Communities of Color eingebunden werden, die bereits seit Jahrzehnten diese Arbeit UNBEZAHLT leisten. In Berlin gibt es zum Beispiel die Dekoloniale, ein Modellprojekt, das ähnlich auch für Leipzig interessant sein kann.

Wichtig ist es für uns, nicht an dieser Stelle zu verharren, sondern auch an Konsequenzen aus der Aufarbeitung zu denken. Dies schließt für uns Reparationszahlungen, Restitutionsen und ein faires globales Wirtschaftssystem ein. ■

Das Bündnis Colonial Memory: ReTelling DOAA hat sich aus Vertreter*innen der ISD (Initiative Schwarze Deutsche) Leipzig, des Kollektivs diversif, der AG Leipzig Postkolonial sowie Einzelpersonen gelistet, um die kritische Aufarbeitung der kolonialen Aspekte der STIGA voranzutreiben und um nicht-*weiße* Perspektiven zu schaffen. Die Ausstellung ist noch bis 5. Februar 2023 in der Galerie für Zeitgenössische Kunst in Leipzig zu sehen (Karl-Tauchnitz-Straße 9-11, 04107 Leipzig). Das Bündnis freut sich über regen Austausch. Mehr über die Arbeit von Colonial Memory: ReTelling DOAA gibt es auf Instagram: @retelling_daaa, das Bündnis ist unter stiga@lists.bitpost.eu erreichbar.

UNAUFGEARBEITETE „SCHÄDEL-FORSCHUNG“ AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

Die Geschichte eines bizarren Fundes

von Harika Dauth

Im Rahmen eines Forschungsprojektes des Verbandes der Roma und Sinti in Sachsen zur Verfolgung von Leipziger Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus beschäftigt sich Romano Sumnal e.V seit rund zwei Jahren mit der Aufarbeitung des Nachlasses von Otto Reche im Archiv der Universität Leipzig.

[1] Laukötter, Anja (2007): Von der „Kultur“ zur „Rasse“ - vom Objekt zum Körper. Völkerkundemuseen und ihre Wissenschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bielefeld: Transcript Verlag.

[2] Geisenhainer, Katja (2002): „Rasse ist Schicksal“. Otto Reche (1879-1966) – Ein Leben als Anthropologe und Völkerkundler. Leipzig: Evang. Verl.-Anst (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, A1).

[3] Wermes, Kristina (2018): Das Schicksal der Leipziger Sinti-Familie Deußing. In: Krahl, Kathrin; Meichsner, Antje (Hrsg.): Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege. Heinrich Böll Stiftung.

[4] Die Verwendung des Z-Wortes wird im Text lediglich bei Zitaten aus Originaldokumenten der NS-Zeit so beibehalten und ausgeschrieben.

[5] Für diese Informationen danke ich dem Historiker und Mitarbeiter unseres Verbandes Daniel Weißbrodt, der sich in Archiven mit dem Schicksal der Familien der „Leipziger Liste“ beschäftigt.

Otto Reche war zu Beginn des 20. Jahrhunderts in deutschnationalen Kreisen in Wien und Hamburg aktiv. Ab 1927 lehrte und publizierte er als Wissensvermittler des Nazi-Regimes und Kolonialforscher an der Universität Leipzig^[1,2] Dort leitete er bis 1945 das Institut für Ethnologie, das er seinerzeit in „Institut für Rassen- und Völkerkunde“ umbenannte. Während seiner Lehrtätigkeit als Professor kooperierte er eng mit anderen Fakultäten, insbesondere der Pädagogischen und der Medizinischen Fakultät. In letzterer unterrichtete er „Rassenhygiene und Erblehre“, ein Fach, das ab 1936 für alle Medizinstudierenden der Universität Leipzig zum Pflichtfach erhoben wurde. Neben seiner universitären Arbeit verfasste Reche erbbiologische Abstammungsgutachten für Gerichte.

Bei der Durchforstung des Reche-Nachlasses stießen wir auf Dokumente, die eindeutig auf die Registrierung und eine damit einhergehende Diskriminierung von Sinti*zze und Rom*nja in Leipzig durch Reches Institut hinweisen und mindestens Grundlage für deren Verfolgung darstellten. Hinweise darauf liefert unter anderem die sogenannte „Bastard-Erhebung“^[2,3], die Reche anleitete. Durch diese Untersuchung geriet unter anderem die Leipziger Sinti-Familie Deußing ins Visier der nationalsozialistischen Behörden. Reche hatte eine Anfrage an den damaligen Polizeipräsidenten von Leipzig und das Bezirkskirchenamt gestellt, die seine Anfrage wiederum an die Kirchgemeinden weitergaben. Im Falle der Familie Deußing gab die Thomaskirchgemeinde bereitwillig Auskunft.^[3] Im Laufe der Jahre erweiterte Reche seine „Bastard-Kartei“. Dabei scheute er selbst nicht davor zurück, Menschen, die er als „Rassenbastarde“ identifizierte, selbst hinterher zu spionieren und ihre Adresse zur Überprüfung an das Rassenpolitische Amt weiterzuleiten. Ab 1937 ordnete ebendieses Amt auf Kreisebene die so genannte „Fremdrassigen-Erhebung“ an, an der ein Mitarbeiter Reches, Dr. Brückner, mitarbeitete.^[3] Aus seiner Erhebung liegt die Abschrift einer sechsseitigen Liste über die „im Stadtgebiet wohnenden Zigeuner“ nach dem Stande vom 15. Juni 1936 vor, das dem Reche-Nachlass im Uni-Ar-

chiv beiliegt.^[4] Das Dokument listet rund 30 Familien auf. Von den 153 hier registrierten Menschen wurden 70 in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau verschleppt. Nachweislich 40 Menschen wurden dort ermordet oder starben an den unmenschlichen Bedingungen im Lager. Fünf Menschen wurden in andere KZs verschleppt. Das weitere Schicksal der Mehrheit der hier registrierten Menschen ist noch unbekannt.^[5]

Ein weiteres Dokument aus dem Nachlass von Reche machte uns besonders stutzig. Dabei handelte es sich um eine Korrespondenz zwischen ihm und Sophie Erhardt aus dem Jahr 1939. Erhardt war promovierte Anthropologin der Ludwig-Maximilian-Universität in München. Ab 1935 arbeitete sie am „Institut für Rassenkunde, Völkerbiologie und Ländliche Soziologie“ in Berlin und war im KZ Sachsenhausen, im KZ Dachau sowie im Getto Łódź aktiv an rassistischen Forschungen an Juden*Jüdinnen beteiligt. Von 1938 bis 1942 arbeitete sie in der „Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle im Reichsgesundheitsamt (RHF)“, der späteren Kriminalbiologischen Forschungsstelle, die dem Innenministerium unterstand und von Robert Ritter geleitet wurde. Obwohl die RHF nicht an eine Universität angegliedert war, wurde sie maßgeblich durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanziert. Ritter, der den Auftrag hatte, Sinti*zze und Rom*nja zu erfassen, ordnete die Erstellung so genannter Rasseakten an, die ab 1943 Grundlage für Deportationen von Sinti*zze und Rom*nja in das Vernichtungslager Auschwitz waren. An der Erfassung von rund 24.000 Sinti*zze und Rom*nja, die Grundlage für den Porajmos, den Genozid an Sinti*zze und Rom*nja, war, arbeitete unter anderem auch Sophie Erhardt mit. Erhardt befand sich zu der Zeit, als sie ihre Briefe an Reche verfasste, in einem Hotel namens „Hörhammer“ in Dachau, wo sie im KZ „Rassenforschungen“ durchführte. In den Briefen bittet sie Reche, Untersuchungen an „Zigeunerschädeln“^[4] vornehmen zu dürfen. Reche gestattet ihr daraufhin die Untersuchungen an den drei Schädeln mit den Nummern 253, 254 und 255. Erhardt fragte Reche, ob er die Schädel nach Berlin schicken könne, woraufhin er ihr antwortete, dass sie sie in Leipzig untersuchen könne. Sie schrieb daraufhin, dass Mollison, ein Rasseforschungsprofessor aus dem Anthropologischen Institut in München, ihr für die Schädeluntersuchungen einen Messzylinder ausgeliehen habe, den sie bis zu ihrer Ankunft in Leipzig per Post an Reches Institut nach Leipzig schicken lasse. Weitere In-



photo: Christoph Heitke

Das Institut für Anatomie verfügt über eine große Schädelammlung

formationen fanden wir nicht. Auch von den Schädeln hatten wir bisher nichts gehört und gesehen. Wir fragten uns daher: Wo waren die drei Schädel, von denen in den Korrespondenzen die Rede ist? Wir beschlossen uns auf die Suche zu machen.

Mitte vergangenen Jahres erkundigten wir uns zunächst noch einmal im Universitätsarchiv, ob dem Nachlass auch Schädel beiliegen würden. Das Archiv verneinte dies. Wir erkundigten uns daraufhin postalisch im Grassimuseum nach den Schädeln. Das Museum kooperierte bereits zu Rechens Zeiten eng mit dem Ethnologischen Institut. Nachdem wir keine Antwort erhielten, schickten wir eine E-Mail, auf die eine Sekretärin antwortete, die unsere Anfrage an eine zuständige Mitarbeiterin weiterleitete. Erneut warteten wir. Ein halbes Jahr und ein Telefonat später erhielten wir schließlich eine Antwort. Die Schädel befanden sich nicht im Grassi, dafür schickte man uns Kontakte in die Leipziger Anatomie. Sollte es möglich sein, dass das Institut für Anatomie Leipzig im Besitz der Schädel ist?

Die Antwort aus dem Anatomischen Institut erfolgte prompt. Professor Ingo Bechmann, seines Zeichens Neuroanatom und Neuroimmunologe an der Medizinischen Fakultät, meldete sich persönlich, nachdem wir ihn per E-Mail angeschrieben hatten. Er klärte uns darüber auf, dass es eine große Schädelammlung an seinem Institut gebe und in diesem Zusammenhang ein kritisches Forschungsprojekt junger Medizinstudent*innen. Was war das für eine Sammlung? Was hatten die Studierenden bislang herausgefunden? Und wussten sie vielleicht sogar etwas über die Schädel, die wir suchten?

Ein Treffen mit den Mitarbeiter*innen der Anatomie brachte neue Erkenntnisse. Während der Corona-Pandemie hatten junge Studierende der Medizin durch Zufall entdeckt, dass eine große Schädelammlung auch Schädel enthielt, die mit dem N-Wort gekennzeichnet waren, woraufhin sie das Gespräch mit ihrem Professor suchten, um die rassistischen Bezeichnungen der Schädel zu kritisieren. Professor Bechmann schlug den Studierenden daraufhin kurzerhand ein Forschungsprojekt vor, das der kritischen Aufarbeitung der Herkunft der Schädel dienen sollte. Sie machten ihre Arbeit gut.

Als wir ihnen die Nummer der Schädel aus dem Rechenachlass gaben, hatten sie die Schädel in weniger als einer Stunde gefunden.

Die drei Schädel sind Teil der Emil-Schmidt-Sammlung, die über tausend Schädel umfasst. Sie besteht aus insgesamt drei zusammengeführten Schädelmüllungen, der Carus-, Möbius- und eben vorwiegend der Schmidtschen Sammlung. Wie Reche war auch Emil Schmidt Professor an der philosophischen Fakultät, wie Reche lehrte er dort im Fach Anthropologie. Und wie Reche war er besessen von der Ausmessung von Körpern, insbesondere menschlicher Schädel.

Aus gesammelten Schriftstücken unterschiedlicher universitärer Akteur*innen geht hervor, dass die Sammlung bereits Ende des 19. Jahrhunderts im Besitz der Leipziger Anatomie war und von dort aus an unterschiedliche Institute der Universität weitergereicht wurde: an die philosophische Fakultät, die Zoologie, die Mathematik und wieder die Anatomie. 1927 holte Reche die Sammlung zu sich ans Institut, wobei die Schädel aus Platzmangel im Keller des Grassimuseums zwischenlagern mussten. Nach dem Zweiten Weltkrieg holte sich die Anatomie die Sammlung zurück.

Zu der Sammlung Schmidt gehört ein Katalog von 1887. Darin listet Schmidt neben zahllosen Messdaten Informationen in lateinischer Sprache zu den einzelnen Schädeln auf. Auch jene drei Schädel, die zu Körpern verstorbener Sinti*zze und Rom*nja gehören, sind dort aufgeführt. Der erste Schädel wird als Schädel eines „Zigeuners“^[4] identifiziert und als „Geschenk“ eines gewissen Dr. H. Gross. Wir vermuten, dass damit der österreichische Arzt Heinrich Gross gemeint sein kann, der als Stationsleiter der „Reichsausschuß-Abteilung“ an der Wiener „Euthanasie-Klinik“ Am Spiegelgrund behinderte Kinder für Forschungszwecke missbrauchte und an deren Ermordung beteiligt war. Der zweite Schädel wird mit Namen geführt und als „Cingarus“ bezeichnet. Der lateinischen Information zufolge ist er 1865 in einem Bukarester Krankenhaus verstorben. Auch der dritte Schädel wird als „Cingarus“ bezeichnet. Der lateinischen Zusatzinfo zufolge handelt es sich dabei um einen exhumierten Schädel, möglicherweise ein Grabraub.

Die Sammlung mit ihren über tausend Schädeln ist ein Gruselkabinett der deutschen Forschungsgeschichte, und es ist an der Zeit, endlich darüber zu reden. Die Würde des Menschen gebührt, alle zu Forschungszecken missbrauchten Schädel so schnell wie möglich aus dem Forschungskontext zu nehmen. Das ist längst überfällig. Aus moralischen und ethischen Gründen, ist es notwendig, die Schädel nach Möglichkeit zurückzuführen. Physisch oder symbolisch. Sie sollen nach über 150 Jahren endlich in Frieden ruhen. ■

Harika Dauth ist Sozialwissenschaftlerin und Mitarbeiterin bei Romano Sumnal e.V.

DUNKEL WAR IN ESPENHAIN NICHT NUR DIE KOHLE...

Nationalsozialistische Zwangsarbeit und ihre Aufarbeitung in der Braunkohleindustrie

von Martin Haufe und Martin Baumert

Der Ort Espenhain wurde maßgeblich durch den Nationalsozialismus geprägt. Vor 1936 handelte es sich um ein beschauliches Bauerndorf in der Leipziger Tieflandbucht mit knapp 500 Einwohner*innen. Die Vorbereitungen des Angriffs- und Vernichtungskriegs änderten dies grundlegend: Ab 1937 entstand hier das ASW Braunkohlenwerk und Großkraftwerk Espenhain mit angeschlossenen Tagebau zur Versorgung der Kriegsmarine mit Treibstoffen. Zusätzlich versorgte die umgewandelte Energie das Rüstungszentrum Leipzig.

Im Jahr 1937 wurde in Espenhain ein Braunkohlenwerk samt Tagebau errichtet. Die dafür benötigten Arbeitskräfte waren immer schwerer zu finden. Daher entschieden die nationalsozialistischen Machthaber zusammen mit Unternehmen, verstärkt auf unfreiwillig entrichtete Arbeit und ab Kriegsbeginn auf Zwangsarbeit zurückzugreifen.

Zuerst betraf es Dienstverpflichtete – junge männliche Deutsche, die von den Arbeitsämtern zugeteilt und in Lagern untergebracht wurden. Im Vergleich zu anderen Deutschen konnten sie ihr Arbeitsverhältnis nicht selbständig lösen. Die Unterbringung auf engstem Raum, die schlechte Bezahlung und das strenge Regime auf der Baustelle führten zu Frustration und ständigen Konflikten. Allerdings waren sie keine Zwangsarbeiter und besaßen mehr Rechte. Mit der aggressiven Expansionspolitik erschloss sich das NS-Regime neue Gruppen von Arbeitskräften. Nach der Annexion des sogenannten Sudetenlandes im September 1938 kamen Menschen aus dem besetzten Tschechien sowie von der verbündeten Slowakei.

Die rassistische Hierarchisierung im Deutschen Reich bestand auch in Espenhain. An oberster Stelle standen deutsche Staatsangehörige. Danach kamen Menschen aus verbündeten Staaten. Ihnen folgten Kriegsgefangene und zivile Arbeitskräfte aus dem Westen; „Ostarbeitern“ – eine willkürliche Einteilung für Menschen aus Ostmittel- und Osteuropa – drohten für geringste Vergehen drakonische Strafen bis zum Tod.

Dem größten Maß an Diskriminierung und Gefahren waren sowjetische Kriegsgefangene und Häftlinge von Arbeitserziehungslagern ausgesetzt. Ihre Lebensumstände lassen sich als dauerhaft lebensbedrohlich beschreiben, was Sterbezahlen belegen. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in Espenhain lässt sich nicht abschließend klären, obwohl diese zumindest angefordert wurden.

Kriegsgefangene mitten in Espenhain

Mit Kriegsbeginn kamen immer mehr Menschen unter Zwang nach Espenhain. Insgesamt lässt sich die Anwesenheit von Menschen aus mindestens 22 Ländern nachweisen, darunter auch Südafrika und Indien. Im Februar 1945 waren fast 60 Prozent der Arbeitskräfte Nicht-Deutsche.

Die meisten Arbeitskräfte lebten untergebracht in Baracken, gegenüber vom Werk im Wohnlagerkomplex Margarethenhain – dem größten nationalsozialistischen Lagerkomplex Sachsens. Hier hausten bis zu 10.000 Menschen, streng nach Herkunft getrennt. Die Schwere der Arbeit war für verschiedene Gefangenengruppen sehr unterschiedlich: Gut ausgebildete Personen aus den Niederlanden, Frankreich oder aus den nicht kriegführenden Staaten Spanien oder Schweiz waren privilegierter. Andere Menschen mussten schwere körperliche Arbeiten verrichten.

Die perfideste Ausbeutung erfolgte im Lager: In einer Bordellbaracke wurden Frauen aus Frankreich und Polen zur Prostitution gezwungen. Ein Besuch diente zur „Belohnung“ verdienter Zwangsarbeiter. Die Frauen, die ohne Unterbrechung sechs Monate vor Ort arbeiten mussten, empfingen täglich 20 bis 25 Freier. Zwangsarbeiterinnen waren sexuellen Übergriffen weitestgehend schutzlos ausgeliefert, wie der Fall eines straffreien Missbrauchs von zwei Ukrainerinnen belegt. Im Fall einer Schwangerschaft kam es oft zu Zwangsabtreibungen. Für ausgetragene Kinder gab es in Espenhain eine separate Entbindungsbaracke. Hier wurden zwischen 1942 und 1945 mindestens 46 Kinder geboren, von denen 39 als „Zwangsarbeiterinnenkinder“ zählten. Zwölf der Kinder überlebten nicht.

Um den Zuständen zu entgehen, gab es verschiedene Formen von Widerstand. Allein zwischen Juli 1941 und Januar 1942 gab es beispielsweise 17 Fluchten. Auch die Existenz einer französisch-italienischen Résistance-Gruppe mit circa 60 Mitgliedern ist belegt. Nach ihrer Entdeckung 1943 wurden mindestens 49 Gruppenmitglieder von der Gestapo verhaftet; ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.



Eine Gruppe französischer Kriegsgefangene in Espenhain vor den Werkanlagen



Im Jahr 2020 wurde ein neuer Gedenkstein für die Opfer der zwei AEL-Lager „Alpenrose“ und „Höhensonne“ errichtet



Zweimal im Jahr veranstalten die Autoren Rundgänge zu Orten der NS-Zwangsarbeit in Espenhain

Sterben und Überleben in Zwangsarbeit

Die größte Bedrohung für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen stellten die Luftangriffe der Alliierten dar, da sie keinen Zutritt zu Luftschutzräumen hatten. Kriegsgefangene wurden sogar in ihren Baracken eingesperrt. Pfingsten 1944 führte dies zu einer Katastrophe: Eine einzelne Bombe traf eine Baracke und tötete 128 französische Kriegsgefangene.

Ebenso drohte Gefahr durch Krankheiten und Hunger, wie sich auch am Beispiel von Alfons M. zeigte. Der 17-jährige italienische Militärinternierte wurde im Dorf Mölbis verhaftet und der Gestapo übergeben, weil er um Lebensmittel gebettelt hatte.

Die schlechten Arbeitsbedingungen und der geringe Arbeitsschutz, vor allem im Tagebau, führten wiederum zum Tod von mindestens 24 Personen. Hinzu kamen Suizide. Mindestens 285 Menschen überlebten die Zeit in den Lagern nicht.

Leben und vor allem Überleben hingen auch vom Verhalten der deutschen Zivilist*innen ab. Maria Ostapowna Owod (1924–1998) aus der Ukraine, die seit 1943 im Kraftwerk Espenhain arbeiten musste, überlebte, weil sie an jedem Sonntag bei einem Bauern im rund zehn Kilometer entfernten Neukieritzsch aushalf und dafür Lebensmittel erhielt.

Erinnerung an die Zwangsarbeit

Bisher erinnert in Espenhain nichts an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an die Geschichte der Zwangsarbeit. Zwei Gedenksteine verweisen auf die Geschichte von Tagebau und Braunkohlewerk, sparen den Zeitraum zwischen 1939 bis 1945 jedoch aus. Viele der Opfer sind außerhalb in den Kriegsgräberstätten in Böhlen oder in Großzössen beerdigt. Nur wenige erhielten Einzelgräber. Dieses mangelnde Interesse an der eigenen Geschichte ist umso bemerkenswerter, da Espenhain im ostdeutschen Gedächtnis eine große Rolle spielt, sogar in Bezug auf den Einsatz von Zwangs-

arbeit. Das bekannte Lied „Über sieben Brücken mußt du gehen“ der Band KARAT erzählt eine Liebesgeschichte in Espenhain zwischen einer Deutschen und einem Polen, dessen Vater bereits im Nationalsozialismus hier Zwangsarbeit leistete. Der Sohn wiederum war polnischer „Vertragsarbeiter“, der das Kraftwerk Thierbach in den 1960er-Jahren mit errichtete.

Seit 2019 bemüht sich eine Initiative, gefördert durch den Kulturbahnhof e.V. Markkleeberg, die Erinnerung an die nationalsozialistische Zwangsarbeit in Espenhain aufrechtzuerhalten. Wichtig ist der Initiative hierbei die Integration und Partizipation der ortsansässigen Bevölkerung. Seit 2019 wurden die Menschen jährlich zu Erinnerungsrundgängen zu den Orten der Zwangsarbeit, einer Podiumsdiskussion und einem Workshop eingeladen. Besonders der Workshop 2020 in der Orangerie Mölbis ging der Frage nach, wie an die NS-Zwangsarbeit erinnert werden kann. Hierzu trafen Akteur*innen und Bewohner*innen auf Expert*innen der Erinnerungskultur sowie Künstler*innen und debattierten Möglichkeiten des Erinnerns. Am Ende erfolgte der Auftrag an den Berliner Architekten Simon Korn, einen Entwurf für einen Erinnerungsautomaten zu schaffen, der mit Videos, Dokumenten und Bildern die Möglichkeit geben soll, sich vor Ort zu informieren. Zeitgleich begann die Arbeit an der Webseite zwangsarbeit-espenthain.info. Parallel finden – unterbrochen von der Sars-Cov-19-Pandemie – partizipative Gesprächsrunden mit engagierten Espenhainer*innen im Gasthof Aspe statt. Damit wird versucht, den Erwartungen nach demokratischer Mitbestimmung gerecht zu werden. ■

Martin Haufe ist freier Künstler und kultureller Bildner aus Leipzig. Martin Baumert ist als Historiker im Deutschen Bergbaumuseum Bochum tätig. Beide sind an dem Erinnerungsprojekt zur nationalsozialistischen Zwangsarbeit in Espenhain beteiligt.

DIE POGROME VON MORGEN VERHINDERN

Alltägliche Solidarität trotz rassistischer Gewalt und rechter Raumnahme in Grünau

von Paul Zschocke

[1] Begrich, David (2021): Rechtsextreme Gewalt in Ostdeutschland: Generation Hoyerswerda, online abrufbar unter <https://taz.de>

[2] Zwei weitere Brandanschläge wurden auf eine Kindertagesstätte und die Turnhalle einer Schule verübt; beide Orte dienen der Unterbringung oder Betreuung von Geflüchteten.

[3] Rassismus Tötet (2012): Der schmale Grat zwischen Stimmungsmache und Gewalt. Leipzig rassistisch – Von den 1990er Jahren bis in die Gegenwart. In: chronik.LE (Hrsg.): Leipziger Zustände 2012. Leipzig: Engagierte Wissenschaft, S. 6–10.

[4] Nach einem Konzert der Neonaziband Störkraft im Jugendclub Arena (Grünau-Nord) am 31. August 1991 greifen über 100 Neonazis die GU mit Flaschen, Steinen und Brandsätzen an.

[5] Siegel, Philip; Schapira, Esther (1991): Brennt sie nieder. Ausländer in Ostdeutschland. Leipzig 1991. Köln: Westdeutscher Rundfunk, online abrufbar unter [youtube.com](https://www.youtube.com)

[6] People of Color, zum Begriff siehe: Ha, Kien Nghi (2021): BIPoC – Der Elefant im Raum, online abrufbar unter [migazin.de](https://www.migazin.de)

Anlässlich des 30. Jahrestages des Pogroms von Hoyerswerda im September 1991 schrieb David Begrich in der taz, dass „alle Klischees von Plattenbauten, Glatzen, Springerstiefeln und Arbeitslosigkeit medial ausgedient“^[1] haben. In jedem Klischee steckt jedoch auch ein Quäntchen Wahrheit und wir sehen uns immer wieder mit dem Problem rechter und rassistischer Gewalt in der „Platte“ konfrontiert. Zuletzt am 26. August 2022, als ein rassistischer Brandanschlag auf die Gemeinschaftsunterkunft (GU) für Asylsuchende in der Liliensteinstraße in Grünau-Lausen verübt wurde.^[2] Welche Gründe gibt es dafür, dass die „Platte“ und Grünau im Speziellen immer wieder zum Ort rassistisch motivierter Gewalttaten werden und was kann die Stadtgesellschaft tun?

Das Datum des Anschlages ist nicht zufällig gewählt. Bereits 30 Jahre zuvor attackierten in der Nacht vom 28. August 1992 mehrere hundert Neonazis dieselbe GU in der Liliensteinstraße, linke Kulturzentren sowie eine GU in Markleeberg und in Holzhausen. Letztere brannte nach der Explosion einer Handgranate komplett ab, die Bewohner*innen entkamen dem Anschlag nur knapp. Dieser „Horrornacht für Migrant*innen und Antifas“^[3] ging ein Fußballspiel zwischen dem VFB-Leipzig (heute LOK-Leipzig) und Hansa Rostock voraus, von dem aus Fans beider Vereine zur Menschenjagd aufbrachen. Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 lag gerade eine Woche zurück. Der erste pogromartige Angriff auf die GU in der Liliensteinstraße ereigneten sich jedoch bereits im August 1991^[4] – drei Wochen vor dem Fanal von Hoyerswerda. Täterschaft ohne Strafdrohung, Betroffene ohne gesellschaftliche Solidarität und die folgende Einschränkung des Rechts auf Asyl im Jahre 1993 – von Grünau über Hoyerswerda nach Rostock-Lichtenhagen herrschte Pogromstimmung und die ehemaligen sozialistischen Großwohnsiedlungen lagen in ihrem Zentrum.^[5]

Am Montag, den 29. August 2022, versammeln sich gut 2.000 Demonstrant*innen in Solidarität mit den Bewohner*innen der Liliensteinstraße in Grünau – viele kommen mit S-Bahn oder Fahrrad aus anderen Stadtteilen. „Die Pogrome von morgen verhindern“ steht in großen schwarzen Lettern auf einem zehn Meter langen Transparent und sie verurteilen die rassistischen Taten ebenso wie den gesellschaftlichen Rassismus, der ihr zu Grunde liegt: Ausgrenzung, Abschiebung, Racial Profiling der Polizei, alltägliche Diskriminierung auf dem

Wohnungs- und Arbeitsmarkt, auf dem Schulhof oder im Stadteilleben. Für die allermeisten, die nach Leipzig kommen und keinen deutschen Pass besitzen, der deutschen Sprache (noch) nicht mächtig sind oder als PoC^[6] hier leben, gehören solche Diskriminierungserfahrungen zum Alltag – zahlreiche Redebeiträge auf der Demonstration legen aus erster Hand Zeugnis davon ab.

Orte des Rassismus sind kein Zufall

Die Täter*innen der Brandschläge im August 2022 waren nicht nur von der Pogromstimmung von Anfang der 1990er Jahre inspiriert. Auch ein Blick auf die politische Stimmung in Grünau heute scheint ein ähnliches Bild zu liefern: Zur Bundestagswahl 2017 wählten 25 bis 30 Prozent der Grünauer*innen die extrem rechte und mehrheitlich völkisch rassistische AfD, 2021 waren es noch immer 20 bis 25 Prozent je nach Quartier.^[7] Schon 2012 verhindern Anwohner*innen durch Protest eine neue Unterkunft für Asylsuchende im Ortsteil Grünau-Ost, die im Zuge eines Konzepts zur Dezentralisierung der Unterbringung entstehen sollte.^[8]

Solche Proteste ereigneten sich nicht nur in Grünau, sondern nach 2012 auch in Rackwitz, Wahren, Schönefeld, Holzhausen und anderen Stadtteilen und Vororten von Leipzig, in denen Notunterkünfte entstanden. Dass GUs nur in Ausnahmen in einkommensstarken, hippen oder durchmischten Stadtteilen eröffnet werden, ist Teil des Problems und keineswegs Zufall. In aller Regel finden wir alte und neue Unterkünfte in Stadt- und Ortsteilen, die als peripher gelten. Hier treffen die Erfahrungen von „Entfremdung und Ausgeschlossenheit vom Zentrum“ sowie vom „Verlust von Zentralität“^[9] sodann auf das Gefühl globale



Jugendliche aus Grünau berichten 1991 vor laufender Kamera von Plänen, die Unterkunft erneut anzugreifen

Probleme bewältigen zu müssen und auch auf Überforderung. Wo wenig Raum und Ressourcen für Solidarität vorhanden sind, konnte sich gesellschaftlicher Rassismus zuspitzen. In den Asylsuchenden fand er seine Projektionsfläche und Objekte des Hasses. So trugen auch die ausgrenzenden und stigmatisierenden Unterbringungen von Asylsuchenden durch das Land Sachsen und die Stadt Leipzig dazu bei, den Rassismus aus einer latenten Stimmung in offen artikulierten Hass zu verwandeln, der zum Teil auch in Angriffe und Anschläge mündete.

Von der „sozialistischen Utopie“ zur „Platte“ und zum Stadtteil des Ankommens

In Grünau mit seinen heute knapp 50.000 Bewohner*innen verdichten sich die Widersprüche von Peripherisierung und rapider Veränderungen auf der Größe einer Mittelstadt und prägen den Stadtteil seit 1990: Der Niedergang der Industrie in Leipzig und ihrer Stadtteilkulturen, die das Leben über Jahrzehnte prägte, hat auch in Grünau tiefgreifende Spuren hinterlassen. Der Wandel von der sozialistischen Utopie zur Plattenbausiedlung am Stadtrand und der anschließende Wegzug von ca. 40.000 Menschen, der zeitweise Verfall der Wohnsubstanz sowie Privatisierung, Abriss und Verunsicherung der Geblienen beschreiben weitere große Linien der Veränderung bis ins Jahr 2010. Hinzu kommen die „Baseballschlägerjahre“. Während der späten 1990er und frühen 2000er Jahre dominierten Neonazis die Jugendszene und Jugendeinrichtungen des Stadtteils lange geduldet von der Stadt Leipzig, der Polizei und der Jugendsozialarbeit. Diese rechte Raumnahme fand nicht zufällig in Grünau statt. Sie ist eng verwoben mit Stadtteilentwicklung und prägt Grünau bis heute, zum Beispiel durch die Verdrängung des alternativen Milieus und dem offen artikulierten Rassismus.^[10]

Dennoch verändert sich Grünau im letzten Jahrzehnt tiefgreifend, sodass von einer einfachen Kontinuität rechter Raumnahme und Dominanz im Alltagsleben nicht mehr die Rede sein kann: Der Stadtteil wächst und ist für die Wohnraumversorgung unabdingbar geworden, denn die Stadt hat seit 2020 mehr als 130.000 Einwohner*innen dazugewonnen. Auch diese Entwicklung und Rolle Grünaus sowie seiner neuen Bewohner*innen ist alles andere als selbstbestimmt. Leipziger*innen, die unter geringem Einkommen und rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt leiden, müssen aus zentralen Stadtteilen in die Peripherie weichen.^[11] Das Zusammenreffen der alteingesessenen Grünauer*innen und der neuen Bewohner*innen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und internationalen Geschichten führt dabei ohne Frage zu Konflikten.

Alltägliche Solidarität trotz rechter Raumnahme

Davon profitiert unter anderem die AfD und kann bei



Die Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in der Liliensteinstraße in Grünau

Wahlen überdurchschnittliche Stimmgewinne einfahren. Aber auch neue neonazistische Akteur*innen wie die Vereinigten Nationalisten Leipzig (VNL) versuchen diese Stimmung durch Straßenpropaganda und Raumnahme zu verschärfen. Der Anschlag auf die Liliensteinstraße zeigt, dass es dabei nicht bleibt. Und gerade deshalb sollten wir genauer hinschauen: Viele Menschen, die heute in Grünau leben, erleben ohne Frage rassistische und auch klassistische Diskriminierung. Jedoch sind sie mehr als nur Objekte des Hasses einer frustrierten Dominanzgesellschaft. Grünau ist unwiederbringlich ein Stadtteil des Ankommens in Leipzig geworden. Und es gibt viele Akteur*innen, die dieses Ankommen jenseits von verhärteten Identitäten und Ausgrenzung gemeinsam gestalten. Gerade darin unterscheidet sich Grünau heute vom Plattenviertel der 1990er Jahre und widerspricht dem Klischee ganz praktisch.

Zwei politische Forderungen der Solidaritätsdemonstration nach dem Brandanschlag halte ich für eine antirassistische Praxis in Grünau und darüber hinaus für zentral: Erstens, sollte die zentrale Unterbringung von Geflüchteten die absolute und befristete Ausnahme werden. GUs sind Orte der Stigmatisierung, Ausgrenzung, Entmündigung und Entrechtung – und keine Orte des Ankommens und der Solidarität. Damit dies, zweitens, nachhaltig geschehen kann, muss der Wohnungsmarkt (in Leipzig) effektiv vor rassistischer Diskriminierung geschützt werden. Dazu gehört auch voranschreitender Segregation entgegenzuwirken. Erst eine soziale, kulturelle und politische Durchmischung der Wohnbevölkerung macht alltägliche Solidarität möglich. So könnte die Stadtgesellschaft einen Beitrag leisten, „die Pogrome von morgen verhindern“ und nachhaltig dem gesellschaftlichen Rassismus den Boden entziehen. ■

Paul Zschocke ist Sozialwissenschaftler und forscht zur extremen Rechten, Rechtspopulismus und Autoritarismus sowie zu Stadtentwicklung in Ostdeutschland.

[7] Zschocke, Paul (2019): Im Schatten der Stadt. Ist Leipzig-Grünau ein Modellwahlbezirk der AfD? In: chronik.LE (Hrsg.): Leipziger Zustände 2019. Leipzig: Engagierte Wissenschaft, S. 68–71.

[8] Initiativkreis: Menschen. Würdig. (2012): Geschlossene Gesellschaft. Die Leipziger Asyldebatte. In: chronik.LE (Hrsg.): Leipziger Zustände 2012. Leipzig: Engagierte Wissenschaft, S. 12–17.

[9] Belina, Bernd; Förtner, Maximilian; Naumann, Matthias (2019): „Stadt, Land, AfD“. In: sub|urban. Zeitschrift für kritische stadtforschung 7, S. 23–44.

[10] Zschocke, Paul (2022): Leipzig-Grünau: Wie die Baseballschlägerjahre zum heutigen Erfolg der AfD beitragen. In: Mullis, Daniel; Miggelbrink, Judith (Hrsg.): Lokal extrem rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, S. 145–164.

[11] Diese Segregation zeichnet sich deutlich ab: SGB II-abhängige Haushalte, Kinderarmut und der Anteil „ausländischer“ Bevölkerung nehmen seit 2010 kontinuierlich zu. Heute gelten knapp 22 Prozent in Grünau-Mitte als „nicht-deutsch“ (Leipzig: 12,5 %), 2011 waren es noch 5,8 Prozent (Leipzig: 5,4 %).

02 KAPITEL RASSISMUS

Vor dem Hintergrund rassistischer Pogrome in den beginnenden 1990er Jahren kam es am 28. August 1993 zu einem Angriff hunderter Neonazis auf eine Gemeinschaftsunterkunft (GU) für Geflüchtete in der Leipziger Liliensteinstraße. 2022 ist die rassistische Gewalt nicht verschwunden. Fast auf den Tag genau dreißig Jahre später, am 26. August 2022, wurde die GU erneut angegriffen und ein Brandanschlag auf das Haus und seine Bewohner*innen verübt. Bis Ende des Jahres 2022 folgten sachsenweit weitere Angriffe. Brandanschläge, Abschiebungen, körperliche und verbale Angriffe in der Öffentlichkeit bilden die sichtbarste Form rassistischer Gewalt und Machtstrukturen. Dabei sind sie Ausdruck gesellschaftlicher Zustände und tief in diese eingeschrieben. Das Kapitel thematisiert daher verschiedene Ausprägungen von Rassismus und versucht für seine Ausdrucksformen zu sensibilisieren.

Den Beginn macht ein Redebeitrag der Gruppe *PERSPECTIVES* anlässlich des Brandanschlags auf die GU in der Liliensteinstraße. Darin prangert sie den rassistischen Alltag in Grünau sowie die Stigmatisierung des Stadtteils und seiner nicht-*weißen* Bewohner*innen an. Ein Text von *chronik.LE* stellt die Diagnose „Rassismus ist ungesund“ und nimmt dabei Rassismus in der medizinischen Versorgung in den Blick. Dem Grundbedürfnis Wohnen widmet sich die Arbeit der *Kontaktstelle Wohnen*. Ihr Text problematisiert die Mechanismen rassistischer Exklusion auf dem Wohnungsmarkt und berichtet über die Arbeit für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt Leipzig sowie den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig. Dort, in der Stadt Grimma, ist die *Infostelle Asyl & Bildung* verortet. Zwei ehemalige Berater*innen und ein Aktivist diskutieren gemeinsam über die Zustände in Sammelunterkünften, alltäglichen Rassismus und die Bedeutung von unabhängigen Unterstützungsangeboten. Den Abschluss des Kapitels macht *JS* mit einem Beitrag zu antislawischen Rassismus, der sich im Zuge des Angriffskriegs auf die Ukraine vermehrt Bahn bricht. ■



assismus tötet!

NO JUSTICE
NO PEACE

Grenzenlose Solidarität



REDEBEITRAG ZUR DEMONSTRATION NACH DEM BRANDANSCHLAG IN GRÜNAU

von Yasemin Said, Clara Nunes und Herman Lena Claude
(PERSPECTIVES)

Am 26. August 2022 wird ein rassistisch motivierter Brandanschlag auf die Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in der Liliensteinstraße in Grünau-Lausen verübt. Wenige Tage später versammeln sich rund 2.000 Demonstrant*innen, um vor Ort ihre Solidarität mit den Bewohner*innen zu zeigen. Dies ist der Redebeitrag des Grünauer Stadtteilprojektes PERSPECTIVES.

Wir sind PERSPECTIVES und machen in Grünau Stadtteilarbeit für Personen, die selbst oder deren Eltern nach Deutschland migriert sind, sowie für Schwarze, jüdische oder postmigrantische Personen. Uns gibt es seit drei Jahren. Wir möchten heute ein paar Worte verlieren zu diesem Stadtteil und Verantwortung.

Es ist für uns nicht immer so einfach zu erklären, was genau unsere Arbeit beinhaltet. Anhand des kürzlichen Anschlags können wir das aber sehr leicht erklären: Unsere Aufgabe ist es, nicht deutsch-deutsche Personen mit Ressourcen auszustatten, die sie benötigen, um selbst zu agieren. Und das in einem Stadtteil, der zulässt, dass neben alltäglichen Anfeindungen beim Einkaufen und Straße überqueren eine Gruppe von Faschist*innen Brandsätze auf eine Gemeinschaftsunterkunft werfen kann, ohne danach gefasst zu werden. Auf die Gemeinschaftsunterkunft in der Liliensteinstraße, deren Bewohner*innen aus ähnlichen Gründen vor 29 Jahren evakuiert werden mussten.^[1]

Schon absurd, dass wir jetzt fast 30 Jahre später hier stehen und wiederholt aufmerksam machen und das so, als wären wir überrascht, dass dieser Zustand noch existiert. Daran ist nichts überraschend. Noch immer sitzen mehrheitlich *weiße*, cis männliche Menschen an Hebeln der Politik, in Polizei, führen Unternehmen. Noch immer wirken Gesetze, Regeln, Strukturen der NS-Zeit nach. Und zurück zu hier: Noch immer wird sprachlich sehr abwertend von Grünau geredet und zeitgleich werden alte Klischees von Fremden genährt. Es gibt zahlreiche Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen und die einst akzeptierende Jugendarbeit wird konsequent abgelehnt.^[2] Dennoch: Wo bleiben die Bildungsangebote und Workshops für Erwachsene und Senior*innen? Wer muss sich an wen anpassen? Und heute steht die Stadt nun gesammelt da und denkt sich „Ups“.

In dem Stadtteilentwicklungskonzept zu Grünau finden sich Sätze wie „Durch den Zuzug an Menschen mit Migrationshintergrund sinkt das Bildungsniveau in Grünau“. Das sind Formulierungen, die von der Stadt Leipzig genutzt werden. Die Menschen, die gehört werden, sind mehrheitlich deutsch und überaltert. Und um Grünau zu begreifen, muss man sehen, dass auf deren Sorgen – die unzureichende Aufmerksamkeit für das Viertel, dieses Abgegrenztsein, jahrelang auf infrastrukturelle Besserungen hoffen und statt Veränderungen Ladenschließungen sehen – auch von linker Seite reagiert werden muss. Und das, ohne klassistische und ost-diskriminierende Zuschreibungen zu verwenden. Nicht nur in Grünau wurden postnazistische Strukturen nicht ausreichend bearbeitet und haben, in Verbindung mit dem Frust der Post-Wendezeit, in gewaltvollen Ereignissen gemündet. Auch in anderen Stadtteilen Leipzigs haben wir beobachten können, dass rassistische und antisemitische Vorfälle passieren. Und dennoch ist das Fehlen von linker, antifaschistischer Basisarbeit in Grünau eine besondere Leerstelle. Seit Jahrzehnten können in diesem Stadtteil ungeachtet rechte Sticker angebracht werden und Fascho-Gruppen in Eckkneipen Stammtische abhalten. Es muss Programme, Formate und Projekte geben, die Sozialarbeiter*innen, Pädagog*innen und Kulturmittler*innen anleiten, um mit Menschen in Kontakt zu treten, die den rassistischen Normalzustand hinnehmen. Wir können es uns nicht mehr leisten, die Gründe für diese Vorfälle außerhalb zu suchen. Seid ihr sicher, dass ihr in eurem Umfeld keine Personen habt, die rassistisch denken und ihr das nicht bearbeiten könntet?

Wenn wir uns heute also gemeinsam fragen: Wie konnte das passieren? Dann ist die Antwort auf kleinster Ebene immer noch die Unfähigkeit, Faschismus und Rassismus als strukturelles Problem wahrzunehmen. Und die Verantwortung darin zu sehen, im eigenen Umfeld wirksam zu sein. Wir haben zu Beginn der Rede angesprochen, worauf wir den Fokus legen. Vielleicht können wir uns heute die Hand reichen und beschließen, dass wir uns die Arbeit aufteilen. Wir brauchen eure Hilfe nicht, wenn wir Sprachangebote, Beratungsstunden und Sporttreffs erstellen. Wir brauchen eure Hilfe, wenn die deutschen Grünauer*innen erreicht werden sollen, die solche Angriffe tolerieren.

[1] In der Nacht vom 28. August 1992 attackierten mehrere hundert Neonazis dieselbe Gemeinschaftsunterkunft in der Liliensteinstraße. Für Hintergrundinformationen siehe: „Die Pogrome von morgen verhindern: Alltägliche Solidarität trotz rassistischer Gewalt und rechter Raumnahme in Grünau“ in dieser Ausgabe auf S. 14.

[2] Zum Thema der so genannten akzeptierenden Jugendarbeit siehe: Schuhmacher, Nils; Zimmermann, Gillian (2001): „Großversuch“ im Schatten der Gewalt. Erfahrungen im „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ sowie in weiteren Ansätzen der Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen bis Ende der 1990er Jahre.

Wir möchten auch noch anmerken, dass diese Veranstaltung heute für uns mit Vorsicht zu genießen war. Es muss bei der Konzeption dieser Demos die oberste Priorität sein, die Bewohner*innen der Gemeinschaftsunterkunft zu Wort kommen zu lassen. Sie mitentscheiden und mitreden zu lassen. Wie wollen sie diese äußern und welche Form von Protest können sie sich vorstellen?

Das ist das Einmaleins politischer Teilhabe und Mitgestaltung. Wir fordern von den hier anwesenden politischen Akteur*innen, die Dringlichkeit des eigenen politischen Aktionismus für ein paar Tage auszuhalten, um den Personen den Raum zu geben, die von dieser Gewalt tatsächlich betroffen sind.

Und an dieser Stelle deswegen genug von uns. Wir geben das Wort weiter an unseren Kollegen Herman, der auf Englisch sprechen wird.

My name is Herman Lena Claude. I'm an African from Cameroon. Since I came to Germany, I had one problem – that was racism. I don't understand why people hate on us Black people. We are humans. And we are one, no matter the color. One day when we all die, we

will be buried in the same place. Same place. Whether you are white or Black. Not because you are white, you will be buried in the sky. So, we have to learn to love one another. Because this is the only thing we can share in this life. Most of us Black people, we come here because we need help. We didn't come here to be hated by the white. If back home was better, we wouldn't have come here. What we are asking for is to be loved, not to be hated. In African history we have always respected the white people because talking about education and many other things the white people have always been on the top. We learn so much from the white people. But one thing we didn't understand was racism. Where did it come from? I want to plead to the white people to give us a chance so we can show them that we are not bad people. It is not because we are Black that we are criminals. Or we are your enemies. We are humans. It's just a color. We have the same heartbeat. And the same everything. Just love us and let's live together in peace. Hating takes a lot of energy and time, the little time we have on earth – let's love one another and be happy. Thanks. ■

PERSPECTIVES ist ein Stadtteilprojekt in Grünau.



Wenige Tage nach dem Anschlag versammeln sich Demonstrant*innen in Grünau, um vor Ort ihre Solidarität mit den Bewohner*innen der GU zu zeigen

RASSISMUS IST UNGESUND: EINE DIAGNOSE DER MISSSTÄNDE

von chronik.LE

[1] Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2021): Diskriminierungsrisiken und Diskriminierungsschutz im Gesundheitswesen – Wissensstand und Forschungsbedarf für die Antidiskriminierungsforschung, S. 18.

[2] kritMed Leipzig (5. Juni 2020): Auch am Universitätsklinikum Leipzig muss über Rassismus gesprochen werden. Online abrufbar unter leipzig.kritmed.de

[3] Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2021), S. 19.

[4] Qamar, Alisha (12.08.2020): Black Lives Matter - Rassismus im Gesundheitswesen. Online abrufbar unter thieme.de

[5] Aikins et al. (2021): Afrozensus 2020: Perspektiven, Anti-Schwarze Rassismuserfahrungen und Engagement Schwarzer, afrikanischer und afrodiaporischer Menschen in Deutschland, Berlin. Online abrufbar unter afrozensus.de

„Hey, könnt ihr eine gute Ärztin empfehlen?“ Fast täglich wird in Chats von BiPoC-Gruppen diese Frage gestellt. Sie zielt allerdings nicht nur auf die fachliche Kompetenz ab, sondern immer auch darauf, ob rassistisches Verhalten möglichst ausgeschlossen werden kann. Schlechte und diskriminierende Erfahrungen reichen von Unfreundlichkeit über grobe und unsensible Behandlung, das Nicht-Erstnehmen und Absprechen von Symptomen und mangelndes Wissen bis hin zu offen rassistischen Bemerkungen seitens medizinischen Personals.

****Content Note: In diesem Artikel werden Rassismuserfahrungen und Gewalt explizit beschrieben.****

Wenn Betroffene außerhalb von BiPoC-Gruppen über ihre Erfahrungen berichten, wird das Empfundene oft reflexartig abgesprochen oder negiert. Es sei sicherlich nicht rassistisch gemeint gewesen. Ärztinnen und Ärzte stünden unter Druck, die Wartezimmer seien überfüllt und das Personal überarbeitet. Diese Umstände spielen eine Rolle im Umgang mit Patient*innen. Doch mittlerweile zeigen auch wissenschaftliche Studien, dass die von Betroffenen wahrgenommene und als rassistisch begründet empfundene Ungleichbehandlung tatsächlich existiert und nachgewiesen werden kann. Dies gilt auch für latente oder subtilere Formen der Diskriminierung.^[1]

Über falsches und fehlendes Wissen

Rassismus wird aber auch sehr explizit formuliert: Eine Leipziger Patientin berichtet uns, dass sie im Rahmen ihrer Therapie ihren Psychiater nach der Wirkweise von Antidepressiva fragt. Daraufhin antwortet dieser, dass man die Wirkung auf sie als Patientin nicht absehen könne, da sie arabisches Blut habe und es an „Menschen ihrer Art“ nicht ausreichend Forschungen gebe. Dieser Vorfall zeigt, dass sich nicht nur der Mythos unterschiedlicher Menschenrassen hartnäckig hält, sondern auch, dass sich der damit verbundene rassistische Irrglaube unmittelbar auf die Gesundheitsversorgung rassifizierter Personen auswirkt.

Die unkritische Reproduktion von Rassismen in der medizinischen Lehre wird von der Hochschulgruppe der Universität Kritische Medizin Leipzig (KritMed) in einer Stellungnahme von 2020 thematisiert. Sie verdeutlicht, dass internalisierte Stereotype direkte Auswirkung auf die Behandlung von Patient*innen haben und fordert, „dass in der medizinischen Lehre die Nicht-Exis-

tenz von menschlichen Rassen, aber die Existenz und die Auswirkungen von Rassismus gelehrt werden.“^[2]

Diese zeigen sich unter anderem in mangelndem Wissen darüber, wie sich Symptome bestimmter Krankheiten bei Skin of Color Patient*innen zeigen: Eine Patientin of Color erzählt uns, dass sie aufgrund einer chronischen Entzündung infolge einer Geburt ihre Gynäkologin in Leipzig aufsucht. Die Ärztin untersucht sie und teilt ihr mit, dass da „nichts“ sei. Die Patientin erklärt, dass die Entzündung aufgrund ihrer Hautfarbe für die Ärztin schwer erkennbar sein kann. Doch die Ärztin besteht darauf, dass da „nichts sei“, sie könne keine Rötung der Haut sehen. Erst ein Termin bei einer weiteren Fachärztin führt schließlich zur angemessenen Behandlung.

Solche sich wiederholenden Erfahrungen des Absprechens und Nicht-Erstnehmens von Symptomen und Beschwerden führen dazu, dass Menschen mit Rassismuserfahrungen Arztbesuche hinauszögern oder gar meiden. So zeigen Studien, dass Menschen mit Rassismuserfahrungen seltener Fachärzt*innen aufsuchen und Leistungen der Gesundheits- sowie Krebsprävention in Anspruch nehmen als nicht rassifizierte Personen.^[3]

Über wehleidige „Ausländer“ und Pseudo-Diagnosen

Hartnäckig halten sich auch völlig haltlose Zuschreibungen und Stereotype über das Schmerzempfinden rassifizierter Personen: Einerseits wird BiPoC unter den rassistischen Pseudo-Diagnosen des so genannten „Mittelmeersyndroms“ (auch „Morbus Bosphorus“ oder „Morbus Mediterraneus“) ein übertriebener und theatraler Schmerzausdruck, eine besondere Wehleidigkeit unterstellt. Leipziger Medizinstudierende berichten, dass diese Begriffe auch unter dem Personal einer sächsischen Klinik kursieren. Zum anderen wird etwa Schwarzen Menschen eine besonders geringe Schmerzempfindlichkeit zugeschrieben. Dieser folgenreiche Irrglaube geht zurück auf Rassentheorien, die im Kolonialismus genutzt wurden, um die Ausbeutung und Versklavung Schwarzer Menschen zu legitimieren.^[4] Das Fortwirken dieser Annahmen zeichnet sich in der medizinischen Behandlung ab: Etwa zwei Drittel der Befragten des Afrozensus geben an, dass ihre Ärzt*innen ihre Beschwerden nicht ernst nehmen.^[5] Beide Zuschreibungen führen oft zum gleichen Ergebnis: Schmerzempfinden und -ausdruck von BiPoC werden falsch eingeschätzt, es entstehen in der Folge fehlerhafte Diagnosen und benötigte Therapien werden verzögert.

Leipziger Rettungssanitäter*innen berichten uns kritisch von Einsätzen, die sie im Rahmen ihrer Ausbildung begleitet haben: Oft werden sie Zeug*innen von Unwillen, Ungeduld und Empathielosigkeit gegenüber nicht-weißen Personen. Dies zeigt sich mitunter bereits, wenn der Notruf in der Wache eingeht. In einem Fall handelt es sich bei dem Patienten um einen geflüchteten Mann, der wegen starker Schmerzen den Rettungsdienst gerufen hat. Am Einsatzort angekommen finden die Sanitäter einen sich vor Schmerzen krümmenden und stöhnenden Menschen vor. Ihm wird mit der Grundhaltung begegnet, dass er Bauchschmerzen habe und übertreibe, „so sind die halt!“ Das bedeutet: dramatischer, wehleidiger. Erst nach einiger Zeit wird der Familie genauer zugehört. Es zeigt sich, dass der Patient an einer Kriegsverletzung leidet und einen wandernden Metallsplitter im Körper trägt, der die enormen Schmerzen verursacht. Erst dann wird die Dringlichkeit der Situation erkannt und gehandelt.

Kommt ein Notruf aus einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete, geht oft ein genervtes Stöhnen durch die Leipziger Wache. Dann lässt man sich ein bisschen mehr Zeit mit allem. Besonders eindringlich ist auch der Bericht von einem Einsatz bei einer geflüchteten Familie. Die jugendliche Tochter ist nach der Nachricht vom Tod ihres Vaters in einen Schockzustand geraten. Sie hört nicht auf, entsetzt zu schreien und zu weinen. Die Mutter kann sie nicht beruhigen und ruft verzweifelt den Notdienst. Kurz nach Ankunft geht der Sanitäter auf die junge Frau zu, schreit sie an, dass sie sich beruhigen solle und gibt ihr mehrere Backpfeifen – obwohl sie als körperliche Reaktion auf das anhaltende Hyperventilieren schon krampft. Als diese erste „Behandlungsmaßnahme“ nicht den Zustand der Patientin verbessert, wird versucht, sie ins Krankenhaus zu bringen. Dabei wird sie grob angefasst und gezerzt, obwohl sie sich wehrt und zu Boden fallen lässt. Erst nach

einem für die Betroffene aufreibenden Prozess kommt den Sanitäter*innen die Erkenntnis, dass es für die Patientin besser sein könnte, angesichts des erlittenen Verlustes nicht von ihrer Familie getrennt zu werden. Schließlich werden ihr Beruhigungsmittel verabreicht. Mitunter führt das Missachten von Schmerzen wie etwa starke Kopfschmerzen insbesondere bei Personen mit Fluchterfahrung auch dazu, dass diese ohne gründliche Abklärung möglicher körperlicher Ursachen ohne Weiteres als psychosomatisch oder traumatisch eingeordnet werden. Oft folgt dann der Hinweis, Therapieplätze seien für Nicht-Muttersprachler*innen derzeit ohnehin nicht verfügbar, berichtet eine Leipziger Sprachmittlerin.

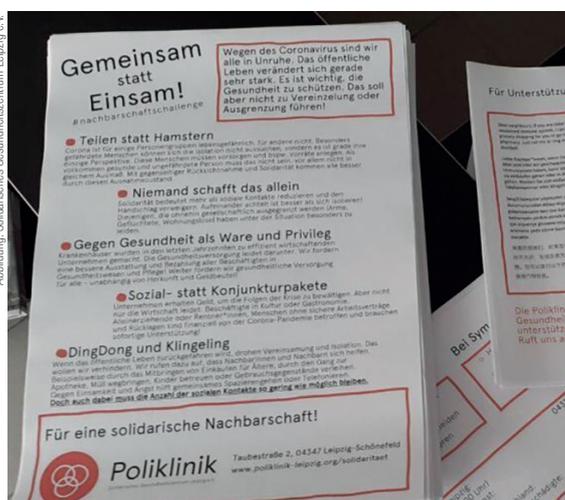
Über Sprachbarrieren und Frust

Neben der grundsätzlichen Haltung gegenüber BIPOC Patient*innen sind Sprachbarrieren eine zusätzliche Hürde in der medizinischen Versorgung von Personen mit geringen Deutschkenntnissen. Es gibt keine einheitlichen Regelungen für den Umgang mit Sprachbarrieren im Gesundheitssystem, als seien sie schlicht nicht vorgesehen. Obwohl es für die Behandlung essenziell ist, dass die Patient*innen den Behandlungsplan verstehen und in diesen einwilligen können, werden Kosten für Sprachmittlung grundsätzlich nicht von Krankenkassen übernommen.

In Leipzig wird zwar der Vermittlungsservice für Sprach- und Integrationsmittler*innen (SprInt) von der Stadt und dem Land Sachsen finanziell gefördert. Die Nutzung ist jedoch kommunalen Einrichtungen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich vorbehalten, sowie der Stadtverwaltung und einigen freien Trägern. Niedergelassene Ärzt*innen, Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen können auf SprInt zugreifen, müssen die Kosten aber selbst tragen.

Das bedeutet konkret: Personen, die sich noch im Asylverfahren befinden, haben über die Gemeinschaftsunterkunft (GU) die Möglichkeit, eine Sprachmittlung für einen Arzttermin zu bekommen. Sobald sie nicht mehr in der GU wohnen, ist diese jedoch nicht mehr zuständig und ihr Anrecht auf Finanzierung einer Sprachmittlung erlischt. In diesen Fällen werden oft nicht qualifizierte Personen hinzugezogen. Das können Bekannte sein oder aus Mangel an Alternativen auch die eigenen Kinder, was für diese eine enorme Verantwortung und Belastung darstellt.

Oft sind die Patient*innen jedoch auch gezwungen, Termine ganz ohne Sprachmittlung wahrzunehmen. Manche Ärzt*innen reagieren in diesen Situationen kreativ und versuchen mit Übersetzungs-Apps zu arbeiten. Manche finanzieren die Sprachmittlung aus eigener Tasche, andere brechen die Behandlung ab. Wiederum



Das solidarische Gesundheitszentrum Poliklinik in Schönefeld steht allen Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sozioökonomischen Bedingungen offen



Der Gesundheitsblock der #unteilbar-Demo am 6. Juli 2019 in Leipzig mit dem Motto „Gesundheit braucht Solidarität – Ausgrenzung ist tödlich“

[6] Gerlach et al. (2008): Welche Erfahrungen haben deutsche Hausärzte mit Patienten mit Migrationshintergrund? Ergebnisse einer Fokusgruppendifkussion mit Hausärzten. In: Zeitschrift für Allgemeinmedizin, 84(10), S. 434.

andere beginnen die Behandlung ohne Sprachmittlung und Abklärung. Was das für Folgen haben kann, verdeutlicht der Fall einer geflüchteten Frau, die selbst in ihrem Herkunftsland im medizinischen Bereich tätig war: Wegen Schwangerschaftskomplikationen muss sie ins Krankenhaus. Sie ist allergisch gegen ein bestimmtes Medikament und versucht dies dem Personal mitzuteilen. Da keine Sprachmittlung anwesend ist, wird sie jedoch nicht verstanden und ihr Anliegen wird abgetan. Das Medikament wird verabreicht und verursacht einen allergischen Schock. Glücklicherweise überleben sie und ihr ungeborenes Kind.

Angesichts solcher Fälle ist es mehr als fahrlässig, dass der Zugang zur Sprachmittlung im Gesundheitswesen nicht einheitlich gewährt wird. Diese Situation führt nicht nur zu medizinischen Komplikationen, sondern frustriert in erheblichem Maße das medizinische Personal. Damit verbunden sind Gedanken an Mehrarbeit und mehr Dokumentation, so eine qualitative Studie mit Hausärzt*innen. Diese zeigt auch die Frustration, die erlebt wird, wenn Ärzt*innen den eigenen kommunikativen Ansprüchen nicht gerecht werden können. Sie erleben „Hilflosigkeit, Wut und Aggression beim Umgang mit Patient*innen mit Migrationshintergrund.“^[6]

Doch auch wenn Sprachmittler*innen anwesend sind, ist die Kommunikation nicht immer einfach. Ein Leipziger Sprachmittler berichtet, dass Ärzt*innen bei Terminen regelmäßig monologartig und ohne Pausen für die Verdolmetschung eine Erklärung bezüglich des gesundheitlichen Zustandes der Patient*innen abgeben. Bitten des Sprachmittlers um Pausen für die Übersetzung und die Möglichkeit für Rückfragen werden oft zurückgewiesen. Dafür sei keine Zeit und die Übersetzung würde angesichts eines vollen Wartezimmers

zu lange dauern. Sprachmittler und Patient*in werden herausgebeten, um die Übersetzung im Wartezimmer durchzuführen.

Über Behandlungsscheine und Verwaltungspersonal

Abgesehen von den beschriebenen Varianten, in denen Rassismen direkt oder indirekt auf die gesundheitliche Versorgungssituation geflüchteter Personen wirken, existiert auch eine gesetzlich festgeschriebene Schlechterstellung aufgrund des aufenthaltsrechtlichen Status. Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beschränkt den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Asylsuchende in den ersten 18 Monaten ihres Aufenthaltes maßgeblich auf Impfungen, die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzen, sowie die Versorgung bei Schwangerschaft und Geburt. Kein Anspruch besteht hingegen auf die Versorgung chronischer Krankheiten. Ein weiterer Aspekt dieser institutionellen Diskriminierung liegt darin, dass Personen, die sich im Asylverfahren befinden, in vielen Bundesländern und auch in Sachsen keine elektronische Gesundheitskarte erhalten. Stattdessen benötigen sie für jeden Arzttermin einen sogenannten Behandlungsschein, der im akuten Krankheitsfall beim Sozialamt zur Vorlage bei der behandelnden Ärzt*in beantragt werden muss. Dabei entscheidet in der Regel medizinisch nicht qualifiziertes Verwaltungspersonal über die Notwendigkeit einer Behandlung, darüber, was als akut oder chronisch zu gelten hat und welche*r Ärzt*in aufgesucht werden kann. Dieser Prozess wird oft als sehr belastend empfunden und ist aufgrund der Notwendigkeit, teils intime Details offenzulegen, mit Scham und Ängsten verknüpft.

Nicht selten, so berichtet ein Leipziger Sprachmittler, werden Behandlungsscheine auch fehlerhaft ausgestellt



In der Pandemie sind Menschen ohne Papiere in einer besonders prekären Situation. CABL e.V. ermöglicht Personen ohne Krankenversicherung einen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung.

oder gar Fachrichtungen verwechselt. Wird dann nach den bekanntermaßen langen Wartezeiten für einen Facharzt*innentermin plötzlich in der Praxis festgestellt, dass der Behandlungsschein ungültig ist und nicht abgerechnet werden kann, verfällt der Termin. Erneut muss ein Behandlungsschein beantragt werden, wodurch sich die Behandlung verzögert.

Über Menschen ohne Papiere und Lücken im System

Für Menschen ohne Papiere ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung besonders heikel. Auch sie haben theoretisch einen Anspruch auf medizinische Versorgung nach dem AsylbLG. Tatsächlich in Anspruch nehmen können sie diese jedoch nicht. Denn das Sozialamt ist, sobald ein Behandlungsschein beantragt wird, wie jede andere Behörde nach § 87 des Aufenthaltsgesetzes verpflichtet, Daten und Informationen über illegalisierte Personen an die Ausländerbehörde weiterzugeben.

Die Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein Leipzig (CABL e.V.) setzt seit 2019 hier an und ermöglicht Personen ohne Krankenversicherung einen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Zwei Mal in der Woche bietet CABL e.V. eine offene Sprechstunde mit einer Sozialarbeiter*in und einer ehrenamtlich arbeitenden Ärzt*in an. In einem sogenannten Clearing wird geklärt, warum kein Zugang zum Gesundheitssystem besteht und wie unterstützt werden kann. Bei akuten gesundheitlichen Beschwerden wird eine Erstanamnese gemacht und ein Behandlungsschein, im Zweifel anonym, ausgestellt. Mit diesem können Patient*innen niedergelassene Praxen aufsuchen und sich behandeln lassen, ohne Angst vor Abschiebung haben zu müssen.

Menschen, die illegalisiert werden, machen die größte Gruppe der Klient*innen aus. Daneben nehmen auch

EU-Bürger*innen die Sprechstunde in Anspruch. Denn obwohl sie sich hier legalisiert aufhalten, haben letztere, besonders im Falle von Arbeitslosigkeit, oft keinen Zugang zu deutschen Sozialleistungen.

Über 600 Mal wurden die Sprechstunden 2021 in Anspruch genommen, berichtet Eva von CABL e.V. Bemerkenswert ist, dass die meisten Behandlungsscheine für Gynäkologie und Schwangerschaftsvorsorge ausgestellt werden. Dies verdeutlicht, dass Menschen, die sowohl von Sexismus und Rassismus als auch von institutioneller Diskriminierung aufgrund von Migrationserfahrung und Aufenthaltsrecht betroffen sind, in besonderem Maße eine Unterversorgung in der medizinischen Behandlung erfahren.

Diese gravierenden Lücken im System können nur geschlossen werden, so Eva von CABL e.V., wenn: die gesetzlichen Übermittlungspflichten auf Bundesebene abgeschafft werden; elektronische Krankenversicherungskarten unabhängig vom Aufenthaltsstatus ausgestellt werden; der Zugang zu Gesundheitsleistungen für EU-Angehörige gesetzlich geregelt wird und Kosten für Sprachmittlung durch Krankenkassen übernommen werden.

Lücken in der Chronik

chronik.LE dokumentiert neonazistische, rassistische und diskriminierende Ereignisse in und um Leipzig. Nur mit Eurer Hilfe können wir gemeinsam aufzeigen, welche rassistischen Erfahrungen wir machen und dass auch Vorfälle in der medizinischen Behandlung dazu gehören – genauso wie all die Ereignisse, die in anderen Institutionen und im öffentlichen Raum passieren. ■

DEZENTRALES WOHNEN FÜR GEFLÜCHTETE

Der schwere Weg zur eigenen Wohnung

von Kontaktstelle Wohnen

Der Zugang zum Wohnungsmarkt ist für Geflüchtete aus zahlreichen Gründen strukturell erschwert: langwierige Asylverfahren, unübersichtliche Bürokratie, Sprachbarrieren, rassistische und klassistische Vorbehalte seitens vieler Vermieter*innen. Die Kontaktstelle Wohnen versucht diesen Hürden entgegenzuwirken.

[1] Der Name wurde zum Schutz der Familie von den Autor*innen anonymisiert.

[2] Eine Belegwohnung ist eine Wohnung, die vom zuständigen Amt als Sachleistung alternativ zur Gemeinschaftsunterkunft gestellt wird. In der Regel werden sie Menschen zugewiesen. Obwohl die Unterbringung als dezentral gilt, entspricht sie nicht selbstbestimmtem und angemessenem Wohnen. Oft ist die Wohnung zu klein und die Wohnungen und Mitbewohner*innen können nicht frei gewählt werden.

Juli 2022, Familie D.^[1] kommt zur Sprechstunde der Kontaktstelle Wohnen in Leipzig. Das Ehepaar floh 2021 mit seinen vier Kindern aus Syrien und lebt seit eineinhalb Jahren in einer Gemeinschaftsunterkunft in Leipzig. Endlich wurde das Asylverfahren abgeschlossen – die Familie erhält einen Aufenthaltstitel von zunächst zwölf Monaten. Das erste Mal hat sie nun die Chance, ihr Leben in Deutschland aktiv zu gestalten: Sprachkurse, Arbeitsplätze, eine eigene Wohnung, all das ist jetzt möglich – theoretisch.

Wir registrieren die Familie, um sie bei der Wohnungssuche zu unterstützen, doch große Hoffnungen können wir ihr nicht machen. Eine geflüchtete Familie mit vier Kindern ist in Leipzig so gut wie unvermittelbar – das ist die Realität.

Obwohl viele Familien auch mit kleineren Wohnungen zufrieden wären, sind es oft die Vermieter*innen, die zum

Beispiel eine sechsköpfige Familie in einer 4-Zimmer-Wohnung nicht akzeptieren. Doch auch insgesamt lehnen Vermieter*innen migrantisch markierte Menschen aufgrund von rassistischen Vorbehalten häufig ab.

Dazu kommt die große Konkurrenz innerhalb der Gruppe der Sozialleistungsempfänger*innen, die ohnehin von klassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt betroffen ist. Die doppelte Diskriminierung in Kombination mit der fehlenden Planungssicherheit für Vermieter*innen durch eine begrenzte Aufenthaltserlaubnis, macht es für geflüchtete Menschen unfassbar schwer, Gemeinschaftsunterkünfte, Belegwohnungen^[2] und andere prekäre Wohnverhältnisse hinter sich zu lassen und ein selbstbestimmtes Leben zu beginnen.

Das Recht auf Wohnen ist wenig geschützt

Dabei gilt das Recht auf angemessenen Wohnraum als Menschenrecht und ist unter anderem gesetzlich im UN-Sozialpakt (Artikel 1, Absatz 1) verankert. Im Grundgesetz ist das Recht auf Wohnen hingegen nicht formuliert, obwohl das Fehlen von (angemessenem) Wohnraum schnell andere Grundrechte gefährdet – wie etwa das Recht auf Menschenwürde, körperliche Unversehrtheit, Ehe und Familie, Teilhabe und die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Dennoch ist das Recht auf Wohnen in Deutschland der jeweiligen Ausgestaltung von Sozialpolitik der Bundesregierung ausgeliefert und somit nicht wirklich geschützt.

Geflüchtete Menschen sind von dieser mangelnden rechtlichen Verankerung und ihren Folgen besonders betroffen. Zwar ist per Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz (AGG) definiert, dass alle Menschen diskriminierungsfrei Zugang zum Wohnungsmarkt haben sollten, in letzter Instanz jedoch sind Vermieter*innen spätestens bei der Vergabe von Besichtigungsterminen und der Vertragschließung ganz individuell die Entscheider*innen. Den diskriminierenden Motiven Einzelner kann dabei kaum etwas entgegengesetzt werden. Häufig werden keine oder eher fadenscheinige Gründe für eine Ablehnung genannt.

Die Abschaffung des Listenverfahrens der LWB

Einen Lichtblick für die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten stellt auf kommunalpolitischer Ebene die Abschaffung des diskriminierenden Listenverfahrens der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) per Stadtratsbeschluss im März 2022 dar. Bei dem Listenverfahren der LWB handelte es sich um einen Prozess der Wohnungsvergabe, der Personen mit Migrati-



Die Kontaktstelle Wohnen in der Georg-Schwarz-Straße berät und unterstützt geflüchtete Menschen bei der Wohnungssuche

ongeschichte vom gewöhnlichen Zugang zu den (über 36.000) LWB-Wohnungen in Leipzig separierte. Menschen mit einem Aufenthaltstitel (von mindestens einem Jahr), die kein eigenes Einkommen haben, wurden von der freien Bewerbung um die Wohnungen kategorisch ausgeschlossen und stattdessen auf eine „Vergabeliste“ gesetzt. So konnten sie sich nur auf bestimmte Wohnungen bewerben. Dies erschwerte den Zugang zum Wohnungsmarkt zusätzlich zu allen anderen Widrigkeiten. Der Stadtratsbeschluss, initiiert vom Migrantenbeirat, ist ein überfälliger Erfolg für Leipziger Wohnungssuchende mit Fluchtgeschichte.

Wie Asylpolitik angemessenes Wohnen verhindert

Der Weg zur eigenen Wohnung ist für geflüchtete Menschen aber auch aus asylpolitischer Sicht ein schwerer. Wer nach Deutschland flieht, ist verpflichtet, 18 Monate in Aufnahmeeinrichtungen zu wohnen, die häufig wechseln. In Sachsen können es gar bis zu 24 Monate sein. Und auch nach dem Transfer aus den Aufnahmeeinrichtungen des Landes in die Kommune ist eine Gemeinschaftsunterkunft oder Belegwohnung vorgesehen, solange das Asylverfahren noch läuft. Zudem greift eine Wohnsitzauflage, die die Bewegungsfreiheit der Menschen einschränkt. Erst nachdem ein Schutzstatus – also Asyl, der Flüchtlingsstatus oder ein anderer Status – zuerkannt wurde, ist der Übergang zu selbstbestimmtem, dezentralem Wohnen erlaubt.

Doch, wie schon skizziert, bedeutet ein abgeschlossenes Asylverfahren nicht automatisch eine langfristige Aussicht auf die eigenen vier Wände. Schon bei einem positiven Ausgang des Verfahrens, wenn eine Aufenthaltserlaubnis vorliegt, lassen sich Vermieter*innen selten auf ein Mietverhältnis ein. Noch geringer ist die Chance, wenn das Asylverfahren negativ verlief und in eine Duldung mündete. In ca. 40 Prozent aller Fälle beträgt die Zeit des Aufenthalts in Gemeinschaftsunterkünften über 24 Monate.^[3]

So kommt es, dass Kinder in diesen zugewiesenen Einrichtungen aufwachsen und den Bewohner*innen die Teilhabe an der Gesellschaft langfristig verwehrt bleibt. Schlafmangel, keine Privatsphäre, kein selbstbestimmter Tagesablauf, keine Perspektive, Konflikte, Angst und hohe Lautstärke sind Alltag für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften. Häufig geht dies mit Schäden der physischen und psychischen Gesundheit einher wie Erschöpfung, Depression oder chronischen Kopfschmerzen.^[4]

Des Weiteren zeigt zuletzt der Brandanschlag auf die Gemeinschaftsunterkunft in der Liliensteinstraße in Leipzig-Grünau in der Nacht vom 26. auf den 27. August 2022, dass zentrale Unterkünfte von Geflüchteten immer wieder zur Zielscheibe rechter Gewalt werden und gegen diese Bedrohung nicht ausreichend geschützt sind. Das Menschenrecht auf angemessenen Wohnraum wird auf diese Weise strukturell und oft langfristig missachtet.

Die Kontaktstelle Wohnen berät und unterstützt geflüchtete Menschen seit 2016 bei der Suche nach eigenem Wohnraum in Leipzig, dem Landkreis Leipzig und Nordsachsen. Das Team bietet wöchentlich Sprechstunden an, um Klient*innen zu registrieren und über die eigenverantwortliche Wohnungssuche zu informieren. Gleichzeitig wird der Wohnungsmarkt täglich nach geeigneten Wohnungen durchsucht, um Wohnraum gezielt zu vermitteln. Die Mitarbeitenden unterstützen bei der Kommunikation mit den Vermieter*innen und der Vorbereitung aller nötigen Unterlagen und Anträge. Sie begleiten zu Wohnungsbesichtigungen und der Schlüsselübergabe. Auch nach dem Umzug ist die Kontaktstelle Wohnen für Klient*innen und Vermieter*innen ansprechbar.

Kontaktstelle Wohnen

<https://kontaktstelle-wohnen.de/>

Georg-Schwarz-Straße 19

04177 Leipzig

Tel. 0341 39 29 56 10

info@kontaktstelle-wohnen.de

Sprechzeiten in Leipzig, Borna, Markranstädt und Grimma

Die Ungleichbehandlung von Geflüchteten

Was braucht es, um die Chancen auf Selbstbestimmung und Teilhabe für Geflüchtete zu verbessern? Wir haben es gesehen. Nachdem Putin im Februar 2022 die Ukraine überfiel, flüchteten 967.000 Ukrainer*innen nach Deutschland, davon 9.200 nach Leipzig.^[5] Geflüchteten mit ukrainischer Staatsbürgerschaft wurde vieles ermöglicht, was zuvor undenkbar schien: Einreisen ohne Visum für 90 Tage, pauschale Aufenthaltserlaubnis bis Ende August 2022, danach zweijährige Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG ohne langwieriges Asylverfahren (Aufenthaltsgewährung), damit verbundene Planungssicherheit für Vermieter*innen und die Betroffenen selbst, keine Verteilung nach Dublin-Verfahren, keine Residenzpflicht oder Wohnsitzauflage, sofortige Arbeitserlaubnis, sofortige Erlaubnis eine eigene Wohnung zu mieten, sofortige Integration in Kita- und Schulstrukturen.

Nicht länger suchten wir vergeblich nach geeigneten Wohnungen für unsere Klient*innen. In einer großen Welle von Solidarität und Hilfsbereitschaft wurden der Kontaktstelle Wohnen von Privatleuten, Wohnungsunternehmen und der Stadt Leipzig Wohnungen zur Vermittlung angeboten.

All dies zeigt uns, was auf politischer und gesellschaftlicher Ebene möglich ist und kreiert gleichzeitig eine Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden, die schwer zu ertragen ist. Wir fordern die Gleichbehandlung aller geflüchteter Menschen unabhängig ihrer Herkunft und verlangen eine faire Chance und Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland. ■

[3] Stadt Leipzig vom 09.05.2022: 1. Quartalsbericht 2022: Unterbringung von Geflüchteten in der Zuständigkeit, online abrufbar unter ratsinformation.leipzig.de

[4] Pro Asyl von September 2021: Bedeutet unser Leben nichts?, online abrufbar unter proasyl.de

[5] Statista vom 21. August 2022: Gesamtzahl der offiziell gezählten Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland bis August 2022, online verfügbar unter de.statista.com

DIE INFOSTELLE ASYL & BILDUNG IM GESPRÄCH

Ein Gespräch zwischen Hannah Franke, Salomon Gehring und Ahmad Ali Nasari

[1] Im Interview kamen ein Zweitsprachler und zwei Erstsprachler*innen zusammen. Das Gespräch wurde aufgenommen und im Anschluss transkribiert, gekürzt, zusammengefasst und gemeinschaftlich bearbeitet. Da der Inhalt des Gesprächs im Vordergrund steht, wurden bei der Übertragung in die Schriftform Grammatikfehler ausgebessert sowie Satzbau und Stil angepasst. In Teilen wurden Besonderheiten aus der gesprochenen Sprache in der Verschriftlichung übernommen.

[2] Nach § 47 Asylgesetz besteht zunächst eine Verpflichtung in einer Landeserstaufnahmeeinrichtung (LAE) zu leben. In den meisten Bundesländern erfolgt im Anschluss eine Umverteilung in die Landkreise und kreisfreien Städte, die im Anschluss für die Unterbringung zuständig sind. Ihnen obliegt die Ausgestaltung, also unter anderem die Frage, ob Personen in Wohnungen oder in Gemeinschaftsunterkünften (GUs) untergebracht werden. In der Regel werden Verträge mit gewerblichen oder freien Trägern abgeschlossen, welche die Sammelunterkünfte dann letztendlich betreiben. Betreiberin der aktuellen GU in Grimma Süd ist die BSG GmbH über CMB GmbH, Bahren wurde von der ABUB Leipzig GmbH betrieben.

In der Alten Spitzenfabrik in Grimma entstand 2019 eine unabhängige Rechtsberatung für Geflüchtete. Hannah Franke und Salomon Gehring waren zwei Jahre in dem Projekt „Infostelle Asyl & Bildung“ aktiv, ein Kooperationsprojekt zwischen dem Refugee Law Clinic Leipzig e.V. (RLCL) und dem Förderverein für Jugendkultur und Zwischenmenschlichkeit e.V. (FJZ). Im Gespräch mit Ahmad Ali Nasari, der sich ebenfalls seit Gründung in der Infostelle engagiert, blicken sie zurück und sprechen über die lokalen Unterbringungsstrukturen, alltäglichen Rassismus und welche Unterstützungsformen Geflüchteten im ländlichen Raum helfen würden.^[1]

Hannah: Wir drei haben uns 2019 kennengelernt und uns dann fast jeden Donnerstagnachmittag in der Spitzenfabrik gesehen. Wie ist es eigentlich dazu gekommen, dass du in Grimma lebst?

Ali: Ich wurde 2015 in den Landkreis Leipzig verteilt, in ein Asylheim in Bahren.^[2] In Erinnerung geblieben ist mir ein Schild vor den beiden Gebäuden, auf dem stand: „Verboten!“ Es gab Leute, die wollten zu den Kindern kommen, um ihnen Deutsch beizubringen. Aber die fanden es dann komisch, warum dieses Schild aufgestellt wurde. Denn es drückt aus, dieses Asylheim sei irgendwie gefährlich. Das Gebäude in Bahren war außerdem so kaputt und dreckig. Es sah schlimm aus. Wenn du in der Nacht geschlafen hast, sind Kaker-

laken über dein Gesicht gelaufen. Das war schrecklich. Wir waren bestimmt hundert Leute. Und es gab Leute, die da zehn, zwanzig Jahre gelebt haben und krank geworden sind.

Hannah: Ja, die Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Bahren wurde immer wieder kritisiert. Ich habe gelesen, dass es die GU schon in den Neunzigerjahren gab. Es gab auch immer wieder Proteste von Geflüchteten, die auf die Zustände in Bahren aufmerksam gemacht haben. Auch unsere Freund*innen vom Bon Courage e.V. in Borna haben sich gegen die Unterbringung in den isoliert gelegenen und heruntergekommenen Gebäuden im Landkreis Leipzig eingesetzt. Aber das Landratsamt hat an der GU Bahren festgehalten. Geschlossen wurde sie dann 2017, meines Wissens mit der Begründung, dass der Vertrag ausläuft und die Zahlen von neuankommenden Geflüchteten nun „rückläufig“ seien.

Salomon: Welche Unterstützungsstrukturen gab es denn vor Ort in Bahren?

Ali: Eigentlich nichts! Ich war persönlich damals sehr aktiv und habe immer nach Möglichkeiten gesucht, dass man sich irgendwie in diese Gesellschaft reinschieben kann. Ach, wenn ich die Karte sehe: Wir hatten damals diese Bushaltestelle. Und wir mussten an dieser Haltestelle warten, um zum Deutschkurs zu fahren.



Weite Wege: Wichtige Anlaufstellen und die Unterbringung von Geflüchteten in Grimma liegen zumeist weit auseinander

Leute, die diese Straße lang gefahren sind, haben uns den Mittelfinger gezeigt, das ist mehrmals passiert. Manchmal haben sie uns beleidigt. Als Bahren geschlossen wurde, bin ich mit fünf Leuten an einem anderen Ort gelandet: Neunitz. Von hier aus haben dann irgendwann manche von uns Arbeit oder Ausbildung gefunden. Ich hatte schließlich eine Ausbildungsduldung.^[3] Ein Freund ist zurückgeblieben, er wollte zur Uni. Das hat aber nicht geklappt. Ich bin dann 2019 in eine Wohnung ins Zentrum von Grimma gezogen. Auch hier gab es direkt rassistische Kommentare. Einmal von einer jungen Frau. Die hat mich und meinen Kumpel angemacht, dass wir Deutsch reden sollen. Hier ist Deutschland, jaja.

Salomon: Gibt es Orte in Grimma, die für Geflüchtete besonders problematisch sind?

Ali: Am Bahnhof stehe ich nicht lange. Du hörst viele Kommentare wie: „Okay, die Ausländer. Hängen da nur rum und arbeiten nicht“. Das kannst du nicht so lange durchhalten. Und vielleicht rufen auch manche die Polizei, denn sie denken du bist Drogendealer oder so. In der Innenstadt in Grimma ist außerdem das AfD-Büro. Da sind auch junge Leute, die gegen Ausländer sind und Streit suchen. Insgesamt gibt es in Grimma viel Zustimmung zur AfD und absolut „altmodische“ Leute wie Nazis oder Reichsbürger. Ja, das ist traurig, wenn du da nachts rumläufst und Angst hast. 2019 beim Stadtfest gab es einen Überfall in der Innenstadt, bei dem auch Leute aus Wurzen beteiligt waren. Die haben das geplant. Später haben jüngere Geflüchtete dann erzählt, dass sie von Faschos richtig verprügelt wurden. Von der Polizei gab es keine Hilfe. Die jungen Leute sind dann nicht ins Krankenhaus gegangen. Sie hatten Angst, dass die Ärzt*innen dort sagen: „Vielleicht war es deine Schuld. Vielleicht hast du diesen Kampf angefangen.“

Salomon: Als wir mit der Infostelle angefangen haben meinst du, dass du davor niemals auf dem Gelände der Spitzenfabrik warst. Warum?

Ali: Ja, als ich noch in Bahren war und an der Spitzenfabrik vorbeigekommen bin, dachte ich: Das sind bestimmte Rechte, Neonazis oder so. Da bin ich dann nicht hin. Und dann kamen Leute aus der Spitze mal zu uns ins Asylheim, um Volleyball zu spielen. Da haben wir rausbekommen, dass in der Spitzenfabrik Leute sind, die für uns sind. Und dann haben wir 2019 angefangen, dort die Infostelle aufzubauen. Ich hatte dann jeden Tag Anrufe und wurde von anderen Geflüchteten gefragt: „Kannst du mir sagen, wo die Leute von der Beratungsstelle sind? Ich brauche Hilfe.“ Es kommen ja sogar Leute aus Naunhof oder Beucha. Das ist ein weiter Weg für sie. Aber die Leute haben sonst keine Möglichkeit, an Informationen zu kommen. Ich selber habe zum Beispiel immer noch Schulden beim Landratsamt, weil ich damals einfach nicht wusste, dass ich den Schlüssel für

die Unterkunft in Neunitz sofort abgeben muss. Dann musste ich die Miete zahlen. Bis jetzt läuft eine Ratenzahlung deswegen.

Hannah: Die Höhe der Nutzungsgebühren ist ein Problem. Wenn Geflüchtete untergebracht werden und eigenes Einkommen haben, sind sie verpflichtet, die Unterkunftskosten mitzutragen. In der GU in Grimma Süd sind das meines Wissens 518 Euro pro Monat.

Ali: Genau, und das pro Bett! Es sind zwei Betten aufeinander. Diese zwei Betten kosten also 1.000 Euro.

Hannah: Da sollte mal genauer hingeschaut werden. Ich bezweifle, dass das den ortsüblichen Mieten, geschweige denn dem Zustand des Wohnraums entspricht.

Salomon: Ja, da stellt sich auch die Frage, ob man sich in dieser Situation um einen Job bemüht, selbst wenn es rechtlich möglich ist.^[4] Vermutlich ist es besser, erst auszuziehen und dann zu arbeiten. Oder so schnell wie möglich ausziehen, wenn man Arbeit gefunden hat. Und Rechtsmittel einzulegen, damit diese Gebühren gerichtlich überprüft werden.

Hannah: Auf jeden Fall. Da braucht es oft eine Zusammenarbeit mit Rechtsanwält*innen. Aber dafür muss erst einmal Kontakt zu engagierten Anwält*innen hergestellt werden. Wie denkst du darüber: Welche Unterstützungsangebote brauchen Geflüchtete im ländlichen Raum?

Ali: Sie brauchen Informationen! So viele wie möglich. Viele wissen nicht, was sie für Rechte haben. Es wird akzeptiert, was zum Beispiel das Ausländeramt sagt. Du machst das, unterschreibst das, das war's dann und du kannst gar nichts machen. Und vielleicht mal in die Asylheime gehen und mit Geflüchteten reden. Ich meine, es wird immer über die Probleme von Ausländern gesprochen, aber es sind keine Ausländer dabei. Es sollte nicht immer über wen geredet werden, der gar nicht mit dabei ist.

Hannah: Du hast ja nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan einen Asylfolgeantrag^[5] gestellt und nun keine Duldung mehr, sondern den Flüchtlingsstatus zuerkannt bekommen, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und darfst nun umziehen. Wie geht es bei dir weiter?

Ali: Ich ziehe in die Stadt Leipzig. Aber ich hoffe, dass ich auch in Zukunft noch nach Grimma komme. Vielleicht mit euch beiden und noch anderen Freund*innen zusammen. Ich bin ja ein Teil der Infostelle und der Spitzenfabrik geworden. Wenn dort eine Aktion ist und wir gebraucht werden, werde ich hingehen. Ich bitte auch alle anderen Leute: Aktiv bleiben, hinfahren und zusammenhalten, sonst verlieren wir dort die ganze Geschichte. ■

[3] Eine Ausbildungsduldung nach § 60c Aufenthaltsgesetz schützt Inhaber*innen vor Abschiebung, stellt allerdings kein legales Aufenthaltsrecht dar. Es handelt sich, wie auch die Beschäftigungsduldung gemäß § 60d Aufenthaltsgesetz, um eine Unterwanderung der Systematik des Aufenthaltsrechtes im wirtschaftlichen Interesse. Mit Asylrecht oder anderen Menschenrechten hat das also nichts gemein.

[4] Personen im Asylverfahren oder mit Duldung haben keineswegs ohne Weiteres Zugang zum Arbeitsmarkt (vgl. Asylgesetz oder ein striktes Arbeitsverbot nach § 60a Abs. 6 Aufenthaltsgesetz).

[5] Gemäß § 71 Asylgesetz kann ein weiterer Asylantrag gestellt werden, soweit neue Gründe für das Schutzbegehren, wie beispielsweise die Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021, oder neue Beweise vorliegen.

NEUE ALTE FEINDLICHKEIT

Wie der antislawische Rassismus mit dem Krieg in der Ukraine auch in Leipzig wieder entfacht wird

von JS

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich auch die Feindschaft gegen Menschen verstärkt, die als russisch markiert werden. Wie eine gar nicht so neue Form des Rassismus mit dem Krieg in der Ukraine auch in Leipzig wieder entfacht wird.

Anfangs erhielten Restaurants und Lebensmittelläden Drohanrufe. Russisch Brot, ein Supermarkt in Grünau, sah sich dazu gezwungen, „russisch“ aus seinem Namen abzunehmen. Im Restaurant Skaska in der Leipziger Südvorstadt waren die Mitarbeiter*innen verunsichert, ob sie an ihrem Arbeitsplatz noch sicher seien, nachdem ihnen angedroht wurde, dass das Restaurant abgebrannt werde. Dann wurde der Lieferwagen zerkratzt. Was würde als Nächstes kommen? Und das, obwohl der Besitzer, der aus der Ukraine stammt, sich auf der Homepage des Restaurants ausdrücklich gegen den Krieg und das „Putin-Regime und gegen alle Eliten, die Kriege entfesseln“, positioniert hat.

Der Wirt der Vodkaria im Leipziger Zentrum-West kommentiert die Drohanrufe auf Facebook und schreibt, dass Vodka in seinem Laden nicht nur russisch, sondern auch ukrainisch, polnisch, schwedisch, estnisch, litauisch, deutsch, amerikanisch, englisch, französisch, japanisch, belorussisch, israelisch, schweizerisch sei, und weist auf die über Grenzen hinausgehende eigene Logik des Lebensmittelmarktes hin. Auch wenn sich diese verbalen Attacken im Vergleich zum Anfang des Kriegs verringert hätten, habe eine grundlegende Veränderung in Konsum und Sprache stattgefunden. Die Gäste der Vodkaria bestellen selbstverständlich weniger russischen als ukrainischen Vodka, und sie sprechen die an das Land angelehnten Worte nicht mehr aus. Das Adjektiv „russisch“ und das Land „Russland“ verschwinden aus dem Sprachgebrauch der Kund*innen bei Bestellungen, aus dem „Moscow Mule“ wird ein „Kiev Mule“.

Eine Neubenennung der Dinge erfolgt auch in Russland, doch dort ist sie ganz anderer Art, stammt sie doch vom repressiven Staatsapparat selbst. Die Menschen in Russland wähen sich neuerdings existenzlos angesichts der neuen Unterdrückung. Repressive Methoden werden schon bei denjenigen angewendet, die sich weigern, den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine „Spezialoperation“ zu nennen. Von Antikriegsaktivismus und Militärdienstverweigerung ist gar nicht erst zu sprechen.

In ihrer historischen Ignoranz bleiben auch die Menschen in Deutschland stumm, wenn sie antislawische Ressentiments nicht eindeutig benennen. Dies ist eine Leerstelle in den Definitionen, stehen doch die diskriminierenden Vorgehensweisen gegen Menschen, die als „slawisch“ markiert werden, in einer klaren Kontinuität zu den nationalsozialistischen Auslöschungsfantasien der „slawischen Rasse“.

Rachefantasie

Die neue Sprache der Diskriminierung hat also ihre Ursprünge in einer anderen Zeit. Ein Lehrer an einer Ausbildungsschule in Leipzig spricht im Geschichtsunterricht darüber, wie die Russen daran schuld seien, dass Deutschland den Zweiten Weltkrieg verloren hätte. Ein Schüler meldet sich, möchte etwas entgegenen, widersprechen, seine Meinung äußern, doch seine Versuche werden ignoriert und kleingemacht, denn er ist russischer Herkunft. So und so ähnlich zeigen sich die Versuche von rechten Revanchist*innen, das aktuelle Weltgeschehen in der Ukraine in ihre deutschen Geschichtsfantasien einzubringen.

Ein Mädchen aus Leipzig wird auf seinen Social-Media-Kanälen angegriffen mit dem Vorwurf, dass sie wegen ihrer russischen Herkunft am Krieg in der Ukraine Schuld trage. Sie ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. Auch Kinder spielen Krieg. Sie greifen Gesagtes schnell von den Erwachsenen auf. Dann müssen die russischsprachigen Kinder als die Zielscheiben an den Grundschulen in Leipzig herhalten. Sie werden über den Schulhof gejagt und gehänselt, berichten ihre Eltern.

Nicht nur Russ*innen sind von der Diskriminierung betroffen. Denn russisch klingende Nachnamen und die Nutzung der russischen Sprache bedeuten nicht, dass man ein*e Russ*in ist. Es können tragischerweise Ukrainer*innen sein, Träger*innen eines russischen PASSES mit einer anderen Abstammung, Bürger*innen jüdischer Herkunft, Russlanddeutsche.

Als russisch markierte Menschen sind immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, nicht genug gegen den Krieg zu tun. Aus der Entfernung und im Bewusstsein um die Grausamkeit des Krieges scheint die Aufgabe, den Krieg zu beenden, klein. Doch konkret muss man sich vorstellen, dass sich dafür Einzelne gegen einen Staatsapparat stellen müssen, und das in solch einem Ausmaße, dass der Staat es mit der Angst zu tun bekommt. Wie das in einer isolierten

Position, mit eingeschränkten finanziellen und physischen Unterstützungsmöglichkeiten, von politisch Verfolgten innerhalb Russlands leichter werden soll, ist fraglich. Es gibt Aktionen und Proteste gegen den Krieg, aber die russische Bevölkerung hat stark unter der Gegenantwort des Staates zu leiden. Sogar eine bloße Meinungsäußerung stellt bereits eine Gefahr für die Menschen dar. Ihnen in solch einer Situation pauschal die Schuld zuzuschreiben, ist unfair den mutigen Akteur*innen gegenüber, die sich trauen zu protestieren und ihre Meinung zu äußern. Die Frage nach der Verantwortung ist eine ganz andere und sie ist geboten in der jetzigen Situation, genauso wie Solidarität mit denjenigen, die sich innerhalb Russlands gegen den Krieg stellen. Eine rein auf der Nationalität basierende Feind-Freund-Dichotomie füttert nur die Logik des Krieges weiter.

Spätestens dann, wenn solche Feindseligkeiten und Schuldzuweisungen bei älteren Juden*Jüdinnen altbekannte Ängste hervorrufen, muss man sich fragen, ob es nicht der eigene unverarbeitete Antisemitismus und Rassismus ist, der hier reproduziert wird.

Struktureller Rassismus

Ein aus Tschetschenien stammender Kleinunternehmer, der seit 2001 in Leipzig lebt, führt seine sechs Kinder durch einen absurden Morgen: Jeden Tag muss der alleinerziehende Vater, dessen Ehefrau an den Folgen einer Corona-Infektion verstorben ist, etwa drei Stunden seiner Arbeitszeit darauf verwenden, der Zentralfiliale seiner Bank zu beweisen, dass das Bargeld, das er als Lohn für seine Tätigkeit bei einem Umzugsservice erhält, nicht illegal erwirtschaftet ist. Denn seit Ende Februar wurde bei dem Kleinunternehmer die Bargeldeinzahlung-Funktion am Bankautomat wegen einer neuen EU-Verordnung deaktiviert. Deswegen muss er jeden Morgen persönlich in der Zentralfiliale erscheinen, um die Legitimität seines Einkommens nachzuweisen. Weil das Land Tschetschenien trotz seiner Unabhängigkeitsbestrebungen immer noch zu russischem Staatsgebiet gehört, muss er sich nun mit der Diskriminierung herumschlagen, die ihn auf seine nationale Herkunft reduziert, nach deren Logik er Russe ist. Auch das Nachreichen der Kopie seiner deutschen Niederlassungserlaubnis hat nicht zu einer Freigabe seines Geschäftskontos geführt. Die massive Unterdrückung von Unabhängigkeitskämpfen in den autonomen Republiken der Russischen Föderation, zu denen auch Tschetschenien gehört, durch den russischen Staat ist ein Warnzeichen für den ukrainischen Widerstand, dass sie höchstwahrscheinlich im Fall einer Niederlage zu einem Marionettenstaat Russlands verkommen würden.

In Deutschland, auch in Sachsen, gibt es eine Abneigung gegen die vielen Osteuropäer*innen, die seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine dieses Jahr aus ihren Ländern flüchten mussten. Es sollte uns alle betreffen, dass es nicht zu Diskriminierung gegenüber diesen Menschen kommt.



■ Auch die Leipziger Bar Vodkaeria erhält Drohanrufe seit dem russischen Angriff auf die Ukraine

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL

RASSISTISCHER EREIGNISSE CHRONIK

17. Oktober 2022, Leipzig

Rassistische Äußerungen in Kneipe Joker

Mehrere Personen, unter anderem auch die Wirtin, äußern sich im Lokal „Joker“ auf der Torgauer Straße rassistisch. So werden unter anderem abwertende Bezeichnungen benutzt und Migrant*innen wird unterstellt, dass diese deutsche Frauen zur Sexarbeit zwingen und mit Drogen dealen würden. Als eine Person diesen Äußerungen widerspricht wird sie des Lokals verwiesen.

30. August 2022, Leipzig

Kosmos Boulderhalle: Rassistische und nationalistische Stickeraktion

In der Kosmos Boulderhalle werden rechte Sticker mit rassistischen und nationalistischen Inhalten auf Spinten (Umkleiden) gesichtet. Aufgrund der hohen Anzahl der Sticker (25 Stück) kann von einer gezielten Aktion ausgegangen werden.

25. August 2022, Leipzig

Rassistisch motivierter verbaler und körperlicher Angriff

Am Donnerstagmorgen gegen 9:15 Uhr wird eine muslimische und Kopftuch tragende Frau in Begleitung ihrer beiden Kinder verbal und körperlich angegriffen. Als sie auf dem Weg zur KiTa die Fußgängerampel an der Straße des 18. Oktober überqueren möchte, läuft ihr zielstrebig eine Frau entgegen, stellt sich vor den Kinderwagen der Betroffenen und hindert diese am Überqueren der Straße. Als die Mutter die Frau freundlich bittet, ihr aus dem Weg zu gehen, beginnt diese unmittelbar mit rassistischen Beschimpfungen. Mit den Worten, dass sie „für Ausländer keinen Platz mache“ schlägt sie der Betroffenen gegen die Schulter. Passant*innen, die ebenfalls anwesend sind, greifen nicht schützend in das Geschehen ein. Verbale Unterstützung erhält die Betroffene allein von Bauarbeitern,

die mit ihrem Fahrzeug an der Ampel warten, bei der nächsten Grünphase jedoch weiterfahren. Die Angreiferin und ihre Begleitung beschimpfen die Betroffene auch noch von der anderen Straßenseite aus und rufen ihr unter anderem zu, dass sie das Land verlassen solle.

12. Juni 2022, Leipzig

Rassistische Gewalt durch Security-Personal des Elsterartig

In der Nacht von Samstag auf Sonntag wird ein Schwarzer Mann zwischen vier und fünf Uhr morgens bei einem Besuch in dem Lokal Elsterartig von der Security brutal zusammengeschlagen. Der Mann hatte zuvor das Getränk einer *weißen* Veranstaltungsbesucherin versehentlich umgestoßen. Trotzdem er sich mehrfach entschuldigt, wird er vom Security-Personal eine Treppe herunter gepöbeln, in einen separaten Raum gezerrt und weiter geschlagen. Seine Verletzungen sind so stark, dass Zeug*innen einen Krankenwagen rufen, da sich die Mitarbeitenden des Clubs weigern dies zu tun. Auch Tage später kann der Betroffene auf Grund der Verletzungen nicht seinem Alltag nachgehen.

Über Social Media unterstellt der Veranstaltungsort, dass der Betroffene eine Frau belästigt habe und versucht so das brutale Vorgehen im Nachhinein zu rechtfertigen. Ein Zeuge berichtet, dass zuvor ein *weiß* gelesener Mann, nachdem dieser eine Frau belästigt habe, gewaltlos abgeführt wurde. Ein weiterer Zeuge berichtet, dass er an dem selben Abend an der Tür des Elsterartig mit der rassistischen Begründung abgewiesen wurde, dass „schon genug Schwarze drin“ seien.

27. Mai 2022, Leipzig

Rassistische und misogynie Beleidigung in Tram

In der Tram 15, kurz vor der Haltestelle Leipzig Hbf, wird eine migrantisch und weiblich

gelesene Person, die ihre Maske nicht über der Nase trägt, von einer zugestiegenen männlich gelesenen Person lautstark als „Fotze“ beschimpft, die „die Maske richtig anziehen“ solle. Eine Person schreitet ein und versucht zu intervenieren. Ihr wird von der männlich gelesenen Person Prügel angedroht. Eine weitere Person versucht, die intervenierende Person zu beschwichtigen („Komm, ignorier den einfach“). Beim Aussteigen schreit die männlich gelesene Person mehrfach „Ausländer raus!“. Es ist unklar, ob sich nach dem Ausstieg mit der betroffenen Person solidarisiert wurde.

29. April 2022, Leipzig

Rassistische Gewalt in der Tram in Neustadt-Neuschönefeld

An der Haltestelle Einertstraße steigt eine männlich gelesene Person in die Tramlinie 3. Die Person setzt sich in Fahrtrichtung hin und steht sofort wieder auf, als eine Person of Color (PoC) in ihr Blickfeld gerät. Die Person fängt an die PoC rassistisch zu beleidigen und auf diese einzuschlagen. Bis zur folgenden Haltestelle, Hermann-Liebmann / Eisenbahnstraße, verfolgt der Angreifer weiter das Opfer und schlägt nach diesem. Der Angreifer ruft wiederholt, dass die beiden an der kommenden Haltestelle aussteigen und „die Sache klären könnten“. An der Haltestelle angekommen, läuft die angegriffene Person sofort raus und der Angreifer hinterher. Ob andere Personen helfend eingegriffen haben, ist nicht bekannt.

14. April 2022, Böhlen
Rassistischer Angriff

Ein afghanischer Staatsbürger wird in Böhlen von zwei Männern körperlich angegriffen. Einer der Männer ruft dabei „Sieg Heil“. Die beiden Angreifer werden dafür wegen gefährlicher Körperverletzung beziehungsweise wegen Verwendens von Kennzeichen

verfassungswidriger Organisationen und gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von sechs beziehungsweise sieben Monaten verurteilt, deren Vollstreckung jeweils zur Bewährung ausgesetzt ist.

14. November 2021, Leipzig Prügelei und rassistische Äußerungen durch alkoholisierte Polizisten

Zwei Streifenwagen der Polizei Leipzig werden kurz vor Mitternacht in die Südvorstadt gerufen, da von einer Person eine körperliche Auseinandersetzung beobachtet wird. Die hinzugerufenen Polizist*innen treffen zwei Personen mit deutlich sichtbaren Verletzungen an und stellen in der Nähe noch zwei weitere Personen als Tatverdächtige fest. Letztere waren stark alkoholisiert und sollen die Geschädigten nicht nur verletzt, sondern sich ihnen gegenüber auch rassistisch geäußert haben. Die rassistischen Äußerungen setzten sie auch noch während der Fallaufnahme fort. Während dieser geben sie sich als Polizisten der Polizeidirektion Leipzig zu erkennen, was sie jedoch nicht daran hindert die Streifenbeamten*innen ehrverletzend zu beleidigen.

Gegen die beiden Polizisten wird nach § 224 StGB wegen gefährlicher Körperverletzung, nach § 192a StGB wegen des Tatvorwurfes der verhetzenden Beleidigung sowie nach § 185 StGB wegen Beleidigung ermittelt. Außerdem wird ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

28. September 2021, Leipzig Rassistischer Angriff auf Bistro in der Dresdener Straße

Dienstagabend auf der Dresdner Straße: Ein Anwohner brüllt lautstark rassistische Beleidigungen aus seinem Fenster in Richtung eines Bistros. Er fordert die Betreiber*innen

unter anderem auf, „sich zu verpissen“ und „ihr eigenes Land aufzubauen“. Dabei wirft er unter anderem Müll aus seinem Fenster. In seiner Hand hält er dabei einen spitzen Gegenstand, der ein Messer oder ein Schraubenzieher sein könnte. Nachdem der Anwohner etwa zehn Minuten getobt hat, steigt er mit dem Gegenstand in seiner Hand aus dem Erdgeschossfenster und geht auf das Bistro zu. Zwei anwesende Gäste greifen nach Stühlen und halten diese vor sich um den Angreifer abzuwehren. Der Angreifer dreht sich daraufhin lachend um und klettert über sein Fenster zurück in die Wohnung.

Die herbeigerufene Polizei nimmt die Personalien des Manns auf und stellt dessen Angriffswerkzeug sicher. Sie ermittelt wegen Bedrohung. Auf Nachfrage von chronik.LE schreibt ein Pressesprecher der Polizeidirektion Leipzig: „Ein direkter rassistischer oder politischer Bezug ist aktuell nicht erkennbar.“ Die Fragen, ob die betroffene Person über entsprechende Unterstützungsangebote für Betroffene rechter Gewalt, wie die Beratungsstelle SUPPORT informiert wurde oder ob Maßnahmen getroffen wurden, um die Betroffenen zukünftig vor dem Täter zu schützen, bleiben unbeantwortet.

12. Mai 2021, Trebsen Familie rassistisch beleidigt und bedroht

In der Nacht zu Donnerstag bedrohen und attackieren mehre Personen in Trebsen (Landkreis Leipzig) eine Familie auf ihrem Grundstück. Die Bewohner*innen des Einfamilienhauses werden dabei rassistisch beleidigt. Eine Frau erleidet dadurch einen emotionalen Zusammenbruch.

Zunächst kommt es laut Polizei kurz vor Mitternacht zu einem „verbalen Konflikt“ zwischen drei Männern und den Bewohner*innen. Erstere drohen, mit weiteren Personen zurückzukehren, was kurze

Zeit später auch passiert. Die Gruppe betritt unerlaubt das Grundstück, nachdem das geschlossene Grundstückstor aufgetreten wurde. Danach kommt es zu den rassistischen Äußerungen, die zur emotionalen Überlastung der Frau führen, die deshalb ins Krankenhaus gebracht werden muss.

Die Polizei stellt zwei Tatverdächtige im Alter von 20 Jahren fest. In der folgenden Nacht kommt es an dem Haus zu einem weiteren Vorfall. Der Staatsschutz ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung, des Hausfriedensbruch, der Beleidigung sowie wegen versuchter Sachbeschädigung.

Von den zahlreichen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene Personen werden die meisten, gegebenenfalls auch alle, eingestellt ■

**Sieh hin!
Schweig nicht!
Melde rechte und
rassistische
Gewalt und
Diskriminierung!**

www.chronikLE.org



03 KAPITEL

EXTREME RECHTE

Die extreme Rechte in der Stadt Leipzig sowie den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen zeichnet sich durch eine Bandbreite an ideologischen Ausrichtungen, Erscheinungsformen und Strukturen aus. Gemeinsam haben die im Kapitel benannten Akteur*innen die menschenfeindlichen Ideologien, die sie bedienen, verbreiten und die ihr Handeln antreiben. Neben Strukturen, die explizit neonazistisch sind, gibt es auch solche, die Versatzstücke extrem rechter Ideologien vertreten.

Das äußert sich durch *Konzerte in Staupitz*, bei denen sich Neonazis seit 2008 behördlich beauftragt zehn Mal im Jahr treffen. Durch Schmierereien und Sticker wie in *Zschocher*, welches seit Jahren durch Propagandaaktionen, aber auch durch gewalttätige Angriffe von Neonazis geplagt wird, in dem sich aber seit einigen Jahren Zivilgesellschaft dagegen bildet. Dass die *Alternative für Deutschland* in Kommunalparlamenten vertreten ist, scheint sich normalisiert zu haben. Ein Artikel richtet deswegen den Blick auf ihre Vertreter*innen, um diese Gewöhnung zu skandalisieren. Der *Prozess zum Angriff auf Connewitz* geht ins fünfte Jahr. Es gab zwar viele Verurteilungen, aber kaum Aufklärung. Alte und wiederbelebte *extrem rechte Strukturen*, darunter die *Jungen Nationalisten in Wurzen*, die sich aber größer machen, als sie sind, prägen das Bild der extremen Rechten in Leipzig und im Umland. Neuen Akteur*innen wie den *Freien Sachsen*, die während der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen gegründet wurden, gelang es nicht, in den Kommunalwahlen die Mobilisierung auf der Straße bei montäglichen „Spaziergängen“ in Mandate umzumünzen. Zuletzt widmet sich ein Artikel dem Kabarettisten *Uwe Steimle*, der trotz seiner problematischen Inhalte gern gesehener Gast in regionalen Schauspielhäusern ist. ■





STRUKTUREN DER EXTREMEN RECHTEN IN UND UM LEIPZIG

von chronik.LE

In der Stadt Leipzig, im Landkreis Leipzig und im Landkreis Nordsachsen existiert eine extrem rechte Szene, die organisatorisch und ideologisch breit aufgestellt ist. Neben personellen Kontinuitäten zeichnet sie sich dadurch aus, dass sie sich fortlaufend sowohl im öffentlichen Auftreten als auch im Inhalt aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen anpasst. Auch eine gewisse Offenheit gegenüber neuen Verbündeten und strategischen Partner*innen besteht.

[1] Dem JN-Ableger in Wurzen widmet sich der Artikel „Scheinriese mit Drohpotential“ auf S. 46 in dieser Ausgabe.

[2] Weitere Informationen zu den Aktivitäten der AfD im Artikel „Schlaglichter aus der Blauzone“ auf S. 38 in dieser Ausgabe.

Diese Zusammenfassung ist der Versuch, jüngste Entwicklungen darzustellen, wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit besteht. Vielmehr ist sie ein Überblick, der als Ausgangspunkt für weitere Recherchen und für die politische Auseinandersetzung dienen soll. Der Text basiert auf einem Dossier, das im April 2022 erschienen ist und für diese Ausgabe gekürzt und aktualisiert wurde.

Parteien

Auch wenn die Relevanz der NPD – spätestens seit dem verpassten Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag 2014 und der darauffolgenden Aufgabe des Parteizentrums in Lindenau –, des III. Wegs und anderer neonazistischer Parteien in Leipzig über die Jahre abgenommen hat, tritt der Jugendverband der NPD, die Jungen Nationalisten (JN), in den vergangenen Jahren wieder vermehrt auf. Zum Teil werden dabei Gruppen- und Kampagnentitel gewählt, die einen Zusammenhang mit der JN verdecken sollen. So lassen sich neben einem relativ aktiven Ableger in Wurzen^[1] auch der „Aktionsblog Leipzig“ und die „Messestadtaktivisten“ der JN oder ihrem Umfeld zuordnen. Zudem treten sie mit Kampagnen in der Öffentlichkeit auf. So zum Beispiel „Aktion Gegengift“ oder „Schülersprecher.info“. Mehrere Aktivist*innen nahmen wiederholt an den Protesten gegen die Corona-Schutz-Maßnahmen teil. Andere neonazistische Parteien sind außer in Form von Aufklebern kaum noch öffentlich wahrnehmbar, wobei es seit kurzem eine Neugründung der Partei Neue Stärke mit einem Ableger in Leipzig gibt.

Die Alternative für Deutschland (AfD) konnte seit dem Einzug in den Stadtrat 2014 und durch Mandatsgewinne der Kreisverbände einen Teil der organisatorischen Leerstelle extrem rechter Mobilisierung in Stadt und Land füllen. Einige Mandatsträger*innen weisen eine Nähe zum formell aufgelösten extrem rechten Flügel um

Björn Höcke auf. Politiker*innen der AfD versuchten von den Protesten gegen die Corona-Schutz-Maßnahmen zu profitieren und ihre Wähler*innenschaft, ähnlich wie schon bei den Migrationsbewegungen des Jahres 2015, durch rassistische Stimmungsmache und antisemitische Verschwörungstheorien zu mobilisieren. Dabei trat zuletzt besonders der AfD-Stadtrat Marius Beyer bei den Demonstrationen im Stadtteil Engelsdorf, in dessen Ortschaftsrat er auch sitzt, in Erscheinung. Im Landkreis Leipzig fiel Jörg Dornau durch das Teilen verschwörungsideologischer Inhalte auf. Außerdem versuchte er im Januar 2022, eine Demonstration vor dem Wohnhaus der sächsischen Sozialministerin Petra Köpping (SPD) in Grimma zu organisieren.^[2]

Die Freien Sachsen, die als Partei aus den Protesten gegen die Corona-Schutz-Maßnahmen hervorgingen, sind in der Region Leipzig bisher nicht sehr erfolgreich gewesen. Sowohl bei den Landrät*innenwahlen in Nordsachsen als auch bei der Bürgermeister*innenwahl in Grimma konnten die Kandidat*innen der Partei keine Erfolge vorweisen.

Im Landkreis Leipzig und in Nordsachsen bestehen neben den Kreisverbänden der AfD regionale Wahlvereinigungen, die bei vergangenen Kommunalwahlen Mandate erringen und rechte Wähler*innen für sich gewinnen konnten. Diese werden beziehungsweise wurden von Personen angeführt, die zum Beispiel Verbindungen ins neonazistische Hooligan-Milieu haben oder eine einschlägige Vergangenheit in der NPD sowie in Kameradschaften vorweisen können. Ihre Strategie, in unverdächtig wirkenden Wähler*innenvereinigungen mit „bürgerlichem“ Anstrich aufzutreten, wird von ihrer politischen Biographie und Ideologie konterkariert. Zu nennen sind hier die Freie Liste Geithain um den ehemaligen NPD-Stadtrat Manuel Kruppe (ehemals Tripp) und das Neue Forum für Wurzen um den Kampfsportler Benjamin Brinsa.

Im Landkreis Nordsachsen war seit 2016 der Verein Spektrum aufrechter Demokraten um Sandro Oschkinat aktiv. Oschkinat saß bis 2019 für die Freien Wähler im Gemeinderat von Mockrehna, seine diversen Kandidaturen für das Spektrum, etwa als Bürgermeister und zur Bundestagswahl, blieben aber ohne Erfolg. Im Februar 2022 wurde der Verein aufgelöst. Seit April 2022 gibt es auf der Facebookseite keine neuen Beiträge, die Homepage ist gesperrt.



Michael Brück (l.) (Freie Sachsen) und Volker Beiser (r.) (Ex-NPD, ehemals Bürgerbewegung Leipzig) bei einer Demonstration am 05.09.2022 auf dem Augustusplatz



Enrico Böhm (ehemals Stadtrat NPD, mehrfach vorbestraft) als Teilnehmer der „Ami Go Home“-Demonstration am 26.11.2022

Parteiungebundene extreme Rechte

Die neonazistische Kleinstgruppe Vereinigte Nationalisten Leipzig versucht in jüngster Zeit über Propaganda sowohl auf Social Media als auch mit Graffiti und Schmierereien auf sich aufmerksam zu machen. Dabei suchen ihre Mitglieder die Nähe zur etablierten Neonaziszene und zeigen Präsenz auf den Demonstrationen gegen die Corona-Schutz-Maßnahmen. Zuletzt schien vor allem eine Einzelperson für die Aktivitäten der Gruppe verantwortlich zu sein.

Leipziger Burschenschaften bilden eine Scharnierfunktion zwischen der extremen Rechten, dem Bürgertum und der parlamentarischen Arbeit. Auf der Grundlage ideologischer Kontinuität, zum Beispiel dem Bekenntnis zum Deutschen Kaiserreich und zum „Deutschen Volk“, gelingt es, durch Seilschaften in die extreme Rechte und durch Nebentätigkeiten die Infrastruktur für rechten Aktivismus zu stellen. Besonders hervor tritt die Burschenschaft Germania und Dresdensia. Bei zuletzt genannter fand im Mai 2022 eine Veranstaltung aus dem Umfeld der Identitären Bewegung in Räumen der Burschenschaft statt. Im Juni wurde ein Foto auf dem hauseigenen Instagram-Profil veröffentlicht, auf dem eine Puppe mit dem Konterfei des jüdischen Milliardärs George Soros zu sehen ist, die als Trainingsgegenstand zum Fechten verwendet wird.

Subkultur

In langer Tradition gibt es beim Fußballverein 1. FC Lokomotive Leipzig eine rechte Fanszene, die in Teilen klar neonazistisch dominiert ist. Seit der Selbstauflösung der vom Verfassungsschutz als „rechtsextrem“ eingestuften Fangruppe Scenario Lok 2014, etablierte sich die Fanszene Lokomotive als Sammelbecken verschiedener, teils extrem rechter Personen und Gruppierungen. Die extrem rechten Netzwerke und Verbindungen in der Fanszene von Lok Leipzig sind jedoch trotz der Auflösung von Scenario Lok weiter intakt. Beim koordinierten

Neonaziangriff auf das Stadtviertel Connewitz im Januar 2016 waren ältere Lok-Hooligans ebenso beteiligt wie ehemalige Mitglieder von Scenario Lok und sehr junge Personen aus der Fanszene des Vereins.

Mit der Banda Resoluta ist in den vergangenen Jahren zudem eine Gruppe an der Schnittstelle von Ultra-Kultur und Hooliganismus entstanden, die sich vor allem im Leipziger Stadtviertel Stötteritz zu etablieren versucht. Ihre Mitglieder sind zum Teil in extrem rechte Kampfsportnetzwerke in Leipzig und dem Landkreis Leipzig eingebunden und mindestens eine Person kämpfte in der Vergangenheit beim neonazistischen Kampfsportevent „Kampf der Nibelungen“. Andere Personen trainierten beim extrem rechten Imperium Fight Team (IFT) rund um den Lok-Hooligan Benjamin Brinsa.

Der Rückhalt, den extrem rechte Gewalttäter in Teilen der Lok-Fanszene genießen, zeigte sich nach einem rassistischen Überfall auf einen senegalesischen Türsteher während eines Urlaubs von Lok-Fans auf der Insel Mallorca im Jahr 2019. Zwei junge Kampfsportler aus der Fanszene verletzten den Security-Mitarbeiter derart schwer, dass dieser lebensbedrohlich verletzt wurde. Im Nachgang wurde für die beiden Täter eine Party veranstaltet und T-Shirts mit dem glorifizierenden Slogan „Troublemakers Mallorca“ gedruckt und verkauft, um sie finanziell zu unterstützen.

Die Rowdys Eastside sind ein Leipziger Motorradclub (MC), dessen Mitglieder sich an der Schnittstelle von Neonazismus, Hooliganismus und dem Rotlicht- und Rockermilieu bewegen. Obwohl ihre Ursprünge in der extrem rechten Fan- und Hooligan-Szene des 1. FC Lokomotive Leipzig liegen, orientiert sich die Gruppe am klassischen Erscheinungsbild von MCs und tritt in der Öffentlichkeit mit eigenen Kutten, Wappen und Patches auf. Aktiv sind die Rowdys Eastside seit spä-

photo: Henrik Markner



Benjamin Brinsa (Mitte) posiert mit Anhang bei einer Antifa-Demo am 27.08.2019 in Wurzen

photo: Christoph Heitke



Die Kamenzer Straße 12 diente mehreren rechten Kampfsportgyms als Trainingsort

[3] Ausführlichere Übersicht zu den neonazistischen und rechtsoffenen Gyms in Leipzig in der vorigen Ausgabe der „Leipziger Zustände“ (2021), S. 102–105.

[4] Nähere Informationen im Artikel „Rechts rockt in Staupitz“ auf S. 48 in dieser Ausgabe.

testens 2015 und nutzten seitdem wiederholt Räumlichkeiten der extrem rechten Szene-Immobilie in der Kamenzer Straße 12. Eine zentrale Figur der Gruppe ist ein notorischer Leipziger Neonazi und Hooligan. Dieser musste sich bereits mehrfach wegen seiner neonazistischen Aktivitäten vor Gericht verantworten und wurde unter anderem für seine Beteiligung am Überfall auf den Leipziger Stadtteil Connewitz am 11. Januar 2016 verurteilt.

Enge Verbindungen unterhalten die Rowdys Eastside zum Old Guard MC nach Bad Lauchstädt. Mitglieder der Gruppe posieren darüber hinaus auf Fotos mit Mitgliedern der Hells Angels. Die Verbindungen zentraler Mitglieder reichen dabei nicht nur zu anderen Rockergruppierungen, sondern auch in die Netzwerke extrem rechter Kampfsportler im Raum Leipzig. So trug ein professioneller Kampfsportler und Hooligan des 1. FC Lokomotive in einem Interview nach einem seiner Kämpfe 2015 ein T-Shirt der Rowdys Eastside. Überregionale Aufmerksamkeit erregte die Gruppierung durch einen Auftritt der Schlagersängerin Melanie Müller bei einer privaten Feier der Rowdys Eastside im September 2022. Bei dieser kam es zu Sieg-Heil-Rufen aus dem Publikum und die Sängerin wurde dabei gefilmt, wie sie auf der Bühne mehrfach den Hitlergruß zeigte.

Rechte und rechtsoffene Kampfsport-Gyms stellen die Infrastruktur für das Training gewaltbereiter Neonazis und verbinden Akteur*innen aus unterschiedlichen rechten politischen Szenen. Zudem werden dort Jugendliche an die Szene herangeführt.^[3]

Das Bushido Freefight Team/Bushido Sports Center um den verschwörungsideologischen Headcoach Marko Zschörner ist Anlaufpunkt für eine Bandbreite von Kampfsportler*innen und Fitnessinteressierten. Beim Imperium Fight Team (IFT) handelt es sich

um ein überregional bekanntes und vernetztes Kampfsportteam um den Headcoach und Wurzen Stadtrat Benjamin Brinsa, das aus der Neonazi- und Hooligan-Szene des 1. FC Lokomotive Leipzig entstand. Mitglieder des IFT traten unter anderem beim Angriff auf Connewitz 2016, den neonazistischen Ausschreitungen in Chemnitz 2018 und dem lebensbedrohlichen, rassistisch motivierten Angriff auf einen Türsteher auf Mallorca 2019 in Erscheinung.

Das Sin City Boxgym bezog im Frühjahr 2021 Trainingsräume in der Kamenzer Straße 12. Hier hatte zuvor auch das IFT trainiert. Bei einer Razzia im April 2021 wurde in dem Gebäude eine Hakenkreuzfahne gefunden, wovon der Sin-City-Chef aber nichts gewusst haben will. Im Juli 2022 ist das Boxgym dann weiter gezogen in die Dessauer Straße 8a.

Der Kampfsportklub, kurz KSK 09, dient vor allem Angestellten des Sicherheitsunternehmens Pro GSL als Ertüchtigungsort. Der KSK 09 richtete im Februar 2018 gemeinsam mit Black Rainbow Security im Club SAX in Dölzig das Kampfsportevent „Ostdeutschland kämpft“ aus. Daran nahmen unter anderem Neonazi-Kampfsportler des Bushido Free Fight Team teil.

RechtsRock als subkultureller Ausdruck des Neonazismus hat sich in einer Konzertlocation im Alten Gasthof in Staupitz in der Nähe von Torgau etabliert. Dort finden jährlich bis zu zehn Konzerte mit internationaler Beteiligung statt. Behördlich beauftragt dürfen jeweils maximal 239 Personen teilnehmen. Zu diesen wird in der Regel nur konspirativ eingeladen.^[4]

Im Landkreis Leipzig wird bereits seit vielen Jahren ein alter Steinbruch im Grimmaer Ortsteil Roda unregelmäßig von Neonazis für Veranstaltungen genutzt, unter anderem für „Sommerfeste“ der NPD. Auch der ehemalige Sänger der verbotenen Band Landser, Michael

Regener, ist hier bereits mehrfach mit seinem Projekt Die Lunikoff Verschwörung zu „Sommerfesten“ aufgetreten. Veranstalter dafür ist sein Leipziger Label Herrmannsland-Versand. In Wurzen fand im August 2019 in einem Veranstaltungsobjekt in der Dresdener Straße ein Konzert der Neonazi-Hooligan-Band Kategorie C statt.

Verlage, Versandhandel und andere Unternehmen bieten ein Auskommen für neonazistische Akteur*innen und eine fortwährende Finanzierung der extrem rechten Szene. Dort treten altbekannte Neonazis als Unternehmer auf, aber auch Akteur*innen aus der verschwörungsideologischen Szene haben mediale Plattformen eingerichtet. Zudem ist Leipzig der Sitz von Medienagenturen, die der extremen Rechten zuarbeiten.

Der 2014 gegründete Schelm-Verlag von Adrian Preißinger hat seinen offiziellen Sitz laut Impressum im Jahr 2019 nach Tschechien und später nach Thailand verlegt. Davor war der Verlag in Leipzig-Gohlis ansässig. Er vertreibt unter anderem offen antisemitische und nationalsozialistische Schriften wie Hitlers „Mein Kampf“. Am Versand war der ehemalige NPD-Stadtrat Enrico Böhm beteiligt. Im Dezember 2020 wurden mehrere Objekte in der Stadt und im Landkreis Leipzig durchsucht und 80 Paletten mit Büchern beschlagnahmt. Bei einer weiteren Razzia im Juni 2022 wurde u.a. Enrico Böhm vorläufig festgenommen. Gegen ihn und andere Beteiligte wird wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Böhm ist oder war zudem für den Versand Lokis Truhe verantwortlich.

Über den Versandhandel Hermannsland-Versand werden unter anderem die Tonträger der Neonazi-Band „Die Lunikoff Verschwörung“ vertrieben. Bei einigen Veröffentlichungen der Band wird der Versandhandel als Label aufgeführt. Dieses hatte seinen Sitz lange in Leipzig-Mockau. Aktuell wird auf der Homepage ein neonazistischer Versandhändler aus Apolda (Thüringen) als Betreiber angegeben.

Über fast 20 Jahre war das Neonazi-Label Front Records aus Wurzen beziehungsweise Lossatal eine der wichtigsten Vertriebsstrukturen für Neonazi-Musik in Sachsen und darüber hinaus. Gegründet wurde der Versandhandel von einem Neonazi aus Schildau in Nordsachsen. Seit etwa zwei Jahren hat das hinter dem Label stehende Unternehmen seinen Sitz offiziell in Artern in Thüringen.

Seit 2005 werden unter Abwandlungen des Namens NuoViso verschwörungsideologische und esoterische Inhalte aus Leipzig verbreitet. Der YouTube-Kanal NuoViso.TV hat 258.000 Abonnent*innen (Stand November 2022). Das hinter dem Medienprojekt stehende

Unternehmen Höfer, Höfer & Swoboda GbR hat seinen Sitz in der Leipziger Südvorstadt.

Pro GSL Security ist ein in Leipzig ansässiges Sicherheitsunternehmen, das von den beiden Geschäftsführern Oliver R. und Tobias B. geführt wird. Tobias B. war am Angriff auf Connewitz im Januar 2016 beteiligt und wurde am 23. März 2021 wegen schweren Landfriedensbruchs zu einer elfmonatigen Haftstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt. Damals hatten circa 250 Neonazis während einer Demonstration des Leipziger Pegida-Ablegers Legida das Stadtviertel Connewitz angegriffen. Oliver R. war als Ordner bei Legida aktiv, zudem fanden Ermittler auf einem Computer die Titelmelodie von Paulchen Panther, mit der auch das Bekennervideo des NSU unterlegt worden war.

Rechte Straßenproteste

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie in Deutschland im März 2020 demonstriert die Bewegung der Pandemie-Leugner*innen. Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus sind dabei zentrale Elemente des Protestgeschehens. Auch die extreme Rechte beteiligte sich seit erster Stunde an den Demonstrationen. Die wichtigsten Gruppen in diesem Rahmen waren die Bewegung Leipzig sowie die Bürgerbewegung Leipzig (um den ehemaligen NPD-Kader Volker Beiser). Die Bewegung Leipzig trat offener und alternativer auf, bei der Bürgerbewegung Leipzig beteiligten sich von Beginn an sichtbar Neonazis.

Der Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022, mitsamt folgender Energiekrise und Inflation, veränderten sich die Demonstrationen inhaltlich, das Spektrum der Teilnehmenden blieb ähnlich. Ein positiver Bezug zu Russland und Putin, die Leugnung des Angriffskrieges, die Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine und allgemein antiamerikanische Positionen wurden propagiert. Bis Ende 2022 nahmen regelmäßig mehrere hundert Personen an den extrem rechten Straßenprotesten teil. Angemeldet werden diese durch Anette H., welche bereits Proteste der Pandemie-Leugner*innen initiierte. Sie setzt auf eine Vermeidung von Konfrontation mit der Polizei. Im November 2022 spaltete sich das Protestgeschehen daher. Seitdem führt Volker Beiser wieder eine eigene Demonstration an.

Maßgeblich unterstützt werden die Straßenproteste durch die neonazistische Partei Freie Sachsen. Kader der Partei wie Martin Kohlmann und Michael Brück nahmen mehrfach an Protesten in Leipzig teil. ■

Eine ausführlichere Version dieses Artikels mit Stand April 2022 gibt es online unter <https://chronikle.org/dossiers/strukturen-der-extremen-rechten-in-und-um-leipzig>.

SCHLAGLICHTER AUS DER BLAUZONE

von chronik.LE

Seit ihrer Gründung im Februar 2013 steht die AfD immer wieder im Fokus unserer Berichterstattung. Neben der allgemeinen Analyse der extrem rechten Positionen sowie des entsprechenden Personals der AfD berichten wir immer wieder über lokale Vorfälle. Die nachfolgenden Schlaglichter sollen einen groben Überblick über neue Entwicklungen der AfD in der Region Leipzig geben.

AfD mit Verlusten bei den Kommunalwahlen 2022

Auch 2022 bleiben die Kandidat*innen der AfD und anderer Rechtsaußen-Parteien bei den zahlreichen Kommunalwahlen im Leipziger Umland ohne nennenswerten Erfolg, die AfD kann kein Mandat erringen. Bei der Wahl zum*zur Landrät*in im Landkreis Leipzig erhält der stellvertretende AfD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Jörg Dornau aus Rötha mit 19,4 Prozent sogar noch etwas weniger Zuspruch als die in Nordsachsen politisch bisher nicht in Erscheinung getretene Kandidatin der Freien Sachsen, Uta Hesse aus Mügeln. Diese erhält genau 20 Prozent der abgegebenen Stimmen. Beide landen damit weit abgeschlagen an zweiter Stelle hinter den Amtsinhabern der CDU, die bereits im ersten Wahlgang wiedergewählt werden.

Dornau war 2019 zur Landtagswahl in seinem Wahlkreis noch auf 29,5 Prozent gekommen und hatte nur knapp das Direktmandat verpasst. Seine jetzige Kandidatur haben auch die Freien Sachsen unterstützt. Umgekehrt verzichtet die AfD bei der Landratswahl in Nordsachsen und bei der Oberbürgermeister*innen-Wahl in Grimma zugunsten der Freien Sachsen auf eigene Kandidat*innen. Ob dieser wechselseitige Verzicht auf Absprachen beruht, ist unklar. Ausgezahlt hat er sich jedenfalls nicht. Das Ergebnis von Dornau und Hesse fällt auch schlechter aus als das der AfD bei der Bundestagswahl 2021, bei der ihre Kandidaten mit 27,8 Prozent in Nordsachsen (René Bochmann) und 24,6 Prozent im Landkreis Leipzig (Edgar Naujok) aufgrund der Schwäche der CDU jeweils das Direktmandat erlangen konnten.

Bei den (Ober-)Bürgermeister*innen-Wahlen (OBM-Wahl) zeigt sich das Personalproblem der AfD auf kommunaler Ebene deutlich. In Nordsachsen stellt die Partei bei den Wahlen in 14 Städten und Gemeinden nur drei Kandidaten. Davon tritt Felix Jüngling in Dommitzsch als angeblich unabhängiger Einzelbewerber an, obwohl er für die AfD im Stadtrat und im Kreistag sitzt und Mit-

arbeiter bei René Bochmann (MdB) ist. In der Kreisstadt Torgau rufen die beiden AfD-Stadträt*innen offen zur Wahl der CDU-Amtsinhaberin auf, die jedoch im zweiten Wahlgang gegen einen unabhängigen Bewerber unterliegt. Im Landkreis Leipzig tritt die AfD bei den Wahlen in 17 Städten und Gemeinden mit fünf Kandidat*innen an. Dabei wird zur OBM-Wahl in Wurzen der Markkranstädter AfD-Stadtrat Bodo Walther aufgestellt, der außerdem Vorsitzender der AfD-Fraktion im Kreistag ist. Unterstützung für seine Kandidatur kommt vom Neuen Forum für Wurzen (NFW). Vor dem zweiten Wahlgang, zu dem Walther nicht antritt, ruft NFW-Stadtrat Benjamin Brinsa bei Facebook zur Wahl der CDU-Kandidatin auf. Nach ihrer Niederlage wird der Aufruf wieder gelöscht. Auch in Belgershain und Rötha kommen die AfD-Kandidaten aus anderen Städten.

Die Ergebnisse der AfD-Kandidat*innen bei den Wahlen der Bürgermeister*innen im Juni/Juli 2022:

Nordsachsen

- ▶ Oschatz: Tobias Heller (Stadtrat, stellvertretender Kreisvorsitzender, Mitarbeiter MdL Petzold) - 18,8 % (2. Platz)
- ▶ Dommitzsch: Felix Jüngling (Stadt- und Kreisrat, Schatzmeister im Kreisvorstand, Mitarbeiter MdB Bochmann) - 18,8 % (2. Platz)
- ▶ Mügeln: Rico Winterlich (Stadt- und Kreisrat) - 13,4 % (3. Platz)

LK Leipzig

- ▶ Borna: Michael Krause (Stadt- und Kreisrat, Mitglied Kreisvorstand) - 10,7 % (4. Platz) im ersten Wahlgang, im zweiten Wahlgang Verzicht zugunsten von Thomas Siegmund (Einzelbewerber)
- ▶ Wurzen: Bodo Walther (Stadtrat in Markkranstädt, Vorsitzender Kreistagsfraktion, Mitglied Kreisvorstand) - 8,7 % (4. Platz) im ersten Wahlgang, im zweiten nicht angetreten
- ▶ Belgershain: Alexander Kerschke (kooptiertes Mitglied Kreisvorstand) - 8,7 % (3. Platz)
- ▶ Rötha: Ingo Weitzmann (Stadtrat in Böhlen, Kreisrat, Mitglied Kreisvorstand, Ehemann von Heike Weitzmann) - 8,5 % (2. Platz)
- ▶ Böhlen: Heike Weitzmann (Ehefrau von Ingo Weitzmann) - 8,1 % (3. Platz)

Die Ergebnisse weiterer rechter Einzelbewerber*innen:

Nordsachsen

- ▶ Delitzsch: Hagen Grell (Videoaktivist, Verschwörungsideologe) - 8,5 % (4. Platz) im ersten und 5,6 % (4. Platz) im zweiten Wahlgang
- ▶ Dommitsch: Frank Hartleb (unterstützt von den Freien Sachsen) - 15,9 % (3. Platz)

LK Leipzig

- ▶ Grimma: Rainer Umlauf (Freie Sachsen) - 6,3 % (3. Platz)
- ▶ Borna: Thomas Siegmund (unterstützt von den Freien Sachsen, Verständnis „für jeden Widerstand“) - 6,1 % (5. Platz) im ersten und 9,4 % (3. Platz) im zweiten Wahlgang (nach dem Verzicht des AfD-Kandidaten zu seinen Gunsten)
- ▶ Wurzen: Frank Weike („weder rechts noch links, eher konservativ und geradeaus“, gegen „verkrustete Parteienlandschaft“) - 7,0 % (6. Platz) im ersten Wahlgang, im zweiten Wahlgang Verzicht zugunsten der CDU-Kandidatin
- ▶ Zwenkau: Heike Oehlert (Stadträtin, ehemalige Kreisvorsitzende der Freien Wähler, Pandemieleugnerin) - 28,2 % (2. Platz)

Weitere Informationen zu den Rechtsaußen-Kandidat*innen bei den Kommunalwahlen in unserem zweiteiligen Online-Dossier.

Abgeordnetenschwund bei der AfD

Die Geschichte der AfD ist gezeichnet von mehreren Spaltungen und damit einhergehenden Austrittswellen. Verfügte sie im Juli 2020 noch über 24.646 Mitglieder, waren es im Juli 2022 noch 20.588 – ein Minus von 16,5 Prozent. Neben einfachen Parteimitgliedern treten immer wieder auch Mandatsträger*innen der Partei



Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Leipziger Stadtrat, Marius Beyer, bei einem extrem rechten Aufmarsch unter dem Motto „Ami go home“ am 26.11.2022 in Leipzig

aus, werden ausgeschlossen oder versterben. In der Region Leipzig gibt es dafür mehrere Beispiele.

Im Kreistag Landkreis Leipzig tritt der im Mai 2019 gewählte Kay Knöbel sein Mandat nicht an, da er wegzog. Sein Nachrücker Thomas Steinert gibt an, dass ein AfD-Mandat ihm seine Tätigkeit in einer Autowerkstatt am Rande von Connewitz „erheblich behindern“ würde, er wird in der Kreistagssitzung im Dezember 2019 von seinem Mandat entbunden. Die nächste auf der Liste, Elke Gärtner, nimmt die Ernennung erst an, wird dann aber aufgrund von Wegzug im Juli 2020 von ihrem Mandat entbunden. Schließlich rückt Thomas Illig nach, wird aber nicht Teil der AfD-Fraktion. Er gilt als Rechtsausleger.

Der im Mai 2019 in den Wurzener Stadtrat gewählte Thilo Oldenburger verstirbt, bevor er seinen Platz einnehmen kann. Damit besetzt die AfD nur drei der vier zustehenden Plätze.

April 2020: Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig & Umgebung



Mai 2022: Rechte Kandidat*innen bei den Landrats- und Bürgermeisterwahlen im Leipziger Land



Juli 2022: Ergebnisse der Kommunalwahlen 2022 in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen





Der AfD-Vorsitzende im Landkreis Leipzig, Edgar Naujok (l.), zusammen mit Steffen Janich (MdB) bei einer Kundgebung am 28.08.2019 in Grimma

[1] Tagesschau vom 22.07.2022: Wo die AfD am meisten Mitglieder verliert, online abrufbar unter [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

[2] chronik.LE vom 16.06.2020: Bornaer Stadtrat Jöricke (AfD) tritt zurück, online abrufbar unter [chronikle.org](https://www.chronikle.org)

[3] LVZ vom 11.08.2020: Böhleener Stadtrat: Falk Jahr ist nicht mehr AfD-Mitglied.

Im Oktober 2019 verliert die AfD im Wurzener Stadtrat einen weiteren Sitz. Michael Buchwald verzieht aus Wurzen und verliert daher seine Wählbarkeit.

Im Dezember 2019 tritt der damalige Bundestagsabgeordnete Lars Hermann (Landkreis Leipzig) aus der AfD aus. Diesen Schritt begründete er mit dem allgemeinen Kurs der Partei und dem Einfluss des Flügels – Hermann galt als Petry-Anhänger. Anfang 2022 wird er in die CDU aufgenommen.

Um die Wahl von Reinhard Jöricke als Bornaer Stadtrat hatte es bereits vorher zahlreiche Diskussionen gegeben. Es wurde bezweifelt, ob Jöricke tatsächlich in Borna wohne und damit wählbar sei. Nachdem er im August 2019 anlässlich einer Podiumsdiskussion des DGB, zu der die AfD nicht eingeladen ist, in einem Schreiben den DGB-Geschäftsführer bedroht, wird er erst aus der AfD-Fraktion im Bornaer Stadtrat ausgeschlossen, gehört aber weiter der Partei an. Im Juni 2020 tritt er schließlich von seinem Amt zurück.^[2]

Ebenfalls im Juni 2020 verstirbt der Oschatzer AfD-Stadtrat und Kreistagsmitglied Ralf Krause. Sein Stadtratssitz kann nicht nachbesetzt werden, da die AfD nur mit sechs Kandidaten angetreten war und sechs Sitze errungen hat.

Im Juli 2020 tritt Falk Jahr (Stadtrat Böhlen, Kreistag Landkreis Leipzig) aus der Partei aus. In der Leipziger Volkszeitung^[3] wird er mit den Worten „Ich habe noch keine Organisation so verfallen sehen wie die AfD“ zitiert. Jahr gründet eine neue Fraktion im Böhleener Stadtrat mit dem Namen Böhleener, Großdeubener und Gauliser Bürger (BGGB). Im Februar 2021 verstirbt er überraschend. Mit seinem Tod muss sein Kreistagsmandat nachbesetzt werden. Sein eigentlicher Nachfolger, Hans-Jürgen Krebs (Kreistagssitzung Mai 2021), macht sein Alter geltend und wird daraufhin vom

Kreistag von der ehrenamtlichen Tätigkeit entbunden. Der nächste Nachrücker, Torsten Klemmer (Kreistagssitzung Juli 2021), beruft sich auf Paragraph 1 des „Reichs- und Staatsangehörigengesetz“ der Kaiserzeit und gibt an, den für das Mandat notwendigen Verpflichtungstext nicht sprechen zu können. Das angegebene, natürlich nicht mehr gültige Gesetz wird in Reichsbürgerkreisen zur Argumentation genutzt. Er wird auf seinen Wunsch vom Kreistagsmandat entbunden. Kurz nach Falk Jahr verlässt auch Susann Müller (Kreisrätin, Stadträtin Frohburg) die Kreistagsfraktion der AfD. Auf der Webseite der Stadt Frohburg, wo sie ebenfalls Stadträtin ist, wird sie weiterhin als AfD-Mitglied geführt.

Der Böhleener AfD-Stadtrat Harald Hänisch verstirbt im Dezember 2020. Im Netz wurde gemutmaßt, er sei an Corona verstorben. Fotos zeigten ihn im November 2020 ohne Mundschutz und Abstand bei einer Querdenken-Demonstration in Berlin.

Das Ehepaar Bianca und Ralf Juhnke (beide Stadtrat Markranstädt) tritt im März 2021 nach eigener Aussage aus privaten Gründen aus der AfD aus. Damit einhergehend legen sie ihre Mandate nieder. Der einzige Nachrücker für die AfD vor Ort ist Edgar Naujok, welcher im September 2021 in den Bundestag einzieht. Die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat ändern sich dadurch.

Im März 2022 stirbt der erst ein Jahr zuvor in den Böhleener Stadtrat nachgerückte Uwe Neumeier-Findeisen. Er ist bereits der dritte verstorbene (ehemalige) AfD-Stadtrat in Böhlen.

Ebenfalls im März 2022 werden die beiden nordsächsischen AfD-Kreisräte Christoph Bienert (Rackwitz) und Roberto Nacken (Zschepplin) auf eigenen Wunsch von ihrem Mandat entbunden. Für sie ziehen Bernd-Dieter Richter und Frank Winterlich nach. ■

Roland Ulbrich: Mitglied im Bundesschiedsgericht und kommunale Arbeit

Beim Bundesparteitag der AfD im Juni 2022 in Riesa wurde der Leipziger Stadtrat und Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich (Jahrgang 1961) in das Bundesschiedsgericht der Partei gewählt. In dieser Funktion wolle er etwas „gegen die zunehmend um sich greifenden Parteiausschluss-Orgien unternehmen“, erklärte er nach der Wahl. Der aus Düsseldorf stammende Rechtsanwalt hatte sich bereits im November 2016 bei einer Demonstration in Berlin gegen eine pauschale Abgrenzung der AfD von rechtsextremen Parteien ausgesprochen. Ulbrich war bis Ende 2016 Landessprecher der Patriotischen Plattform, einem 2018 aufgelösten Zusammenschluss von nationalistischen AfD-Mitgliedern um den Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider aus Sachsen-Anhalt.

Neben seinen parteiinternen Ämtern prägt Ulbrich das Auftreten der AfD-Fraktion im Leipziger Stadtrat entscheidend mit und sorgt hier immer wieder für Skandale. Im Stadtrat widmet sich die Partei auch ihren klassischen Themenfeldern wie Migrationspolitik oder Innere Sicherheit und lädt diese rassistisch auf. So stellt die Fraktion im Dezember 2021 etwa eine Anfrage zum „langjährigen Kriminalitätsschwerpunkt Hauptbahnhof“ und fokussiert sich in dieser auf „Drogendealer“ und die „zumeist ausländischen Kriminellen“. Der Wunsch der AfD, eine Aufstellung von Beschuldigten nach Nationalität und Aufenthaltsstatus vorzunehmen, dient dabei nicht der Prävention von Straftaten, sondern der rassistischen Stimmungsmache.

Ähnlich geht die AfD bei einem Stadtratsantrag der Partei Die Linke im Juni 2022 vor. Die Linke wirbt darin für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer von Femiziden in Leipzig. Die AfD in Person von Roland Ulbrich instrumentalisiert diese Debatte für rassistische Stigmatisierungen, spricht von „importierter Gewalt“ und stimmt schließlich gegen den Bau des Denkmals.

Generell arbeitet sich die AfD im Leipziger Stadtrat anhaltend an erinnerungspolitischen Fragestellungen ab und offenbart dabei ein selektives und instrumentelles Geschichtsverständnis. Ein geplantes Denkmal für die oppositionellen Leipziger Meuten während der Zeit des Nationalsozialismus lehnt Ulbrich mit der Begründung ab, dass diese gar keine Widerstandsgruppe gewesen sei. Während eine Erinnerung an den Widerstand von Jugendlichen aus dem Arbeiter*innenmilieu somit zu verhindern versucht wird, folgt die AfD in ihren eigenen Anträgen zu historischen Gedenkortern dem Credo der Totalitarismustheorie. So beantragt sie sowohl einen Gedenkort für ein von Nationalsozialisten abgerissenes Denkmal als auch eine öffentliche Verurteilung des Abrisses eines Denkmals im Jahr 1946, welcher im „vorausseilenden Gehorsam“ an die „sowjetische Besatzungsmacht“ vom regierenden SPD-Bürgermeister Dr. Erich Zeigner veranlasst worden sei. In beiden Fällen argumentiert die AfD, dass es sich um Akte der „Bilderstürmerie“ und „Geschichtsumschreibung“ gehandelt habe, welche totalitären Systemen innewohnen würden. Einen Widerspruch zu ihrem Umgang mit den geplanten Denkmälern für Opfer von Femiziden und für die Leipziger Meuten scheint die AfD-Fraktion darin nicht zu sehen.

Eine neuerliche Offenbarung ihres Rassismus leistet sich die AfD-Fraktion bei der Stadtratssitzung am 12. Oktober 2022. In dieser werden zwei Anträge des Migrantenbeirats der Stadt Leipzig verhandelt. Die AfD nutzt die Diskussion als Bühne für die Verbreitung rassistischer Ressentiments und spricht davon, dass die Anträge dem Motto „Luxus für Migranten, Abzocke von Deutschen“ folgen würden. Während der Diskussion über die Anträge wird ein Vertreter des Migrantenbeirats vom AfD-Abgeordneten Gert Pasemann mit den Worten „Geh' nach Hause“ rassistisch beleidigt. Dieser erhält daraufhin einen Ordnungsruf. Oberbürgermeister Burkhard Jung spricht von einem „unwürdigen“ und „unerträglichen“ Verhalten. ■



Die AfD mit eigenem Transparent bei der vom Compact-Magazin mitorganisierten „Ami Go Home“-Demonstration am 26.11.2022 in Leipzig



Der AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau (r., mit offenem Hemd) am 05.09.2022 in einer blockierten Demo auf dem Leipziger Ring. Parallel zu einer Versammlung

[1] chronik.LE (2020): Verschwörungsideologien in Zeiten der Corona-Pandemie im Landkreis Leipzig, online abrufbar unter [chronikle.org](https://www.chronikle.org) vom 11.12.2020

[2] chronik.LE vom 03.06.2021: Jörg Dornau (AfD) verbreitet homosexuellenfeindlichen Beitrag auf Facebook, online abrufbar unter [chronikle.org](https://www.chronikle.org)

[3] chronik.LE vom 26.01.2022: Demonstrationsversuch vor Wohnhaus von Gesundheitsministerin Köpping, online abrufbar unter [chronikle.org](https://www.chronikle.org)

[4] Facebook-Beitrag von Jörg Dornau vom 13.01.2022.

[5] Facebook-Beitrag von Jörg Dornau vom 20.01.2022.

Jörg Dornau: Fan von Social Media und vom russischen Präsidenten Putin

Jörg Dornau ist seit 2019 Stadtrat in Rötha und Landtagsabgeordneter. Er ist dem mittlerweile formal aufgelösten „Flügel“ zuzurechnen. So macht er keinen Hehl aus seiner Nähe zum Faschisten Björn Höcke, mit dem er 2019 im Rathaus Grimma und 2020 auf dem Grimmaer Marktplatz auftritt. Auch Andreas Kalbitz, ehemaliger Brandenburger AfD- und Fraktionsvorsitzender, welcher mittlerweile aus der Partei ausgeschlossen ist, war 2019 zu Besuch bei einer Wahlkampfveranstaltung von Dornau in Naunhof.

Dornau ist stellvertretender Kreisvorsitzender des AfD-Kreisverbandes Leipziger Land, der in den vergangenen Jahren immer wieder mit der Verbreitung verschwörungsideologischer Inhalte in Erscheinung tritt.^[1] Dornau selbst nutzt ebenso wie sein Kreisverband Sharepics, die mit seinem Konterfei und Schlagzeilen versehen sind, um möglichst skandalisierend seine Follower*innen in den sozialen Medien zu erreichen. So teilt Dornau am 3. Juni 2021 auf Facebook das Bild eines Plakats der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, das Werbung für die Nutzung von Kondomen macht. Für Dornau zeigt das Plakat „Schweinkram“. Stein des Anstoßes ist offensichtlich, dass auf dem Bild zwei Männer abgebildet sind.^[2]

Nachdem bereits im Dezember 2021 Pandemie-leugner*innen mit Fackeln vor dem Wohnhaus der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) demonstrierten^[3], will Dornau dies im Januar 2022 offenbar nachahmen. Als er gemeinsam mit einem AfD-Mitglied und einer weiteren Person in der Nähe des Wohnhauses gesichtet wird, verhindert der Objektschutz der Polizei eine Demonstration vor Ort.

Ebenfalls im Januar 2022 nimmt Jörg Dornau eine zentrale Rolle in der rassistischen Mobilisierung gegen die Unterbringung von Geflüchteten im Ortsteil Mark Schönstädt der Gemeinde Lossatal ein. Zunächst hetzt Dornau auf seiner Webseite und in den sozialen Medien gegen „illegale Migranten“, die den Ort „fluten“ würden^[4]. Die stete Markierung von Geflüchteten als „Illegale“ sowie die Verwendung katastrophischen Naturvokabulars gehört dabei zum gängigen rassistischen Repertoire. In der Folge tritt Dornau als Anmelder und Redner einer AfD-Kundgebung in Mark Schönstädt auf, die er am 21. Januar 2022 in unmittelbarer Nähe des Hauses abhält, in dem die Geflüchteten untergebracht sind. Dem Aufruf „Asylflut in Mark Schönstädt stoppen!“^[5] folgen etwa 40 Personen. Erfreulich ist, dass sich ein spontan organisierter Gegenprotest von Anwohner*innen



mlung der Partei Die Linke haben an diesem Tag verschiedene extrem rechte Organisationen wie die Freien Sachsen demonstriert.

bildet, der den Rassismus von Dornau und den AfD-Anhänger*innen nicht unwidersprochen lässt.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führt bei Dornau zu einer Solidarisierung mit Wladimir Putin. Er teilt ein Video vom russischen Präsidenten, in welchem dieser „zum ersten Mal aus[spricht], wer seiner Meinung nach im Westen wirklich das Ruder in der

Hand hat und die westliche Politik diktiert“. Bebildert ist der Post mit dem Schriftzug „Abrechnung mit den globalistischen Eliten“^[6] – eine Anleihe an antisemitische Rhetorik, die von einer Weltverschwörung durch eine geheime Elite ausgeht. Anschließend fordert Dornau ein Ende der Sanktionen und eine engere Bindung Deutschlands an Russland. ■

[6] Facebook-Beitrag von Jörg Dornau vom 18.08.2022.

Leipziger Siegbert Droese schwächelt als Landesvize

Der Co-Vorsitzende der AfD-Fraktion im Leipziger Stadtrat, Siegbert Droese (Jahrgang 1969), bleibt auch nach Verlust seines Bundestagsmandats Chef des Leipziger Kreisverbandes. Im Bericht zum Kreisparteitag im April 2022 wird den Ergebnissen des Skat- und Dartturniers des Verbandes („Gespielt wurde natürlich das Deutsche Blatt.“) bezeichnenderweise mehr Platz eingeräumt als den durchgeführten Wahlen, Beschlüssen und Diskussionen.

Beim Landesparteitag der AfD Sachsen im Juli 2022 in Löbau kandidierte Droese wieder als stellvertretender Landesvorsitzender. Diesen Posten hat er seit 2016 inne, damals noch unter der Bundes- und Landesvorsitzenden Frauke Petry. Mit rund 66 Prozent erzielte er diesmal jedoch das schlechteste Ergebnis der Parteispitze. Der Landesvorsitzende Jörg Urban, die zwei weiteren Stellvertreter*innen und der Gene-

ralsekretär wurden jeweils mit über 80 Prozent gewählt. Droese war Mitglied des offiziell aufgelösten völkischen „Flügels“ der AfD um Björn Höcke. Das ist in Sachsen aber kein Alleinstellungsmerkmal.

In einem Text zu seiner Kandidatur hatte Droese die AfD zuvor als die „aktuell geilste Partei in Sachsen“ bezeichnet und für sich die „sehr gute Zusammenarbeit mit dem bürgerlich geprägten Umland Leipzigs“ in Anspruch genommen. Schwächen sieht er in der Frauen- und Jugendförderung. Diese sei nötig, um neue Wähler*innenschichten zu erschließen. Er habe jedoch lernen müssen, dass dies „im wesentlichen von den Geförderten abhängt“. Dem siebenköpfigen Vorstand seines eigenen Kreisverbandes gehört aktuell nur eine Frau an. Auf dem Parteitag war der Leipziger Verband mit etwa 20 von insgesamt knapp 280 Delegierten vertreten. ■

GRIMMA ALS NEUE HOCHBURG DER EXTREMEN RECHTEN IM MULDENTAL?

von Grimma zeigt Kante

Wie in den Vorjahren veranstaltete die AfD auch 2022 in Grimma eine Kundgebung mit dem Frontmann des völkischen Flügels Björn Höcke als Stargast. Außerdem gab es bei der Oberbürgermeister*innen-Wahl einen Kandidaten der „Freien Sachsen“. Protest dagegen kam jeweils vom Aktionsbündnis Grimma zeigt Kante. Doch warum ist ausgerechnet die Kleinstadt im Landkreis Leipzig so beliebt beim rechten Spektrum?

[1] taz vom 10.09.2001: „NPD-Aufzug in Grimma aufgelöst“, online abrufbar unter [taz.de](https://www.taz.de)

[2] LVZ-Online vom 29.08.2020: „Grimma feigt AfD-Extremismus mit Kehrmaschinen weg“, online abrufbar unter [lvz.de](https://www.lvz.de)

[3] Muldental TV vom 06.04.2022: „32. Online-Bürgersprechstunde Grimma mit OBM Matthias Berger (05.04.22)“, Frage zu OBM-Wahlen (17:05 min)

[4] Vgl. Telegram-Kanal „Freie Sachsen“ vom 10.12.2021.

Täglich grüßt das Murmeltier – im Fall von Grimma eben jährlich. Seit einer Saalveranstaltung während des Wahlkampfes zur Landtagswahl 2019 beehrt der AfD-Flügel-Mann Björn Höcke die sächsische Kleinstadt regelmäßig. Dazu reisen nicht nur AfD-Anhänger*innen aus dem Muldental an, auch aus Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Brandenburg, gar aus der ganzen Republik kommen die „Höcke-Fans“. Hitlergrüße, Sieg-Heil-Parolen und rassistische Bemerkungen – das und noch mehr ist das Bild, das Grimma an diesen Tagen nach außen sendet. Leider ist es damit noch nicht getan. Als würde es nicht reichen, dass die AfD Grimma regelmäßig für sich beansprucht, haben nun auch die sogenannten Freien Sachsen das Potential der Stadt entdeckt. Sie stellen einen eigenen Kandidaten zur Oberbürgermeister*innen-Wahl. Neben regelmäßigen Corona-Spaziergängen wird mit Fackeln vor dem Privathaus der hier wohnenden Sozialministerin Petra Köpping aufmarschiert. In Grimma ist also einiges los.

Gleicher Oberbürgermeister, andere Reaktion

Wieso kommt von der Verwaltungsspitze und aus der Kommunalpolitik keine klare Abgrenzung? Weshalb muss Grimmas Bevölkerung aktiv werden, um dem Rechtsruck entgegenzuwirken? Das Problem mit der extremen Rechten in Grimma ist nicht neu. Anfang der 2000er traten diese nicht in Gestalt der AfD und der Freien Sachsen auf, sondern unter dem Label der NPD. Die neonazistische Partei veranstaltete im September 2001 in Grimma ein sogenanntes „Pressefest“ mit 2.000 Besucher*innen. Auch damals gab es Hitlergrüße, rassistische Parolen und mehr. Der Unterschied? Unter dem Motto „Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt“ protestierten rund 1.000 Einwohner*innen gegen das Neonazi-Treffen. Der damals frisch ins Amt gewählte parteilose Oberbürgermeister (OBM) Matthias Berger erklärte dazu, die Stadt habe alles Erdenkliche unternommen, damit sich die Neonazis „bei uns nicht wohlfühlen“.^[1]

Im Mai 2022 heißt der OBM von Grimma immer noch Berger. Er wurde zweimal wiedergewählt und wird im Juni 2022 für weitere sieben Jahre im Amt bestätigt. Zwei Jahre zuvor hatte er nach einer weiteren Veranstaltung mit Höcke immerhin noch symbolisch den Markt mit Kehrmaschinen „von jeglicher Art politischen Extremismus säubern“ lassen.^[2] Schon das eine fragwürdige Geste im Geiste des Hufeisenmodells, das von einer angeblich neutralen „Mitte“ und extremen politischen Rändern ausgeht. Inzwischen hält er nicht mal mehr so etwas für notwendig, um zum Ausdruck zu bringen, dass sich die Neonazis „bei uns nicht wohlfühlen“ sollen.

Lob für Rechtsaußen-Kandidaten

Bei der Oberbürgermeister*innen-Wahl hatte Berger diesmal zwei Konkurrenten: Einen von Linken und Grünen unterstützten Kandidaten, den Sozialarbeiter Tobias Burdukat vom „Dorf der Jugend“, und den Gastwirt Rainer Umlauf aus dem Grimmaer Ortsteil Förstgen. Dieser ist Bergers direkter Nachbar und trat für die extrem rechte Kleinstpartei „Freie Sachsen“ an. Die AfD hat zu seinen Gunsten auf einen eigenen Bewerber in Grimma verzichtet. Zu dieser Kandidatur von Rainer Umlauf meinte OBM Berger im April 2022 in seiner „Online-Bürgersprechstunde“ bei einem lokalen TV-Sender: Es gebe nichts dagegen zu sagen, dass er „seinen politischen Beitrag“ leisten wolle. „Wir haben ein vernünftiges Verhältnis. Ich sehe trotzdem viele Dinge, die er politisch macht, schon anders.“^[3] Immerhin sei der Koch ein „fleißiger Mann“ und habe „eine ganze Menge Lebenserfahrung“. Letzteres spricht Berger damit indirekt dem Kandidaten von den Linken ab, ohne ihn beim Namen zu nennen.

Mit dieser Einschätzung verharmlost Berger die Positionen von Umlauf und dessen Partei. Die Freien Sachsen wurden bereits im Juni 2021 vom sächsischen Verfassungsschutz als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Viele ihrer Kader kommen aus der NPD und ähnlichen Organisationen. Der Koch hat sich spätestens im Zuge der Corona-Pandemie radikalisiert und taucht seitdem häufig auf Demonstrationen und „Spaziergängen“ zu diesem Thema im ganzen Landkreis auf. Im Dezember 2021 geriet er dabei in Brandis mit der Polizei aneinander. Ein Video von dieser Maßnahme wurde mit dem Kommentar „Pfefferspray und Polizeigewalt: Hier stellen Kretschmers Milizen Sachsens mutigsten Gastwirt in Brandis an die Wand!“ vielfach auf den Kanälen der Freien Sachsen



Der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke (l.) und Jörg Dornau (r.) aus Rötha bei einer Wahlkampf-Kundgebung der AfD am 28.08.2020 in Grimma

geteilt.^[4] Kurz zuvor war er bereits in einem Video der extrem rechten Kampagnen-Plattform „Ein Prozent“ mit dem Titel „2G-Hammer: Wer hilft unseren Gastwirten?“ als Protagonist aufgetreten.^[5]

Beim „Frühlings- und Familienfest“ der AfD am 21. Mai durfte dann neben Björn Höcke auch Rainer Umlauf auf der Bühne sprechen – obwohl seine Freien Sachsen eigentlich auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD stehen. Von Oberbürgermeister Berger gab es diesmal keine Unterstützung für das bunte Straßenfest, das das Aktionsbündnis Grimma zeigt Kante als Kontrapunkt gegen die AfD-Veranstaltung organisiert hat. Der Oberbürgermeister sagte dazu, dass Höcke seinen Zenit hinter sich habe und gar nicht mehr so sehr „ziehen“ würde. Sowohl die Linken als auch die Rechten würden immer nur gegen etwas seien. Beide Veranstaltungen sind aus seiner Sicht nur Selbstdarstellung und „Rumgegröle“. Derselbe Mann, der also noch vor zwei Jahren die AfD symbolisch vom Markt fegte, dafür auch viel Kritik bekam und es dennoch verteidigte, sagt nun, dass so eine Abgrenzung von der AfD „mit politischer, inhaltlicher Auseinandersetzung [...] nichts zu tun“ habe.^[6] Anhand dieser Aussagen sieht man deutlich, wie wichtig es dem OBM ist, in seiner Stadt Kante gegen rechts zu zeigen.

Verschörungserzählungen auf Telegram

Ein Mitglied des Grimmaer Stadtrates, Sven Großer von der AfD, teilt auf seinem Telegram-Kanal verschwörungsideologische und antisemitische Beiträge in Bezug auf Corona Da stellen wir und viele andere sich die Frage, weshalb so jemand weiterhin Mitglied im Stadtrat und im Kreistag sein darf. Die lokale SPD hat dazu ein Statement an die Stadt Grimma und den Landkreis verfasst. Oberbürgermeister Berger ließ verkünden: „An uns als Stadtverwaltung wurde der Sachverhalt vielfältig herangetragen. Wir sind über die politischen Möglichkeiten bereits in enger Abstim-

mung mit dem Landkreis und werden diese auch ausschöpfen.“^[7] Geschehen ist bis heute nichts. Zwar gab es eine Anzeige einer Privatperson gegen Großer wegen Volksverhetzung, sein Telegram-Kanal besteht jedoch weiter. Dort sind immer wieder Verschwörungserzählungen und antisemitische Anspielungen zu finden.

Alte und neue Nazi-Hochburgen

Das Problem Rechtsextremismus erstreckt sich nahezu über das ganze Muldental. Hakenkreuz-Schmierereien in Bahnhöfen, Nazi-Sticker an jeder Ecke oder „Spaziergänge“ in jedem noch so kleinen Ort. Grimma und Wurzen sind die zwei größten Städte im Muldental und haben beide ähnliche Probleme. Wurzen gilt zwar schon lange als „brauner Fleck“, das hat sich aber inzwischen etwas gewandelt. Als das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK) in Wurzen 2022 eine Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHIT) durchführte, meldeten Neonazis zwar eine Gegenveranstaltung an. Die Beteiligung daran fiel mit fünf Personen aber sehr gering aus.

Ist Wurzen also keine Neonazi-Hochburg mehr? Zumindest wird von rechter Seite gerade viel versucht, um Grimma als neue Hochburg zu etablieren. In Wurzen haben Vereine wie das NDK die extremen Rechten über viele Jahre zumindest teilweise zurückgedrängt. In Grimma hat sich aktuell mit dem Aktionsbündnis Grimma zeigt Kante^[8] ein ziviler Zusammenschluss gebildet, der dem Rechtsruck entgegenwirken will. Das Bündnis hat in kurzer Zeit Demos gegen Montagsspaziergänger*innen veranstaltet, Solidaritätskundgebungen mit der Ukraine und das „Fest der Demokratie“ auf die Beine gestellt. Entscheidend ist aber, wie sich die Menschen verhalten, die in Grimma leben. Dass der Oberbürgermeister die Einladung zum bunten Straßenfest für Demokratie, Vielfalt und Miteinander ausgeschlagen hat, ist leider ein klares Statement gegen das Engagement gegen rechts. ■

[5] Vgl. Video von „Ein Prozent“ vom 14.11.2021.

[6] Muldental TV vom 04.05.2022: „33. Online-Bürgersprechstunde Grimma mit OBM Matthias Berger (03.05.22)“

[7] Medienportal Grimma vom 21.04.2021: „Stadt- und Kreisrat wegen Volksverhetzung angezeigt“, online abrufbar unter [medienportal-grimma.de](https://www.medienportal-grimma.de)

[8] Das im Frühjahr 2022 gegründete Aktionsbündnis „Grimma zeigt Kante“ tritt rechten Strukturen in Grimma entgegen und besteht aus Einzelpersonen, Initiativen und Parteien. Informationen auf Instagram und Facebook unter @kantezeigengrimma.

SCHEINRIESE MIT DROHPOTENTIAL:

Die Jungen Nationalisten in Wurzen

von Matthias Heldt

Die NPD befindet sich bundesweit im Niedergang und spielt bei Wahlen kaum mehr eine Rolle. Hinzu kommen Spaltungen innerhalb der Partei und Konflikte zwischen dem Jugendverband Junge Nationalisten (JN) und Teilen der Mutterpartei. Von diesen unbeeindruckt versucht sich die JN im Landkreis Leipzig und insbesondere in Wurzen an einem Revival und tritt dabei vor allem propagandistisch in Erscheinung. Ein Blick auf die JN und ihr Wirken im Landkreis Leipzig.

[1] Recherche Nord vom 13.05.2022: Heimat, Putsch und NPD. Richtungstreitigkeiten vorm NPD-Bundesparteitag 2022, online verfügbar unter [recherche-nord.com](https://www.recherche-nord.com)

„Die JN wird nach dem anstehenden Bundesparteitag nicht mehr die Jugendorganisation der NPD sein.“ So hieß es im Vorfeld des im Mai 2022 stattfindenden Bundesparteitags in markigen Worten auf der Website der JN. Der Grund hierfür: Entweder die Partei bilde fortan eine rechte Sammlungsbewegung unter dem Namen „Die Heimat“ oder die Jugendorganisation würde sich von der Partei lossagen. Mit ihrem Wunsch nach einer tiefgreifenden Veränderung stand die JN nicht allein. Die Parteiführung selbst forcierte die Neuordnung der Partei und stellte die Umbenennung auf dem Bundesparteitag zur Abstimmung. Mit ihrem Vorhaben stieß sie jedoch auf erheblichen Widerstand einer bereits bestehenden parteiinternen Opposition und verlor die Abstimmung schlussendlich. Vorerst heißt die NPD also weiter NPD. Die JN ruderte im Nachgang zurück und ließ in einer rhetorischen Verrenkung wissen, dass man nicht trotz, sondern wegen des Parteitags ein Teil der NPD bleibe. In der Diskussion um die Umbenennung offenbarten sich einmal mehr die Macht- und Richtungskämpfe innerhalb der Partei. Bereits im November 2021 hatten diese so weit geführt, dass einige Landesverbände eine eigene Bundesführung inklusive eines neuen Parteivorsitzenden ausriefen. Der amtierende Bundesvorstand sprach daraufhin von einem Putsch und leitete Parteiausschlussverfahren ein. Die Fronten sind verhärtet.

Tief gefallen

Doch nicht nur die parteiinterne Opposition macht der NPD-Führung zu schaffen, auch andere Parteien haben ihre Krise in den vergangenen Jahren verschärft. Zum einen dominiert die Alternative für Deutschland (AfD) innerhalb der extrem rechten Wähler*innenklientel. Spätestens mit dem Ergebnis von 0,1 Prozent bei der vergangenen Bundestagswahl versank die NPD in der Bedeutungslosigkeit und fiel zudem aus der Parteienfinanzierung. Zum anderen läuft ihr die Partei Der

III. Weg im neonazistischen Milieu zunehmend den Rang als aktionsorientierte Akteurin ab, die Demonstrationen und Kundgebungen organisiert. Es ist also denkbar schlecht bestellt um die Partei, die bei den Landtagswahlen 2014 in Sachsen mit 4,9 Prozent nur knapp am Wiedereinzug in den Landtag scheiterte. Vor dem Hintergrund dieses rapiden Zerfalls zeigt sich die JN erstaunlich resilient. Sie „verstand es in den vergangenen Jahren, kampagnenfähig zu bleiben und bestehende Strukturen weitestgehend zu erhalten“^[1], wie das Medienprojekt Recherche Nord anlässlich des Bundesparteitags resümierte. Exemplarisch für diese Entwicklung steht auch das Wirken der JN in Wurzen und Umgebung. Hier schaffte es die JN in den vergangenen Jahren, ein gewisses Revival zu erleben.

Hoch geflogen

In den 2000er-Jahren war der damalige Muldentalkreis und die dort gelegene Stadt Wurzen eine Hochburg der NPD. Im Stadtrat stellte die Partei zeitweise drei Abgeordnete. Während die größten Erfolge ihrer parlamentarischen Arbeit auf Mitte der 2000er-Jahre zu datieren sind, etablierte sich der stärker aktivistisch orientierte Jugendverband erst mit gewisser zeitlicher Verzögerung in der Region. Ende 2009 wurde in der Leipziger NPD-Zentrale die Gründung von vier sogenannten „JN-Stützpunkten“ in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen verkündet. In den Regionen Delitzsch-Eilenburg, Torgau, Oschatz und Wurzen sollten mittels dieser „Stützpunkte“ bereits aktive Neonazis in JN-Strukturen gebündelt werden und hierdurch sogenannte „Modellregionen“ der NPD entstehen. Unter der Ägide des Wurzener Stützpunktleiters Mathias König zeigte sich die örtliche JN im Zeitraum von 2009 bis 2013 besonders aktiv, bevor es im Zuge des Nieder-



Aktivisten der JN mit einem Transparent der „Aktion Gegengift“ auf einer Demonstration am 05.09.2022 in Leipzig

gangs der Mutterpartei auch still um die JN in Wurzen wurde. Während mit der AfD und seit 2018 mit dem Neuen Forum Wurzen (NFW) gleich zwei Parteien die Lücke der NPD schlossen, konnte die JN das weitgehend brachliegende Feld des organisierten, aktionsorientierten Neonazismus in der Stadt in der jüngeren Vergangenheit erneut bestellen. Eine zentrale Rolle in dieser Wiederbelebung dürfte der Eilenburger JN-Kader Paul Rzehaczek gespielt haben. Dieser war von 2019 bis Mitte 2022 Bundesvorsitzender der JN und kann somit als einer ihrer wichtigsten Kader bezeichnet werden. Um ihn bildete sich eine etwa zehnköpfige Gruppe von Aktivist*innen, die in Wurzen und Eilenburg aktiv sind, jedoch auch Kontakte zu Neonazis in Borna und Leipzig pflegen.^[2]

Hoch gestapelt

Ihr Wirken beschränkt sich dabei zumeist auf klassische Aktionsformen neonazistischer Gruppierungen. So besucht die JN-Gruppe regelmäßig regionale und bundesweite Neonaziaufmärsche, nimmt an örtlichen Coronaleugner*innen-Demonstrationen teil und hält eigene Kundgebungen und Demonstrationen ab. Die örtliche JN organisierte unter dem Motto „Gegen Genderwahn und Homo-Diktatur“ eine Gegenkundgebung während des Internationalen Tags gegen Homo-, Inter*- und Trans*feindlichkeit (IDAHIT*) im Mai 2022 in Wurzen. Ende Juli rief sie zu einer Demonstration gegen vermeintliche Ausländerkriminalität auf und zog mit etwa 20 Anhänger*innen durch die Stadt. In beiden Fällen gelang der JN zwar keine Mobilisierung über die eigene Klientel hinaus, gepaart mit einer zunehmenden Verbreitung von Stickern, Plakaten und neonazistischen Schmierereien verfolgt die Gruppe dennoch erkennbar eine Strategie der öffentlichen Raumnahme und der Einschüchterung politischer Gegner*innen. Diese manifestiert sich unter anderem in einem Angriff auf das Kulturzentrum D5 durch Aktivisten der JN oder in Form tätlicher Angriffe auf Journalist*innen im Rahmen von sogenannten Montagsdemonstrationen in Wurzen. Unbekannt blieben bisher die Täter*innen von Angriffen auf das Büro der Partei Die Linke sowie Privatautos von Menschen, die sich für eine demokratische Kultur in der Stadt einsetzen.

Zudem beteiligen sich lokale Kader an bundesweiten Zusammenkünften der JN. So trat etwa ein Wurzener JN-Mitglied in einem Kampfsportvideo der „JN-Gemeinschaftstage“ im Sommer 2022 auf. Die regen Aktivitäten des regionalen JN-Ablegers zeigen, dass die parteiinternen Richtungskämpfe und Umbenennungsdiskussionen an der Gruppe vorbeizugehen scheinen, ihre überregionale Bedeutung sowie Fähigkeit zur strategischen Arbeit dürfte mit Ausnahme des ehemaligen Kaders Rzehaczek allerdings gering sein. Die Gruppe fokussiert sich auf die Mitarbeit an bestehenden Kam-



Ein Wurzener JN-Aktivist spricht auf einer Demonstration der Jungen Nationalisten gegen den Christopher Street Day am 24.09.2022 in Döbeln

pagnen und der Selbstinszenierung im digitalen Raum. Die Online-Aktivitäten spielen bei der Revitalisierung der regionalen JN eine zentrale Rolle. Durch verschiedene Kampagnen mit jeweils eigenen Online-Auftritten wird der Eindruck zu erwecken versucht, dass es sich um einen kleinen Personenkreis an Aktivist*innen um eine breit getragene Bewegung handle. So firmiert der lose Zusammenschluss von JN-Aktivist*innen aus Leipzig und dem gleichnamigen Landkreis unter dem Namen „Messstadtaktivisten“, die bei Instagram den „Aktionsblog“ betreiben und sich selbst schon mal als „Jugendbewegung“ imaginieren. Die Urheberschaft der JN ist bei ihren Zusammenschlüssen und Kampagnen auf den ersten Blick häufig nicht zu erkennen und es drängt sich der Eindruck auf, dass mitunter bewusst auf das Label Junge Nationalisten verzichtet wird, um nicht unter dem schlechten Image der NPD zu leiden. Exemplarisch ist dies bei der Kampagne „Jugend packt an“ zu beobachten, in der sich JN-Kader als „Kümmerer“ im strukturschwachen Raum inszenieren. Ähnliches gilt für die „Aktion Gegengift“, mit der die JN versucht, Corona-Leugner*innen für sich zu gewinnen, indem sie auf ihren Demonstrationen Präsenz zeigt. So liefen in Wurzen im Februar 2022 örtliche JN-Aktivist*innen mit einem Transparent der Kampagne an der Demonstrationsspitze eines Protests gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie.

Sowohl für ihr Wirken im digitalen Raum als auch in und um Wurzen ist festzuhalten, dass es sich um eine kleine Gruppierung mit begrenzter Reichweite handelt. Keineswegs sollte sie deswegen jedoch unterschätzt werden. Die Angriffe auf politische Gegner*innen zeugen genauso wie die diversen Propagandaaktionen von einem großen Selbst- und Sendungsbewusstsein. Dass dieses in der Stadt bisher kaum gestört wird, ist Teil des Problems. ■

Matthias Heldt arbeitet beim Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen im Bereich der Recherche und Analyse von extrem rechten Strukturen.

[2] Für ein ausführliches Dossier zur extremen Rechten in Wurzen allgemein, siehe: [chronik.LE](https://www.chronik.LE) vom 31.12.2021: Geschäftstüchtig und gewaltbereit. Ein Überblick zur rechten Mischszene in Wurzen, online verfügbar unter [chronik.org](https://www.chronik.org)

RECHTS ROCKT STAUPITZ – BEREITS SEIT 14 JAHREN

von Steven Hummel

In Staupitz, einem Ortsteil der nordsächsischen Stadt Torgau, wohnen lediglich 300 Menschen. Mitten im Dorf befindet sich ein geschlossener Gasthof. Dieser öffnet nur für zehn Abende im Jahr. Dann strömt hier eine dreistellige Zahl Neonazis zu intern beworbenen RechtsRock-Konzerten. Kommune und Nachbarschaft haben sich anscheinend mit der Situation arrangiert.

Seit 2008 finden im Alten Gasthof Staupitz RechtsRock-Konzerte statt, bisher bereits 112 Veranstaltungen mit insgesamt 187 verschiedenen Bands. Offiziell dürfen an den Konzerten maximal 250 Personen teilnehmen, insgesamt dürften also rund 25.000 Besucher*innen an den Konzerten teilgenommen haben. Die Immobilie befindet sich im Besitz des Neonazis Andreas B., welcher sie offenbar verschiedenen neonazistischen Gruppen und Kameradschaften sowie Konzertveranstalter*innen und Labels zur Verfügung stellt. Die Kombination aus dem Besitzverhältnis der Immobilie, dem langen Zeitraum des Bestehens, der Anzahl und Kontinuität der Konzerte sowie dem Arrangement zwischen Neonazis und lokalen Behörden ist einzigartig. Damit ist der Alte Gasthof Staupitz eine der Szenelocations für RechtsRock in Deutschland schlechthin.

RechtsRock

Die Begrifflichkeit RechtsRock zielt aus musikwissenschaftlicher Sicht nicht auf eine eigene Musikrichtung, vielmehr tritt RechtsRock in verschiedenen Stilen auf, zum Beispiel Rock, Metal, Hardcore, Balladen, Folk und Rap. „Zu RechtsRock wird die Musik erst durch die politisch extrem rechte Botschaft [...]. Als »Message-Rock« ist er Ausdrucksmittel rassistischer Vorurteile, sozial-chauvinistischer Arroganz und nationalistischer Großmachtfantasien“ (Dornbusch; Raabe 2002: 9).

Entwicklung des Konzertgeschehens in Staupitz

Am 21. Juni 2008 findet eines der ersten RechtsRock-Konzerte in Staupitz statt. Es nehmen schätzungsweise 300 bis 400 Personen teil. Der Alte Gasthof Staupitz dient dabei als Ausweichort für den „Sachsentag“ der Jungen Nationaldemokraten, heute die Jungen Nationalisten, der Jugendorganisation der NPD, in Dresden. Die auftretenden Bands SAGA (Schweden), YOUNGLAND (USA) und SLEIPNIR (Deutschland) waren zuvor für die JN-Veranstaltung angekündigt worden. Seit 2011 finden in der Regel zehn Konzerte pro Jahr in Staupitz statt. Staupitz ersetzt im Laufe der Zeit sukzessive andere RechtsRock-Locations in der Region, während andere wichtige Veranstaltungsorte aufgrund der Schwäche der NPD wegfallen. Dass die Konzerte auch neben den offensichtlichen Texten und Aussagen der Bands eine dezidiert politische Bedeutung haben, legt ein Konzert vom 15. Januar 2011 nahe. Hier treten beim Konzert „Schreie der

Nacht“ die Bands PERSPEKTIVE HASS, 12 GOLDEN YEARS, RACIAL PURITY und SELEKTION (alle Deutschland) auf. Beworben wird auch die Kampagne „Wir sind 1349“. Damit wird auf die 1.349 Neonazis Bezug genommen, die bei dem Versuch, einen Aufmarsch unter dem Motto „Recht auf Zukunft“ im Oktober 2009 durch den Leipziger Osten durchzuführen, festgenommen wurden.

Offiziell dürfen in Staupitz maximal 250 Personen an den Veranstaltungen im Alten Gasthof teilnehmen. Die Nachfrage ist an einigen Abenden allerdings deutlich größer. So reisen zum Konzert am 09. Februar 2013 mit den Bands BRIGADE 7, SLEIPNIR, CONFIDENT OF VICTORY, UNTERGRUNDWEHR und SACHSONIA (alle Deutschland) mehrere Hundert Personen an. Zahlreiche Angereiste können den Konzertsaal nicht betreten. Das führt zu Frust, ein Neonazi schreibt: „Stundenlange Anfahrt, stundenlanges Anstehen & dann wirst wie'n Vieh abgewimmelt“ (zitiert nach Endstation Rechts 2013). Die 15 Euro Eintritt der als „Solikonzert“ angekündigten Veranstaltung sollen den Organisator*innen des neonazistischen „Trauermarschs“ in Dresden zugutekommen. Einige der überzähligen Neonazis treten den Heimweg an, andere suchen nach einer Ausweichlokalität. Gegen 23 Uhr tauchen circa 150 Personen auf einem Firmengelände in Eilenburg auf und wollen hier der mitgereisten Band BRIGADE 7 lauschen. Die Polizei löst das Konzert auf und leitet Ermittlungsverfahren gegen 123 Tatverdächtige wegen Hausfriedensbruchs ein.



Werbung für Konzert mit H8MACHINE, THRIMA, HAUSMANNSKOST und DEUTSCH STOLZ TREU am 05. April 2015 in Staupitz

Im April 2016 erscheint in der Rhein-Zeitung ein Artikel von Stefan Hantzschmann, der über das Konzertgeschehen vor Ort berichtet. Die Bewohner*innen von Staupitz haben sich aus seiner Sicht inzwischen mit den Konzerten vor Ort arrangiert. Gegner*innen der Neonazis äußern sich nicht mehr gegenüber dem Journalisten, dafür aber ein älterer Mann, der Bewunderung für die Instandsetzung des Gasthofs und die Organisation der Konzerte äußert. Die Polizei äußert sich zurückhaltend zu ihren Handlungsmöglichkeiten, die Stadt Torgau auf Anraten der Polizei erst gar nicht.

Die Corona-Pandemie schränkt seit Beginn 2020 auch das Konzertgeschehen in Staupitz stark ein. Statt der üblichen zehn Konzerte pro Jahr finden 2020 und 2021 jeweils lediglich fünf Veranstaltungen statt. Das führt natürlich auch zu finanziellen Einbußen, welche offenbar so erheblich sind, dass alternative Einnahmequellen erschlossen werden. So werden 2020 und 2021 jeweils Soli-Shirts verkauft und über verschiedene neonazistische Labels vertrieben.

2021 werden einige Umbaumaßnahmen am Gebäude vorgenommen. So wird am Hintereingang ein Areal mit Zaun eingegrenzt. Dieses wird mit Stacheldraht befestigt, weiterhin werden Kameras angebracht. Der Artikel in der Torgauer Zeitung, welcher die Auseinandersetzung um diese neuerlichen Änderungen zum „Objektschutz“ beschreibt, unterschlägt gänzlich, dass vor Ort Rechts-Rock-Konzerte stattfinden (vgl. Keil 2021).



PC-Records am 24. März 2021: Solishirt für den Alten Gasthof Staupitz

Bands und politische Einordnung

RechtsRock vermittelt als „Message-Rock“ durch Liedtexte, Ansagen auf Konzerten, Booklets und Bildsprache ein nationalsozialistisches Weltbild. In Staupitz wurden bisher 187 unterschiedliche Rechts-Rock-Bands angekündigt, die musikalische Bandbreite reicht dabei von klassischem Rock über Metal bis hin zu Hardcore und Hip-Hop. Neben deutschen Bands stehen immer wieder internationale Bands auf der Bühne. Aufgetreten sind bisher Gruppen aus Australien, Belgien, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Österreich, Schweden, Spanien, Tschechien, Ungarn und den USA.

Oft zu Gast waren HAUSMANNSKOST und CONFIDENT OF VICTORY (jeweils 11 Auftritte), UWOCAUST (UND HELFERSHELPER) und THEMATIK 25 (jeweils 10 Auftritte) sowie FRONTALKRAFT

(9 Auftritte). Zwei dieser Bands werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Die Band HAUSMANNSKOST stammt aus der Brandenburger Lausitz und veröffentlichte 2013 ihr Debüt „Das letzte Abendmahl“. Dieses wird indiziert und 2016 überarbeitet als „Auf in die Schlacht“ neu veröffentlicht. Die Release-Veranstaltungen zu den Alben 2013 und 2016 („Wir wollen sein“) finden in Staupitz statt. Für das letztere Konzert am 29. Oktober 2016, das zusammen mit FRONTALKRAFT und ÜBERMENSCH stattfindet, lässt die Band bei ihrem Label REBEL RECORDS eigens T-Shirts herstellen. Betreiber dieses Cottbuser Labels ist der Sänger der Band Martin Seidel (Jahrgang 1983).

Inhaltlich widmen sich die Texte der Band unter anderem dem Nationalsozialismus, politischen Gegner*innen sowie der „Heimat“.

„Erster Mai“ (2013):
*„Getrommel und Sprechchöre
 schallen durch die Nacht
 Lodernde Flammen erhellen die Stadt
 Der Nationale Widerstand
 schreitet durch die Straßen
 Um das Volk zu erwecken
 aus seinem Schläfe
 Das Volk zu erwecken aus seinem Schläfe
 Der erste Mai - Tag der Arbeit
 seit 1933 arbeitsfrei!“*

Die Band bezieht sich dabei auf ein Verständnis von Volk, welches am besten als Blut- und Bodenideologie beschrieben werden kann. Deutsche kann es damit nur qua Geburt, niemals per Staatsangehörigkeit geben. Wer diese vermeintlich naturgegebene Ordnung auflösen will, wird als politische*r Gegner*in ausgemacht. Diese gilt es zu bekämpfen, wofür es wehrhafte deutsche Männer brauche.

„System des Wahnsinns“ (2013):
*„Der Mensch ist nur noch eine Nummer
 im System des Wahns
 Die Vermischung von Kulturen und Rassen
 steht auf ihrem Plan
 Und Nummern sind ersetzbar
 darum setze dich zur Wehr!“*

Die Leipziger Band THEMATIK 25 besteht seit 2008 und hat seitdem lediglich zwei Demo-Alben im Eigenvertrieb veröffentlicht. Bereits 2010 veröffentlichte die Recherche-Gruppe gamma eine Einordnung zur Band: „Wie diese Leipziger Rechtsrockband auf ihren ausgefallenen Namen gekommen ist, ist nicht bekannt. Angesichts von Bandshirts mit den Aufdrucken ‚Rock Against Zionism‘ oder ‚100% NS, 0% BRD‘ besteht allerdings Klarheit über die politische Stoßrichtung der Kapelle. [...] Auf der Demo-CD von ‚Thematik 25‘ finden sich sowohl eigene Titel wie ‚Das Aktivistenlied‘ oder ‚Gefallen mit 16‘, aber auch diverse Coverversionen von Rechtsrockgrößen wie ‚Division Germania‘ (‚Der Morgen wird unser sein‘) und ‚Noie Werte‘ (‚Alter Mann‘). Diese sprechen ebenfalls eine eindeutige NS-Sprache.“ (gamma 2010)

„Unbekannter Soldat“ (2008):

„Es ist mal wieder einer dieser grauen Tage
und ich stolpere am Friedhof über ein Soldatengrabe.
Einsam und verlassen da steht der graue Stein,
wie grausam kann das Schicksal mit uns sein?
Ein junges Leben hier vor meinen Füßen begraben liegt,
auch wenn er einst gefallen war, ist er im Geiste unbesiegt.
Wir neigen unser stolzes Haupt vor dem deutschen Soldaten,
dort wo sie einst gefallen sind, dort liegen sie begraben. Wir werden
euch immer ehren denn nein vergessen das seid ihr nicht.
Denn ist wie es immer war: euer Opfer – unsere Pflicht.“

Bisher aufgetretene Bands:

12 Golden Years, 2nd Class Citizen, Abrimo, Acciaio Vincente, Act of Violence, Aggroknuckle, Agharta, Ahnenblut, Aryan Hope, Asatru, Backstab, Bakers Dozen, Barny, Barricades, Berlin Breed, Blackout, Blitzkrieg, Bloodline, Blutlinie, Blutzegen, Bound for Glory, Brainwash, Brigade 7, Bronsons, Brutal Attack, Bunker84, Burn Down, Burning Hate, Carpe Diem, Civil Disorder, Code1, Code291, Confident of Victory, Death on Horizon, Deathfeud, Devil's Project, Devils Right Hand, Der Tod und die Landsknechte, Deutsch Stolz Treu | D.S.T., Deutschtum, Diary of a Dying Nation, Die Lunikoff-Verschwörung, Die weißen Jäger, Division Germania, Ehre & Stolz, Endstufe, Eskalation, Eternal Bleeding, Ex umbra in Solem, Exzess, Faustrecht, Fear rains down, Feher Törvény, Feindnah, Fight Tonight, FLAK, Fortress, Freicore, Freigeist, Front776, Frontalkraft, Frontfeuer, Gesta Bellica, Goatmoon, Green Arrows, Guiltily the Pain, H8Machine, Handstreich, Hate & Guns, Hate for breakfast, Hatelordz, Hausmannskost, Hausverbot, Heiliger Krieg, Heiliges Reich, Helle & RAC'ker, Helle und das USK, Hobbit, Hope for the Weak, IC1, Inkubation, Jogos Önvelem, Jolly Rogers, Kategorie C, Killuminati, Kraft durch Froide, Kraftschlag, Kriegsberichter, Kodex-Frei, Kommando Skin, Last Pride, Last Riot, Legittima Offesa, Legion Blanche, Legion of Thor, Leichenzug, Mai Morti, March or Die, Marder, Mistreat, Moshpit, Motor of Hate, MPU, Murder in Society, N'Socialist Soundsystem, Naked but armed, Natural Born Haters, Nemesis, Neubeginn, Noie Werte, Non Plus Ultra, Odessa, Oidoxie, Old Glory, Painful Awakening, Painful Life, Path of Resistance, Perspektive Hass, Pitbullfarm, Preussenstolz, Projekt Vril, Priorität 18, Prora, Pugilato, Punkfront, PWA, Racial Purity, Radikahl, Rotte Charlotte, Sachsenblut, Sachsonia, Saga, Schlachtruf Germania, Schmeichelstadt, Sedition, Selbststeller, Selektion, Sista Bataljen, Skalingler, Skrew You, Skumshot, Sledgehammer, Sleipnir, Smart Violence, Sniper, Sokyra Peruna, SPN-S, S.P.Q.R., Squadron, Stahlkappenglanz, Stahlwerk, Steelcapped Strength, Still Burnin' Youth, Stimme der Vergeltung, Sturm und Drang, Sturmtrupp, Sturmwehr, Strongside, System Infarkt, Tätervolk, Terrorsphäre, The Hawks, The Tenderizers, Thematik 25, Thoytonia, Thumbscrew, Thrima, True Agression, Two Minutes Warning, Übermensch, Überzeugungstäter, Überzeugungstäter Vogtland, Ungebetene Gäste, Untergrundwehr, Uwocaust (und Helfershelfer), Verboten, Verszerödes, Volksnah, Wäfflor Waffen, Warlord, White Rebel Boys, White Resistance, Wiege des Schicksals, Wolfsgarde, Words of Anger, W.U.T., Youngland



Typischer Flyer für ein Konzert in Staupitz als „Geschlossene Veranstaltung!“ mit der Ortsangabe „in Mitteldeutschland“

Was tun?

Über die Zeit hat sich Staupitz zu einer der wichtigsten, wenn nicht gar der wichtigsten Stätte des RechtsRock in Deutschland entwickelt. Seit 2008 fanden hier 112 Konzerte mit 187 verschiedenen Bands und circa 25.000 Besucher*innen statt. Die Besonderheit der Location Alter Gasthof Staupitz liegt aber neben der Dimension des Konzertgeschehens auch im Arrangement zwischen Neonazis und Behörden. Die Auflage von maximal 250 Besucher*innen pro Konzert und maximal zehn Konzerten pro Jahr führt für die Neonazis zu Verlässlichkeit und Planungssicherheit für ihre Konzerte. Im Gegensatz zu anderen Konzerten wurden die Veranstaltungen in Staupitz nie aufgelöst und offenbar nicht einmal genauer unter die Lupe genommen. Während der Konzerte kann ungestört neonazistische Propaganda verbreitet werden.

Dabei gäbe es sowohl für Behörden und Verwaltung als auch für die Zivilgesellschaft verschiedene Ansatzpunkte. Von Seiten der Kommunalverwaltung wurden bereits verschiedene formale Prüfungen vorgenommen, die der Eigentümer alle erfüllen konnte und umsetzte. Diese Prüfungen und Auflagen sollten fortgesetzt und auch ausgeweitet werden. Sollten einzelne Auflagen nicht erfüllt werden, kann der Betrieb – mindestens vorübergehend – eingeschränkt werden. Auch das Finanzamt ist entsprechend gefragt und einzubinden: Werden alle Einnahmen und Ausgaben korrekt angegeben und versteuert? Neben der formalen Überprüfung stünde Staupitz



Der Alte Gasthof im nordsächsischen Staupitz hat sich zu einer der wichtigsten Szenelocations für RechtsRock-Konzerte in ganz Deutschland entwickelt

sowie der Stadt Torgau eine öffentliche Diskussion und Positionierung zur RechtsRock-Location gut.

Auch die Polizei ist mit Präsenz im Umfeld der Konzerte gefragt. Kontrollen von Bands und Besucher*innen können Neonazis den Konzertbesuch weniger schmackhaft machen. Für solche Einsätze müssen Beamt*innen entsprechende Kenntnisse über die Szene und Bands besitzen. Grundsätzlich bleibt festzustellen, dass der Handlungsspielraum von Behörden und Verwaltung noch nicht ausgeschöpft ist.

Eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung kommt schlussendlich der Dorf- und Stadtgesellschaft zu: „Scheinbar haben sich die Menschen in Staupitz und die mediale Landschaft an das dortige rechtsextreme Konzertgeschehen gewöhnt. Es ist eine sächsische

Normalität“ (Kulturbüro Sachsen 2022: 20). Dabei sollte es keineswegs normal sein, wenn Neonazis in der Nachbarschaft feiern und ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten. Die Existenz der Konzertlocation sollte vielmehr Anlass einer kritischen Auseinandersetzung vor Ort mit dem Ziel der Verhinderung der Konzerte sein. Ein erster Schritt dafür könnte der Austausch mit Gleichgesinnten vor Ort sein. Weiterhin sind Aufklärung, Sensibilisierung und Öffentlichkeit wichtige Bausteine für eine Problematisierung. ■

Der Text erschien ursprünglich im August 2022 auf der Webseite von [chronik.LE](#) und wurde für die Leipziger Zustände stark gekürzt.

Steven Hummel ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet bei der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen und ist ehrenamtlich bei [chronik.LE](#) aktiv. Sein Schwerpunktthema ist die extreme Rechte.

Literatur

- [chronik.LE](#) (2012): Rechts Rockt Staupitz, online abrufbar unter <https://chronikle.org/dossiers/rechts-rockt-staupitz> (zuletzt abgerufen am 31.10.2022).
- Dornbusch, Christian; Raabe, Jan (Hrsg.) (2002): Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster: Unrast.
- Endstation Rechts (2013): Rechtsrock in Sachsen: Hunderte warten vergeblich auf ihre Idole, online abrufbar unter: <https://www.endstation-rechts.de/news/rechtsrock-sachsen-hunderte-warten-vergeblich-auf-ihre-idole> (zuletzt abgerufen am 31.10.2022).
- gamma 188 (2010): „Thematik 25“: Naziband aus Leipzig, online abrufbar unter https://gamma.noblogs.org/files/2010/12/gamma188_web.pdf (zuletzt abgerufen am 31.10.2022).
- Hantzschmann, Stefan (2016): Staupitz, ein Dorf findet sich ab, online abrufbar unter https://www.rhein-zeitung.de/deutschland-und-welt/tagesthema_artikel,-serie-zur-fremdenfeindlichkeit-in-sachsen-staupitz-ein-dorf-findet-sich-ab-_arid,1472923.html (zuletzt abgerufen am 31.10.2022).
- Keil, Thomas (2021): „Der Knast von Staupitz“, online abrufbar unter [https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus\(99462\)](https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(99462)) (zuletzt abgerufen am 31.10.2022).
- Kulturbüro Sachsen (2022): In Staupitz steht ein Rechtsrockhaus, in: dies.: Sachsen rechts unten 2022, Dresden: Kulturbüro Sachsen, S. 20–25.
- Raabe, Jan (2019): Rechtsrock in Deutschland. Funktionen, Entwicklung, zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems, in: Botsch, Gideon; Raabe, Jan; Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, Berlin: be.bra wissenschaft verlag, S. 19–44.

UWE STEIMLE & DIE EXTREME RECHTE

Einschätzungen zu einem ostdeutschen Kabarettisten

von Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage

Der Mann, der gerne als Erich Honecker verkleidet zu seinem Publikum spricht, inszeniert sich als bloßer Geschichtenerzähler. Dabei sind seine Geschichten allzu oft von verschwörungsideologischen und antisemitischen Erzählungen geprägt.

Uwe Steimle, geboren 1963 in Dresden, sieht sich selbst als Überlebenden. Er ist ein „Überlebender der Wende“, schreibt Steimle und rückt sich so sprachlich in die Nähe der Überlebenden der Shoah. Dass es keinen industriellen Massenmord an sechs Millionen Ostdeutschen gab, den er überlebt hat, das weiß Steimle. Doch Weltgeschichte interessiert ihn weniger, ihn interessieren Geschichten. „Wir sind hier ein besetztes Land“, schreibt Uwe Steimle und meint damit Ostdeutschland. Besatzungsmacht ist der Westen, so Steimle. Im Interview mit der neu-rechten Zeitschrift Junge Freiheit äußert er, die Bundesrepublik ist ein „Besatzungsgebiet der USA“. Die Besatzer, fährt Steimle fort, haben eine „Scheindemokratie“ errichtet, doch „Die Wahrheit ist eben, dass wir keine eigene Politik haben, weil wir ein besetztes Land sind.“ Deutsche, das sind Opfer, alle Welt hat sich gegen sie verschworen – Steimle und die extreme Rechte setzen hier lediglich abgewandelt die Propaganda der Nationalsozialist*innen fort, welche die Deutschen eingekesselt von Feinden zeichnete.

„Wir wussten in der DDR, wir werden von dummen Leuten regiert. Aber heute regieren uns Studierende, und die sind weitaus gefährlicher“, fasst Steimle seinen Vergleich beider deutscher Staaten zusammen. „Ich habe beide Systeme erlebt und lasse mir da nichts einreden. Das läuft halt heute mit feinerer Klinge.“ In Steimles Arbeiter- und Bauernstaat war die Führung dumm, fabrizierte Murks, aber, „Wir waren die Guten. Wer ist wir? Die meisten.“ Heute ist es auf jeden Fall schlimmer, es regieren ja die Studierenden und die, so legt es Steimle nahe, wissen was sie tun. Die SED-Führung schien das wohl nicht gewusst zu haben, sie war ja dumm. Zumindest, wenn es nach Steimle geht. Mauer, Schießbefehl, Überwachung, Unrecht, alles Murks – aber auch alles nicht so schlimm wie heute. „Früher in

der DDR wurde sich um die Menschen gekümmert und die Häuser verfielen...“, schreibt Steimle und den Satz dürfen die Lesenden zu Ende denken: Heute kümmere man sich um die Häuser, nicht mehr um die Menschen. Steimle hat nichts gefehlt, denn es gab ja Frieden in der DDR. Zwar nicht mit Punks, Oppositionellen, Republikflüchtlingen und allen, die sich der SED nicht beugen wollten, aber jedenfalls mit Steimle, der Schauspieler werden konnte.

„Wieso zetteln die Amerikaner und Israelis Kriege an und wir Deutschen dürfen den Scheiß bezahlen?“, fragte Steimle rhetorisch in den Mitternachtsspitzen im WDR. Wie immer stellte Steimle hier keine tatsächliche Frage, sondern erzählt eine alte, antisemitische Legende. Die Legende von kriegslüsternden Jüdinnen und Juden – „Israelis“ ist nur eine Chiffre –, die nicht nur Kriege anzetteln würden, sondern auch mächtig und bösartig genug seien, den Deutschen die Kosten für diese jüdischen Taten abzupressen. Da ist sich Steimle mit den Antisemitinnen und Antisemiten der Mitte wie der extremen Rechten einig, die überzeugt sind, Jüdinnen und Juden hätten ohnehin zu viel Einfluss und nutzten vermeintliche Schuldgefühle der Deutschen aus. Das Amtsgericht Meißen entschied mit Verweis unter anderem auf diese Aussage, die Bezeichnung von Steimle als „völkisch-antisemitischer Jammerossi“ sei von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Steimle, der angab „zärtliche Gefühle“ für eben diese rassistische und extrem rechte PEGIDA-Bewegung zu hegen, relativierte den Rassismus der Versammlungen immer wieder, sprach davon, PEGIDA würde lediglich auf „verfehlte Politik aufmerksam machen“. Im November 2020 trat Steimle bei extrem rechten Protesten gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen in Leipzig auf, bei denen es auch zu Gewalt kam und an denen sich hunderte Neonazis beteiligt hatten. Steimle sprach dort mit Blick auf die Corona-Pandemie von „IM Covid“. Auch in Schmalkalden trat Steimle 2020 und im Mai 2021 bei Protesten des „Neuen Schmalkaldischen Bunds“ gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen – jeweils verkleidet als Erich Honecker – auf. Nur wenige Wochen vor seinem zweiten Auftritt war es bei einem nicht-angemeldeten Protest des „Neuen Schmalkaldischen Bunds“ zu einem erheblichen Angriff auf Polizeikräfte gekommen. Inzwischen hat sich Steimle gegen Corona impfen lassen, im Zusammenhang mit den Affenpocken spricht er bereits von „erfundenen Krankheiten“, die sich unter anderem in „Darkrooms“ von „Schwulenbars“ verbreiten würden.

In Thüringen trat Steimle auch als Unterstützer für den unter anderem wegen seiner Verharmlosung extrem rechter Gewalt und seinen antisemitischen Aussagen in der Kritik stehenden Hans-Georg Maaßen auf, den Steimle auch in sein YouTube-Format einlud. Steimle warb zur Bundestagswahl 2021 für den AfD-Parteivorsitzenden Tino Chrupalla mit den Worten, „Du bist ein Mann aus dem Volk und du

Auftritte von Uwe Steimle 2021/2022 in der Region Leipzig

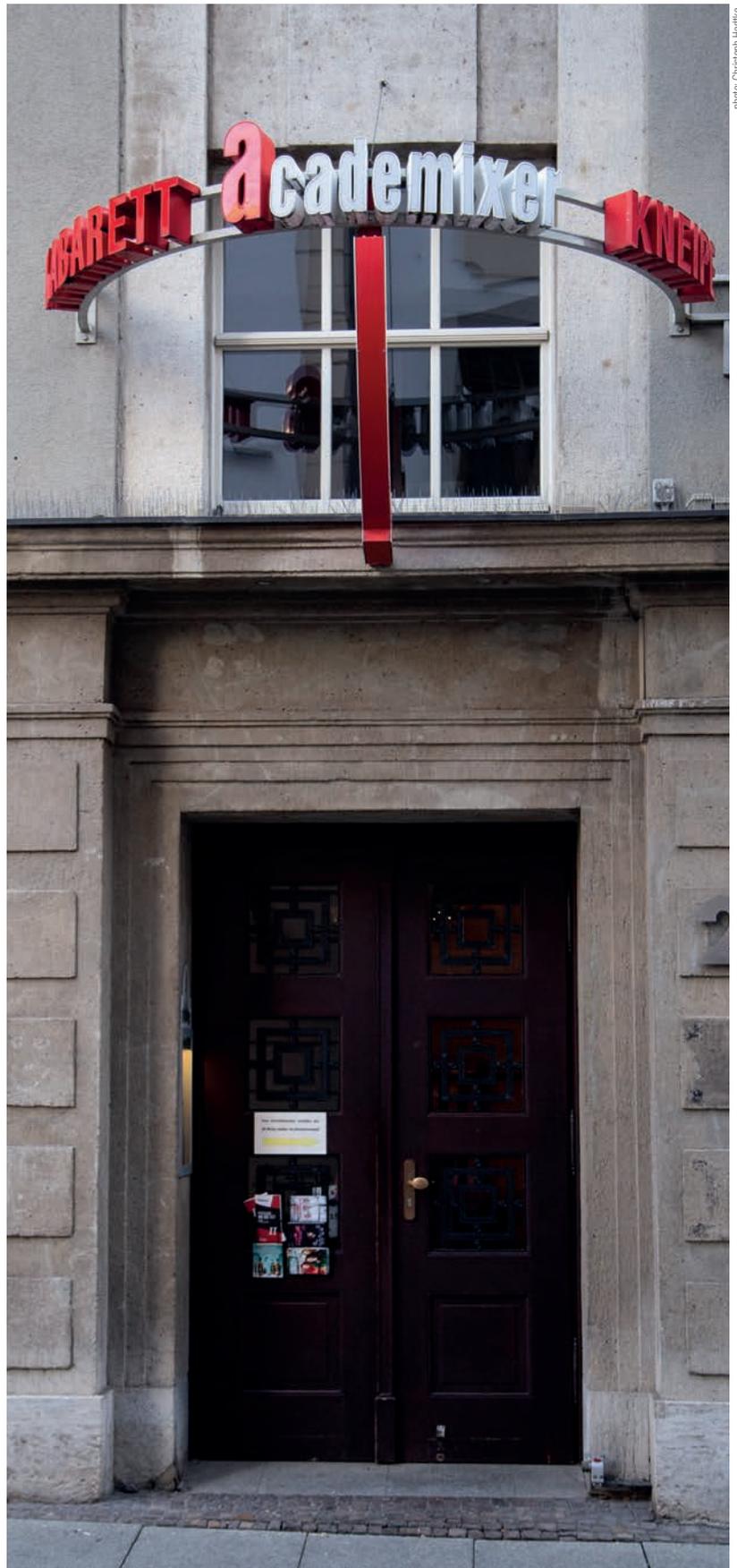
- 02. September 2022 Leipzig
- 03. August 2022 Borna
- 02. August 2022 Grimma
- 28. September 2021 Leipzig
- 10. September 2021 Oschatz
- 05. September 2021 Torgau
- 01. September 2021 Leipzig

sprichst die Sprache des Volkes und lass dich nicht irre machen, wir werden diesen Kampf gewinnen.“ Ebenfalls im Jahr 2021 nahm Steimle gemeinsam mit dem Rechtsrockler Sacha Korn das Lied „Unsere Heimat“ der DDR-Massenorganisation Pioniere Ernst Thälmann neu auf. Das Video wurde durch Ein Prozent – die Kampagnenplattform der Neuen Rechten rund um die Identitäre Bewegung und andere Akteur*innen – veröffentlicht und beworben. Titel von Sacha Korn wurden schon 2011 auf den sogenannten Schulhof-CDs der neonazistischen Partei NPD vertrieben. Für die Thüringer Zeitung posierte Steimle in einem T-Shirt mit der Aufschrift „Ami Go Home“, das von dem extrem rechten Compact Magazin produziert wurde. Ebenso trat Steimle in einem Shirt mit der Aufschrift „Volk ohne Draum“ auf, auch hier spielt er auf Begrifflichkeiten aus dem Nationalsozialismus an. Die dahinterstehende „Lebensraum“-Ideologie fand ihre Verwirklichung im Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion.

In Steimles „Geschichten“ zeigt sich völkischer Wahn, einhergehend mit Antisemitismus und Rassismus. Steimle schaut nicht mit Fragen auf Geschichte und Gegenwart, sondern um Bestätigung für seine Antworten zu finden. So hat Steimles Geschichtsrevisionismus seine Ursache auch nicht in einem Versuch, ein vergangenes politisches System zu verteidigen, sondern in seiner Selbstbezogenheit, in der Geschichte zu seinen *Geschichten* passen muss. Steimle entrollt dabei kein geschlossenes politisches Programm, sondern Ressentiment, Obsession und Vorurteil schlagen sich in seinen *Geschichten* durch, mit denen er die Geschichte umschreibt, bis sie zu seiner *Wahrheit*, zu seinem Wahn passt. Ohne jede Empathie und brutal kann Steimle sein, er verbreitet Lügen und Phrasen und Legenden der extremen Rechten, mit der er zusammenarbeitet und deren Unterstützer, wenn nicht gar Teil er so geworden ist.

Im Dezember 2019 beendete der MDR seine Zusammenarbeit mit Steimle, doch auf den Bühnen ostdeutscher Kleinstädte bleibt er ein Held, der kämpft für *sein Volk in der Besatzung* und für dessen, seinen, völkischen *Traum* von großer Herrlichkeit. Der extrem rechten Zeitschrift Junge Freiheit sagt Steimle, er sei ein „nationaler Linker“. Im Gespräch mit Friedrich Schorlemmer zeigt er sich durchaus begeisterungsfähig für den Sozialismus. National und sozialistisch: Steimles Weg nach rechts, insbesondere was die aktive Unterstützung der extremen Rechten angeht, ist wohl noch nicht abgeschlossen. ■

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung der Broschüre „Uwe Steimle & die extreme Rechte“, sie findet sich mit allen Fußnoten und Belegen zum Lesen, Download und Anhören unter www.halle-gegen-rechts.de/steimle



Regelmäßig tritt Uwe Steimle im bekannten Kabarett Academixer in der Leipziger Innenstadt auf

(K)EIN ENDE IN SICHT?

Der Prozess-Marathon zum Angriff auf Connewitz geht ins fünfte Jahr – von Aufklärung nach wie vor keine Spur

von Prozess1101

[1] Vgl. [Twitter-Thread von „THolz1426“](#) vom 11.01.2022

[2] Vgl. den Artikel „Strukturen der extremen Rechten in und um Leipzig“ in dieser Ausgabe, S. 34.

[3] Vgl. [Tweet von „THolz1426“](#) vom 11.01.2022

[4] Vgl. chronik.LE: „Der Angriff auf Connewitz. Ein Justizmarathon und seine juristischen Deals“, in: Leipziger Zustände 2021, S. 46-47, sowie Prozess1101: „Fünf Jahre später. Die juristische Abarbeitung des Neonazi-Angriffs auf Connewitz“, in: Leipziger Zustände 2021, S. 82-85, online abrufbar unter [prozess1101.org](#)

[5] Vgl. Sächsischer Landtag (2022): Kleine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel, „Nachfrage zu Drs 7/877: Stand der Prozesse (und Ermittlungen) in Sachsen neonazistischer Angriff in Leipzig-Connewitz am 11. Januar 2016“, Antwort SMJusDEG vom 19.09.2022, Drs. 7/10619.

[6] Ebd.

Noch immer sind nicht alle ermittelten Angreifer von 2016 verurteilt. Einzelne Täter bekunden sogar stolz, den Überfall auf die „Festung Connewitz“ nicht zu bereuen. Die fortgesetzte Geschichte eines Justiz- und Polizeiversagens.

Am 11. Januar 2022, pünktlich zum sechsten Jahrestag des konzertierten Überfalls von bis zu 300 Neonazis, Kampfsportlern und Hooligans auf den als antifaschistisch geltenden Leipziger Stadtteil Connewitz, meldet sich einer der mittlerweile verurteilten Angreifer auf dem Instagram-Account „rowdys_eastside_mc“ zu Wort. Der Screenshot eines taz-Artikels über den Angriff ist mit dem Lied „Happy Birthday“ unterlegt. Danach ein Foto aus der Tatnacht mit dem darüber gelegten Schriftzug „Festung Connewitz ist gefallen“ und ein Video, in dem ein Wirt von dem Angriff auf seine Kneipe berichtet. Auf dem letzten Slide folgt dieses etwas kryptische Bekenntnis:

„Es ist was anderes, wenn 300 Leute freudestrahlend in deine Straße einlaufen. Die Personen, über die du sonst nur an der Tastatur geschrieben hast. Über Jahre versucht hast anonym Existenzen und Familien zu zerstören. Und du dann die Möglichkeit hast, alles persönlich zu klären, dich aber dann doch die Bullen retten müssen.“^[1]

Der Instagram-Account wird einem bekannten Gewalttäter von den „Rowdys Eastside“ zugerechnet.^[2] Der vielfach vorbestrafte Neonazi wurde im Februar 2021 vom Amtsgericht Leipzig wegen des Überfalls auf Connewitz – laut Anklage aufgrund des hohen Sachschadens von rund 113.000 Euro ein besonders schwerer Fall des Landfriedensbruch (§ 125a StGB) – zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 2 Jahren, ausgesetzt zur Bewährung, sowie einer Geldstrafe von 800 Euro verurteilt. Darin eingerechnet war ein Strafbefehl aus 2020 wegen gefährlicher Körperverletzung über 11 Monate, ebenfalls zur Bewährung. In der Verhandlung hatte er wie die meisten Angeklagten behauptet, dass er eigentlich zu einer Legida-Demo in der Innenstadt wollte und selbst in der Wolfgang-Heinze-Straße keine Fenster oder Autos zerstört habe.

Nachdem auf Twitter mit Screenshots auf den Instagram-Beitrag hingewiesen wurde, reagierte der Account „rowdys_eastside_mc“ mit einem trotzigem „#ICHBEREUE NICHTS“ und der homofeindlichen Aussage: „Du Lutscher [Smiley] wie lächerlich du einfach nur bist homo“^[3]

Knapp 200 Urteile und 1 Freispruch

Zugutegehalten wurde dem mutmaßlichen „Eastside Rowdy“ vor Gericht neben dem rudimentären Geständnis, mit dem Mob durch Connewitz gelaufen zu sein, dass im Februar 2021 seit der Tat bereits über fünf Jahre vergangen waren. Je länger sich der Prozess-Marathon gegen die über 200 am Tatort festgesetzten Angreifer (darunter nur eine Frau) hinzieht, umso geringer fallen tendenziell die verhängten Strafen aus. Wie in den Artikeln zu den Prozessen in den beiden vorigen „Leipziger Zuständen“^[4] nachzulesen ist, begannen diese erst im August 2018, also zweieinhalb Jahre nach der Tat. Mittlerweile zieht sich die wenig ergiebige juristische „Aufarbeitung“ vor Gericht – überwiegend am Amtsgericht Leipzig und einigen Gerichten im Umland, am Landgericht Leipzig und in einigen Fällen am Landgericht Dresden – bereits über vier Jahre hin.

Derzeit ist davon auszugehen, dass auch im Januar 2023 zum dann siebten Jahrestag des Überfalls auf Connewitz noch nicht alle Verfahren abgeschlossen sein werden. Daher ist es für einen umfassenden, abschließenden Artikel immer noch zu früh. Im Folgenden deshalb nur einige Schlaglichter zum aktuellen Stand der Prozesse.

Bis August 2022 wurden immerhin 198 von 217 Angeklagten verurteilt (davon 193 rechtskräftig).^[5] Ein Verfahren wurde eingestellt, weil der Angeklagte aus Wurzen im November 2019 verstorben ist. Bisher wurde nur ein Angeklagter freigesprochen, im Juni 2022. Der Tatverdächtige in diesem Verfahren, aus dem Umfeld der neonazistischen Hooligan-Gruppierung „Jungsturm“ aus Thüringen, wurde erst im Nachgang als mutmaßlicher Teilnehmer des gewalttätigen Aufzugs durch Connewitz ermittelt. Er war nicht unter den 215 Personen, die unmittelbar nach der Zerstörungssorgie am Abend des 11. Januars 2016 in der Nähe des Polizeipostens in der Auerbachstraße festgesetzt wurden. Dieser Freispruch ist allerdings nicht rechtskräftig, da die Staatsanwaltschaft Berufung gegen das Urteil des Amtsgerichts eingelegt hat.

17 Angeklagte hatten im Sommer 2022 ihren Prozess in erster Instanz noch vor sich. Da meist zwei Personen zusammen angeklagt sind, entspricht das noch neun Prozessen am Amtsgericht Leipzig. Für die zweite Jahreshälfte waren ab September jedoch nur vier Prozesse terminiert – im Schnitt einer pro Monat. Die anderen fünf finden vermutlich erst im nächsten Jahr statt.^[6]

Der Heise-Ziehsohn und der Justizbeamte

Dazu kommen mehrere Berufungsverhandlungen am Landgericht Leipzig. Das betrifft u.a. den als politischer Ziehsohn des Thüringer NPD-Funktionärs Thorsten Heise geltenden Gianluca B. aus Niedersachsen. Dieser war im April 2021 nach mehreren Verhandlungstagen am Amtsgericht Leipzig zu 1 Jahr auf Bewährung sowie 800 Euro Geldstrafe verurteilt worden. B. hatte bestritten, mit den anderen Neonazis und Hooligans durch Connewitz marodiert zu sein. Er habe am Auto gewartet und sei erst später, quasi aus Versehen, in den Polizeikessel geraten. Die Namen seiner Mitfahrer wollte er nicht verraten.^[7]

Ohne rudimentäres Geständnis und den üblicherweise damit einhergehenden „Deal“ (zugesicherter Strafraum, in der Regel ausgesetzt zur Bewährung) mussten in diesem Prozess mal wieder Anwohner*innen und Polizeibeamte als Zeug*innen gehört werden. Das Schöffengericht nahm dem Angeklagten seine Schutzanzahl zwar nicht ab, blieb beim Strafmaß aber trotzdem deutlich unter Forderung der Staatsanwaltschaft (Haftstrafe von 1 Jahr und 5 Monaten ohne Bewährung). Für den Angeklagten sprach aus Sicht des Gerichts neben der seit der Tat vergangenen Zeit auch eine angeblich „günstige Sozialprognose“ (keine Vorstrafen, berufstätig). Und das, obwohl er sich parallel auch noch wegen eines Angriffs im April 2018 auf zwei Journalisten in Fretterode, dem Wohnsitz von Thorsten Heise, verantworten musste.^[8]

Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch Gianluca B. haben gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Dazu waren am Landgericht Leipzig ab Februar 2022 mehrere Verhandlungstermine angesetzt. Der Prozess wurde jedoch im April aufgrund der Covid-19-Erkrankung eines Verteidigers und eines Schöffen sowie dem bevorstehenden Ruhestand des Vorsitzenden Richters ausgesetzt. Bisher gibt es dafür keinen neuen Termin.

Auch der Justizbeamte Kersten H., der im April 2022 nach mehreren vergeblichen Anläufen in erster Instanz zu einer Strafe von 1 Jahr und 3 Monaten zur Bewährung sowie 3.000 Euro Geldstrafe verurteilt wurde, wartet weiter auf seinen Berufungsprozess. Gegen H. sollte eigentlich bereits im Januar 2019 am Amtsgericht Leipzig verhandelt werden. Erst kurz zuvor war er vom Justizministerium vom Dienst suspendiert worden. Angeblich war bis dahin nicht bekannt gewesen, dass der Gefängniswärter selbst wegen des Überfalls auf Connewitz angeklagt ist.^[9] Sowohl H. als auch die Staatsanwaltschaft haben Berufung gegen das Urteil eingelegt. Sollte die Freiheitsstrafe in der beschlossenen Höhe oder von mindestens 1 Jahr rechtskräftig werden, droht H. die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis. Von dem er bereits seit fast 4 Jahren suspendiert ist.

Ohne Druck keine Aufklärung

Generell geht es mit den Connewitz-Prozessen immer



Die meisten Prozesse fanden im Leipziger Amtsgericht statt

schleppender voran. 2021 wurden laut unserer Zählung immerhin 33 Angeklagte in 23 Prozessen verurteilt (bis auf 2 alle rechtskräftig). 15 Verhandlungen fanden am Amtsgericht Leipzig statt, 2 am Amtsgericht Eilenburg und 6 Berufungen am Landgericht Leipzig. Dazu kamen 18 Strafbefehle des Amtsgerichts, bei denen auf die Durchführung einer Hauptverhandlung verzichtet wurde. Davon wurde einer nicht rechtskräftig, weil der Angeklagte Einspruch einlegte. Insgesamt gab es 2021 somit rund 50 verurteilte Personen.

Im Jahr 2022 fanden bis August dagegen lediglich 10 Prozesse am Amtsgericht Leipzig sowie der ausgesetzte Berufungsprozess von Gianluca B. am Landgericht statt. Auch Strafbefehle gab es bisher nur 2. Gegen einen davon wurde Einspruch eingelegt. Insgesamt waren das unter 20 Angeklagte, also weniger als halb so viele Personen wie im Vorjahr.

Die genauen Gründe für diesen merklichen Rückgang sind unbekannt. In dem Prozess gegen Gianluca B. im April 2021 klagte die Richterin allerdings über einen „regelrechten Tsunami“ an Verfahren am Amtsgericht, zu dessen Bewältigung mehr Personal erforderlich gewesen wäre, was aber nicht bereitgestellt worden sei.^[10]

Von den mangelhaften Ermittlungen der Polizei ganz zu schweigen: Zur Aufklärung des konzertierten Angriffs von bis zu 300 Neonazis und rechten Hooligans auf Connewitz und seine Bewohner*innen wurde keine Sonderkommission eingerichtet. Auch hat der Generalbundesanwalt darauf verzichtet, die Ermittlungen an sich zu ziehen. Anscheinend ist aber genau das nötig, um neonazistische Straftaten in Sachsen aufzuklären. Der öffentliche und politische Druck war in diesem Fall offenbar nicht stark genug dafür. ■

Die Gruppe „Prozess1101“ dokumentiert seit August 2018 die Prozesse zum Angriff auf Connewitz am 11. Januar 2016. Auf der Website www.prozess1101.org gibt es Verhandlungstermine, Prozessberichte und weitere Texte.

[7] Kreuzer-Online vom 26.04.2021: „Ausgesprochen unbefriedigend: Strafen für den Angriff auf Connewitz könnten in Zukunft milder ausfallen“ (Michael Kees), online abrufbar unter kreuzer-leipzig.de

[8] Im September 2022 wurde Gianluca B. wegen dieses Angriffs vom Landgericht Mühlhausen zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt, der mitangeklagte Heise-Sohn Nordulf H. zu 200 Arbeitsstunden. Gegen dieses milde Urteil wurde von der Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Vgl. Endstation Rechts vom 15.09.2022: „Urteil im Fretterode-Prozess sorgt für Empörung“ (Joachim F. Tornau), online abrufbar unter endstation-rechts.de

[9] Vgl. Tagesspiegel vom 24.09.2019: „Neonazi-Angriff in Leipzig: Gefängniswärter bewachte Mitangeklagte“ (Aiko Kempen), online abrufbar unter tagesspiegel.de

[10] Störungsmelder bei Zeit-Online vom 28.04.2021: „Strafrazat dank Bummeljustiz“ (Henrik Merker), online abrufbar unter <https://blog.zeit.de/stoerungsmelder>

RECHTE KONTINUITÄTEN IN ZSCHOCHER UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE GEGENSTRATEGIEN

von Zschocher Vernetzung

Seit Mitte der 2000er Jahre gibt es in den Stadtteilen Klein- und Großzschocher eine rechte Szene, die bis heute fest verankert ist. Im Folgenden möchten wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Ausprägungen der Szene im Leipziger Südwesten geben und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien erläutern.

[1] Am 11. Januar 2016 griffen bis zu 300 Neonazis, Hooligans und Kampfsportler den Leipziger Stadtteil Connewitz an. Mindestens drei Menschen wurden verletzt und ein Sachschaden von rund 113.000 Euro verursacht. Siehe Artikel „(K)Ein Ende in Sicht?“ in dieser Broschüre, S. 54.

[2] Am 11. Dezember 2021 wirbt Wolf für den Besuch einer Veranstaltung des „Königreich Deutschland“ des verurteilten Reichsbürger Peter Fitzek. Er bewirbt die Vereinigung als Möglichkeit eines „echten Systemausstiegs“.

[3] Dem Zusammenhang von Verschwörungsideologien und Antisemitismus widmet sich der Artikel „Tanzen und Tantra in der Corona-Diktatur: Esoterik als Einstieg in Verschwörungserzählungen“ in dieser Ausgabe.

Die endenden Nullerjahre können als eine der Hochphasen neonazistischer Mobilisierung in Zschocher bezeichnet werden. Mit Patrick Fischer und Istvan Repaczki wohnten zwei umtriebige NPD-Funktionäre im Stadtteil, die eine bis zu 50 Personen zählende Gruppe junger Neonazis um sich scharrten. Diese, aus dem Umfeld des damaligen NPD-Zentrums in der Odermannstraße stammende Gruppe, veranstaltete Demonstrationen, störte Veranstaltungen einer Bürger*inneninitiative gegen rechts und versuchte sich in extrem rechter Stadtteilarbeit. Das Vorhaben, eine „national befreite Zone“ in Zschocher zu errichten, verlief jedoch im Sand. Gründe waren der Wegzug aktiver Neonazis und das Aus für das NPD-Zentrum in Lindenau. Allerdings wurde eine Basis für rechte Subkultur geschaffen, die bis heute unter der Oberfläche gärt.

Fußball und rechte Gewalt

Neuere Berichte über koordinierte Übergriffe von kampfsportlerfahrenen Angreifern lassen auf eine Reorganisierung der Neonazi-Szene in Zschocher schließen. Diese scheint eng mit Teilen der Fanszene des 1. FC Lokomotive Leipzig verknüpft zu sein. NS-verherrlichende Graffiti werden von Sympathiebekundungen für den Verein umrahmt und sportliche Rivalitäten als Vorwand für Gewalt gegen Personen genutzt, die dem politisch linken Spektrum zugeordnet werden. Ein Großteil der gewalttätigen Angriffe kann dieser Mischszene aus Fußball und Neonazismus zugerechnet werden. Eine Zeitlang sammelte sich diese Szene in der Freizeitsportmannschaft Stahlfeuer des in Großzschocher ansässigen Sportvereins LSV Südwest, in der auch Marcus W., langjähriger „Capo“ von Scenario Lok, und Connewitz-Angreifer Paul H.^[1] sowie weitere Mitglieder der im Rückblick erwähnten Neonazigruppe um Istvan Repaczki spielten.

Reichsbürger*innen und Verschwörungsideolog*innen

Die verschwörungsideologisch motivierten Anti-Corona-Proteste in Leipzig begannen unter anderem im Volkspark Kleinzschocher mit sogenannten Tanzdemos.

Als Organisator versuchte sich der umtriebige Reichsbürger^[2] und Verschwörungsideologe Karsten Wolf^[3], der im Stadtteil wohnt und dort versucht, etwa durch kleine Nachbarschaftsfeste, vor Ort zu wirken. Im Januar 2022 fanden verschwörungsideologisch motivierte „Spaziergänge“ durch Zschocher statt, die höchstwahrscheinlich auf ebendiese Agitation zurückzuführen sind. Diese wurden allerdings durch Anwohner*innen kritisch begleitet und bald wieder eingestellt.

Eine weitere, gut vernetzte Akteurin aus dem rechten und verschwörungsideologischen Milieu ist Saskia Jagemann. Sie ist die Geschäftsführerin der Friseurkette Vision und betreibt mehrere Friseursalons im Stadtteil. Sie steht den Freien Sachsen nah. In einer Serie von Videos auf ihrem YouTube-Kanal polemisiert sie zusammen mit anderen Akteur*innen aus Sachsen gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung Ende 2021. Nachdem Filialen ihrer Kette wegen Nichteinhaltung der Hygienemaßnahmen im Dezember 2021 geschlossen wurden, rief sie, unterstützt durch den extrem rechten YouTuber Michael Witwer, zu einem Spaziergang durch Großzschocher auf. Diesem Aufruf folgten etwa 50 Personen, darunter gewaltbereite Neonazis aus dem Umfeld der Bürgerbewegung Leipzig, die ebenfalls im Stadtteil wohnen. 2017 war sie Mitbegründerin der Gartenpartei Sachsen, die ihren Sitz in Großzschocher hat und engagiert sich in der Gärtnervereinigung „Wir bleiben“.

Zivilgesellschaftliche Gegenstrategien

Die Bevölkerungsstruktur der ehemaligen Arbeiter*innenviertel Klein- und Großzschocher durchmischt sich durch die Gentrifizierung ähnlich wie in anderen Leipziger Stadtteilen zusehends. Das hat auch positive Auswirkungen auf kritische Zivilgesellschaft, die sich im Stadtteil aktiv mit verschiedenen Strategien gegen die oben beschriebenen Akteur*innen wehren.

So wurde der Lixer e.V. im Jahr 2019 gegründet, mit dem Ziel, in Zschocher einen Stadteilladen zu eröffnen. Seitdem werden dort Kultur, Podiumsdiskussionen, Stadtteilstefen, Theateraufführungen und wöchentliche Angebote organisiert, um „nicht nur primär auf den Mist von Rechts zu reagieren, sondern einen positiven Bezugsrahmen im Viertel zu schaffen und mit den Menschen, die in Zschocher leben, gemeinsam eine Perspektive zu entwickeln.“ Zudem lässt sich konstatieren, dass neonazistische

Aufkleber in Zschocher zwar oft über mehrere Straßenzüge verteilt verklebt werden, jedoch in regelmäßigen Abständen von engagierten Anwohner*innen entfernt werden.

Als Reaktion auf vermehrt neonazistische und verschwörungsideologische Vorfälle in Zschocher hat sich Anfang 2022 zudem eine Gruppe engagierter Anwohner*innen gebildet. Mit einer im Stadtteil verteilten Broschüre wurde auf das Thema Neonazis im Viertel hingewiesen und es wurden Tipps zum Umgang mit rechter Propaganda gegeben. Als sinnvoll hat sich hier die Zusammenarbeit und der Austausch mit anderen stadtteilbezogenen antifaschistischen Gruppen wie Stötteritz Nazifrei erwiesen.

Durch nachhaltige Initiativen vor Ort kann der Versuch der Raumnahme von rechts nicht verhindert, aber in seinen Hegemoniebestrebungen massiv gestört werden. Die Strategie, die Bewohner*innen für neonazistische Propagandadelikte zu sensibilisieren und aufzuklären sowie Räume der Organisation im Viertel zu schaffen, trägt zudem dazu bei, den Rechten nicht den öffentlichen Raum zu überlassen.

Langer Atem im Kampf gegen rechts

In Klein- und Großzschocher gibt es eine Reihe von teilweise langjährig aktiven Akteur*innen, die durch ihre jeweilige Ausprägung verschiedene gesellschaftliche Gruppen ansprechen. Auch wenn die Strategien meist nicht von Erfolg gekrönt sind und die Aktivitäten enormen Schwankungen unterliegen, sollte der

Langzeiteffekt, vor allem in Zeiten multipler Krisen und Verunsicherung, nicht unterschätzt werden. Radikalisierungsprozesse müssen nicht zwingend in der Öffentlichkeit stattfinden und das kontinuierliche Streuen von Desinformation in Verbindung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Freundes- und Bekanntenkreisen, im Kleingarten, beim Yoga oder beim gemeinsamen Fußballbesuch tragen dazu bei, dass sich rechte Ideologien verfestigen.

Trotz oder genau deswegen haben sich in den letzten Jahren zunehmend Initiativen, die auf den Aufbau einer kritischen, solidarischen Nachbar*innenschaft abzielen, in Zschocher zusammengefunden. Die Handlungsfelder im Kampf gegen rechts sind vielfältig: Vom Aufbau eines niedrigschwelligen Kulturangebots bis zur Aufklärung über rechte Strukturen vor Ort gibt es viele Möglichkeiten rechten Dynamiken entgegenzuwirken. Nachbarschaftliche Gespräche und Hinweise auf diskriminierendes Verhalten können viel bewirken und langfristig zu einem Umdenken führen. Unkommerzielle oder kostenlose Angebote und Stadtteilstefte schaffen Gemeinschaft, holen Nachbar*innen aus der Anonymität und nicht zuletzt kann eine gut vernetzte Stadtteilgemeinschaft Betroffenen von Übergriffen beistehen und dazu beitragen, dass sich Angegriffene in ihrem Lebensumfeld wieder sicher fühlen. ■

Die Gruppe Zschocher Vernetzung besteht aus engagierten Anwohner*innen.



Botschaften im Viertel: Mit Graffiti und Schmierereien versuchen Neonazis, öffentliche Plätze und Straßen für sich zu reklamieren

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL

NEONAZISTISCHER EREIGNISSE CHRONIK

17. Oktober 2022, Wurzen

Erneuter Angriff auf Journalist*innen bei Demonstration in Wurzen

In Wurzen versammeln sich etwa 80 Personen zu einer sogenannten „Montagsdemonstration“, die vom Marktplatz aus durch die Stadt führt. Dabei werden Reichsflaggen sowie Fahnen der „Freien Sachsen“ mitgeführt. Wie bereits in den vergangenen Wochen sind unter den Teilnehmenden verschiedene Neonazis und ein Kader der „Jungen Nationalisten“ (JN). Erneut werden anwesende Journalist*innen und ihr Begleitschutz von Teilnehmenden der Demonstration bedroht, beschimpft und körperlich angegriffen.

Ein bekanntes Mitglied der JN greift dabei wiederholt Journalist*innen an und schlägt diese. Nachdem er von Polizist*innen zu Boden gebracht wird, bedrängen weitere Demonstrationsteilnehmer*innen die Polizeikräfte. Die anwesenden Journalist*innen berichten auf der Plattform Twitter, dass sie „in den letzten Monaten keine derart bedrohliche Situation mehr erlebt“ haben.

17. September 2022, Leipzig

Melanie Müller zeigt den Hitlergruß

Schlagstar und Ex-Dschungelcamp Teilnehmerin Melanie Müller zeigt bei einem Konzert am 17. September 2022 im Lokal des Motorradclubs „Rowdys Eastside“ Leipzig insgesamt 8 Mal den Hitlergruß und skandiert dabei „Ost, Ost, Ostdeutschland“ mit der Menge. Das Publikum, unter anderem Fußballfans/-hools des 1.FC Lokomotive Leipzig, brüllt während dessen „Sieg Heil“ und zeigt ebenfalls den Hitlergruß.

Der seit 2015 bestehende Club „Rowdys Eastside“ firmiert auch als Bruderschaft 18 – ein Kürzel für die Initialen Adolf Hitlers. Die Mitglieder des Clubs sind neonazistische Fußballfans des 1. FC Lokomotive Leipzig.

Kontakte zur rechten Szene finden sich bei Melanie Müller bereits in ihrem nahen Umfeld: So ist ihr Partner Andreas Kunz ein rechter Unternehmer und verfügt über weit gefächertes Firmennetzwerk wie z.B. der Asgaard Security Firma. Außerdem besuchen beide das Sin City Boxgym, einem Kampfsportverein, der der extrem rechten Szene zuzuordnen ist.

01. August 2022, Grimma

Neonazis laufen mit Softair-Waffe durch Grimma

Zwei Personen in einschlägiger Kleidung werden beim Verkleben neonazistischer Sticker beobachtet. Dabei tragen sie einen waffenähnlichen Gegenstand bei sich. Die hinzugerufene Polizei stellt die 14- und 19-jährigen Personen in der Lausicker Straße und unterzieht sie anschließend einer Maßnahme. Im Nachgang gibt sie bekannt, dass es sich bei dem mitgeführten Gewehr um eine Softair-Waffe handelt, für deren Tragen in der Öffentlichkeit eine waffenrechtliche Erlaubnis notwendig ist. Die Polizei hat daher eine Anzeige wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz gefertigt.

23. Juli 2022, Wurzen

Demonstration der „Jungen Nationalisten“ in Wurzen

Auf dem Marktplatz in Wurzen versammeln sich etwa 20-30 Mitglieder der „Jungen Nationalisten“ (JN) sowie Sympathisant*innen und wollen unter dem Motto „Salzgitter ist überall!“ ihre rassistische Ideologie verbreiten. Neben zentralen Akteur*innen der JN in Wurzen sind auch Personen aus dem Landkreis Leipzig und Nordsachsen anwesend. Die Teilnehmer*innen präsentieren Fahnen der JN und der NPD sowie ein Banner mit der Parole „Migration tötet“. Nach verschiedenen Propagandareden auf dem Marktplatz zieht die Demo durch die Wurzenener Innenstadt.

02. Juli 2022, Torgau OT Staupitz

Neonazi-Konzert in Staupitz

In Staupitz findet ein neonazistisches Konzert mit ca. 230 Teilnehmenden statt. Die angekündigten Bands sind „Blutzeugen“, „D.S.T.“ (ausgeschrieben „Deutsch Stolz Treu“) und „Uwoocaust“. Für das Konzert wird eigens ein T-Shirt hergestellt und vertrieben.

Im Alten Gasthof Staupitz finden seit 2008 regelmäßig neonazistische Konzerte statt. Die Kombination aus dem Besitzverhältnis der Immobilie, dem langen Zeitraum des Bestehens, der Anzahl und Kontinuität der Konzerte sowie dem Arrangement zwischen Neonazis und lokalen Behörden ist einzigartig. Damit ist der Alte Gasthof Staupitz einer der Szenelocations für RechtsRock in Deutschland schlechthin.

19. Juni 2022, Torgau

Nazis gängeln CSD-Demonstration in Taucha

In Torgau findet eine Demonstration anlässlich des Christopher Street Day statt. Daran nehmen circa 140 Personen teil. Zwei Neonazis stören die Versammlung an ihrem Endkundgebungsort, dem Torgauer Marktplatz. Sie beleidigen die Teilnehmer*innen antisemitisch, ein 38-Jähriger zeigt den Hitlergruß. Er trägt dabei ein T-Shirt mit einer schwarzen Sonne.

02. Juni 2022, Leipzig

Nazisymbol an S-Bahn-Station in Stötteritz

Unbekannte besprühen eine Mauer an der S-Bahn-Haltestelle in Stötteritz. Mit roter Farbe wird ein ca. 50x50 cm großes nationalsozialistisches Symbol gesprüht. Die Polizei ermittelt wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Sachbeschädigung.

16. Mai 2022, Leipzig Rasierklinge unter Anti-Antifa-Sticker

An einem Mülleimer in Leipzig-Stötteritz klebt ein Aufkleber, unter dem eine Rasierklinge angebracht ist. Auf dem Aufkleber steht „Support your local anti antifa“. Zudem ist darauf das rot eingekreiste und durchgestrichene Black-Lives-Matter-Symbol abgebildet. Eine Frau versucht den Sticker abzumachen und verletzt sich dabei leicht an der Rasierklinge. Sie erstattet Anzeige. Sticker mit Rasierklingen darunter wurden schon öfter in Leipzig verklebt.

14. Februar 2022, Torgau Angriff auf Jugendliche bei Corona-Demonstration

Gegen 22 Uhr werden in der Torgauer Innenstadt vier Jugendliche (3 weiblich, 1 männlich), optisch durch alternative Kleidung zu erkennen, von Neonazis angegriffen. Während die Jugendlichen Richtung Innenstadt laufen, kommen ihnen zwei kräftige Männer auf der anderen Straßenseite entgegen, sehen sie und grölen sofort „Sieg Heil!“. Daraufhin attackieren sie die Gruppe und konzentrieren sich auf einen der Jugendlichen, indem einer der beiden ihn so stark gegen ein Straßenschild stößt, dass dieser zu Fall kommt. Beim Versuch den auf dem Boden Liegenden weiter anzugreifen, verteidigt sich dieser mit CS-Gas.

17. November 2021, Leipzig Neonazis zerstören Transparent an Wagenplatz

Vier junge Neonazis nähern sich einem Wagenplatz im Leipziger Westen. Sie zerreißen ein Transparent mit politischem Inhalt, das dort am Zaun befestigt ist. Als sie entdeckt und angebrüllt werden, entfernen sie sich und flüchten mit zwei Kleinwagen.

01. September 2021, Leipzig Homofeindlicher Angriff mit Naziparolen im Hauptbahnhof

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch werden gegen 4 Uhr früh im Hauptbahnhof, in der dortigen McDonalds-Filiale, zwei Personen von vier Unbekannten jungen Männern zunächst mit Naziparolen eingeschüchtert und schließlich homofeindlich beleidigt sowie körperlich angegriffen. Dabei wird eine der beiden betroffenen Personen aus der Filiale gedrängt, wodurch die beiden getrennt werden. Währenddessen setzen sich die Beleidigungen fort. Die in der Filiale verbleibende Person wendet sich an das Personal, das erst nach einer Diskussion bereit ist, die im Hauptbahnhof ansässige Polizei zu rufen. Bis diese eintrifft sind die unbekanntenen Täter geflohen. Die Betroffenen erstatten Anzeige.

11. April 2021, Online Neonazistische Bedrohungs- mail an chronik.LE

Die Dokumentationsplattform chronik.LE erhält über die Ereignis-melden-Funktion eine Drohnachricht. In dieser werden die Mitglieder der Gruppe als „drecks Juden“ bezeichnet. Im Folgenden äußert der*die Verfasser*in seinen*ihren Unmut über die Berichterstattung über die Proteste gegen die Corona-Hygiene-Maßnahmen in Leipzig und Umgebung.

09. März 2021, Leipzig Hitlergruß am Adler

Kurz vor halb neun am Abend zeigt eine männliche Person am Adler im Leipziger Westen den Hitlergruß. Sie ist Teil einer Vierer-Gruppe. Ob diese auch für die am gleichen Tag angebrachten neonazistischen Sticker verantwortlich sind, ist nicht bekannt. ■

**Sieh hin!
Schweig nicht!
Melde rechte
Gewalt und
neonazistische
Ereignisse!**

www.chronikLE.org



04 KAPITEL

VERSCHWÖRUNGS- IDEOLOGIEN, ANTISEMITISMUS, & ISLAMISMUS

Während der Glaube an Verschwörungserzählungen insgesamt seit Beginn der Pandemie wieder zurückgegangen ist, wie die Leipziger Autoritarismus Studie 2022 ergeben hat, hat er sich in einigen Milieus verhärtet. Dazu zählen auch rechte und antidemokratische Milieus, in denen Codes und Chiffren von den „Mächten im Hintergrund“, dem „Great Reset“ und dem „Bevölkerungsaustausch“ längst fester Bestandteil des Glaubenskanons sind und dabei immer wieder Erzählmuster mit antisemitischem Kern wiederholen. Das zeigt sich auch beim Blick auf die anhaltenden „Montagsproteste“ auf den Straßen in Leipzig und dem Umland. Zwar scheinen die Teilnehmer*innen der Demos auf einen harten Kern zusammengeschrumpft, dafür sind verschwörungsideologische Erzählungen längst Konsens.

Dass dieser Glaube nicht nur „stramme Nazis“ betrifft, zeigt beispielsweise auch der Blick auf esoterische Milieus in Leipzig, die von *Florian Teller* in seinem Artikel „Tanzen und Tantra in der Corona-Diktatur“ analysiert werden. Vom Schulterchluss mit Rechten bei den verschwörungsideologischen Protesten in der Zwiebelstadt Borna berichtet *Paul Podbielski*. Die Redaktion von *chronik.LE* hat Ereignisse ausgewertet, bei denen israelbezogener Antisemitismus auf Leipziger Demos geäußert wurde und zeigt in einem Text, dass sich hier der „kleinste gemeinsame Nenner“ zwischen verschiedenen politischen Gruppen findet. *Monty Ott* und *Cedric Krugtaler* diskutieren antisemitische Normalitäten im medienwirksamen Fall Gil Ofarim und werfen dabei die Frage auf, warum nicht-jüdische Menschen überhaupt in der Lage sein sollten, den oft nur subtil geäußerten Antisemitismus zu erkennen. Zum Abschluss des Kapitels widmet sich ein Text dem umstrittenen Imam Hassan Dabbagh und der Al-Rahman-Moschee, dem antifeministische, antisemitische und homo-feindliche Äußerungen vorgeworfen werden. ■



**GEGEN JEDEN
ANTISEMITISMUS**

POLIZEI

TANZEN UND TANTRA IN DER CORONA-DIKTATUR

Esoterik als Einstieg in Verschwörungserzählungen

von Florian Teller

Esoterik gilt als harmlose private Spinnerei. Doch sie kann ein Einstieg sein in menschenfeindliche Ideologien und antisemitische Verschwörungserzählungen. Auch in Leipzig lässt sich das bei Protagonist*innen im Umfeld der sogenannten Querdenker*innen beobachten.

[1] LVZ Online vom 07.05.2020: Corona-Proteste in Leipzig: ‚Ich dachte: So ist eine totalitäre Diktatur‘. Online abrufbar unter [lvz.de](https://www.lvz.de)

Die Sonne scheint, von einer Anlage auf einem Lastenrad läuft Musik – etwa 50 Personen, viele in farbenfroher Kleidung, haben sich zur Tanzdemo im Leipziger Küchenholz (Kleinzschocher) eingefunden. Mitte April 2020, mitten im ersten Lockdown, treffen sich hier Menschen, die Corona verharmlosen, sich in einer Diktatur wähen und dagegen antanzen wollen. Für einen guten Monat treffen sich hier regelmäßig Coronaleugner*innen der ersten Stunde. Diese Tanzdemos bilden den Anfang unzähliger Proteste gegen die Coronaschutzmaßnahmen im gesamten Bundesgebiet, darunter weitaus größere und aggressivere Veranstaltungen, wie die Demonstration am 7. November 2020, bei der es in der Leipziger Innenstadt zu massiven Ausschreitungen kam.

Initiiert wurde die Tanzdemo von Karsten Wolf. Der 53-jährige Kerzenmacher mit Brille, weiß-grauem Haar und sanfter Stimme scheint, laut Blog und Webseite, auf spiritueller Sinnsuche zu sein: Tantramasagen und Seminare zu Körperarbeit und Spiritualität bietet er an; schreibt über Kornkreise und sieht sich als „Lichtarbeiter, Esoteriker und Spiritualisten“. Doch seit dem ersten Lockdown scheint es für ihn nur noch ein Thema zu geben – die Infektionsschutzmaßnahmen der Regierung. Dagegen wetternd verbreitet er Verschwörungserzählungen und teilt auf seinem Twitter-Account Beiträge der rechten Medienplattform AUF1 und anderer „alternativer Medien“. Im Interview mit der Leipziger Volkszeitung Anfang Mai 2020^[1] behauptet Wolf über die Milliardäre Bill Gates und George Soros, dass sie mit ihrem Geld Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder das Robert Koch-Institut oder Medien wie den Spiegel oder die Zeit kaufen würden und fügt an: „Wir kritisieren die Leute ja nicht, weil sie Juden sind. Wir kritisieren sie für das, was sie tun.“ Der US-amerikanische Investor und Philanthrop Soros steht im Mittelpunkt vieler Verschwörungserzählungen. Gemein ist ihnen die Annahme, dass er und andere jüdische Menschen über Wirtschafts- und Finanzinstitutionen die Ge-

schicke der Welt lenken würden. Spätestens seit Beginn der Coronapandemie ist auch Gates Ziel verschiedener Verschwörungserzählungen. Meist drehen sie sich, aufgrund seines Engagements bei Impfkampagnen, darum, dass Gates für die Pandemie verantwortlich sei, um von einer Massenimpfung zu profitieren. Auch Wolf verwendet hier klassische antisemitische Narrative, die einerseits pauschal Jüdinnen und Juden eine Verbindung zu Geld und Reichtum unterstellen und andererseits argwöhnen, diese würden einen dunklen Plan verfolgen und „Strippenzieher“ hinter der Pandemie sein. Auch wenn Bill Gates kein Jude ist, wird in seine Person und in sein Handeln „etwas Jüdisches“ projiziert und mit antisemitischen Verschwörungserzählungen verknüpft.

Ideologisches Zwillingsspaar

Dass sich jemand vom Esoteriker zum knallharten Verschwörungsgläubigen entwickelt, scheint nicht ungewöhnlich zu sein. Die Sozialwissenschaftlerinnen Pia Lamberty und Katharina Nocun sprechen in ihrem Buch „Fake Facts“ von der Esoterik als einem „Motor für Verschwörungserzählungen“. Beide Denkmuster entspringen dem Unbehagen über eine (scheinbar) unüberschaubar gewordene Welt. Zudem misstrauen Esoteriker*innen wie auch Verschwörungsgläubige oft Wissenschaft, Politik und staatlichen Institutionen. Ihre Weltsicht ist manichäistisch, d. h. sie teilen die Welt in Gut und Böse, Schwarz und Weiß ein. Solch eine vereinfachte Sicht auf die Welt und der Glaube an Übersinnliches bzw. der Glaube an Verschwörungen kann Struktur bieten und Stress reduzieren vor allem in Zeiten, in denen Menschen, tatsächlich oder imaginiert, Kontrollverluste erleiden. Auch wenn Esoterik und Verschwörungserzählungen oft als Zwillingsspaar bezeichnet werden, hat Matthias Pöhlmann, Sektenbeauftragter der evangelischen Kirche Bayern, Unterschiede festgestellt: Die Esoterik gehe von höheren Mächten aus, die mit spiritueller, individueller Bewusstseinsarbeit gesteuert werden können. Verschwörungsgläubige hingegen würden innerweltlichen Akteur*innen übermenschliche Kräfte zumessen. Laut Pöhlmann vereinigen sich bei Protesten gegen die COVID-19-Maßnahmen beide Denkmuster. Der Glaube an höhere Mächte könne dann politisch aufgeladen und im Sinne von antidemokratischen, rechts-extremen und antisemitischen Denkmustern interpretiert werden. Und dass sich zwischen Heilsteinen, Impfkritik und anderen esoterischen Ideen allerlei



photo: Christoph Heitke

Bunte Mischung: Vom Aussehen sind die Teilnehmenden auf den Demonstrationen gegen die Hygiene-Maßnahmen politisch kaum zu verorten

menschenfeindliches und rassistisches Gedankengut tummelt, ist kein neues Phänomen.

lehnung an den Schriftzug „Arbeit macht frei“ am Eingangstor des Konzentrationslagers Auschwitz.

Anthroposophische Impfkritik und Antisemitismus

Prägend für Esoteriker*innen hierzulande ist weiterhin die wohl einflussreichste esoterische Strömung im deutschsprachigen Raum – die Anthroposophie Rudolf Steiners. Vor allem rund um die Impftematik fallen Verschwörungserzählungen in der anthroposophischen Szene und darüber hinaus auf fruchtbaren Boden. In der anthroposophischen Gedankenwelt wird der Erkrankung mit Masern oder anderen Infektionskrankheiten eine wichtige Rolle in der Entwicklung des Kindes zugeschrieben. Abgeleitet wird dieser weitverbreitete Glaubensgrundsatz aus Steiners Karma-Lehre, Krankheiten könnten einen Ausgleich schaffen für Verfehlungen aus dem früheren Leben. Anthroposoph*innen würden davon ausgehen, dass Kinder ein gewisses Maß an Fieber benötigen, um sich quasi in ihrem neuen Körper richtig einrichten zu können, erklärt der Autor Dietrich Krauss im Buch „Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde“. Bazillen und Viren würden als geistige Dämonen und Verwesungsprodukte untergegangener minderwertiger Völker angesehen. Diese okkulten und menschenverachtenden Ansichten werden auf COVID-19 übertragen. Auch die Erkrankung mit COVID-19 soll eine segensreiche Wirkung entfalten – in diesem oder im nächsten Leben. Denn wer daran stirbt, schöpft aus der Erkrankung trotzdem wertvolle geistige Impulse, nur dann eben im Jenseits. Eine Impfung würde diese Segnungen nicht nur verhindern, sondern Menschen der seelischen Verödung anheimfallen lassen.

Das Impftema ist auf vielen Querdenker-Demos präsent, oft in Verbindung mit antisemitischen Symbolen wie dem gelben, sogenannten Judenstern mit „Ungeimpft“-Schriftzug oder dem Slogan „Impfen macht frei“ in An-

Reichsflagge und Herzenluftballon

Pendeln, Chakren, Kristalle – oft werden esoterische Praktiken und Ansichten belächelt. Doch Esoterik kann einen Einstieg in Verschwörungserzählungen bieten und anschlussfähig für menschenfeindliche Vorstellungen sein. Die Coronapandemie erwies sich als eine Art Durchlauferhitzer, der Esoterikgläubige weiter radikalisierte, aber auch die regressiven Elemente ihrer sonst als harmlose Spinnerei abgetanen Ansichten offenbarte.

So rief Karsten Wolf zum 7. November 2020 zur Fahrraddemo auf für „Demokratie, Mitbestimmung, Wissenschaftlichkeit und gegen Faschisten, Diktatur und Hygienewahn“. An diesem Tag versammelten sich etwa 40.000 Querdenker*innen in der Leipziger Innenstadt. Abends durchbrachen Neonazis Polizeiketten und griffen Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen an. Über den Ring lief dann, was auf den ersten Blick nicht zusammengehört, aber vereint wird im antiliberalen, wissenschaftsfeindlichen und autoritären Denken mitsamt Regenbogenfahne, Herzenluftballon und Reichsflagge: Reichsbürger*innen, Esoteriker*innen, Verschwörungsgläubige, Neonazis.

Am 3. Oktober 2022, zum Tag der deutschen Einheit, ist Karsten Wolf wieder auf der Straße, demonstriert mit Neonazis, Reichsbürger*innen und Querdenker*innen und stellt Lautsprechertechnik mit seinem Lastenrad. Der ehemals selbsterklärte Linke ist mittlerweile ganz rechts angekommen. ■

Florian Teller ist Pressereferent der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) und gibt Workshops zu Ökologie, Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen und Antisemitismus.

ZWISCHEN ZWIEBELN UND NAZIS

Verschwörungsideologische Proteste in Borna

von Paul Podbielski

In der Kreisstadt Borna, südlich von Leipzig, nahmen zu den Höhepunkten der „Corona-Proteste“ bis zu 420 Personen an den sogenannten „Montagsspaziergängen“ teil. Ein Blick auf die Entwicklung und die Teilnehmer*innen dieser Versammlungen.

[1] LVZ-Online vom 31.05.2021: „Oberbürgermeisterin Luedtke: Keine Einkesselung in Borna“, online abrufbar unter [lvz.de](https://www.lvz.de)

Die Proteste gegen Corona-Maßnahmen beginnen in Borna spätestens am 24. März 2021. Inspiriert von ähnlichen Aktionen in anderen sächsischen Orten tauchen an diesem Mittwoch Kinderschuhe vor dem Rathaus auf. Dazwischen Schilder mit Botschaften gegen die zeitweise Schließung von Kindertagesstätten und Schulen wie: „Eltern stehen Auf“, „wir brauchen soziale Kontakte“ und „unsere Kinder sind systemrelevant“. Später werden diese um „Schämt euch Kindheitsräuber“ und „Kinder sind keine Treiber der Pandemie“ ergänzt.

Elf Tage später, findet die erste Demonstration mit Bezug auf die Corona-Pandemie in Borna statt. Anmelder dieser und der folgenden sonntäglichen Demonstrationen ist der Inhaber eines Autohauses. Dieser beschwert sich Ende Mai in der Bürgerfragestunde im Stadtrat über das angeblich zu harte Vorgehen der Polizei bei den Demonstrationen.^[1] In einschlägigen Te-

legram-Kanälen wird von 100 Teilnehmer*innen bei dieser ersten Corona-Versammlung gesprochen. Tatsächlich haben aber wohl nur 30 bis 50 Personen teilgenommen.

Bereits eine Woche später wird die Versammlung von einem rechten YouTuber begleitet, der viele derartige Demonstrationen in Leipzig und Umgebung streamt. Auf einen kritischen Fotografen reagieren die Teilnehmer*innen dagegen mit aggressiven Beleidigungen. Bis zum Ende dieser regelmäßigen Demonstrationen im Juni 2021 findet das Anliegen der Corona-Leugner*innen in Borna wenig Anschluss. Zu Spitzenzeiten nehmen maximal 80 Personen daran teil.

Im Sommer 2021 ist es ruhig in Borna. Bis Mitte September wirkt es so, als sei den Verschwörungsideolog*innen die Motivation ausgegangen. Am 13. September 2021 treten die „Freien Sachsen“ das erste Mal offiziell in Borna auf. Zielgerichtet tauchen sie beim Einsatz des Impfbusses an der Dinter-Oberschule und danach am Impfzentrum in Borna-Ost auf.

Danach vergehen mehr als zwei Monate bis zur nächsten öffentlichen Aktion der Rechten in Borna:



„Ungetestet, ungeimpft und gesund“: Verschwörungsideologischer Protest in Borna gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung, die „uns krank macht“.

Am 4. Dezember 2021 führt der Kreisverband der AfD eine Versammlung auf dem Bornaer Markt durch. Dabei präsentieren sie ein Transparent mit dem Motto: „Keinen ausgrenzen – 2G beenden!“ An der bereits nach zehn Minuten beendeten Kundgebung nehmen rund 50 Personen teil.

Von nun an entwickelt sich der Protest schneller. Kurz vor Weihnachten werden vor dem Bornaer Krankenhaus von angeblichen Pflegekräften Kerzen aufgestellt (20.12.2021). Eine Woche später findet die erste Demonstration an einem Montagabend statt (27.12.2021). Aufgrund der Werbung sowohl bei den „Freien Sachsen“ als auch in der lokalen Neonazi-Szene nehmen etwa 100 Personen an dem Aufmarsch teil.

Eine Woche später, im neuen Jahr, führt eine Gruppe mit einem Transparent der „Freien Sachsen“ den Protestzug an, der von der Polizei gestoppt. Danach steigt die Zahl der Teilnehmer*innen stark an. Waren es am 3. Januar 2022 noch 50 Personen, so sind es am 24. Januar schon 300 Menschen. Der traurige Höhepunkt wird am 7. Februar 2022 erreicht. An diesem Tag sind nach Angaben der Polizei 420 Personen bei dem verschwörungsideologischen Versammlungsgeschehen dabei.

Dies ist auf die radikaler werdende Inszenierung vor Ort und die Berichte im Hauptkanal der „Freien Sachsen“ bei Telegram zurückzuführen. Während anfangs nur mit Bannern und Fahnen demonstriert wird, marschieren Neonazis am 24. Januar auch mit Fackeln über die Geschwister-Scholl-Straße. Am 31. Januar

wird Pyrotechnik im Wohngebiet am Bornaer Hochhaus gezündet. Das dabei entstandene Video erreicht über 100.000 Menschen.

Genauso schnell wie die Demonstrationen gewachsen sind, schrumpfen sie aber auch. Am 7. März nehmen nur noch 150 Personen teil. Ende März sinkt die Zahl der Teilnehmenden auf unter 100 Personen. Mobilisiert wird dafür nun von einer „Sächsischen Bürgerbewegung Borna“. Ihr Telegram-Kanal ist bis heute sehr klein, mit durchschnittlich mittleren zweistelligen Zugriffszahlen. Mit Thomas Siegmund stellt diese Bewegung jedoch einen eigenen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl im Juni 2022.

Besonders hervorzuheben sind in dieser Zeit nur noch zwei Demonstrationen im Mai 2022. Über den 2. Mai schreiben die Bornaer Querdenker*innen in ihrem Telegram-Kanal „Borna b. Leipzig“ selbst: „Bürger protestieren lautstark gegen den Polizeischutz eines linksradikalen Provokateurs aus dem Bornaer Rathaus. An der vorderen Front Bornaer Frauen!“ Gemeint ist damit, dass sie sich durch die Anwesenheit eines Pressevertreters zum wiederholten Male provoziert fühlen. Nur das Einschreiten der Polizei verhindert eine mutmaßlich gewalttätige Auseinandersetzung. Ganz vorn dabei sind nicht nur die „Bornaer Frauen“, sondern auch ein 14-jähriger Junge.

Auch am 23. Mai fallen bei der Demonstration einige Jugendliche besonders auf. Im Vorfeld ruft ein „Marco“ auf WhatsApp zu dem montäglichen Aufmarsch auf:



Hier am 04.12.2021 mit Unterstützung der AfD.

„Heute 19 Uhr Borna Markt!!! Da die letzten Wochen immer wieder Antifas Montags mit in Borna waren sagen wir heute den linken den Kampf an“. Mit den „Antifas“ sind Journalist*innen und ihr mittlerweile nötiger Begleitschutz gemeint.

Marco ist Mitte 20, wohnt in Borna und posiert auf Instagram stolz mit einer „Good night left side“-Jacke neben „FCK Antifa“-Aufklebern vor dem Bahnhofsklo. Seinem Aufruf folgen zwei Gruppen Jugendlicher. Die erste besteht aus fünf jungen Männern, etwa 18 bis 20 Jahre. Die zweite Gruppe besteht aus rund zehn Personen, welche nicht älter als 16 Jahre sind. Ein Mädchen aus dieser Gruppe ist mit einem Ku-Klux-Klan-Pullover unterwegs, ein anderes Mädchen trägt, genau wie Marco, einen Pullover in den Farben Schwarz, Weiß und Rot wie die Reichskriegsfahne. Auch an diesem Tag verhindert nur die Anwesenheit der Polizei eine Eskalation.

Eine Woche später, am 30. Mai, wird die verschwörungsideologische Versammlung schon nach kurzer Zeit abgebrochen. Kurz darauf verkünden die Organisator*innen erst eine Pause zu Pfingsten und später eine Sommerpause, welche auch Anfang September noch andauert und möglicherweise ein Ende der Proteste bedeutet.

Es bleibt zu beobachten, ob im Herbst und Winter ein neuer Anlauf des rechten Protests gestartet wird. Der Autohaus-Betreiber, der die ersten Sonntagsproteste angemeldet hatte, und weitere Bornaer*innen sind jedenfalls weiterhin aktiv. Sie haben beispielsweise an der Kundgebung der „Freien Sachsen“ am 5. September in der Leipziger Innenstadt teilgenommen.

Möglicherweise braucht es erst wieder einen Katalysator, wie die AfD-Proteste, bevor in Borna wieder Demonstrationen der „Sächsischen Bürgerbewegung Borna“ stattfinden. Gleichzeitig ist mit einer weiter zunehmenden Radikalisierung zu rechnen.

Wer „spaziert“ in Borna?

In Borna bestand der verschwörungsideologische Protest, wie in vielen anderen Städten auch, aus der typischen sächsischen Mischung: Viele ältere, meist männliche Personen, darunter auch einige, die sich wohl selbst eher als „links“ einordnen würden. Sie alle eint, dass sie einfache „Wahrheiten“ bevorzugen und hinter jeder zweiten Ecke eine Verschwörung wittern. So glauben Teilnehmer*innen an eine „Corona-Lüge“ und an eine staatlich finanzierte Antifa.

Für die AfD nehmen u.a. der Landtagsabgeordnete Jörg Dornau aus Rötha und der Bornaer Stadt- und Kreisrat Michael Krause an den Demonstrationen teil. Krause

kandidierte wie Thomas Siegmund von der „Bürgerbewegung Borna“ im Juni als Oberbürgermeister.

Eine der „Bornaer Frauen“ ist ehemaliges Vorstandsmitglied einer Kirchgemeinde in Sachsen. Eine Person im Hintergrund ist der Betreiber des YouTube- und des Telegram-Kanals der Proteste. Seine Videos sehen allerdings eher amateurhaft aus. An seinem Telegram-Kanal „Borna b. Leipzig“ ist die Radikalisierung der verschwörungsideologischen Szene gut zu beobachten. Anfangs wurde dort auf eindeutig rechten Symboliken verzichtet und versucht, einen bürgerlichen Anschein zu wahren. Inzwischen wirbt der Kanal offensiv mit Reichsflagge und verbreitet Informationen im Namen der „Sächsischen Volksfreunde Bornaer Land“.

Hass und Hetze, doch wofür?

Immer wieder steht eine Mischung aus AfD, NPD und unorganisierten Rechten auf dem Bornaer Markt, aber wofür? Welche Auswirkungen haben ihre Aktivitäten auf die Stadtgesellschaft?

Grundlegend ist festzustellen, dass die Verschwörungsideolog*innen über die eigene Klientel hinaus kaum Menschen nachhaltig erreichen und an sich binden können. Ihr Kandidat Thomas Siegmund kam bei der Oberbürgermeisterwahl nur auf 6,1 Prozent der Stimmen. Im zweiten Wahlgang verzichtete zwar der AfD-Kandidat Krause (10,7 Prozent) zu seinen Gunsten, trotzdem landete Siegmund im zweiten Wahlgang unter 10 Prozent. Selbst zusammerechnet blieben AfD und die selbsternannte „Sächsische Bürgerbewegung Borna“ somit deutlich unter dem Ergebnis der AfD bei der Stadtratswahl 2019 (22,7 Prozent).

Auch sonst war nur ein geringes mediales Echo und wenig Resonanz in der Stadtgesellschaft zu beobachten. Dennoch haben die Versammlungen dazu geführt, dass sich Antifaschist*innen in Borna noch unsicherer fühlen. Außerdem sind viel mehr neonazistische Aufkleber im Stadtbild aufgetaucht.

Eines wurde erneut schmerzhaft klar: Die Zivilgesellschaft in Borna, und in vielen anderen sächsischen (Klein-)Städten, ist aktuell nicht in der Lage, der rechten Mobilisierung etwas entgegenzusetzen.

Zusammenfassend hatten die Proteste selbst nur wenig Einfluss auf Borna. Die dabei entstanden Netzwerke und das gesteigerte Selbstbewusstsein gewaltbereiter Teilnehmer*innen sind dennoch gefährlich und müssen unbedingt weiter beobachtet werden. ■

photo: Paul Podbelski



Montagsprotest am 16.05.2022 in Borna. Die grün-weiße Fahne mit dem königlichen Wappen wird auch von der Neonazi-Partei „Freie Sachsen“ vertrieben.

DER KLEINSTE GEMEINSAME NENNER: ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS

von chronik.LE

In den vergangenen zwei Jahren fanden jeweils Demonstrationen anlässlich des Nakba-Tags in Leipzig statt, bei denen wiederholt antisemitische Parolen geäußert wurden, die vor allem auf die Delegitimierung des israelischen Staats abzielten. Doch auch bei Demonstrationen von linken, antiimperialistischen Gruppen kam es zuletzt zu antisemitischen Ausfällen.

Antisemitismus, verstanden als Judenhass, wird zumeist der extremen Rechten zugesprochen. Zu eindeutig ist die deutsche Geschichte von Antisemitismus mit der Shoa, dem Versuch der systematischen Ermordung der Jüdinnen*Juden, verbunden. So wird der Hass auf Jüdinnen*Juden zumeist mit dem Nationalsozialismus und seinen Anhänger*innen in der Gegenwart in Verbindung gebracht oder chiffriert bei Verschwörungsideolog*innen politisch rechts verortet. Deutlich wurde dies in den vergangenen Jahren bei den Coronademonstrationen, bei denen antisemitisch konnotierte Argumentationen, z. B. einer die Weltgeschichte steuernden Elite, die vom Leid der Mehrheit ökonomisch profitiere präsent waren wie deren plakative Darstellung durch Symboliken. Zu nennen wäre hier der Davidstern mit dem Schriftzug „Geimpft“, der eine systematische Verfolgung von Nichtgeimpften im Sinne des Nationalsozialismus nahelegt, oder T-Shirt-Aufdrucke mit einem Puppenspieler, der als unsichtbare Macht hinter den politischen Akteur*innen die Strippen zieht.



Auf einer rechten Demonstration am 10.10.2022 werden antisemitische Narrative über das Feindbild USA kommuniziert

Doch, wie in der folgenden Darstellung gezeigt werden soll, verwenden nicht nur rechte Akteur*innen Verschwörungstheorien und Antisemitismus, um die Komplexität der Welt auf ein etabliertes Feindbild herunterzubrechen, sondern auch in Teilen der arabisch geprägten Community und bei Linken dienen Jüdinnen*Juden als Projektionsfläche für Krisen und Konflikte. Dabei äußert sich diese Kritik zumeist vermittelt über eine „Kritik“ des Staats Israel.

Was ist israelbezogener Antisemitismus?

Beim israelbezogenen Antisemitismus handelt es sich um eine Erscheinungsform des modernen Antisemitismus, die in allen politischen Milieus vorzufinden ist. Diese Form des Antisemitismus liegt dann vor, wenn die Politik Israels unter der Verwendung antisemitischer Bezüge „kritisiert“ wird, etwa, wenn antisemitische Stereotype auf Israel übertragen werden. Israel wird im antisemitischen Hass so als „kollektiver Jude“ imaginiert. Erkannt werden kann diese Form des Antisemitismus auch mit Hilfe des sogenannten 3-D-Tests, wobei die drei Ds für *Delegitimierung*, *Dämonisierung* und *Doppelstandards* stehen. Wenn eine Aussage den Staat pauschal diffamiert und dämonisiert (Dämonisierung), die Innen- und Außenpolitik Israels im Vergleich zu anderen Staaten mit einem anderen Maßstab bewertet (Doppelstandards) oder das Existenzrecht Israels als Schutzraum für Jüdinnen*Juden abgelehnt wird (Delegitimierung), dann kann laut Definition eine Aussage als antisemitisch gewertet werden.

Letzteres zeigt sich zum Beispiel anhand des häufig auf pro-palästinensischen Demonstrationen skandierten Spruches „From the river to the sea – Palestine will be free“. Dem Spruch liegt die Forderung zugrunde, dass sich Palästina über das gesamte Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer erstrecken solle. Käme man dieser Forderung nach, wäre dies gleichbedeutend mit der Auflösung des Staates Israel, der damit sein Territorium verlieren würde. Die Notwendigkeit eines eigenen jüdischen Staates ergibt sich jedoch aus der Konsequenz des Holocausts und des weltweiten Antisemitismus, insbesondere des militanten.

Die Ablehnung Israels als souveränen Staat kann auch dem Antizionismus zugeordnet werden. Antizionist*innen sind gegen die im 19. Jahrhundert im Judentum aufkommende Bewegung des Zionismus, die die Gründung eines jüdischen Staates zum Ziel hatte. Darunter waren seit Beginn der Bewegung auch immer wieder jüdische Stimmen, die den Zionismus unter anderem aus religiösen Gründen ablehnten. Antizionismus ist daher zwar nicht pauschal mit dem israelbezogenen Antisemitismus gleichzusetzen, doch werden antizionistische Haltungen häufig über antisemitische Ressentiments geäußert.



Ein Demonstrant zeigt ein Plakat mit Vorwürfen, die er gegen den Staat Israel richtet und mit dessen Staatsgründung in Verbindung bringt

Geheimer Hass auf Israel

In Leipzig fanden 2021 und 2022 Demonstrationen anlässlich des Jahrestags der Nakba, der auf den 15. Mai fällt, statt. An diesem Tag wird der Vertreibung der arabischen Palästinenser*innen während des Unabhängigkeitskriegs des Staates Israels 1948/49 gedacht. Diese Interpretation fokussiert jedoch nicht den Angriffskrieg der arabischen Staaten, sondern macht die Staatsgründung Israels einseitig für das Leid der Palästinenser*innen verantwortlich. Diese vorherrschende Meinung zeigte sich auch auf der Demonstration „Für die Freiheit Palästinas“ 2021, die auf dem Augustusplatz stattfand und an der ca. 400 Personen teilnahmen. Die länderübergreifende Feindschaft zu Israel zeichnete sich auf der Demonstration in den vorhandenen Nationalflaggen ab. So ist die Flagge des Iraks mit der arabischen Aufschrift „Gott ist groß“ zu sehen, auch dieses religiös-kulturelle Bekenntnis hallt wiederholt über den Augustusplatz. Daneben befinden sich Flaggen der syrischen Opposition als auch palästinensische Flaggen.

Skandiert wurden antisemitische Parolen wie „Kindermörder Israel“ und „Frauenmörder Israel“, durch die der Staat Israel als besonders unmenschlich und verwerflich dargestellt und folglich dämonisiert wird, und auf einem Plakat wurde der Wunsch geäußert, den Staat Israel von der Landkarte zu tilgen. Letzterer Slogan nimmt Anlehnung an die antisemitische Losung des ägyptischen Staatspräsidenten Gamel Abdel Nasser vom Mai 1967. Dessen Angriffspläne und panarabischer Traum wurde durch den militärischen Präventivschlag Israels im Sechstagekrieg zunichte gemacht und somit ein Krieg mit dem Ziel der Vernichtung des Staates Israel verhindert. Ein weiteres Plakat wiederholte die These einer jüdischen Weltverschwörung. Auf ihm wird behauptet, dass Israelis internationale Medien kontrollieren würden.

Dass Gewalt gegen Zivilist*innen in Israel – darunter auch Araber*innen und andere Nichtjuden, Kinder und Frauen – kein grundsätzliches Problem für einige Demonstrant*innen darstellt, wurde durch die Parole „Unsere Raketen treffen euch“ deutlich, währenddessen Israel als „Zivilistenmörder“ bezeichnet wurde. Trotz der offensichtlichen moralischen Schiefelage berief man sich mit Plakaten auf universelle Menschenrechte, die jedoch einseitig ausgelegt werden und somit mit Universalismus nichts mehr gemein haben.

Eine der Organisatorinnen der Demonstration, sie nennt sich Lina von der Gruppe Sumud Filastin, sagte in einem Interview mit der Leipziger Volkszeitung (LVZ), „dass es einen Staat für alle Menschen vom Jordan bis zum Mittelmeer nicht gibt“. Damit stellt sie das Existenzrecht Israels in seiner jetzigen Form in Frage. Das Tragen einer Israel-Fahne bezeichnet sie als „mensenverachtend“. Die Parole „Kindermörder Israel“ hält sie für nicht antisemitisch mit der Be-

„Nakba“ ist arabisch und bedeutet etwa Katastrophe oder Unglück. Als Nakba wird die Flucht von arabischen Palästinenser*innen aus dem ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina bezeichnet. Die Gründe dieser Massenflucht liegen in den Folgen und Umständen des israelischen Unabhängigkeitskriegs. Unmittelbar nach dem Ausruf der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 erklärten dessen direkte Nachbarn, Syrien, Transjordanien, Ägypten, Libanon, als auch Irak und Saudi-Arabien dem neu gegründeten Staat den Krieg. Israel ging aus diesem Angriffskrieg erfolgreich hervor, wodurch sich das Staatsgebiet erweiterte. Eine gleichzeitige Gründung eines palästinensischen Staates blieb aus, die Verwaltungshoheit über die den Palästinenser*innen zugesprochenen Gebiete des Teilungsplans übernahmen Transjordanien und Ägypten.



Auf der Gegenkundgebung im Mai 2021 auf dem Leipziger Augustusplatz wird mit einem Banner und Redebeiträgen Stellung gegen Antisemitismus bezogen

gründung: „Soll ich Jugendlichen sagen, das ruft man nicht, weil es in Deutschland die absurde Vorstellung gab, dass Juden Brunnen vergiften.“ In einem Satz vermischt sie zwei antisemitische Narrative, die Ritualmordlegende und die Brunnenvergiftung, miteinander. Die Ritualmordlegende, die einen christlichen und europäischen Entstehungshintergrund hat, wurde so und in abgewandelter Form allerdings auch in islamischen Ländern verbreitet, um den Hass gegen Jüdinnen*Juden zu rechtfertigen – und ist eben nicht etwas, was nur in Deutschland oder Europa rezipiert wurde.

An einer israelsolidarischen Kundgebung auf der Gegenseite vor der Oper nahmen ca. 200 Personen teil. Nachdem beide Kundgebungen beendet waren, wurde ein Teilnehmer der Gegenkundgebung auf dem Heimweg an der Ecke Universitätsstraße/Schillerstraße von einer ca. 15 bis 20 Personen starken Gruppe angegriffen. Er wurde zusammengeschlagen und musste daraufhin im Krankenhaus behandelt werden. Die angreifende Gruppe trug Pali-Tücher und grüne Stirnbänder. Das Pali-Tuch, ursprünglich eine traditionelle arabische Kopfbedeckung, wurde spätestens durch den PLO-Anführer Jassir Arafat im „Westen“ populär als Zeichen der Solidarität mit den Palästinenser*innen, aber vor allem auch als Bekenntnis zur Ablehnung des Staates Israel. Grüne Stirnbänder deuten auf Sympathien mit der islamistischen Terrororganisation Hamas hin, die Gaza autoritär beherrscht und wiederholt für Raketenangriffe auf israelisches Staatsgebiet und Terroranschläge verantwortlich war. Zeug*innen beobachteten, dass sich die Gruppe gezielt auf die Suche nach Gegendemonstrant*innen machte und schon auf der Demonstration durch aggressives Gebärden aufgefallen war.

Der ursprüngliche Aufruf für eine antiisraelische Demonstration am Torgauer Platz offenbart seine Intention schon in der Ansprache an „Muslime und nicht Muslime“, setzt also selbst die Religion in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Im selbigen Aufruf wird die „Systematische Auslöschung“ der Palästinenser*innen behauptet. Dass sich der Protest gegen beidseitige militärische Gewalt oder für Frieden einsetzt, wird somit zur Farce und bestätigt die be-

stehenden Verhältnisse – wie ausstehende demokratische Wahlen, Renten für Familien von Terrorist*innen statt fürs Bildung- oder Gesundheitswesen sowie eine islamistische Gewaltherrschaft – in den Gebieten, die entweder von der Palästinensischen Autonomiebehörde oder der Hamas verwaltet werden.

Auch im folgenden Jahr, am 14. Mai 2022, sind antisemitische Parolen bei der Demonstration anlässlich des Nakba-Tags zu vernehmen, an der ca. 200 Personen teilnehmen. Einige Demonstrant*innen sprachen sich zwar auf mitgebrachten Schildern gegen Antisemitismus aus, andere wiederum warfen dem Staat Israel „Apartheid“ vor und bezeichneten Gegendemonstrant*innen als „Kindermörder“. Auf Instagram tauchte ein Video auf, in dem eine entwendete Israel-Fahne verbrannt wird. Es wird zudem erneut von einem Angriff auf Gegendemonstrant*innen berichtet.

Antiimperialistische und antirassistische Deutungsmuster

Doch nicht nur in Teilen der arabisch geprägten Community scheint Israel einseitig verantwortlich für den Regionalkonflikt gemacht zu werden. Zu antizionistischen Motiven können sich zudem antiimperialistische und/oder antirassistische Argumentations- und Deutungsweisen gesellen. Im antiimperialistischen Weltbild wird Israel als Verbündeter der USA und somit als westliche Imperialmacht gesehen, die die Palästinenser*innen als alleiniger Aggressor unterdrücken würde. Die Rolle anderer arabischer Staaten sowie radikalislamischer Akteure wie der Hamas oder dem Islamischen Dschihad wird hierbei sowie in Hinblick auf den Nahostkonflikt bewusst ausgeblendet. Israel wird zudem als *weiße* Kolonialmacht imaginiert und der Hass auf den Staat wiederum als antirassistischer (Befreiungs-)Kampf gerechtfertigt. Damit geht die Behauptung einher, Israel sei ein „Apartheidregime“ – eine Aussage, die allein schon dadurch widerlegt werden kann, dass der demokratische Staat allen Bürger*innen der pluralistischen Gesellschaft die gleichen Grundrechte zusichert und auch eine arabische Partei in der Knesset vertreten sowie wählbar ist. Dennoch gibt es natürlich auch in Israel, so wie in anderen Nationen, Ras-



sismus und andere Formen von Diskriminierung, die thematisiert werden müssen - ohne jedoch dabei antisemitische Ressentiments zu bedienen.

Antiimperialistische Deutungs- und Argumentationsmuster in Hinblick auf Israel und den Nahostkonflikt finden sich auch in Leipzig wieder. Am 13. August 2022 zeigte sich, dass israelbezogener Antisemitismus der gemeinsame Nenner von arabischer sowie von linker Seite sein kann. Von der Internationalen Jugend Leipzig, nach eigenen Angaben eine linke und antikapitalistische Jugendgruppe, wurde eine Protestkundgebung unter dem Motto „Stop the siege & the bombs on Gaza“ organisiert. Auch auf dieser Kundgebung wurde vom „Apartheidstaat Israel“ gesprochen, einem historisch falschen Vergleich. Weiterhin wurde Israel Völkermord an den Palästinenser*innen sowie das gezielte Töten von Kindern vorgeworfen. Dazu passt, dass der Spruch „Palestine will be free – from the river to the sea“ skandiert wurde. Es geht offenbar um eine Auslöschung des Staates Israel. Gehüllt werden diese Inhalte in unverfängliche Floskeln, man sei „gegen Militarismus und Krieg“.

An der Leipziger Klimastreik-Demonstration am 23. September 2022 beteiligte sich auch die Internationale Jugend. Aus dem Block der Gruppe wurde „Klimaintifada von Leipzig bis nach Gaza“ skandiert. Damit wurde sich positiv auf die Intifada (Erste Intifada 1987, zweite Intifada 2000–2005) bezogen. Während dieser Aufstände zählte die israelische Seite mehr als 20.000 Anschläge (Selbstmordanschläge, Schussüberfälle, Raketenangriffe) mit mehr als 1.000 Todesopfern. Eine Verharmlosung von Intifada als Aufstand und Selbstermächtigung der Palästinenser*innen unterschlägt den eliminatorischen Charakter der Angriffe gegenüber dem israelischen Staat und seinen Bewohner*innen.

Antisemitische Propaganda im Alltag

Auch in Leipzig ist Antisemitismus, vor allem in Form von Antizionismus, virulent: Antizionistische Schmierereien, „Free Palestine“-Tags an Haltestellen und am Supermarkt oder abwertende Be-

leidigungen als „Jude“ im Fußballkontext sind keineswegs eine Seltenheit. Eher selten scheinen sich die Anfeindungen öffentlich und direkt gegen Jüdinnen*Juden zu richten bzw. bekommt man diese weniger öffentlich mit. Falls doch, ist die Empörung dann zu Recht groß, wie bei dem Fall, wo mehrfache Anfeindungen gegen eine jüdische Israelin in Gohlis am 3. Mai 2021 letztendlich in physischer Gewalt gegen sie endeten. Die Betroffene verließ daraufhin aus Selbstschutz die Stadt. Solche Geschehnisse als Einzelfälle zu relativieren, ohne die ideologische Grundlage hierfür zu benennen, ist verkürzt und in seiner Konsequenz fatal.

Die aufgeführten Beispiele, insbesondere die Parolen und gezeigten Symbole auf den Demonstrationen, verdeutlichen, dass das Existenzrecht Israels sowohl von Linken als auch von Teilen der arabischen Community infrage gestellt wird. Der israelbezogene Antisemitismus bildet den kleinsten gemeinsamen Nenner, der ausreicht, um inhaltliche Uneinigkeiten wie das Verhältnis zu Staat und Religion auszublenden. Stattdessen wird Antisemitismus, solange er sich nicht direkt gegen Jüdinnen*Juden richtet, als legitimes Mittel akzeptiert und gemeinsam auf die Straße getragen. Während Israel innerhalb der Linken vereinfacht als westlicher Unterdrücker delegitimiert wird, äußert sich der israelbezogene Antisemitismus arabischer Herkunft als Verwechslung von Ursache und Wirkung. So geht dem anhaltenden Konflikt zwischen arabischen Palästinenser*innen und Israelis eine Geschichte von Kolonialherrschaft und Vertreibung voraus, aus der Israel als Staat hervorging und sich als Schutzraum für Jüdinnen*Juden weltweit behaupten konnte. Den Staat Israel und seine Bürger*innen allein verantwortlich für das historische und gegenwärtige Leid der arabischen Palästinenser*innen zu machen und seine Abschaffung zu fordern, verkennt jedoch die Komplexität des Konflikts – und den antisemitischen Kern dieser einseitigen Schuldzuweisung. So war der Nakba-Tag in den vergangenen zwei Jahren in Leipzig augenscheinlich weniger ein Tag, um an Vertreibung und Leid zu erinnern, sondern vor allem eine Bühne für antisemitische Äußerungen und Parolen. ■

WAS BEDEUTET ANTISEMITISCHE NORMALITÄT?

Antisemitismus beginnt nicht erst mit physischer Gewalt und brennenden Synagogen

von Cedric Krugtaler und Monty Ott

Antisemitismus beginnt nicht mit einer Straftat. Die öffentlichen Positionierungen und geäußerten Forderungen in der Causa Gil Ofarim haben aufgezeigt, unter welchen Bedingungen Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft wahrgenommen und verhandelt wird. Ein beispielhafter Fall für die Erfahrungen vieler Betroffenen von Antisemitismus.

Die eine Nacht im Oktober 2021 im Leipziger Hotel The Westin wird sich nicht mehr vollständig rekonstruieren lassen. Aber die Erregung, mit der die Causa Gil Ofarim medial geführt wurde, ist genauso bemerkenswert wie die enorme Aufmerksamkeit. Viele Jüdinnen*Juden haben den Fall aufmerksam verfolgt, weil es endlich so schien, als würde ein antisemitischer Übergriff wirklich mediale und öffentliche Beachtung erhalten. Alle schienen sich hierbei einig sein, dass es jüdinnen*judenfeindlich ist, was sich mutmaßlich an der Rezeption in Leipzig abgespielt hat.

Mit der juristischen Bearbeitung des Falls kamen immer mehr Zweifel daran auf, ob Gil Ofarim die Wahrheit gesagt habe. Bereits vor einem abschließenden Gerichtsurteil schien medial ein Urteil gesprochen worden zu sein. In der digitalen Öffentlichkeit war mit dem Resultat der Ermittlungen sofort die Entscheidung gefallen, dass es in der Lobby des Hotels nicht zu irgendeiner Art von antisemitischem Vorfall gekommen sein könnte. Auch aus der jüdischen Community gab es enttäuschte Stimmen, die die Einschätzung der Ermittlungsbehörden übernahmen und von Ofarim eine Entschuldigung forderten.

Diese Reaktionen waren absehbar. Warum? Die mediale Öffentlichkeit hat eine schmerzliche Erfahrung, die viele Jüdinnen*Juden in ihrem Leben machen, zu einem Einzelfall mit vermeintlich hohem Stellenwert stilisiert. Dabei kann von einem Einzelfall keine Rede sein: Für das Jahr 2021 dokumentierten die Sicherheitsbehörden in Deutschland über 3.000 antisemitische Straftaten bundesweit, ein Anstieg von über 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Betroffene von Antisemitismus fürchten nun, dass ihre Erfahrung in Zukunft noch häufiger nicht ernst genommen werden. Sie sind besorgt, dass die Gewalt, die sie als Jüdinnen*Juden erleben, von der Mehrheitsgesellschaft relativiert wird. In Kommentaren des Feuilletons war, noch bevor ein juristisches Urteil gefällt wurde, zu lesen: Ofarim habe dem Kampf gegen Antisemitismus einen „Bärendienst“ erwiesen. So wird über das Unbehagen der Mehrheitsgesellschaft mit dem „Antisemitismus-Vorwurf“ Druck auf die betroffenen Communities ausgeübt, sich von Ofarim zu distanzieren.

Bei all dem tritt eine wichtige Frage in den Hintergrund: Warum sollten in diesem Fall die Zeug*innen überhaupt in der Lage gewesen sein, Antisemitismus zu erkennen, wo doch jede Debatte gezeigt hat, dass es an einem Verständnis von Antisemitismus mangelt? Zumeist sind immer noch diejenigen dazu gezwungen, einen Begriff von Antise-

mitismus zu haben, die mit seinen gewaltvollen Konsequenzen leben müssen. Außerdem wird vollkommen verdrängt, dass viele antisemitische Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsschwelle stattfinden. Man könnte fast sagen: In der postnazistischen Gesellschaft wird das Gros an Jüdinnen*Judenfeindschaft subtil geäußert. Abgesehen von Betroffenen und für antisemitische Ausdrucksformen sensibilisierte Menschen würden die meisten in Deutschland solch einen Vorfall nicht erkennen. In der Konsequenz bleibt die Solidarität aus und die Betroffenen stehen alleine dar. Selbst wenn die Strafverfolgungsbehörden Ermittlungen aufnehmen, heißt es nicht, dass der Antisemitismus erkannt oder gar geahndet wird.

Die Causa Ofarim und die immer wiederkehrenden Abwehrhaltungen gegenüber einer ehrlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft sagen viel mehr über diese aus, als es ihr lieb wäre. Im Schatten von Auschwitz wird Antisemitismus zumeist chiffriert und per Umwegkommunikation geäußert. Was Umwegkommunikation meint, erklären Oliver Decker, Carolin-Theresa Ziemer und Elmar Brähler wie folgt: „Spätestens seit den 1980er Jahren unterliegt der primäre Antisemitismus meist einem Tabu. [...] Diese Kommunikationslatenz führt zur Umwegkommunikation des Antisemitismus [...]. Das Motiv des Antisemitismus bleibt bestehen; jedoch wird das Objekt, auf welches er sich bezieht, anders benannt.“ Antisemit*innen sind „relativ normale, gut angepasste Persönlichkeit[en]“, bemerkte der Psychoanalytiker Ernst Simmel 1946. Und weil es nach dem millionenfachen, industriell-organisierten Massenmord nicht mehr schicklich ist, Antisemit*in zu sein, erleben wir heute einen Antisemitismus ohne Antisemit*innen. Das Raunen über mächtige Eliten im Hintergrund wird als rebellischer Akt inszeniert. Dafür gibt's Applaus vom Think-tank-Panel über Kundgebungen bis hin zum Kabarett. Die so chiffrierte Kernstruktur (Pavel Brunssen) des Antisemitismus bleibt unverstanden und bildet einen Kitt, der die unterschiedlichsten politischen Bewegungen zusammenhält. Und sobald die angelernte Umwegkommunikation verlassen wird, ist es lediglich der „Antisemitismus der Anderen“, mit einem selbst hat er nie etwas zu tun, wie jede Diskussion über muslimischen Antisemitismus oder Antisemitismus im Rap zeigt. So werden die strukturellen Bedingungen des Antisemitismus ignoriert.

Doch Antisemitismus ist kein Einzelfall. Deshalb wird zunehmend der Begriff der „antisemitischen Normalität“ verwendet. Antisemitismus sorgt nicht nur hier und da dafür, dass Gewalt geschieht. Es ist ein emotionales und kognitives System der Weltdeutung, so beschreibt es der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn, das engmaschig mit der deutschen Kultur verwoben ist. Eine Definition, die ebenfalls hilfreich ist, um diese Verbindung zu erklären, liefert die Linguistin Monika Schwarz-Friesel: „Judenfeindschaft existiert seit 2.000 Jahren als affektives Ressentiment und kognitives Weltdeutungssystem, dem zufolge Juden prinzipiell als ‚die Anderen und die Schlechten‘ gesehen werden.“ Daran wird deutlich, wie tiefgreifend Antisemitismus die Wirklichkeit



Der von Gil Ofarim geschilderte Vorfall ereignete sich im Leipziger Hotel „The Westin“. Er zog monatelange Debatten nach sich.

strukturiert. Er kommt nicht nur dann vor, wenn über Jüdinnen*Juden gesprochen wird. Vielmehr wird jedes Problem, jede Entwicklung, jegliche Komplexität durch die jüdinnen*judenfeindliche Brille betrachtet. Aktuelle Beispiele dafür sind die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Abwehr der „Antisemitismus-Vorwürfe“ in der Debatte über Kunstwerke auf der documenta-Ausstellung in Kassel. Einzelne Bestandteile dieser Ideologie sind fest in der christlich geprägten europäischen Kultur verankert. Hinzu wurde sie durch den Kolonialismus, die Propaganda im Nationalsozialismus sowie den Kalten Krieg ein europäisches Exportgut.

Untersuchungen zeigen, dass antisemitische Ressentiments keineswegs aus den Köpfen der Menschen in Deutschland verschwanden: Anfang der 1950er Jahre teilten mehr als 30 Prozent der Bürger*innen in Westdeutschland antisemitische Einstellungen. Fast 70 Jahre später stimmten in der Mitte-Studie von 2018/19 16 Prozent der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ zu. Dazu kamen 26 Prozent die dem teils teils zustimmten. Es ist deshalb wichtig zu betonen, dass nicht jeder Mensch, die*der antisemitische Denkmuster oder Stereotype verwendet ein*e Antisemit*in ist. Doch kann die Verwendung antisemitischer Denkbausteine dazu führen, dass sich das Weltbild verfestigt und Menschen sich somit radikalisieren. Und weil es das Kennzeichen herrschender Ideologien ist, so betonte es die Rechtsextremismusforscherin Birgit Rommelspacher 1995, dass sie auch von Betroffenen reproduziert werden, sind auch Jüdinnen*Juden und alle anderen Betroffenen von Antisemitismus, die in dieser Gesellschaft leben, nicht prinzipiell immun gegen die Reproduktion von Antisemitismus. Gleichmaßen gilt für Betroffene allerdings auch, dass sie enormes Wissen anhäufen müssen, um ihre Wirklichkeit beschreiben zu können. Dieses wird im Fall von Antisemitismus durch Nicht-Betroffene häufig in Frage gestellt. Und wenn sie sich dagegen entscheiden, wird dennoch von überall die Erwartungshaltung an sie gerichtet.

Gut gemeinte Resolutionen und Erklärungen reichen daher nicht aus, es bedarf langanhaltender und oft auch schmerzhafter Reflexion. Die strukturelle Gegenwart des Antisemitismus wird von der über-

wiegenden Mehrheit der Menschen jedoch verdrängt. Weil sich diese deutsche Gesellschaft als „wiedergutgeworden“ (Eike Geisel) versteht, darf es keinen Antisemitismus mehr geben. Was nicht heißt, dass Antisemitismus konsequent begegnet wird, sondern dass seine Existenz und die Erfahrungen von Betroffenen schlicht geleugnet werden. Es ist ein Teil des Narrativs der Selbstlegitimation dieser Gesellschaft, dass der Nationalsozialismus überwunden wurde. Und weil der Antisemitismus ein zentraler Baustein der nationalsozialistischen Ideologie und Herrschaft war, würde dessen Fortexistenz dieses Narrativ in Frage stellen. Für Jüdinnen*Juden und von Antisemitismus Betroffene hat das zur Folge, dass sie zu einem Störfaktor im alltäglichen Betrieb des Aufrechterhaltens dieser Narrative degradiert werden. Und das ist der Grund, durch den die Causa Ofarim an zusätzlicher Komplexität gewinnt. Es ist gar nicht so bedeutsam, was wirklich in der Nacht des 4. Oktober 2021 im „Westin“ in Leipzig geschehen ist. Denn was von Anfang an die Debatte begleitet hat, war das Misstrauen gegenüber Ofarim. Mindestens genauso groß wie die Solidarität waren Skepsis und Abwehr. Das zeigte spätestens das Umschlagen von Solidarität in wortwörtlich Vorurteile, als Anklage gegen ihn erhoben wurde. Und diese Skepsis und Abwehr sind keineswegs etwas Individuelles. Jede von Antisemitismus betroffene Person erfährt sie. Es ist der Normalfall oder eher: die antisemitische Normalität. ■

Monty Ott ist Politik- und Religionswissenschaftler und forscht zu queer-jüdischer Theologie. Ott schreibt Artikel zu tagespolitischen Themen, so in der taz, der ZEIT, der Jüdischen Allgemeinen, der Berliner Zeitung, oder der WELT, in denen er explizit Position zu Antisemitismus, Erinnerungskultur, Intersektionalität und Queerness bezieht. Seit über einem Jahrzehnt engagiert sich Ott in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit. Von 2018 bis 2021 war er zudem Gründungsvorsitzender von Keshet Deutschland e. V. Im Dezember erscheint sein erstes, gemeinsam mit dem Publizisten Ruben Gerzиков verfasstes Buch „Wir lassen uns nicht unterkriegen“ - Junge jüdische Politik in Deutschland“ im Verlag Henrich & Henrich. Auf Instagram ist er zu finden als [@der_wandelnde_widerspruch](#).

Cedric Krugtaler ist Politik- und Geschichtswissenschaftler, hat zum Geschichtsrevisionismus in Osteuropa geforscht. Krugtaler verfolgt seit mehr als zehn Jahren die Entwicklung der „Antisemitismusdebatten“ in der deutschen Öffentlichkeit und ist in der Antisemitismusprävention tätig.

UMSTRITTENER IMAM

Hassan Dabbagh und die Al-Rahman-Moschee

von Maximilian Elebrecht

[1] Der Spiegel vom 12/2006: Islamisten: Treffen im Hinterzimmer

[2] Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2022): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2021, S. 190.

[3] Leipziger Zeitung vom 22.12.2018: Kundgebung, Infostand und Debatten vor der Leipziger Al-Rahman-Moschee: Es bleibt kompliziert, online abrufbar unter l-iz.de

[4] Kreuzer-Online vom 24.12.2018: Wer sind hier die Extremisten? Online abrufbar unter kruetzer-leipzig.de

[5] ARD-Magazin Fakt vom 25.05.2009: Hassprediger schulen junge Gotteskrieger.

[6] LVZ vom 2.6.2009: Landeskriminalamt: Aus dem Kontext gerissene Zitate.

[7] Krätzer, Ulrich (2014): Salafisten. Bedrohung für Deutschland?, Güntersloh: Güntersloher Verlagshaus, S. 85.

[8] Vgl. Günther, Christoph et al. (2016): HFSK Report Nr. 4. Dschihadistische Rechtfertigungsnarrative und mögliche Gegennarrative.

[9] Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2014): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2013, S. 215.

Terrorismusverdacht, Antisemitismus, ein reaktionäres Geschlechterverständnis und Homofeindlichkeit: Immer wieder steht der Leipziger Prediger Hassan Dabbagh in der Kritik. Was ist dran an den Vorwürfen? Eine Einordnung.

Für religiöses Wissen interessierte er sich schon im Kindesalter in Syrien. Doch nach Leipzig kam er 1992 ursprünglich, um ein Medizinstudium zu beginnen. Dann kam alles anders. Gemeinsam mit einem anderen Studierenden gründete Hassan Dabbagh zunächst eine kleine Gebetsgruppe, aus der schließlich die Gemeinde der Leipziger Al-Rahman-Moschee hervorging. Heute zählt Dabbagh alias Scheich Abul Hussain zu den deutschlandweit bekanntesten Vertreter*innen des salafistischen Islams.

Der Salafismus ist eine ultrakonservative Strömung, die sich der Rückkehr zu einem als „ursprünglich“ angesehenen Islam verschrieben hat. Salafist*innen orientieren sich am Vorbild der sogenannten frommen Altvorderen (auf Arabisch: *as-salaf as-salih*), den ersten drei Generationen von Muslim*innen. Deren (vermeintliche) Gesellschafts- und Religionsvorstellungen gelten als verbindlich und werden kontextungebunden nachgeahmt, Abweichungen und Neuerungen hingegen abgelehnt.

Seit geraumer Zeit gilt die Moschee im Leipziger Stadtteil Zentrum-Nord als Knotenpunkt des Salafismus in Deutschland. Schon 2006 werteten die Sicherheitsbehörden sie als mögliches Zentrum „der Radikalisierung und Rekrutierung“.^[1] Seit 2008 werden die Al-Rahman-Moschee beziehungsweise deren Imam Dabbagh jährlich im Sächsischen Verfassungsschutzbericht erwähnt. Zwar distanzieren sich Dabbagh von religiös motivierten Terrorakten, heißt es im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2021, dennoch hätten seine Äußerungen das Potenzial, „die Bildung von Parallelgesellschaften außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fördern und mittelbar Hass und Gewalt zu schüren.“^[2]

Nicht nur Sicherheitskreise halten Dabbagh für problematisch. Ende 2018 organisierte die Leipziger Initiative gegen Islamismus eine Demonstration vor der Moschee in der Roscherstraße. Verbindungen zu dschihadistischen Terrorist*innen, ein reaktionäres Frauen- und

Familienbild, Antisemitismus und Homofeindlichkeit zählten zu den Kritikpunkten der Aktivist*innen aus dem linken Spektrum.^[3] Das Netzwerk Gegen Islamfeindlichkeit und Rassismus wiederum mobilisierte zum Gegenprotest und warf der Leipziger Initiative vor, ein undifferenziertes Islambild zu vermitteln.^[4]

Unter Terrorverdacht gestellt

Medienberichte haben Dabbagh wiederholt mit Terrorismus in Verbindung gebracht. Haltbare Beweise dafür, dass Dabbagh als „Kontaktperson für islamische Extremisten und dschihadbereite Kämpfer“ fungiere, wie etwa das ARD-Magazin „Fakt“ 2009 berichtete, ließen sich aber nie finden.^{[5][6]} Von dschihadistischen Argumenten und religiös motivierter Gewalt hat sich Dabbagh immer wieder deutlich distanziert.

Dabbagh gilt als Anhänger des islamischen Gelehrten Nasir al-Din al-Albani (1914–1999), der dem quietistischen Spektrum des Salafismus zuzuordnen ist. Sogenannte quietistische oder puristische Salafist*innen sind apolitisch und lehnen dschihadistische Militanz ab. „Eine gute Politik bedeutet unter den jetzigen Umständen, der Politik fernzubleiben“, sagte al-Albani.^[7] Zwar bleibt streitbar, ob es nicht durchaus politisch ist, sich zu wünschen, in einer Gesellschaft nach dem Vorbild der islamischen Urgemeinde in Medina zu leben. Klar ist aber: Über Lehre und Missionierung hinausgehende Aktivitäten lehnen Quietist*innen ab.

Macht das Dabbagh zu einer unproblematischen Figur? Wohl kaum, denn er ist einer der Wortführer der ersten Generation des Salafismus in Deutschland. In enger Kooperation mit anderen Predigern und Aktivist*innen begann Dabbagh in den frühen 2000er Jahren die eigene ideologische Sicht auf den Islam deutsch-



Auch auf YouTube ist Dabbagh aktiv

landweit zu verbreiten. Dazu gründeten sie deutschsprachige Webseiten, organisierten Islamseminare und hielten Vorträge in Moscheen. Auch wenn Dabbagh selbst Gewalt ablehnt und sogar auf einer Todesliste der Terrororganisation Islamischer Staat geführt worden sein soll, bietet der Salafismus den Nährboden für einen Radikalisierungsprozess, der im Extremfall im Terrorismus enden kann. Ein Beispiel ist der ehemalige islamistische Prediger Sven Lau. Bei Islamseminaren lernte er unter anderem durch Hassan Dabbagh die salafistische Ideologie kennen. Vom Schicksal der Bevölkerung im syrischen Bürgerkrieg berührt wendete er sich später extremistischeren Strömungen des Salafismus zu. 2017 wurde er wegen Unterstützung einer dschihadistischen Miliz in Syrien zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt.

In seinen Predigten und Vorträgen thematisiert Dabbagh neben Glaubens- und Sittenlehre, Koranexegese und islamischer Geschichte mitunter auch Politik und Gesellschaft. Immer wieder zeichnet er ein Bedrohungsszenario und spricht von einem globalen Krieg gegen den Islam. Auch in Deutschland würden Menschen muslimischen Glaubens unterdrückt und diskriminiert, so Dabbagh. Zu Unrecht werde man juristisch verfolgt und von den Sicherheitsbehörden beobachtet. Es sind solche Aneignungen tatsächlicher Diskriminierung gegenüber Muslim*innen, aus denen auch dschihadistische Rechtfertigungsnarrative ihre Überzeugungskraft gewinnen.^[8]

Antisemitismus, Antifeminismus und Homofeindlichkeit

Darüber hinaus gibt es weitere Kritikpunkte an Dabbagh. So finden sich bei ihm etwa Belege für antisemitische Einstellungen. Bei einer Freitagspredigt im Jahr 2013 sagte er ein „heuchlerischer Jude“ habe die schiitische Glaubensgemeinschaft gegründet.^[9] Als das sächsische Obergerverwaltungsgericht dem Imam 2017 die Betriebserlaubnis für eine Kindertagesstätte verwehrte, begründete die Justiz das Urteil unter anderem damit, dass ein Gebet Dabbaghs „eine Vielzahl von Schmähungen gegen Juden“ enthielt.^[10] Häufiger wendet sich Dabbagh jedoch gegen andere islamische Strömungen wie die Schia oder die Ahmadiyya – insbesondere letztere seien zweifellos „Ungläubige“.^{[11][12]}

Dabbagh plädiert für eine strikte Geschlechtertrennung, wie sie für den Salafismus typisch ist. Beispielsweise sei es Männern untersagt, ein Fitness-Studio zu besuchen, weil dort Männer und Frauen gemeinsam trainieren.^[13] Gleichzeitig wehrt er sich gegen den Vorwurf, Frauen würden im Islam unterdrückt und diskriminiert. Bei einem Vortrag argumentierte er etwa, es sei religiös gefordert, Frauen gut zu behandeln.^[14] Der Islam räume Frauen Rechte

ein, etwa die Möglichkeit zu erben.^[15] Im Vergleich zur gesellschaftlichen Praxis in der Entstehungszeit des Islam war das tatsächlich ein maßgeblicher Fortschritt. Nur versäumt Dabbagh zu erwähnen, dass die Frau nach konservativer Auslegung des islamischen Rechts nur die Hälfte von dem erbt, was ihre Brüder bekommen.

Dabbagh reduziert Frauen auf ihre Rolle als Mutter, Tochter, Ehefrau oder Schwester. Eine Frau darf seinem Verständnis nach nur mit Erlaubnis ihres Vaters oder männlichen Vormunds heiraten, wobei ihr Schweigen als Einverständnis zur Ehe gewertet wird. Während Männer bis zu vier Frauen heiraten dürfen, ist einer Frau nur ein einziger Ehepartner erlaubt. Dabbagh predigt, dass Homosexuelle Gott fürchten und ihre Neigungen bekämpfen müssen.^[16] Was im 7. Jahrhundert üblich war, ist aus heutiger Sicht oft diskriminierend und reaktionär. Bloß: Wäre es nicht ebenfalls problematisch, anderen Menschen die Entscheidungsfreiheit abzusprechen, sich selbstbestimmt für konservative Familienmodelle und Geschlechterrollen zu entscheiden? Zumindest solange die Rechte anderer nicht verletzt werden, ist quietistischer Salafismus von der Religionsfreiheit gedeckt.

Unter Muslim*innen sind die ultrakonservativen Positionen von Hassan Dabbagh durchaus umstritten. Auch mit Blick auf die Al-Rahman-Moschee lässt sich feststellen, dass deren Besucher*innen mehrheitlich nicht dem salafistischen Spektrum angehören.^[17] Eine Studie des Islamwissenschaftlers Akim Zmerli hat kürzlich herausgearbeitet, dass Dabbaghs strikten Forderungen nach Regelbefolgung, fehlende Debattenkultur und die Politisierung von Predigten innerhalb der Gemeinde auch kritisch beurteilt werden.^[18] Dass die Moschee trotzdem attraktiv bleibt, geht nicht zuletzt auf den Mangel an Alternativen zurück.

Pauschale Kritik gegen die Moscheegemeinde wäre daher fehlgeleitet. Auch mit Blick auf Dabbagh bereitet es vor dem Hintergrund des antimuslimischen Rassismus in der Gesellschaft Bauchschmerzen, ein eindeutiges Urteil zu fällen. Der Anspruch, sowohl die Rechte von Frauen und queeren Menschen wie auch das Recht auf Religionsfreiheit zu berücksichtigen, macht es nicht einfacher. Ein guter Anfang wäre, ein nuanciertes Bild von Dabbagh zu zeichnen, das zwischen gerechtfertigter Kritik und dem haltlosen Vorwurf der Terrorimusunterstützung klar unterscheidet. ■

Maximilian Ellebrecht hat Politikwissenschaft, Arabistik und internationale Entwicklung studiert. Als freier Autor und Referent beschäftigt er sich mit den Themenkomplexen Westasien und Nordafrika, Islam und Migration.

[10] Sächsisches Obergerverwaltungsgericht (2017): Beschluss wegen Erteilung einer Betriebserlaubnis für eine Kindertagesstätte, hier: Antrag auf Zulassung der Berufung.

[11] YouTube vom 29.06.2013: Das islamische Urteil über Schi'a (Scheich Hassan Dabbagh)

[12] YouTube vom 24.04.2012: Leipzig: Hassan Dabbagh predigt Hass wie gegen Juden im Nazi-regime.

[13] YouTube vom 07.01.2020: Hassan Dabbagh (Abul Hussain) - Fitness Studio erlaubt?

[14] YouTube vom 18.05.2010: 4/14 - Die Stellung der Frau im Islām (TU Ilmenau v. 28.10.2009).

[15] YouTube vom 18.05.2010: 5/14 - Die Stellung der Frau im Islām (TU Ilmenau v. 28.10.2009).

[16] YouTube vom 31.05.2013. Riyad ul Jannah (2013): Sheikh Abul Hussein Fragen bzgl Homosexualität.

[17] Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2022): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2021, S. 190.

[18] Zmerli, Akim (2021): Soziale Dynamik und innerislamische Pluralität unter Besucher*innen der Al-Rahman-Moschee in Leipzig. In: Stenske, Leonie und Tom Bioly (Hrsg.): Muslimisches Leben in Ostdeutschland, Leipzig: Universität Leipzig, S. 57-73.

AUS DER EINE KURZE AUSWAHL VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGISCHER UND ANTISEMITISCHER EREIGNISSE

CHRONIK

22. September 2022, Oschatz Verschwörungsideologisches und antisemitisches Pamphlet in Oschatz verteilt

In Oschatz Briefkästen wird ein vierseitiger Brief vom „Bund gegen Anpassung“ verteilt. Dieser enthält einen zustimmenden Abdruck eines Briefes der „Kreishandwerkerschaft Halle-Saalekreis“ und einen kritischen Kommentar zu diesem. Dissenz gibt es bereits beim Einleitungssatz, in dem der Angriff Russlands auf die Ukraine „als schweres Kriegsverbrechen gesehen und kritisiert wird.“ Der Bund gegen Anpassung äußert im Gegensatz dazu Verständnis für den russischen Angriffskrieg. Die deutsche Regierung müsse die Weisung „von Soros, Rockefeller und Gates geführten US-Megakapitals ausführen“ - eine klar verschwörungsideologisch und antisemitische Argumentation. Der Kommentar reiht weitere kryptische Kritiken, geschichtsrevisionistische und antisemitische Argumentationen aneinander.

Der „Bund gegen Anpassung“ ist eine politische Sekte, als dessen Kopf Fritz Erik Hoevels gilt. Der Bund gibt die „Ketzerbriefe“ heraus und ist eng mit dem Ahriman-Verlag verbunden, welcher immer wieder zur Leipziger Buchmesse ausstellt.

19. September 2022, Leipzig Mord- und Bombendrohung gegen Veranstaltung mit Exil-Iranerin Mina Ahadi ausgesprochen

Die feministische Initiative Pro Choice Leipzig kündigt eine Veranstaltung zum Thema „Reproduktive Selbstbestimmung im Iran: Eine materialistische Kritik an Staat und Religion“ an, bei der die Aktivistin und Exil-Iranerin Mina Ahadi als Referentin geladen ist. Die Veranstaltung muss im Vorfeld in den digitalen Raum verlegt werden, da Mina Ahadi von Bekannten informiert wird, dass gegen sie telefonisch und anonym Morddrohungen

ausgesprochen wurden. Diese kämen aus Teheran, dort stünde sie auf einer Todesliste. Ebenso wird vor einem Bombenanschlag gegen die gemeinsame Veranstaltung mit Pro Choice Leipzig gewarnt, so berichtet die Initiative auf ihrem Instagram-Account. Weiterhin ist hier zu lesen, dass die Kommunistische Arbeiterpartei des Irans Ahadi darüber informierte, dass die Al Quds Brigaden, eine Spezialeinheit der iranischen Revolutionsgarden, öffentlich zu ihrer Ermordung aufrufen würden. Aufgrund der Ereignisse steht Mina Ahadi unter Polizeischutz.

Es ist nicht das erste Mal, dass gegen die Exil-Iranerin und Gründerin des Zentralrat der Ex-Muslime sowie gegen andere Iraner*innen, die im Exil leben und Kritik am iranischen Regime üben, Morddrohungen ausgesprochen werden. Dass Morddrohungen und -pläne nicht immer vereitelt werden können, zeigen zahlreiche Morde an Oppositionellen im Ausland, die das iranische Regime seit Jahrzehnten weltweit verübt.

18. Juli 2022, Leipzig Plakat israelischer Musikerin beschmiert

Ein Plakat auf der Leipziger Eisenbahnstraße wirbt für die Tour der israelischen Musikerin Noga Erez, die im August ein Konzert in Leipzig gibt.

Dem Gesicht der Musikerin, das auf dem Plakat abgebildet ist, wird mit schwarzer Farbe ein Oberlippenbart hinzugefügt, der vermutlich einen „Hitler-Bart“ symbolisieren soll. Mit dieser Darstellungsweise wird eine vermeintlich jüdische Person als Nationalsozialist*in gezeichnet. Die Gleichsetzung des israelischen Staats oder israelischer Bürger*innen mit dem Nationalsozialismus stellt eine Spielart des israelbezogenen Antisemitismus dar, der mittels dieser Gleichsetzung die Verbrechen der Shoa relativiert und zugleich antisemitische Vorstellung von Jüdinnen*Juden als per se „böartig“ reproduziert.

18. Juni 2022, Leipzig Dresdensia ficht gegen Soros-Puppe

Die extrem rechte Burschenschaft Dresdensia Leipzig veröffentlicht ein Foto auf ihrem Instagramaccount. Auf diesem ist eine Puppe zu sehen, die den Burschen als Trainingsgegenstand für ihre Fechtübungen dient. Auf die Puppe ist ein offensichtlich von Fechtliebenden zerschlagenes Foto des jüdischen Milliardärs George Soros angebracht. Dieser gilt wegen seiner Förderung demokratischer zivilgesellschaftlicher Projekte in rechten Kreisen als Feindbild und ist immer wieder antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt.

26. März 2022, Leipzig Antisemitische Äußerungen gegenüber Security

Eine Person äußert gegenüber zwei Sicherheitsmitarbeitern, dass Herr Selenskyj und die ukrainischen Soldaten „Judenschweine“ seien. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung wird eingestellt.

16. Januar 2022, Leipzig Verschwörungsideologischer Brief versendet

An ein Hausprojekt in Leipzig wird ein Brief mit antisemitischen und verschwörungsideologischen Inhalten versendet. Es ist von einer jüdischen Weltverschwörung die Rede, Juden wollten die Menschheit ausrotten und seien für Covid verantwortlich, so der Inhalt des Briefs in gebrochenem deutsch. Als Absender ist eine Postbox in Seattle Washington (PO Box 777 Seattle Wa 98107) angegeben, der Poststempel stammt vom 07. Januar 2022 und ist mit Spokane Washington ausgewiesen.

15. Dezember 2021, Leipzig Verschwörungsideologien und Antisemitismus in der TRAM

In der TRAM 3 unterhält sich zwischen Sportforum und Elsterpassage ein älteres Pärchen mit einer jungen Frau. Sie kommen ins Gespräch, weil alle drei in der vollen Bahn keine Masken tragen. Das Pärchen gibt an aus Wien zu stammen und beschwert sich, wie schwierig es dort als Ungeimpfte sei. Die junge Frau gibt an ebenfalls ungeimpft zu sein und prophezeit Ärger mit ihren Eltern und ihrer Familie zu Weihnachten. Das Pärchen erzählt der jungen Frau daraufhin allerlei verschwörungsideologische und antisemitische Propaganda. So seien z.B. die Rothschild's Schuld an der Pandemie, es gebe einen „Deep State“ und der Leipziger Oberbürgermeister würde offen mit der Antifa zusammenarbeiten. Die junge Frau polemisiert im Gespräch gegen die Grünen, da diese eine „frühkindliche Sexualisierung“ befürworten würden. Zum Abschluss des Gesprächs fragt die junge Frau nach Kontakten und Informationen zum Beispiel über Telegram, die sie für die Diskussion mit ihren Eltern gebrauchen könne. Daraufhin tauschen die drei Telefonnummern aus. In der vollen Bahn drehen sich zwar einige Leute zum Gespräch um, keiner unterbricht allerdings das Gespräch voller Falschinformationen, Verschwörungsideologien und Antisemitismus. Nachdem die junge Frau ausgestiegen ist, spricht eine Mitfahrende das Pärchen an, diese schreien sie daraufhin an.

12. November 2021, Colditz Kerze und Blumenstrauß von Gedenkstein zum 09. November entfernt

Eine Person wirft eine Kerze und einen Blumenstrauß, welche am 09. November 2021 auf einen Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus gelegt wurden, weg.

Bereits tags zuvor wurden die Kerzen mit Hakenkreuzen beschmiert. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung gegen einen Tatverdächtigen wird eingestellt.

22. Juli 2021, Bad Lausick Antisemitische Bedrohung

Ein Erwachsener aus Bad Lausick beleidigt seine Nachbarin antisemitisch und macht ihrem Sohn gegenüber die Geste des Halsabschneidens. Dafür wird er wegen Beleidigung in Tatmehrheit mit Bedrohung in zwei Fällen zu einer Gesamtgeldstrafe in Höhe von 50 Tagessätzen verurteilt. Bei der Strafzumessung wird das politische Motiv strafverschärfend berücksichtigt.

01. Juni 2021, Leipzig Plakate mit Israel-Flaggen in Connewitz übersprüht

In Connewitz werden an vielen Stellen im Stadtteil Plakate mit der Flagge Israels sowie dem Slogan „Solidarität mit Israel“ verklebt. Einigen scheint dies offensichtlich nicht zu passen, da ein Großteil der Plakate übersprüht oder abgerissen wird. Der Davidstern wird zum Teil durch ein Anarchie-A ersetzt. Bei einigen Plakaten wird der Davidstern durchgestrichen. Weiterhin finden sich vereinzelt Sticker mit dem Slogan „Fuck you Israel“.

23. Mai 2021, LK Nordsachsen AfD Nordsachsen verbreitet Verschwörungserzählung vom „Great Reset“

Der AfD Kreisverband Nordsachsen teilt auf Facebook das auf dem Parteitag in Dresden beschlossene Wahlprogramm für die Bundestagswahl. Der Post wird mit dem Satz „'Blue Deal' statt 'Great Reset!'“ eingeleitet.

„The Great Reset“ ist einerseits eine Initiative des Weltwirtschaftsforums (WEF) für eine Neugestaltung der weltweiten Wirtschaft und Gesellschaft nach der Corona-Pandemie. Fokus ist dabei unter anderem Nachhaltigkeit. Im Zuge der Coronaproteste ist der vermeintliche „Great Reset“ eines der häufigsten Motive, nur dass darunter eine Verschwörung von einer geheimen Gruppe verstanden wird, die sich zusammengeschlossen habe, um eine neue Weltordnung zu schaffen. Oft wird dabei die Corona-Pandemie als geplant beschrieben - geplant, um die globale Kontrolle über Politik und Wirtschaft zu übernehmen. Dieser Mythos ist klar als antisemitische Verschwörungserzählung einzuordnen. ■

**Sieh hin!
Schweig nicht!
Melde
antisemitische
Gewalt und
Diskriminierung!
Melde
verschwörungsideologische
und islamistische
Ereignisse!**

chronikLE.org
report-antisemitism.de

05 KAPITEL

ANTIFEMINISMUS

Während wir diesen Text verfassen, ist am 8. November 2022 eine Frau im Leipziger Hotel Adler ermordet worden. Sie musste sterben, weil sie eine Frau war. Und sie ist nicht die einzige. Seit 2011 wurden mindestens 13 weitere Frauen in Leipzig Opfer von Feminiziden; zwölf zusätzliche Morde werden von #KeineMehr als Verdachtsfälle eingestuft.

Patriarchale Gewalt ist für viele FLINTA* Personen (Frauen, Lesben, inter, non-binary, trans und agender* Personen) Alltag. Davon erzählen auch die folgenden Texte, die wir hier unter dem Begriff des Antifeminismus fassen. Antifeminismus beschreibt dabei Einstellungsmuster und Verhaltensweisen, die sich zum einen explizit gegen FLINTA* Personen, zum anderen aber auch gegen feministische Bestrebungen und deren Errungenschaften richten.

So zeigt *Marie Künne* in ihrem Artikel auf, dass Antifeminismus oftmals nicht allein daherkommt, sondern meist mit rechten und antisemitischen (Verschwörungs-)Ideologien verwoben ist, die die verschiedensten Akteur*innen im vermeintlichen „Kampf gegen die Feminismus-Agenda“ vereint. Ähnliche fundamental christliche und rechte Akteur*innen fanden sich auch bei der „Fachtagung des Bundesverbandes Lebensrecht“ ein, von der die *Feministische Recherche Crew* berichtet. Dort haben sich im Rahmen der „Woche für das Leben“ christlich-fundamentalistische Abtreibungsgegner*innen versammelt. Wie schwer es ungewollt schwangere Personen auch ohne diese selbsternannten „Lebensschützer*innen“ während der Corona-Pandemie haben, welche Hürden sie meistern müssen, davon schreiben *Pro Choice Leipzig*. Die Autor*innen analysieren hier gewaltige Missstände und schaffen dabei Sichtbarkeit. Sie gehen aber auch darüber hinaus, zeigen Gegenwehr und Selbstermächtigung. Davon handelt auch das Interview mit der *Gruppe Mora*, einer Vernetzung von Betroffenen, die sich gründete, nachdem 2020 bekannt wurde, dass Spannervideos auf dem linken Festival „Monis Rache“ aufgenommen wurden. Anlässlich der Veröffentlichung ihres Buches „Piss on Patriarchy“ hat die Gruppe mit uns gesprochen. ■





DER VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGISCHE WAHN EINER „FEMINISMUS-AGENDA“

von Marie Künne

Seitdem es Frauen und Aktivist*innen gibt, die für die Rechte von Frauen und allen von Diskriminierung betroffenen Menschen auf die Straßen und in die Parlamente ziehen, gibt es auch deren Gegner*innen. Antifeminismus als politische Programmatik, so kann man sagen, ist genauso alt wie die feministische Bewegung an sich.

[1] Vgl. Juliane Lang, Ulrich Peters (Hg., 2018): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg: Marta Press.

So wie sich auch feministische Theorie und Praxis über die Jahrzehnte weiterentwickelten, so verschoben und veränderten sich auch Teile antifeministischer Argumentationsmuster und Feindbilder. Richten sich die historischen Vorläufer des heutigen Antifeminismus noch vor allem gegen die Idee der Gleichheit der Geschlechter, so behauptet der Antifeminismus heute hingegen von sich selbst oft, auf Seite „der Frauen“ zu stehen. Es gibt sogar antifeministische Akteur*innen, die sich selbst als „Feminist*innen“ bezeichnen, da sie für die „Rechte von Frauen“ eintreten würden. Antifeminismus beruht auf der Grundannahme, dass es sich bei Geschlecht um eine von der Biologie definierte bi-

näre Kategorie handeln würde. Soziale Konstruktion von Geschlechtlichkeit wird negiert sowie auch jede Geschlechtsidentität, die außerhalb des binären Spektrums von Mann und Frau liegt.^[1] Wenn Antifeminist*innen sich also angeblich für die Rechte von „Frauen“ einsetzen, dann meinen sie damit, dass sie sich nur für diejenigen Menschen einsetzen, die diesem biologistischen und essentialisierenden Vorstellungen von Geschlechtsidentität entsprechen. Trans und queeren Frauen hingegen wird ihr Frausein aberkannt.

Verschwörungserzählungen sind seit jeher Teil antifeministischer Ideologie. Die grundlegende Behauptung von Verschwörungserzählungen, dass es eine kleine mächtige Gruppe gäbe, die im Geheimen eine Verschwörung plane, um der Bevölkerung Schaden zuzufügen, wird antifeministisch interpretiert: Gleichstellungsbewegungen werden als vermeintliche Instrumentalisierung der Bevölkerung durch „geheime Eliten“ beschworen und der Feminismus als politische Bewegung wird zur geheimen, weltumgreifenden „Agenda“. Neben der antifeministischen



Der rechte Kampfbegriff „Homolobby“ wird von Lesben und Schwulen häufig selbstironisch wiederangeeignet. So auch beim ersten CSD am 24.09.2022 in Döbeln.

Verschwörungserzählung eines als „omnipotent“ dargestellten Feminismus ist in den letzten Jahren noch die Erzählung der „Gender-Ideologie“ als Bedrohung der natürlichen Ordnung getreten. Emanzipationsbewegungen rund um die Pluralisierung von Geschlechtsidentitäten, familiären Lebensformen und die freie Entfaltung von Sexualitäten werden in antifeministischen Verschwörungserzählungen zu Angriffsszenarien konstruiert, die einem vermeintlichen Plan mit dem Ziel der Weltverschwörung dienen. Lebensrealitäten von queeren und aufgrund ihrer Sexualität marginalisierten Menschen werden nicht nur unsichtbar gemacht, sondern zu vermeintlichen „bösen Mächtschäften“ stilisiert und delegitimiert.

Die Verbindung von Verschwörungsideologien und Antifeminismus drückt sich nicht zuletzt in ihrer identitätsstiftenden Funktion aus. Vereinfachte Welterklärungen und homogene Identitätsangebote machen Verschwörungsideologien besonders in Krisenzeiten attraktiv. Was als Krise empfunden wird, wie Menschen auf sie reagieren und welche Identitätsangebote für sie besonders anziehend sind, ist von vielen Faktoren abhängig.^[2] Innerhalb von sich verändernden Vorstellungen von Geschlechterrollen wirken regressive, autoritäre und homogene Gesellschaftsentwürfe wie die des Antifeminismus identitätsstiftend. Gesellschaftliche Veränderungen bestehen aus Brüchen und Widersprüchen und fordern den Umgang mit Komplexität und Pluralismus. Durch die Verschiebung und Auflösung von etablierten Geschlechterrollen, Normen und Hierarchien entsteht Verunsicherung. Als Reaktionen auf die sich verändernden Verhältnisse gab es seit jeher auch Widerstand und Ablehnung. Antifeministische Verschwörungsideologien sind Ausdruck einer solchen antimodernen Ablehnung. In der Vorstellung davon, dass Geschlechterverhältnisse auf einer „natürlichen Ordnung“ beruhen würden, drückt sich das zentrale antimoderne Motiv einer imaginierten Natürlichkeit aus, die Anschlussmoment für andere antimoderne Geisteshaltungen ist.

Welches Radikalisierungs- und Gefahrenpotential von dieser regressiv aufgelösten Empörung ausgeht, zeigen Hasskampagnen gegen Frauen, Feminist*innen und queere Menschen und Institutionen auf der Straße und im Netz. Gewalt und Übergriffe gegen Queers bis hin zu den rechtsterroristischen Attentaten der letzten Jahre sind Ausdruck des eliminatorischen Charakters, den antifeministisches Verschwörungdenken entwickeln kann.^[3]

Antifeministische Verschwörungsideologien im Kontext der Coronaproteste auf den Straßen von Sachsen

Dass es sich bei verschwörungsideologischem Antifeminismus nicht um ein Randphänomen in der Gesell-

schaft handelt, zeigt sich auch anhand der Coronaproteste. Dabei soll an dieser Stelle ein regionalspezifischer Blick auf Sachsen geworfen werden.

Seit den ersten Maßnahmen durch die Bundesregierung zur Eindämmung des Pandemiegeschehens in Deutschland, haben sich Proteste in ganz Deutschland formiert. Bemerkenswert war von Beginn an die Heterogenität der Demonstrierenden: Neben Hippies, Esoteriker*innen und Impfgegner*innen laufen Rechtsradikale, Hooligans und sich als apolitisch verstehende besorgte Bürger*innen. Diese teils kruden Allianzen eint teilweise nicht zuletzt ihr antifeministisches und verschwörungsideologisches Gedankengut. Auf der Akteur*innenebene ist dabei zu beobachten, dass antifeministische Akteur*innen aus Sachsen die Proteste begleitet und mitgestaltet haben. Aber auch auf inhaltlicher Ebene zeigen sich die ideologische Verbindungen.

Die sogenannte Lebensschutzbewegung im Erzgebirge kann sicherlich als eine antifeministische Hochburg in Sachsen bezeichnet werden. Jedes Jahr organisiert eine Mischung aus fundamentalistischen Christ*innen, Erzkonservativen und völkischen Akteur*innen den sogenannten Marsch für das Leben, auf dem hunderte Abtreibungsgegner*innen in Annaberg-Buchholz zusammenkommen.

Ursprünglich wurde der Marsch von Mitgliedern der CDU organisiert, die die Untergruppe CDL – Christdemokraten für das Leben gründeten. Heute ist der Träger der Veranstaltung ein Verein mit dem Namen Lebensrecht Sachsen e.V. Unter den Mitbegründer*innen und heute stellvertretender Vorsitzender des CDL ist Thomas Schneider. Dieser hat sich mittlerweile aus der Organisation des Marsch für das Leben zurückgezogen und betreibt heute die Homepage NichtImpfen.de und den dazugehörigen Telegram-Kanal. Auf beiden Medien werden Verschwörungserzählungen verbreitet, die von angeblichen Zusammenhängen zwischen sinkenden Geburtenraten, steigenden Abtreibungszahlen in Deutschland und der Corona-Schutz-Impfung berichten. Regelmäßig mobilisiert Thomas Schneider über seinen Telegram-Kanal außerdem zu den Protesten von Coronaleugner*innen, bzw. zu den sogenannten Energie-Protesten.

Eine sich im Kontext der Coronapandemie neuformierte Organisation von Verschwörungsideolog*innen, Antifeminist*innen und „besorgten Bürger*innen“ ist die bundesweite Vernetzung „Eltern Stehen auf!“. Als Querdenken-nahe Organisation wird über eine Homepage, aber vor allem über regionale Telegram-Gruppen regelmäßig zu Protesten mobilisiert. Bei einem Blick in die Telegramgruppe

[2] Vgl. Backöfer, Geffken, Kracher (2022): Entschwörung konkret – Wie viel Geschlecht steckt in Verschwörungsideologien?

[3] Vgl. Hermann, Melanie (2020): Antimoderner Abwehrkampf – Zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antifeminismus. Online abrufbar unter idz-jena.de



Feministische Demonstrierende stellen klar: Feministischer Kampftag ist jeden Tag!

[4] Quelle: Mitschnitte auf dem Telegram Kanal „Freie Sachsen Nordsachsen“ vom 3.10.2022 in Eilenburg und am 10.10.2022 in Belgern

„Eltern Stehen auf Sachsen“ wird deutlich: auch antifeministische Verschwörungsideologien werden über den Kanal verbreitet. Schlagzeilen wie „Das ist Queer-Propaganda“, oder „Pornografie und Frühsexualisierung in staatlichen Bildungseinrichtungen“ folgen Aussprüche wie „Friede sei mit uns allen!“. Die Gruppe ist jeweils in lokale Untergruppen organisiert. In der Telegramgruppe für Leipzig und Nordsachsen wurde in der Vergangenheit zu den Corona-Großdemonstrationen in Leipzig mobilisiert. Bei diesen hatten wiederholt gewaltbereite Neonazis teilgenommen. Auch die von rechts dominierten Energie-Proteste, die im Kontext des Ukrainekrieges groß geworden sind, werden von „Eltern stehen auf“, sowie von den Impf- und Abtreibungsgegner*innen aus dem Erzgebirge beworben.

Ebenfalls im Kontext der Coronapandemie gegründet hat sich die rechtsextreme Splitterpartei Freie Sachsen. Diese Sammelbewegung aus rechten Akteur*innen (u.a. ProChemnitz, NPD, Querdenken) dominiert seit Frühjahr 2021 die Mobilisierung zu den Coronaprotesten und nun auch zu den sogenannten Energie-Protesten in Sachsen. Bei der Landratswahl in Nordsachsen 2022 gewann die Kandidatin der Freien Sachsen, Uta Hesse, ganze 20 Prozent der Stimmen. Uta Hesse tourt mittlerweile durch Nordsachsen und hält Redebeiträge auf den „Spaziergängen“, in denen sie von einem drohenden „Biozid“ und vergifteten Coronatests spricht. Diese würden in erster Linie Kinder gefährden.^[4]

Neuerdings wirbt Uta Hesse außerdem mit einem

neuen Format, dem „Mädelsstammtisch“, eine „Gesprächsrunde speziell für Frauen und Kinder“, in der über Themen wie Gesundheit, Hygiene und Umwelt gesprochen werden soll. Die Instrumentalisierung und Chiffrierung des Themas „Kindeswohl“ ist unter organisiert antifeministischen Akteur*innen weit verbreitet und geht in konservativen bis rechtsextremen Kontexten mit der Ablehnung von feministischen Idealen einher. Frauen werden nicht als politische Akteurinnen, sondern als „Mädels“ über Themen angesprochen, die in konservativen Rollenverständnissen als „Frauthemen“ gelten. Das binäre und heteronormative Verständnis von Geschlechterrollen der Freien Sachsen drückt sich hierin aus.

Die Beispiele zeigen: Sowohl auf der Ebene der Akteur*innen als auch auf der inhaltlichen Ebene stehen sich Coronaleugner*innen und Antifeminist*innen näher, als eins vielleicht denkt. Diese Erkenntnis sollte jedoch mit einem Blick auf die historische Verbindung von Verschwörungsideologien und Antifeminismus auch nicht überraschen. Letztlich stehen die Coronaproteste in einer Kontinuität von Protestbewegungen, die unbedingt als Abbild davon verstanden werden sollten, wie weit menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft verbreitet sind – Antifeminist*innen sind keine extreme Randerscheinung. Sie bedrohen die Rechte von Frauen, queeren und trans Menschen jeden Tag. ■

Marie Künne ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als politische Bildnerin und Referentin für Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Antifeminismus in Sachsen.

EINE FRAGE DER PRIORITÄTEN:

Ungewollt schwanger in der Pandemie

von Pro Choice Leipzig

Seit über 150 Jahren gibt es in Deutschland den Paragraphen 218, der Schwangerschaftsabbrüche im Strafgesetzbuch in die Nähe von Tötungsdelikten stellt. Ein straffreier Abbruch ist nur dann möglich, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Das Gesundheitssystem ist dem Bedarf jedoch, insbesondere im ländlichen Raum, nicht gewachsen.

Im Jahr 2020 entschieden sich 5084 Personen aus Sachsen für einen Abort ihrer Schwangerschaft.^[1] Schon vor den pandemischen Beschränkungen wurde das Gesundheitssystem dem sich daraus ergebenden Bedarf kaum gerecht, doch während der Coronazeit sahen sich Betroffene mit noch eklatanteren Versorgungslücken und neuen Hürden konfrontiert. Die Schließung von Behörden wie Krankenkassen, fehlende Kinderbetreuung, die kompliziertere Wahrnehmung mehrerer Termine während der Kontaktbeschränkungen oder auch das Fehlen digitaler Beratungsangebote sorgte für eine weitere Zuspitzung der Lage.

Schwangerschaftskonfliktberatung in Leipzig und im Umland

Trotz dieser Schwierigkeiten blieben die Zahlen der Leipziger Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen konstant. Der DRK-Kreisverband sah 2020 die größten Schwierigkeiten nicht in der Beratung selbst. Alle bereits vereinbarten Termine konnten dort weiter stattfinden und auch das Beratungsangebot blieb unverändert. Das eigentliche Problem lag im Danach – der Ausstellung des Beratungsscheines. Ohne einen solchen Schein begehen Abtreibungswillige eine Straftat nach §218 StGB, die mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren belegt ist. Wurden die Pflichtberatungen im Zuge der Kontaktbeschränkungen digital oder per Telefon durchgeführt, sah ein Erlass des Gesundheitsministeriums in der Theorie vor, diesen Beratungsschein auch digital ausstellen zu können. Jedoch berichteten Klient*innen des DRK, dass diese in den Kliniken nicht akzeptiert wurden, begründet wurde dies mit der fehlenden Originalunterschrift der Ausdrucke. Dies wiederum führte für die Betroffenen zu einem Zeitverzug, da sie nun entweder persönlich zur Beratungsstelle oder mehrere Tage auf eine postalische Zustellung warten mussten. Im Zweifel bedeutete das, die gesetzliche Frist für eine Abtreibung von zwölf Wochen nicht einhalten zu können.

Auch diejenigen, die auf eine Kostenübernahme der Krankenkasse warteten, liefen Gefahr, die Frist zu überschreiten. In der Regel müssen die Kosten für den Eingriff zwischen 350 bis 600€ selbst getragen werden, unter bestimmten Voraussetzungen, wie einem Einkommen unter der monatlichen Grenze von 1258€ (Stand Juli 2020) kann ein Antrag zur Übernahme gestellt werden.^[2] Während der Pandemiezeit schlossen jedoch viele Krankenkassen ihre Filialen für Besucher*innen, eine persönliche Abholung der Anträge war damit nicht möglich. Das Vorgehen sah deshalb wie folgt aus: Die Klient*innen riefen bei ihrer Krankenkasse an, diese schickte ihnen die Unterlagen per Post und ließ sich dann die ausgefüllten und unterschriebenen Formulare wiederum postalisch zurücksenden. Der Zeitraum, der damit zwischen gynäkologisch bestätigter Schwangerschaft und dem tatsächlichen Abbruch vergeht, brachte und bringt noch immer das Selbstbestimmungsrecht von schwangeren Personen in Gefahr. Trotz Druck seitens ProFamilia gibt es bis heute weder die Möglichkeit, den Antrag digital einzureichen, noch gibt es ein einheitliches Formular, das die niedrigschwellige Arbeit der Beratungsstellen erheblich erleichtern würde.

Ein Blick ins Leipziger Umland macht ähnliche Verhältnisse deutlich. Die AWO Nordsachsen beispielsweise stellte zwar ebenfalls keinen Rückgang der Beratungszahlen fest und konnte ihr Angebot weiterhin regulär durchführen. Während der gesamten Zeit wurden zudem alle Gespräche mit entsprechenden Hygienestandards persönlich durchgeführt, sodass der Beratungsschein ohne zeitliche Verzögerung ausgestellt werden konnte. Aber auch hier stellte der Weg zur Kostenübernahme die größte Problematik dar.

In Leipzig wie in Nordsachsen kam erschwerend hinzu, dass Betroffene keine Begleitpersonen zu Kliniken und Praxen mitbringen konnten, was für einige zu einer zusätzlichen mentalen Belastung führen kann. Überhaupt verschärfte sich die angespannte Versorgungslage von Praxen und Kliniken, die Abbrüche vornehmen. Seit 2018 gibt es in Sachsen acht solcher sogenannten „Meldestellen“ weniger. Meldestellen, das sind alle die Orte, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden. Ob es sich in Sachsen dabei um geschlossene Kliniken oder Praxen handelt oder ob die Stellen schlicht keine Abbrüche mehr anbieten, geht aus den Aufzeichnungen des Statistischen Bundesamtes jedoch nicht hervor.

[1] Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen

[2] Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs: online abrufbar unter familienplanung.de

[3] AfD: Grußwort des Bundesvorstandes zum Marsch für das Leben.

Auch das Land hat keinen Überblick

Noch nicht einmal die Landesregierung hat einen Überblick darüber, wo Abtreibungen durchgeführt werden und wieso Meldestellen verschwinden. Das Sozialministerium verweist bei Anfragen auf das Statistische Bundesamt. Noch bis 2019 war eine öffentliche Information darüber, ob eine Praxis oder Klinik Abbrüche durchführt, ohnehin strafbar. Nach einer Gesetzesänderung im selben Jahr wurde dies zwar erlaubt, aber Angaben über Methoden und Kosten blieben unter §219 StGB strafbar. Die Informationslage für betroffene Personen gestaltete sich dementsprechend dünn. Der Paragraph 219 wurde am 24. Juni 2022 zwar – längst überfällig – abgeschafft, dennoch hat seine Streichung wenig an der Informationslage geändert. Obgleich die Bundesärztekammer sich bemüht, durch eine online einsehbare Liste mit Praxen und Kliniken diesen Mangel zu beheben, bleibt die Stigmatisierung und Gefährdung dieser Anlaufstellen bestehen. So ist es auch wenig verwunderlich, dass sich auf dieser Liste nicht eine Anlaufstelle in Nordsachsen findet (Stand 11.08.2022). Dabei gibt es dort wenigstens eine Klinik, die Abbrüche durchführt. Die AWO Nordsachsen sprach 2020 sogar noch von vier verschiedenen Stellen im Umkreis von 25 km, bei denen Betroffene eine Abtreibung durchführen lassen können. Diese Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Versorgungslage und den bereitgestellten Informationen im Netz führt im Zweifel dazu, dass betroffene Personen mehr Ressourcen aufwenden müssen, als es eigentlich nötig wäre.

Belästigungen im Namen Gottes

Doch nicht nur bei der Frage nach dem Wo stößt man auf eine eklatante Datenlücke, es wird zudem kaum statistisch erfasst, wie oft es zu Einschüchterungsversuchen vor Anlaufstellen kommt. Abtreibungsgegner*innen nutzen dafür verschiedenste Mittel, etwa in Form von Mahnwachen, Flugblättern mit verstörend überzeichneten Darstellungen von angeblichen Abtreibungen oder auch direkt durch offensives Ansprechen von betroffenen Personen. Trotz des extremen psychischen Drucks, der damit auf die Betroffenen ausgeübt wird und der Erschwerung der Abläufe in den Beratungsstellen sind diese gezielten Störaktionen kein eigener Straftatbestand. Dabei kommt ein Gutachten des Gunda-Werner-Institutes für Feminismus und Geschlechterdemokratie aus dem Jahr 2021 zu dem Schluss, dass es sehr wohl Möglichkeiten gäbe, entsprechende gesetzliche Neuregelungen verfassungskonform umzusetzen. Zwar stehen dabei die Grundrechte der Versammlungs- und Religionsfreiheit in Konflikt mit dem der körperlichen Selbstbestimmung, dennoch überwiegt nach Einschätzung der Gutachter*innen die staatliche Schutzpflicht gegenüber den Frauen und Mitarbeiter*innen der Beratungsstellen bzw. der Kliniken und Praxen.

Dass es nicht bei einzelnen Übergriffen bleibt, sondern radikale Abtreibungsgegner*innen sich auch in gemeinsamen Bündnissen wiederfinden, zeigt ein aktuelles Beispiel aus Leipzig. Im April 2022 fand die Eröffnung der sogenannten Woche für das Leben statt, dabei luden die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz unter dem Thema der Demenz nach Leipzig ein. Auch der christlich-fundamentalistische Verein Bundesverband Lebensrecht (BVL) lud zeitgleich zu einer Fachtagung in der Nähe ein, allerdings wurde sich dort gemeinsam mit „Expert*innen“ über rückwärtsgewandte Ansichten gegenüber Schwangerschaftsabbrüchen und körperlicher Selbstbestimmung ausgetauscht. Das ist kein Zufall, sondern so bereits jahrelange Praxis. Der BVL fordert seit seiner Gründung im Jahr 2001 ein komplettes Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen und erhält dafür Unterstützung von rechten Kräften, den Kirchen, dem Adel und der CDU/CSU. An dem von dem BVL organisierten Schweigemarsch in Berlin nehmen beispielsweise Mitglieder der Identitären Bewegung, einer völkisch-nationalistischen Vereinigung, teil. Auch die AfD findet sich im Unterstützer*innenkreis wieder. Beatrix von Storch nimmt regelmäßig am Berliner Schweigemarsch teil, auf der Website der AfD rühmt diese sich sogar, dass sie die einzige Partei sei, die sich „für die Rechte ungeborener Kinder“ stark mache und sendet ein Grußwort nach Berlin.^[3] Die Verstrickung zu rechten Kreisen ist auch intern klar erkennbar. So sind mehrere Vereinsvorstehende selbst im rechten Milieu unterwegs, Alexandra Maria Lindner beispielsweise vergleicht in ihrem Buch „Geschäft Abtreibung“ Schwangerschaftsabbrüche mit dem Holocaust.

In Leipzig gab es an diesem Tag im April 2022 vom feministischen Bündnis für Selbstbestimmung einen lautstarken Gegenprotest in Hör- und Sichtweite vor der Alten Handelsbörse, der die reaktionären Positionen der Teilnehmenden der Fachtagung im öffentlichen Diskurs nicht unwidersprochen ließ. Solche Aktionen von lokalen Akteur*innen erschweren zwar den Aufbau konservativer Strukturen, dennoch kann der Kampf um reproduktive Selbstbestimmung nur gesamtgesellschaftlich bestritten werden. Denn allzu oft wird in der Debatte vergessen, dass Verbote noch nie Abtreibungen verhindert haben, wohl aber Leben gefährden. Die Devise muss daher immer lauten: Leben schützen heißt Abtreibungen legalisieren. ■

Pro Choice Leipzig setzt sich für das Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung ein. Dafür schaffen sie kostenlose Bildungsangebote, leisten Recherchearbeit und organisieren Demonstrationen. Dazu zählt auch der Gegenprotest zum christlich-fundamentalistischen Schweigemarsch, der jährlich in Annaberg-Buchholz stattfindet. Die Teilnehmenden marschieren dort für ein komplettes Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen auf, sie hingegen fordern die endgültige Streichung des §218 aus dem StGB und somit eine vollständige Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

photo: Christoph Heitke



Den Spieß umdrehen: „Du bist gegen Abtreibung? Dann mach eine Vasektomie!“

SUPPORT PRO CHOICE AKTIVISMUS!

Auseinandersetzung mit der Fachtagung des Bundesverband Lebensrecht am 30. April 2022 und der feministischen Intervention dagegen

von einer feministischen Recherche Crew

Ende April 2022 hat im Rahmen der christlichen „Woche für das Leben“ eine Tagung christlich-fundamentalistischer Abtreibungsgegner in Leipzig stattgefunden. In Sachsen sind organisierte Abtreibungsgegner und ihre zahlreichen antifeministischen Bemühungen kein neues Phänomen. Viele Gruppen der sogenannten Lebensschützer*innen haben außerdem Verbindungen in die rechte, verschwörungsideologische Szene. Leipziger Feminist*innen haben natürlich interveniert, widersprochen und recherchiert.

[1] Achtelik, Kirsten; Sanders, Eike; Jentsch, Ulli (2018): Kulturkampf und Gewissen: Medizinethische Strategien der »Lebensschutz«-Bewegung. Verbrecher Verlag, Berlin.

Unter dem diesjährigen Motto „Mittendrin. Leben mit Demenz“ luden am Samstag, den 30. April 2022 die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz nach Leipzig zur Eröffnung der jährlich stattfindenden Woche für das Leben (WfDL) ein. Das christliche Engagement für Menschen, die an Demenz erkranken, wirkt zunächst harmlos, doch es lohnt ein Blick auf die Veranstalter*innen, Gäste und vergangenen Themen der Woche. Die WfDL ist eine seit 1991 regelmäßig veranstaltete ökumenische Themenwoche. In ihrer aller ersten Ausgabe stand das Thema „Schutz des ungeborenen Kindes“ im Zentrum, da damals durch die deutsche Wiedervereinigung die Rechtsprechung zu Abtreibung neu diskutiert wurde. Die WfDL widmet sich im Generellen dem „Schutz des Lebens“ und der „Würde des Menschen“, wobei beides christlich-konservativ besetzt wird. Selbstbestimmung im Sterben wird in diesem Zusammenhang oft mit Eutha-

nasie gleichgesetzt und bei reproduktiven Rechten misogyn und völkisch argumentiert.^[1]

Die Szene der selbsternannten Lebensschützer*innen ist breit aufgestellt. Sie halten Kongresse, Fachtagungen, Demonstrationen ab, verklagen Mediziner*innen und organisieren Gehsteigbelästigungen vor gynäkologischen Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Zu ihrer Organisationsstruktur gehören auch viele Vereine – eine Taktik, um unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. So war es auch in der Recherche zur Fachtagung des Bundesverband Lebensrecht nicht einfach zu durchblicken, welche Vereine und Redner*innen der Anti-Choice-Bewegung zuzuordnen sind. Die Woche für das Leben mit ihrem hiesigen Programm und renommierten Gästen bot für sie eine öffentlichkeitswirksame Plattform für ihre misogynen Ziele, indem die Fachtagung als Teil des Programms der WfDL abgebildet und beworben wurde.

Die Selbstbezeichnung als „Lebensschutz“-Bewegung ist widersprüchlich. Andere Begriffe sind treffender: Anti-Choice-Bewegung oder Abtreibungsgegner*innen. Diese beschreiben jedoch nicht die Vielzahl an Themen, welchen sich die sog. „Lebensschutz“-Bewegung annimmt. Zwar wird sich stark auf die Einschränkung sexueller und reproduktiver Rechte von FLINTA*s fokussiert, gleichzeitig bedienen sich die Akteur*innen jedoch auch anderen Themen, die ihrem Narrativ des „Schutzes des Lebens von



Feministische Demonstrant*innen stellen sich gegen den christlich-fundamentalistischen „Bundesverband Lebensrecht“

Beginn bis zum Ende“ folgen. Durch ihre starke christliche Prägung und dem Glauben, dass das Leben mit „Vereinigung von Samen- und Eizelle“ entstehe, dass es somit von diesem Zeitpunkt an schützenswert sei, passt auch der Begriff der christlichen Fundamentalist*innen. Unabhängig davon, wie wir sie oder wie sie sich selbst nennen: Lebensschutz wird durch sie nicht betrieben. Die Anti-Choice-Bewegung setzt sich aktiv und organisiert gegen die Möglichkeit ein, eine Abtreibung durchführen lassen zu können.

Kulturkampf in der Alten Börse

Den Auftakt der Festwoche bildeten ein vom Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) übertragener Eröffnungsgottesdienst, eine Podiumsdiskussion in der Nikolaikirche sowie ein daran anschließendes Programm einer „Begegnungsinself“ mit verschiedenen Ständen im Nikolaikirchhof.

Der Bundesverband Lebensrecht (BVL) war eine der geladenen Initiativen. Der christlich-fundamentalistische Verein ist als Zusammenschluss verschiedener Lebensschutz-Vereine 2001 gegründet worden und hat das Ziel, ein vollständiges Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen zu erreichen. Der BVL organisiert z.B. den Marsch für das Leben in Berlin. Im Vorstand sind Alexandra Maria Lindner, Hartmut Steeb, Cornelia Kaminski, Mechthild Löhr und Prof. Dr. Paul Cullen. Ziel sei es laut eigenen Angaben, „Ungeborene als auch geborene Menschen von der Zeugung bis zum Tod und deren Würde zu schützen“ und somit Abtreibungen zu kriminalisieren und zu verbieten.

Der Marsch für das Leben – ehemals 1000 Kreuze für das Leben – zählt zu einer der wichtigsten Aktionsformen der Anti-Choice-Bewegung in der Öffentlichkeit. 2002 fand die erste Demonstration statt, bei der weiße Kreuze getragen wurden, die symbolisch für 1000 Kinder stehen, die angeblich täglich abgetrieben werden. Der Marsch für

das Leben wird zudem durch die Deutsche Evangelische Allianz und Treffen Christlicher Lebensrecht-Gruppen befürwortet, als auch gestützt und erhält des Weiteren internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung, beispielsweise aus Polen. Alexandra Maria Lindner schrieb 2009 das Buch „Geschäft Abtreibung“, in dem sie Abtreibungen mit dem Holocaust verglich; Hartmut Steeb bedient sich in seinen Facebook-Posts u. a. dem Narrativ des „LGBT-Umerziehens“, mit dem er versucht, Aufklärung, sexuelle Bildung und queeren Aktivismus zu framen und zu diskreditieren. Teil des BVL ist der Verein Lebensrecht Sachsen e.V., den Thomas Schneider nach seinem Austritt aus der CDU gründete. Lebensrecht Sachsen ist seit 2016 für die Organisation des Schweigemarsches in Annaberg-Buchholz zuständig, einer Anti-Abtreibungs-Demonstration. Thomas Schneider ist ebenso Vorsitzender des Kreisverbandes Erzgebirge der Christdemokraten für das Leben e.V. und hat 2011 die „Aktion Linkstrend stoppen Sachsen“ initiiert. Diese Basisgruppe für rechte CDU-Mitglieder machte durch Veröffentlichungen wie das „Manifest gegen den Linkstrend“ auf sich aufmerksam und deren Aktivitäten hatten das Ziel, rechte Wählerstimmen bei der CDU zu halten, statt an Parteien rechts der CDU zu verlieren. Außerdem wirbt der Verein Lebensrecht Sachsen auf seiner Internetseite mit Artikeln aus der Jungen Freiheit und Parteiprogrammen der AfD. Er will somit Fundamentalist*innen über Parteigrenzen hinaus in (neu-)rechte Strukturen vernetzen.

Im Anschluss an den Eröffnungsgottesdienst lud der BVL von 13 bis 17 Uhr zu einer Fachtagung zum Thema „Fortschritt ohne Grenzen – Wohin führt die Optimierung des Menschen?“ in die Alte Handelsbörse ein. Der BVL benennt auf seiner Webseite die „Aufhebung fast aller rechtlichen Schranken“ von reproduktiver Selbstbestimmung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien als Motivation für die Themensetzung.



[2] Christdemokraten für das Leben: Grundlagen

[3] o.A.: Hätt' Maria abgetrieben... Christlicher Fundamentalismus, vermeintlicher Lebensschutz und ihre Verstrickungen, online abrufbar unter [schweigemarsch-stoppen.de](https://www.schweigemarsch-stoppen.de)

Die hier geladenen Redner*innen wirken, laut der Broschüre zur Fachtagung, erstmal seriös. Sie haben akademische Grade, arbeiten an bekannten Universitäten und erwecken so den Anschein, neutral und objektiv mit Fakten umzugehen. Bei den einleitenden Texten für die Vorträge (und spätestens bei den Vorträgen selbst) wird jedoch klar: mit Hilfe von Pseudowissenschaften wird versucht, den eigenen (ideologischen) Standpunkt zu legitimieren. Dabei wird sich, unterschwellig, einem verschwörungsideologischen Narrativ angenommen, nach der Devise: wir sind eine Gruppe, die etwas verstanden/ aufgedeckt hat, was ein großer Teil der Bevölkerung noch erkennen muss. Der Staat, Wissenschaftsakademien, „profitierende“ Pharmaunternehmen und Mediziner*innen bereiten und planen angeblich eine „Neubewertung des menschlichen Lebens“. Eine christlich-fundamentalistische Ideologie wird in ihren Argumentationsstrukturen deutlich erkennbar.

Es wundert uns nicht, dass die christliche Kirche den BVL einlädt. Das christliche Bekenntnis eint die Anti-Choice-Bewegung, ihr Berufen auf Gott und Themen wie restriktive Sexualmoral, angeblich natürliche Zweigeschlechtlichkeit oder „Widerstand gegen die Gender-Ideologie“ vereint sie mit anderen Konservativen und Rechten. Lebensschützer*innen bekommen Unterstützung von rechten und konservativen Parteien und Vereinen wie der AfD, der Jungen Union oder den Christdemokraten für das Leben. Letztere ist eine Initiative von CDU/CSU, die das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche als Verstoß gegen die Menschenwürde wertet. Sie schreiben in ihrem Selbstverständnis: „Insbesondere der mangelhafte Schutz der ungeborenen Kinder ist mit diesen Maßstäben unvereinbar. Er gefährdet die Glaubwürdigkeit des Staates und der ihn tragenden Parteien.“^[2]

Die Einladung der BVL und die Möglichkeit der Woche für das Leben, einen Teil des Programms zu gestalten, signalisiert, dass die Organisator*innen der Woche und ihre Unterstützer*innen reaktionäre und misogyne Bemühungen zur Beschneidung des Rechts auf Selbstbestimmung hofieren und die Ansichten des BVL teilen. Paul Cullen, der beim Fachtag einen Vortrag über „Die Geschichte des Transhumanismus“ gehalten hat und Vorsitzender des Vereins Ärzte für das Leben ist, verkündete in einer Rede bereits im Jahr 2016, dass „die Zeit des Anpassens und Zurückweichens“ vorbei sei und das Ziel der Lebensschutz-Bewegung nicht sei „unseren Gegner zu überzeugen, sondern ihn zu besiegen“.^[1] Unverhohlen zeigen führende Gesichter der Lebensschützer*innen, wohin die Reise für die Bewegung geht: hin zu einem Kulturkampf. Ein Blick nach Polen oder in die USA genügt, um zu wissen, was Paul Cullen mit diesen Aussagen meint. Paul Cullen wird auf der Fachtagung des BVL am 30. April 2022 ausschweifend vorgestellt und dabei als eine Art Held inszeniert, der trotz aller Anfeindungen und Widerstände immer noch dabei ist.

Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat!

Anlässlich der „Woche für das Leben“ und der BVL-Fachtagung gab es in Leipzig vielfältige feministic action. Bereits im Vorfeld erschienen ein Offener Brief an den Veranstaltungsort der Fachtagung und ein Recherchezine, was einen Überblick über die sogenannten Lebensschützer*innen-Gruppen und deren Aktivitäten aufzeigt.

Offener Brief an die „Alte Börse“ – keine Plattform für Abtreibungsgegner!

Am 26. April 2022 richteten sich vierzehn feministische Vereine und Gruppen an die Stadt Leipzig und den Veranstaltungsort Alte Handelsbörse und forderten, „dass Vereine wie der Bundesverband Lebensrecht keine Plattform in städtischen Einrichtungen Leipzigs bekommen, denn diese Organisation richtet sich gegen sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung, teilt LGBTIAQ*-feindliche Inhalte und antifeministische Ideologien.“

Hätt' Maria abgetrieben

Eine feministische Gruppe widmete sich seit Bekanntwerden der Beteiligung des BVL an der Themenwoche gründlicher Recherche zur Verflechtung von Lebensschutzvereinen und ihrer Ideologie.^[3] Auch vor Ort sollte den Fundis widersprochen werden.

Gott sei Dank gibt's Ficken! – Intervention an der Kirche

Bereits zum Eröffnungsgottesdienst am Morgen des 30. April fanden sich rund fünfzehn autonome Frauen vor der Nikolaikirche zusammen, die mit Transparenten Kritik an der konservativ-rechten Institution Kirche äußerten. Es wurde mit Teilnehmer*innen des Gottesdienstes gestritten und ein religionskritisches Flugblatt mit der Frage „Wie viel Toleranz hat die Ökumenische Kirche?“ verteilt, das die Frage auch gleich beantwortete: „Eure Toleranz und Übereinstimmung mit dem rechten Spektrum sind menschenfeindlich, sind frauenfeindlich, sind reaktionär.“

Fundis zur Hölle jagen!

Rund 500 Personen nahmen an der kämpferischen feministischen Demonstration teil, die vom „Bündnis für Selbstbestimmung Leipzig“ organisiert wurde. Feministische Vereine und Organisationen wie Kumpela, eine selbstorganisierte feministische Gruppe aus Leipzig, die bislang v.a. Menschen aus Polen bei Abtreibungen unterstützt, hielten Redebeiträge. Die Demonstration endete mit einer Kundgebung am Naschmarkt und störte dort in Hör- und Sichtweite laut und kreativ die Fachtagung. ■

Der Text stammt von einer Recherchegruppe aus Leipzig, die anlässlich der Eröffnung der Woche für das Leben und des Fachtags des BVL einen Zine herausgegeben hat, um zu versuchen, einen Überblick über die sogenannten Lebensschützer*innen und deren Aktivitäten zu geben.

NACH DEM OUTCALL

Ein Interview mit der Gruppe Mora anlässlich der Veröffentlichung von „Piss on Patriarchy“

von chronik.LE

Übergriffe in der Clubszene, in Hausprojekten, Politgruppen: Immer neue Fälle von sexualisierter Gewalt werden in Leipzig durch Outcalls^[1] öffentlich. Kaum ein linker Raum scheint frei davon zu sein. Die Gruppe Mora, die aus einer Vernetzung von Betroffenen hervorgegangen ist nachdem 2020 bekannt wurde, dass Spannervideos auf dem Monis-Rache-Festival aufgenommen wurden, hat darüber ein Buch geschrieben. Wir haben mit der Gruppe u.a. darüber gesprochen, was das für die linke Szene bedeutet oder welche Chance auf Veränderung Outcalls bieten können.

chronik.LE: Wie steht es um den Sexismus in der Leipziger Linken?

Gruppe Mora: Das ist eine große Frage. Es ist zum einen schwer zu beurteilen, was „linke Szene“ eigentlich bedeutet, weil es ganz viele unterschiedliche Szenen innerhalb von Leipzig gibt. Doch eigentlich zeigen die vielen Outcalls, die seit der Doku zu den Spannervideos beim Festival Monis Rache und danach veröffentlicht wurden, dass es auf jeden Fall nicht gut aussieht. Trotzdem: Irgendwie ist es gut, dass Leute in allen Gruppen gezwungen sind, sich mit den Themen sexualisierte Gewalt und Outcalls zu beschäftigen.

In Telegramgruppen, auf Plakaten an Hauswänden, bei Instagram: Seit der Video-Dokumentation eines Kollektivs zu den Spannervideos bei Monis Rache gab es in Leipzig zahlreiche Outcalls.

Outcalls als Praxis haben sich viel mehr etabliert, das ist auch unsere Wahrnehmung. Und zwar in allen linken Szenen. Die Szene als solche ist ja sehr divers und umfasst Partykontexte genauso wie Hausprojekte und politischen Aktivismus. Wir denken, dass die Frequenz der Betroffenenvernetzung bzw. die Vielzahl von Betroffenen in dem Monis-Rache-Fall ein wenig dazu beigetragen hat, dass viel mehr Menschen Outcalls machen oder sich explizit mit sexualisierter Gewalt auseinandersetzen.

Kann ein Outcall schiefgehen?

Definitionsmacht bei den Betroffenen ist wichtig: Niemandem soll eine Erfahrung oder die Gewichtung dieser abgesprochen werden. Trotzdem ist es wichtig, Taten abzuwägen. Das kann nur individuell geschehen. Ein Outcall schafft Transparenz und bietet zugleich eine Chance für die outgecallte Person, zu zeigen, dass sie ihr Verhalten ändern kann. Ein Outcall ist nicht

gleichbedeutend mit einem Ausschluss. Sondern einfach ein Schritt, um Schutz für (potenziell) Betroffene zu bieten. Danach muss sich ein*e Täter*in beweisen.

Das heißt, ein Outcall kann auch eine Chance für eine*n Täter*in sein?

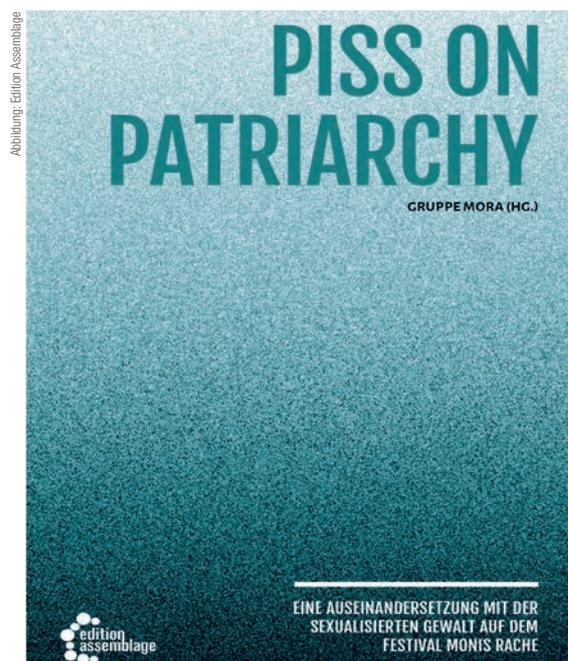
Naja, zumindest ein Chance für irgendeinen Umgang. Auch ein Ausschluss einer Person aus bestimmten Strukturen bedeutet ja nicht, dass ein*e Täter*in keine sozialen Kontakte mehr haben darf. Ein Outcall macht einfach ein konsequentes Handeln erforderlich. Denn wenn eine Person outgecallt wurde, dann muss sie sich in irgendeiner Art dazu verhalten und auch die Strukturen darum herum.

Was hat sich seit den Vorfällen bei Monis Rache in Bezug auf sexualisierte Gewalt verändert?

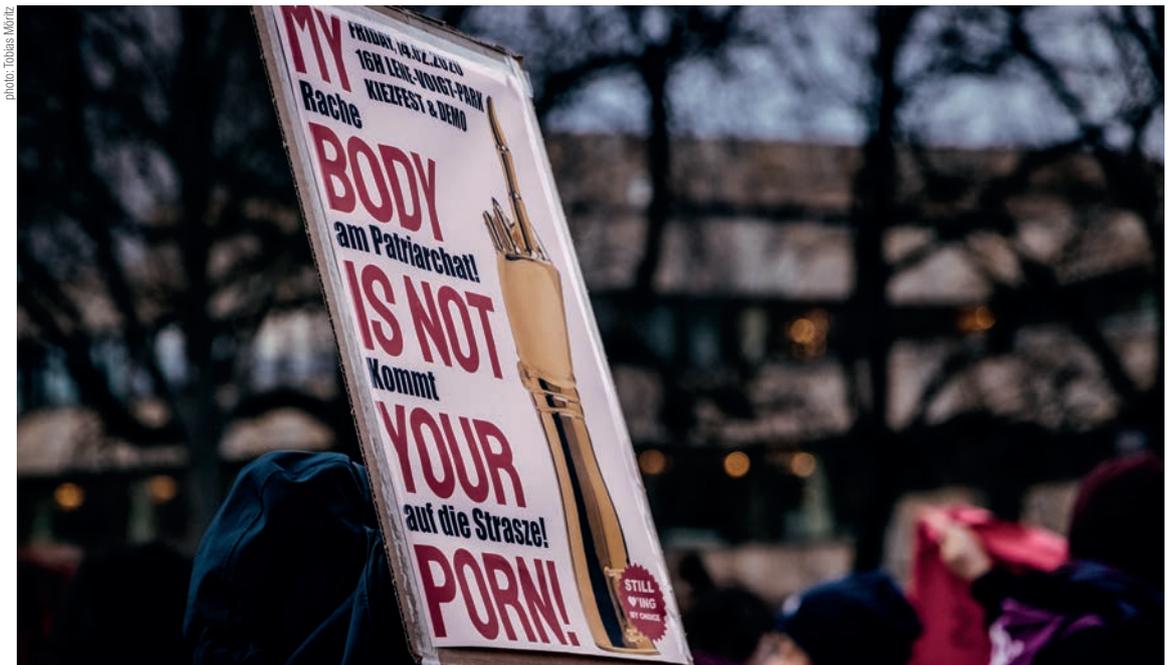
Die Vorfälle waren wie eine Art Anfang, um über sexualisierte Gewalt sprechen zu können. Selbst in linken Kontexten ist das ein krasses Tabuthema, häufig kommt es zu einer Täter-Opfer-Umkehr. Doch mehr Transparenz über Taten bedeutet nicht automatisch, dass es weniger Gewalt gibt, das ist belastend. Insbesondere deswegen, weil sich ganz viele Personen – vor allem FLINTA*s^[2] –, die bereits sexualisierte Gewalt er-

[1] Bei einem Outcall (engl. für Bekanntmachung) handelt es sich um die Veröffentlichung konkreter Vorfälle von sexualisierter Gewalt und der Verbreitung dieser in politisch organisierten Zusammenhängen mit dem Ziel der Aufarbeitung, dem Schutz anderer Personen und der strukturellen Beschäftigung mit Sexismus in eigenen Organisationsstrukturen.

[2] Das Akronym FLINTA* steht für Frauen, Lesben, Intersexuelle-, Nichtbinäre- Trans- und Agender Personen.



Das Buch „Piss on Patriarchy“ der Gruppe Mora



My Body is not your Porn! - Aufruf zur Kundgebung anlässlich der Vorfälle sexualisierter Gewalt auf dem Festival Monis Rache

lebt haben, immer wieder damit beschäftigen müssen. Aber insgesamt ist das Thema präsenter. Und da kann man nur hoffen, dass das Sprechen nicht erst anfängt, wenn etwas ganz Krasses passiert, sondern am besten schon vorher, wenn ein bestimmtes, grenzüberschreitendes oder raumnehmendes Verhalten auffällig wird.

Welche Rolle spielt Gender?

Statistisch gesehen werden cis^[3] Männer häufiger zum Täter. Trotzdem wird sexualisierte Gewalt nicht nur durch cis Männer ausgeübt, das ist ganz wichtig. Auf jeden Fall ist die Beschäftigung mit Männlichkeit relevant, um sexualisierte Gewalt zu verhindern und einen Umgang zu finden. Besonders cis Männer müssen Verantwortung übernehmen, dass nicht die ganze Arbeit bei FLINTA*s hängen bleibt, wie das eben erfahrungsgemäß meistens ist. Auch abgesehen davon gibt es unreflektierte Privilegien, von denen cis Männer profitieren. Das führt dazu, dass Männer mit diesen unreflektierten Privilegien und ihrer männlichen Sozialisation einfach prädestinierter sind, sexualisierte Gewalt auszuüben – und sich dann aus der Verantwortung zu ziehen.

Die Gruppe Mora ist aus einer Betroffenenvernetzung nach den Vorfällen bei Monis Rache entstanden. Erst habt ihr Kundgebungen organisiert, danach habt ihr euch dazu entschieden, ein Buch zu schreiben. Warum?

Zum Buch „Piss on Patriarchy“

Zwei Jahre lang hat die feministische Gruppe Mora die Reaktionen und Materialien von Betroffenen, Autor*innen, Gruppen und anderen Akteur*innen rund um den Vorfall sexualisierter Gewalt auf dem Festival Monis Rache beobachtet und im Sinne einer feministischen Geschichtsschreibung im Buch „Piss on Patriarchy“ (erscheint Anfang 2023 bei edition assemblage) dokumentiert. Neben eigenen Analysen zu Themen wie Voyeurismus und sexualisierter Gewalt, zur Betroffenenvernetzung, dem Umgang der Medien, kritischer Männlichkeit und transformativer Gerechtigkeit zeichnen Betroffenenstatements, Aussagen des Täters und Zeitungsartikel ein umfassendes Bild des Falls.

[3] Cisgender, auch Zisgender, Zissexualität oder Zissexualismus, bezeichnet Personen, deren Geschlechtsidentität demjenigen Geschlecht entspricht, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.

Das klingt nach Prävention.

Prävention hört sich immer sehr nach Gesundheit an. Die Frage ist schon eher: Hat sich am Sexismus in der Linken und dem Umgang damit irgendwas verändert? Und genau das ist auch der Punkt. Der Sexismus in der Linken könnte sich auch verändern, wenn wir häufiger auf einer niedrigschwelligeren Ebene darüber reden würden. Wer nimmt eigentlich wie viel Raum ein, welche Personen respektieren die Grenzen anderer nicht oder suchen nicht-konsensuellen Körperkontakt? Diese Fragen können wir uns stellen.

Das ist zum Teil Corona geschuldet, denn nach zwei Kundgebungen draußen im Winter sind uns die Aktionsformen ausgegangen. Zudem gab es so viele Texte von Betroffenen und Reaktionen auf die Debatten. Wir haben uns gedacht, dass es echt schade ist, wenn das alles verloren geht und nicht festgehalten wird. Zuerst wollten wir aus dem Material ein Zine (kleine, selbstgemachte Magazine, Anm. d. Red.) machen, doch dann haben wir überlegt, Verlage anzufragen, wenn wir uns schon die ganze Arbeit machen. Der Verlag Edition Assemblage hat uns dann zugesagt und wir haben den Buchprozess gestartet.



Demonstrant*innen fordern die Abschaffung des Patriarchats und des Kapitalismus

Wie lief dieser Prozess ab?

Wir haben das ganze Material gesichtet und immer mehr von verschiedenen Leuten dazubekommen. Danach haben wir Diskussionstage organisiert und uns intensiv mit Themen auseinandergesetzt und über Texte gesprochen. Daraus sind dann die Kapiteleinteilung und die Analysetexte entstanden. Es gab viele Gespräche und Korrekturschleifen, aber es war uns wichtig, dass verschiedene Leute den Texten ihren Stempel aufdrücken konnten. Uns war wichtig, dass es ein Gruppenbuch wird, deshalb stehen unsere Namen da nirgends. Dieser Prozess hat zwei Jahre gedauert.

Ihr habt bei der Radical Book Fair in Leipzig gelesen, bei der Fusion, bei anderen Festivals. Wie waren die Reaktionen auf euer Buch?

Für die meisten Lesungen sind wir angefragt worden, das zeigt ja auch, dass dieser Fall nicht so schnell in Vergessenheit gerät. Nach den Lesungen gab es viele Diskussionen. Es haben sich aber auch Leute bedankt für unsere Arbeit, insgesamt kommt das Projekt gut an. Meistens waren bei den Lesungen auch Leute, die selbst gerade irgendeinen Berührungspunkt mit sexualisierter Gewalt haben bzw. selbst betroffen sind. Für uns sind die Lesungen wichtig, um in einen politischen Austausch gehen zu können.

Ihr vertretet als Gruppe die Betroffenenperspektive. Könnte es sein, dass andere Betroffene das Buch als eine Art Ratgeber benutzen?

Das Buch ist für uns der Anstoß einer politischen Debatte. Wir wollen keine konkrete Anleitung oder ab-

schließende Antworten geben. Natürlich haben wir unsere Meinung und einen Anspruch: Das Buch soll für die politische Praxis relevant sein. Klar, bestimmte Leitlinien können hilfreich sein, das sieht man ja an den vielen Outcalls. Das Wissen, dass ein Outcall eine Art Werkzeug sein kann, um einen Umgang mit einem Übergriff zu finden, kann zu einer transparenten Aufarbeitung beitragen.

Welche Perspektive habt ihr als Gruppe auf die Zukunft?

Es bleibt zu hoffen, dass der Umgang mit dem Thema sexualisierte Gewalt weiterhin stattfindet und es so präsent bleibt. Es ist wichtig, dass Leute sich dadurch nicht abgeschreckt fühlen und in ihre Privaträume zurückziehen, sondern sich empowert fühlen und wissen: Sexualisierte Gewalt gibt es immer, aber gleichzeitig nimmt auch die Awareness zu – und es gibt Veränderung. Langsam zwar, aber sie ist da. ■

Gruppe Mora

Als Reaktion auf einen Fall sexualisierter Gewalt auf dem linken Festival Monis Rache, bei dem ein Mitarbeiter über Jahre heimlich als weiblich gelesene Personen auf Dixie-Klos gefilmt und die Videos auf Pornoplattformen verkauft hat, organisierte sich eine Betroffenenvernetzung, aus der die Gruppe Mora entstanden ist. Die Gruppe organisiert unter anderem Aktionstage und Kundgebungen in Leipzig, um auf sexualisierte Gewalt aufmerksam zu machen und diese in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext zu setzen.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL

ANTIFEMINISTISCHER EREIGNISSE CHRONIK

13. August 2022, Oschatz AfD verteilt queerfeindliche Flyer in Oschatz

Die AfD wirft Flyer in Briefkästen in Oschatz, die vor einem „Übergriff“ durch „linke Netzwerke“ auf „unsere Kinder“ warnen. Abgebildet ist ein Kind, das durch schemenhafte Gestalten angegriffen wird. Auf der nächsten Seite steht das Kind mit einem Regenschirm unter Wolken, über die sich ein Regenbogen spannt. Es regnet die von „Vereine[n] der Zivilgesellschaft“ angeblich verbreiteten Botschaften über „Gendergaga*innen“, Klimastreik und weitere Themen herab auf das Kind. Auf dem schützenden Regenschirm steht unter anderem „Heimatliebe“, „Tradition“ und „Mutterliebe“. Traditionelle Werte sollen also als Schutzschirm wirken. Mit dem Flyer richtet sich die AfD explizit gegen das Bundesprogramm „Demokratie leben“, dem auch das Teilprojekt „Weltoffenes Sachsen“ angehört.

09. Juli 2022, Leipzig Rapperin während eines Konzerts körperlich angegriffen

Im Heizhaus in Leipzig-Grünau findet das OKJA-Festival, ein Festival der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, statt. Neben Workshops und einer Open Stage ist auch ein Konzert Teil des Programms. Bei diesem tritt die Rapperin Mariybu auf. Als sie während ihres Auftritts eine kurze Pause einlegt, um Wasser zu trinken, stürmt ein Mann auf die Bühne und schlägt sie zu Boden. Als die Künstlerin bereits auf dem Boden liegt, schlägt er noch weitere Male gegen ihren Kopf bevor er schließlich fixiert werden kann. Die Rapperin erhält nach dem Angriff umgehend Hilfe und Unterstützung von den anwesenden Personen. Laut Aussage des Täters, hätten ihn Textzeilen der queere feministischen Rapperin provoziert und zu der Tat motiviert. Auf Instagram solidarisiert sich auch das Heiz-

haus mit der Rapperin und gibt an, den Vorfall gemeinsam mit allen Veranstalter*innen aufzuarbeiten.

26. Mai 2022, Leipzig Neonazi beleidigt Passantin auf dem Weißbeplatz

Eine männliche Person auf dem Weißbeplatz trägt ein T-Shirt mit Aufschrift „SS“, der Abkürzung für nationalsozialistische Schutzstaffel. Er äußert sich misogyn und abwertend gegenüber einer weiblich gelesenen Person und formuliert Mordfantasien mit Holocaust-Bezug. Als ihm eine weitere Person etwas entgegnet, deutet er den Hitlergruß an.

30. April 2022, Leipzig Weiblich gelesene Person in Plagwitz von Stalker verfolgt

Eine weiblich gelesene Person wird von einem 30-40-jährigen Mann auf einem Fahrrad in Plagwitz/Kleinzschocher verfolgt. Nachdem der Mann die Person eine Weile beobachtet hat, spricht er sie an und lauert ihr anschließend weiter auf. Die Person sucht Schutz in einer Gruppe von Menschen, der Mann fährt mit dem Fahrrad noch mehrmals an ihr vorbei und beäugt sie.

25. März 2022, Leipzig Transfeindliche Drohung im Leipziger Osten

Zwei Personen gehen nachmittags auf der Wiesenfläche zwischen Torgauer Straße, den Bahnschienen und der Bennigsenstraße spazieren. Ein Mann, der sie zu Fuß überholt, spricht beide im Vorbeigehen mit einer zusammenhangslosen Frage an. Sein Tonfall und sein Gebaren sind provozierend und leicht aggressiv. Auf die Bitte hin weiterzugehen, wird er aggressiver und meint, das sei sein Revier oder sein Dominanzbereich. Die beiden Spaziergänger*innen entgegnet zu-

nächst nichts mehr, da sie aufgrund des aggressiven Verhaltens befürchten, der Mann könne physisch gewalttätig werden. Im Weggehen spricht er noch ganz unverhohlen eine Drohung aus: „Leipzig kann für Leute wie euch noch ein ziemlich finsterner Ort werden!“ Beide Personen haben an diesem Tag ein recht feminines Erscheinungsbild und ordnen die verbale Attacke des Mannes als queerfeindlich, misogyn und transfeindlich motiviert ein.

26. Januar 2022, Leipzig Sexistische und rassistische Beleidigung in Briefkasten geworfen

Eine Person erhält einen handgeschriebenen Brief mit rassistischen, sexistischen und auch sozialdarwinistischen Beleidigungen.

18. Dezember 2021, Leipzig Rassistische und homosexuellenfeindliche Beleidigungen Südvorstadt

Eine Person steht mittags an der Haltestelle HTWK in der Südvorstadt, als sich drei Personen nähern. Die Gruppe spricht davon, „Ausländer umzuhauen“. Erstgenannte Person schreitet daraufhin ein und weist die Gruppe zurecht. Sie wird daraufhin sexistisch und homofeindlich beleidigt, wobei keine der ca. zehn umstehenden Personen auf das Wortgefecht reagiert. Neben den Beleidigungen werden auch Mordfantasien geäußert. Die Beleidigungen hören erst auf, als die Einzelperson und die Gruppe in die Tram steigen, allerdings in unterschiedliche Waggons.

12. November 2021, Leipzig Corona-Infizierter bespuckt Frauen und greift Jugendlichen an

In der Nacht von Freitag auf Samstag findet in Leutzsch eine Party statt. An dieser nimmt auch ein mit Corona infizierter 36-Jähriger teil. Dieser spuckt auf der Party Frauen an.

Ob er von seiner Infektion wusste, ist nicht bekannt. Als ein 16-Jähriger eingreift, zückt der Angreifer ein Messer und verletzt den Jugendlichen lebensbedrohlich. Der 36-Jährige trägt ebenfalls Verletzungen davon.

Beide werden in umliegende Krankenhäuser gebracht. Der Tatverdächtige wird am Tag darauf auf Antrag der Staatsanwaltschaft Leipzig wegen des Verdachts des versuchten Totschlages vorläufig festgenommen und dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Dieser erlässt einen Haftbefehl, woraufhin der 36-Jährige in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert wird.

22. August 2021, Taucha

CSD in Taucha muss aufgrund aggressiver Neonazis abgesagt werden

Der Christopher Street Day in Taucha muss aufgrund aggressiver Neonazis abgebrochen werden. Die Veranstaltung, an der bis zu 40 Personen teilnehmen, muss um 16 Uhr abgebrochen werden, da sich ab 14 Uhr mehrere Neonazis am Marktplatz versammeln und nicht genügend Polizei vor Ort ist, um die Teilnehmenden zu schützen.

29. Juli 2021, Leipzig

Mann ist sexuell übergriffig gegenüber Frauengruppe

Eine Gruppe junger Frauen hält sich im Parkstück beim Thomaskirchhof im Zentrum auf. Ein alkoholisierte 43-Jähriger kommt hinzu und nähert sich der Gruppe. Er begrabscht mehrere der Frauen und lässt erst von ihnen ab, als diese sich körperlich wehren. Eine der Frauen verletzt sich dabei leicht.

02. Juli 2021, Leipzig

Homofeindliche und sexistische Gewalt im Rabet

Am Freitag greift ein junger Mann aus einer Männergruppe heraus eine junge Frau an

der Einfahrt eines Supermarkts am Rabet an. Dabei schlägt er sie mehrmals ins Gesicht und tritt, als sie zu Boden gefallen ist, noch zweimal auf sie ein. Der Aussage eines*r Augenzeug*in zufolge zielt er dabei direkt auf den Kopf. Daraufhin entfernt sich der Täter mit den anderen Personen. Als die herbeigerufene Polizei und der Rettungsdienst am Tatort ankommen, hat sich die Betroffene, die offenbar mit ihrer Partnerin unterwegs war, bereits entfernt.

17. Mai 2021, Leipzig

Transfeindlicher Angriff am Hauptbahnhof

Am Montagabend wird eine trans Frau am Leipziger Hauptbahnhof angegriffen. Der Täter macht dabei zuerst obszöne Gesten in ihre Richtung. Als sich die Betroffene umdreht, um ihm etwas zu entgegnen, spuckt der Täter sie an. Daraufhin kommt es zu einem Gerangel und der Täter versucht die Betroffene vor eine Straßenbahn zu stoßen. Dadurch stürzt die Betroffene. Der Täter zieht daraufhin ein Messer und bedroht sie. Erst nachdem ein Passant eingreift, entfernt sich der Täter vom Tatort.

22. April 2021, Leipzig

Feminizid-Gedenkbanner mit antifeministischen Inhalten beschmiert

Ein Banner, das an einen Feminizid am Bahnhofsgelände im Leipziger Osten erinnert, wird beschmiert. Eine unbekannte Person hinterlässt eine Nachricht mittels der sie den Verfasser*innen des Banners eine „politische Instrumentalisierung“ vorwirft. Laut ihrer Argumentation gebe es keinen Unterschied zwischen einem Mord an einem Mann oder einer Frau. Der Begriff Feminizid, der auf dem Banner verwendet wird, soll aber genau auf diese Schiefelage hinweisen und sie begrifflich darstellen. Frauen werden viel häufiger

Opfer tödlicher Gewalt durch Männer. Diese Häufung ergibt sich aus einem gesellschaftlichen Machtverhältnis, das sich in einem Dominanzanspruch von Männern über Frauen äußert, welcher im Extremfall bis zum Mord führt. ■

**Sieh hin!
Schweig nicht!
Melde antifeministische Gewalt
gegen FLINT* und
sexistische
Diskriminierung!**

www.chronikLE.org



06 KAPITEL

DOKUMENTATION & PRAXIS

Grundlage unserer Arbeit und vieler Analysen in den *Leipziger Zuständen* ist die seit 2008 gepflegte Online-Dokumentation auf www.chronikLE.org. Nach 14 Jahren wurde die Website von chronik.LE 2021 generalüberholt und erstrahlt seit Anfang 2022 im neuen Glanz. Sie sieht nun nicht nur moderner aus, es gibt auch einige neue Möglichkeiten zur Suche und Darstellung von dokumentierten Ereignissen. Diese werden im Folgenden kurz vorgestellt. Aber am besten probiert ihr das selbst mal auf der Seite aus. Einen Eindruck vermitteln auch die Diagramme zu Beginn des Kapitels.

chronik.LE ist nicht das einzige Dokumentationsprojekt in Leipzig oder Sachsen. Schon seit langem kooperieren wir mit der Beratungsstelle SUPPORT für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt der RAA Sachsen e.V. oder dem Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. Im Jahr 2022 sind zwei weitere, spezialisierte Projekte hinzugekommen: Die *Meldestelle für Betroffene von Antisemitismus von RIAS Sachsen* in Trägerschaft von OFEK e.V. und die *Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) Sachsen* in Trägerschaft von *Romano Sumnal e.V.*, dem Verband der Roma und Sinti in Sachsen. Einen etwas anderen Ansatz verfolgt die Initiative *Catcalls of Leipzig*. Mit „Ankreidungen“ auf Straßen und Plätzen sowie Fotos von diesen Aktionen bei Instagram werden sexuelle Belästigungen und Übergriffe sichtbar gemacht und der öffentliche Raum ein Stück zurückerobert. Im auditiven Raum hat seit Frühjahr 2021 der Podcast „*Bei uns doch nicht!*“ bei chronik.LE angedockt. Im Interview verraten die Journalistinnen Anna und Eva, warum sie diesen Podcast machen, was bisher die spannendsten Themen waren und welche weiteren Ideen sie haben. Schließlich gibt es in diesem Kapitel die Einladung zu einem Gespräch über Utopien und das gute Leben. Obwohl wir und andere Projekte vor allem problematische Entwicklungen sichtbar machen und Schlimmeres verhindern wollen, lassen wir es uns nicht nehmen, von einer besseren Gesellschaft zu träumen. ■



V ANGRIFF AUF
E* IST EIN
RIFFF AUF UNS ALLE
TSEXUELLE GEWALT
CALLSOFLPZ

W
S
K

WIE NUTZE ICH DIE WEBSEITE?

von chronik.LE

Der Kern unserer Arbeit ist die Dokumentation rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in Leipzig und den beiden umliegenden Landkreisen Nordsachsen und Landkreis Leipzig. Dabei ist die dokumentarische Arbeitsweise sehr vielfältig: von der Kontaktaufnahme und der Besprechung der Ereignisse mit Betroffenen, dem Recherchieren von Quellen und Hintergrundinformationen bis hin zur Veröffentlichung der Ereignisse und deren Kontextualisierung. Unsere Webseite dient dabei als zentrale Plattform, auf der bisher mehr als 5.200 dokumentierte Ereignisse veröffentlicht wurden. Um diese möglichst übersichtlich darzustellen und auch anderen Menschen die Arbeit mit den Daten zu ermöglichen, haben wir zusammen mit dem Afeefa Kollektiv aus Dresden eine neue Webseite erstellt und diese zum Februar 2022 veröffentlicht.

Auf unserer neuen Webseite habt ihr die Möglichkeit...

...die gesamte Chronik seit 2008 mithilfe unterschiedlicher Filterfunktion zu durchsuchen:

Regionen: chronik.LE dokumentiert Ereignisse aus allen Stadtteilen der Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig und dem Landkreis Nordsachsen. Zudem gibt es die Option, den Filter „Ohne Ort“ auszuwählen. Diese Kategorie bezieht sich vor allem auf Ereignisse, von denen nicht genau bekannt ist, an welchem Ort sie sich zugetragen haben. Dazu zählt auch die Mehrheit aller diskriminierenden Vorfälle, die sich im Internet ereignen. Zwar werden Drohungen und Beleidigungen von einem konkreten Ort versendet, jedoch bleibt dieser meist für die Dokumentation unbekannt.

Phänomene: Die Kategorie Phänomen bezieht sich auf Diskriminierungsformen und Täter*innenideologien, die einen Vorfall charakterisieren. Auswählen lassen sich hier zum Beispiel Antifeminismus, Antisemitismus oder Rassismus sowie Neonazis, Coronaleugner*innen oder Reichsbürger*innen.

Vorfällearten: Unter Vorfälleart können verschiedene Handlungen, wie körperlicher Angriff oder Sachbeschädigung, oder auch die Umstände eines Vorfalls, wie Versammlung oder Veröffentlichung, ausgewählt werden.

Zeit: Es ist möglich, die Chronik nach Ereignissen zu durchsuchen, die sich in den vergangenen Jahren, in diesem Jahr, im letzten Monat oder in der letzten Woche ereignet haben (aktuell nur nach Jahren).

Stichwortsuche: In der Suchleiste könnt ihr Stichworte eingeben und die Chronik nach diesen durchsuchen. Zum Beispiel: Kampfsport, NPD oder Kamenzer Straße.

Statistiken: Die Dokumentation kann auch in Statistiken in Form von Balkendiagrammen ausgegeben werden, die die zeitliche Verteilung der Ereignisse, die Verteilung nach Phänomen und die Verteilung nach Vorfälleart anzeigen. Die Ergebnisse sollten aber mit Vorsicht interpretiert werden, um falsche Schlüsse und Missverständnisse zu vermeiden. Wie die Zahlen gelesen und gedeutet werden können, findet ihr im zweiten Teil dieses Artikels „Ein Blick in die Statistik“.

...eure gefilterten Ergebnisse zu exportieren:

Mithilfe der Exportfunktion können die gefilterten Ereignisse als csv.-Datei exportiert und in weitere Statistik- oder Analyseprogramme eingebunden werden.

...alle Ereignisse in einer interaktiven Karte anzeigen zu lassen:

Die Kartenansicht visualisiert die an uns gemeldeten oder von uns eingepflegten Ereignisse in Bezug zu den Orten, an denen Ereignisse stattgefunden haben. Somit wird ersichtlich, in welchen Regionen wir viele oder weniger Ereignisse verzeichnen. Jedoch handelt es sich hierbei keinesfalls um eine umfängliche Statistik, da die Anzahl der Ereignisse immer von den Personen abhängig ist, die uns die Vorfälle melden. Somit dient die interaktive Kartenansicht mehr einer visuellen örtlichen Orientierung und ermöglicht das Filtern nach einzelnen Stadtteilen.

...Vorfälle zu melden:

Die Arbeit von chronik.LE wäre nicht möglich, ohne die vielen aufmerksamen Personen, die diskriminierende Ereignisse und Vorfälle melden, die sie selbst erleben oder deren Zeug*in sie werden. Das ist auf der neuen Webseite natürlich weiterhin über unser Kontaktformular oder direkt per Mail möglich.

...Analysen zu lesen:

Chronik.LE erstellt regelmäßig ausführliche Analysen auf Grundlage der in der Chronik verzeichneten Informationen und weiterer Recherchen. Diese sind auf der neuen Webseite übersichtlich aufgeführt und thematisch sortiert.

...den chronik.LE-Podcast „Bei uns doch nicht!“ zu hören:

Seit Mai 2021 ergänzt der Podcast „Bei uns doch nicht!“ das Angebot von chronik.LE. Der Podcast macht die Arbeit von chronik.LE niedrigschwellig auch als Hörstück zugänglich, um noch mehr Menschen zu erreichen und damit mehr Engagement zu erwirken. Auf der neuen Webseite ist der Podcast direkt eingebettet und steht kostenfrei zur Verfügung.

EIN BLICK IN DIE CHRONIK

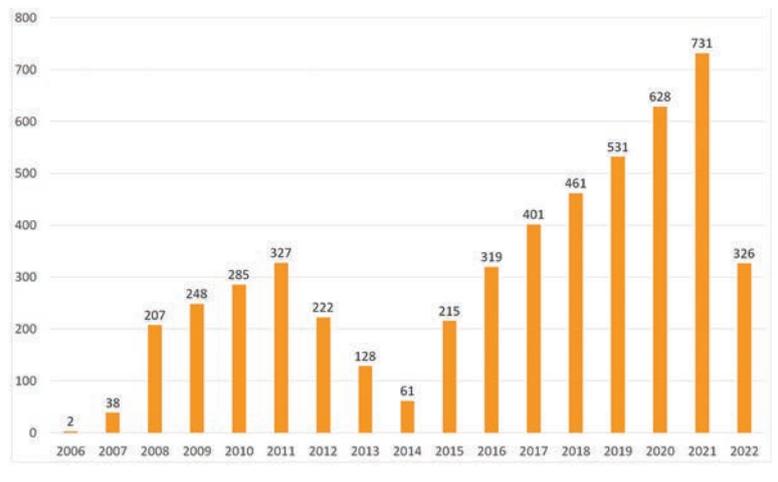
Seit 2008 dokumentiert chronik.LE in der Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig und Nordsachsen faschistische, rassistische und diskriminierende Ereignisse. Seitdem haben wir 5.130 Ereignisse (Stand November 2022) dokumentiert. Zahlreiche weitere sind in Bearbeitung und noch nicht veröffentlicht – aktuell ist das Arbeitspensum für uns als ehrenamtliche Gruppe kaum zu schaffen. Die Ereignisse speisen sich aus unterschiedlichen Quellen:

- ▶ Ereignismeldungen von Betroffenen, Engagierten und Kooperationspartner*innen
- ▶ Eigene Recherchen (z.B. auf Demonstrationen und in Social Media)
- ▶ Kleine Anfragen im Sächsischen Landtag zu Aktivitäten der extremen Rechten und juristischen Folgen „politisch motivierter Kriminalität – rechts“
- ▶ Presseberichterstattung
- ▶ Polizeimeldungen
- ▶ u.v.m.

Die nachfolgenden Grafiken geben einen groben statistischen Einblick zur Verteilung der Ereignisse (im Jahresverlauf, regionale Verteilung, Phänomene und Vorfallsart). Wer wissen will, welche Ereignisse sich konkret hinter den Zahlen verbergen, kann sich dies auf unserer Webseite im Detail anzeigen lassen. Unsere Chronik lässt sich nach den nachfolgenden Kriterien filtern beziehungsweise durchsuchen.

Es muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden, dass diese Zahlen, Statistiken und Diagramme mehr über unsere Arbeit und lokale Verhältnisse aussagen als über die Wirklichkeit. Dass über 1.400 Ereignisse in unserer Chronik dem Bereich „Neonazismus“ zugeordnet wurden und knapp 500 Ereignisse dem Bereich „Antisemitismus“, heißt nicht, dass das eine drei Mal so oft vorkommt wie das andere. Vielleicht sind Beobachter*innen besonders aufmerksam, wenn es um neonazistische Aktivitäten in der Stadt geht, vielleicht sind antisemitische Äußerungen gerade für Nicht-Betroffene schwerer zu erkennen. Wir möchten euch daher zu jeder hier dargestellten Graphik unsere Interpretation anbieten, auch um Missverständnissen bei der Interpretation vorzubeugen.

Ereignisse im Jahresverlauf

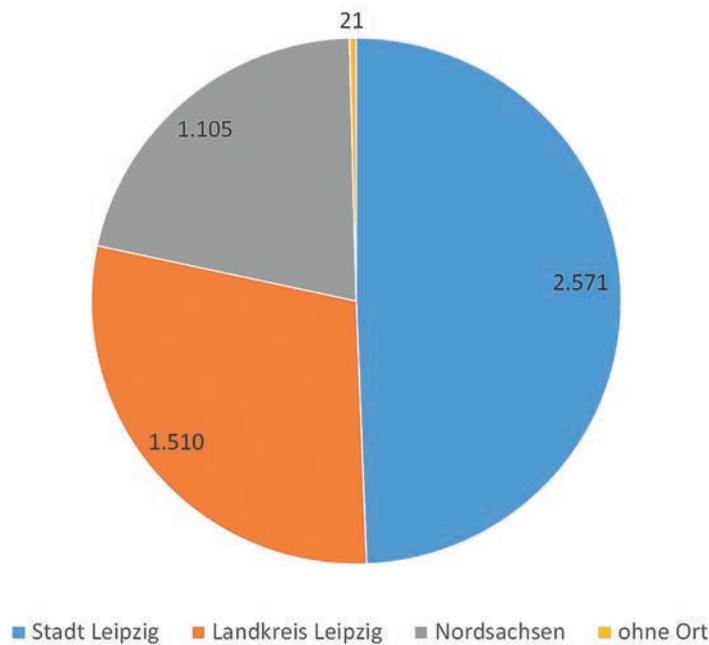


Beispiel-Lesehilfe: Im gesamten Jahr 2007 sind 38 Ereignisse in der Chronik dokumentiert. Seit 2014 ist ein kontinuierlicher Anstieg der dokumentierten Ereignisse zu beobachten.

Interpretation: Im Zeitverlauf schwankt die Anzahl der Einträge in der Chronik erheblich. Dies sagt erstens etwas über die Verankerung von chronik.LE in der Region aus – zahlreiche Ereignisse der letzten Jahre basieren auf Ereignismeldungen von Betroffenen, Engagierten

und Kooperationspartner*innen. Zweitens zeigt sich auf der inhaltlichen Ebene eine Veränderung der Dokumentation: standen zu Anfang fast ausschließlich organisierte Neonazis im Fokus, änderte sich dies im Laufe der Zeit. Dies reflektiert drittens die Veränderung der extremen Rechten und das Aufkommen neuer Formen rechter Protestbewegungen (Bewegung der Pandemielegner*innen) und Vorfallsarten (Online, z.B. Ereignisse mit Facebook- und WhatsApp-Bezug).

Regionale Verteilung

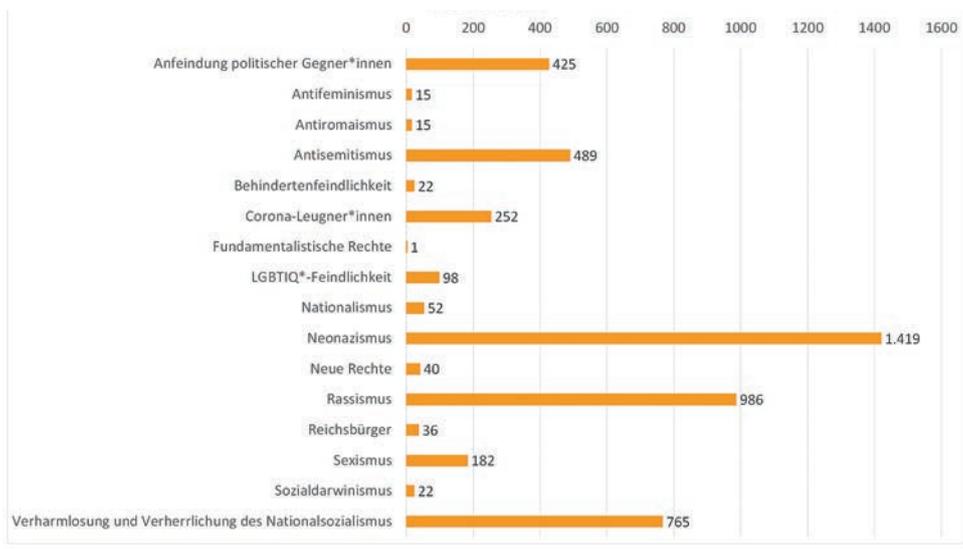


Beispiel-Lesehilfe: In der gesamten Chronik sind 2.571 Einträge der Stadt Leipzig zuzuordnen.

Achtung Mehrfachzuordnung: Einige wenige Ereignisse sind verschiedenen Kategorien zugeordnet. Dies geschieht beispielsweise, wenn es möglich ist, einem Ereignis mehrere Orte zuzuordnen. Insgesamt handelt es sich um 5.130 Ereignisse.

Interpretation: Die meisten Ereignisse dokumentiert chronik.LE in der Stadt Leipzig, die wenigsten im Landkreis Nordsachsen. Dies zeigt die starke Verankerung des Projekts in der Stadt und die Notwendigkeit des Ausbaus der Kontakte vor allem in Nordsachsen.

Phänomene

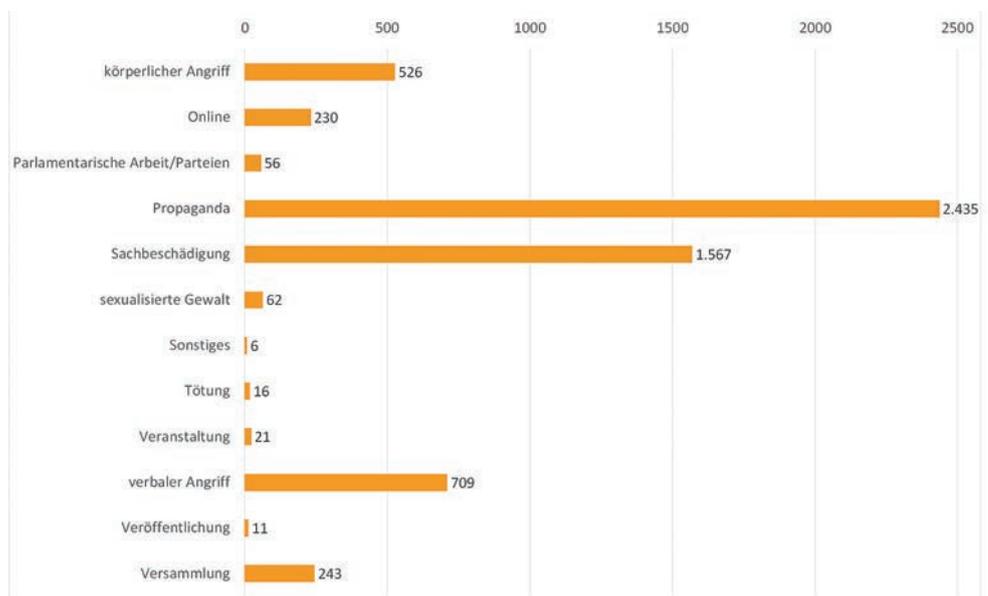


Beispiel-Lesehilfe: In der gesamten Chronik sind 425 Einträge zu „Anfeindungen politischer Gegner*innen“. Darunter fallen verschiedene Vorfallsarten (siehe nächste Grafik).

Achtung Mehrfachzuordnung: Zahlreiche Ereignisse sind verschiedenen Kategorien zugeordnet. Dies geschieht beispielsweise, wenn Neonazis den Nationalsozialismus verharmlosen oder verherrlichen. So einem Ereignis wird dann sowohl dem Phänomen „Neonazismus“, als auch dem Phänomen „Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus“ zugeordnet. Insgesamt handelt es sich um 5.130 Ereignisse.

Interpretation: Die meisten Einträge finden sich im Bereich „Neonazismus“. Bereits deutlich weniger im Bereich „Rassismus“ sowie „Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus“. Dies zeigt sowohl die Schwerpunkte der Chronik als auch ihre Leerstellen. Dies gilt zum Beispiel für den Phänomenbereich „Sexismus“ und „Antifeminismus“. Es kann angenommen werden, dass die Dunkelziffer sexistischer und antifeministischer Ereignisse um ein Vielfaches höher liegt. Die Kategorie „Fundamentalistische Rechte“ wurde bisher nur einmal vergeben – für uns ein Zeichen, unser System immer wieder neu zu prüfen und zu diskutieren.

Vorfallsart



Beispiel-Lesehilfe: In der gesamten Chronik sind 526 Einträge körperliche Angriffe. Diese können verschieden motiviert sein (siehe Grafik Phänomene).

Achtung Mehrfachzuordnung: Zahlreiche Ereignisse sind verschiedenen Kategorien zugeordnet. Dies geschieht beispielsweise, wenn einem körperlichen Angriff ein verbaler Angriff (z.B. rassistische Beleidigungen) und Propaganda (z.B. Hitlergruß) vorausgeht. Insgesamt handelt es sich um 5.130 Ereignisse.

Interpretation: Fast die Hälfte der Einträge in der Chronik hat einen Bezug zu Propaganda, ein weiterer großer Teil sind Sachbeschädigungen. ■

Um inhaltliche und regionale Leerstellen in unserer Dokumentation zu schließen, sind wir auf Zuarbeit angewiesen. Ihr habt von faschistischen, rassistischen und diskriminierenden Ereignissen in Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder Nordsachsen mitbekommen, wart Zeug*in oder gar selbst betroffen?

Dann meldet das doch gerne an uns: chronik.le@engagiertewissenschaft.de
Die gesamte Chronik findet sich unter www.chronikle.org

ANTISEMITISMUS IN SACHSEN

Die Einrichtung der Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus in Sachsen

von RIAS Sachsen

[1] Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2013): Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedstaaten. Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus. Online abrufbar unter fra.europa.eu

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2018): Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus. Zweite Erhebung zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden und Jüdinnen in der EU. Online abrufbar unter fra.europa.eu

Zick, Andreas/Hövermann, Andreas/Jensen, Silke/Bernstein, Julia (2017): Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Universität Bielefeld. Online abrufbar unter dserver.bundestag.de

[2] Vgl. Chernivsky, Marina/Lorenz, Friederike (2020): Antisemitismus im Kontext Schule – Deutungen und Umgangsweisen an Berliner Schulen. Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment. Berlin.

Im Mai 2022 wurde in Sachsen die regionale Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus in Trägerschaft von OFEK e.V. gegründet. Die Melde- und Beratungsstelle besteht aus zwei sich ergänzenden Projekten: Eine Meldestelle, die nach dem Vorbild von RIAS (Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.) zum Zwecke der Erfassung agiert, und eine Beratungsstelle, die nach dem Vorbild von OFEK e.V. Betroffene bei Gewalt und Diskriminierung regional begleitet. Die Melde- und Beratungsstelle arbeitet niedrigschwellig und soll für Betroffene und ratsuchende Einrichtungen leicht zugänglich sein. Warum dies im Hinblick auf Vorfälle von antisemitischer Gewalt und Diskriminierung in der Region Not tut, aber auch wie, mit wem und woran sie arbeitet, wird in weiterer Folge beleuchtet.

Seit mehreren Jahren lässt sich in Sachsen ein kontinuierlich starker Anstieg von antisemitischen Vorfällen und Gewalttaten verzeichnen. Die Bedrohung durch die Kontinuität antisemitischer Ressentiments wird auch im Zuge gesellschaftlicher Krisen immer sichtbarer. Diese und die sich verändernde Qualität antisemitischer Vorfälle begründet den Bedarf an spezialisierter Erfassung und Beratung, die Betroffenen zugutekommt, aber auch Zivilgesellschaft und Behörden für Antisemitismus sensibilisiert. Diesem Bedarf hat der Koalitionsvertrag 2019–2024 mit dem Ziel der „Einrichtung einer niedrigschwelligen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus und psychosozialer Beratungsstellen für Betroffene“ entsprochen.

Antisemitismus äußert sich nicht nur in offener Gewalt, sondern auch in stereotypisierenden Zuschreibungen, verbalen Diffamierungen und Sachbeschädigungen. Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung nimmt Antisemitismus als ein großes und wachsendes Problem wahr.^[1] Gleichwohl gibt es wenig Bewusstsein für die Perspektiven und Bedarfe der Betroffenen, da die Effekte antisemitischer Gewalt lange nicht im Fokus standen und Antisemitismus eher als abstrakte (historische) und weniger als reale Bedrohung wahrgenommen wurde.^[2]

Antisemitismus in Sachsen

Die Zahlen in Sachsen wurden bisher durch den Bundesverband RIAS e.V. erfasst: 2021 waren es 125 antisemitische Vorfälle. 2020 waren es 70, was in Sachsen eine Steigerung von 80% bedeutet, wobei immer noch von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen wird. In Sachsen hat sich nicht nur die Zahl antisemitischer Vorfälle er-

höht, sondern auch deren Qualität verändert: Diese finden in zunehmendem Ausmaß von Angesicht zu Angesicht und mit direkten Adressat*innen statt. Während die rechtsextremen Aktivitäten in der Region, z.B. von Pegida oder zum jährlichen Gedenkmarsch der Bombardierung Dresdens, seit Jahren bekannt sind, stellten die oftmals mit sehr hohen Teilnahmezahlen in Leipzig stattgefundenen Coronaproteste eine neue Dimension dar.

Im Vergleich zum Vorjahr spielten antisemitische Verschwörungstheorien 2021 dabei eine geringere Rolle. Die Selbstinszenierung als Opfer z.B. in Form der „Ungeimpft“-„Judensterne“, die mit antisemitischer Schuldabwehr und einer Relativierung der Shoa einherging, nahm hingegen zu. Dabei wird eine ähnliche Argumentation bedient wie auf besagten Gedenkveranstaltungen rund um den 13. Februar in Dresden. Als weiterer Anlass für antisemitische Vorfälle diente eine erneute Eskalation des Nahostkonflikts im Mai 2021, die auch in Leipzig zu einer antiisraelischen Kundgebung führte, bei der ein Mitglied der Gegenkundgebung körperlich angegriffen wurde. Auf solchen Veranstaltungen in Sachsen wurde versucht, Israel mit dem Stereotyp des „Kinder Mörders“ zu dämonisieren und delegitimieren. Die Veranstaltung in Leipzig zeigte, dass es sich beim israelbezogen-antisemitischen Aktivismus um ein heterogenes Spektrum handelt, das sowohl linke/antiimperialistische bis hin zu neonazistischen und islamistischen Akteur*innen, als auch die der politischen Mitte oder des Nationalismus miteinschließt.^[3] Trotz allem wird 2021 jeder dritte antisemitische Vorfall in Sachsen dem rechtsextremen und -populistischem Spektrum zugeordnet.

Auch in Sachsen ist Antisemitismus nicht nur ein Problem im rechtsextremen Milieu, sondern ein gruppenübergreifendes und gesamtgesellschaftliches Phänomen. Antisemitismus tritt in diversen politischen Zusammenhängen auf und verbindet verschiedene Akteur*innen miteinander. Nicht alle antisemitischen Vorfälle sind strafrechtlich relevant, statistisch messbar oder gar Einzelfälle: Vielmehr stellt Antisemitismus für Juden und Jüdinnen - über mehrere Generationen hinweg - ein stets vorhandenes Hintergrundrauschen und eine (latente) Bedrohung dar. Daher sind die regionalen Stellen vom RIAS Bundesverband und von OFEK e.V. bundesweit darum bemüht, für Antisemitismus zu sensibilisieren, das Ausmaß der Gewalt zu erfassen und Betroffene solidarisch zu unterstützen.

Die Dokumentationspraxis der Meldestelle Antisemitismus RIAS Sachsen

Die Meldestelle Antisemitismus RIAS Sachsen ist Teil der Melde- und Beratungsstelle Sachsen in Trägerschaft von OFEK e.V. und Mitglied in der RIAS Bundesarbeitsgemeinschaft.^[4] Die Kriterien der Erfassung und Dokumentation sind an die einschlägigen Standards von britischen Community Security Trusts (kurz CST)^[5] und die des Bundesverbandes RIAS e.V. angelehnt. Dadurch wird Antisemitismus hinsichtlich seiner unterschiedlichen Vorfällearten – z.B. Zuschriften, Beleidigung, Demonstrationen, Sachbeschädigung und körperlichen Angriffen – genauso erfasst wie anhand seiner unterschiedlichen Erscheinungsformen. Diese umfassen u.a. modernen oder israelbezogenen Antisemitismus genauso wie klassischen Antijudaismus und treten oftmals miteinander verwoben auf.

Für die Dokumentationspraxis der Meldestelle RIAS Sachsen sind folgende Kriterien relevant:

- ▶ Bei Meldungen stehen die Perspektiven, Interessen und Wünsche der Betroffenen im Fokus.
- ▶ Vorfälle werden anonym behandelt und erfasst.
- ▶ Die Publikation einzelner Vorfälle, z.B. auf Social Media, erfolgt nur nach Rücksprache mit den Betroffenen.
- ▶ Der Kontakt mit Meldenden ist mehrsprachig und kostenlos.
- ▶ Meldende können Betroffene, Angehörige, aber auch Zeug*innen sein.

Diese Kriterien sind auch für die Arbeit der Beratungsstelle OFEK Sachsen bindend. Wichtig für beide Projekte ist ein regelmäßiger Austausch mit den jüdischen Communities, da deren Erfahrungen und Anliegen für unsere Arbeit maßgeblich sind. Weiterhin richtet sich die Melde- und Beratungsstelle an die Zivilgesellschaft, Politik und Behörden. Durch Veranstaltungen, Publikationen u.v.m. wird das Phänomen Antisemitismus anhand konkreter Beispiele in seinen Facetten und Wirkungen verständlich gemacht. RIAS Sachsen führt außerdem ein Monitoring von antisemitischen Veranstaltungen und Diskursen in der Region durch (online und offline).

Die Beratungspraxis der Beratungsstelle OFEK Sachsen^[6]

Die Beratungsstelle OFEK e.V. und die von OFEK getragenen regionalen Standorte zielen darauf ab, Betroffene, ihre Angehörigen als auch Zeug*innen antisemitischer Übergriffe umfassend zu beraten und zu begleiten. Das Ziel ist die Bewältigung materieller und immaterieller Folgen der Gewalt und Diskriminierung in all ihren Ausprägungen. Darüber hinaus bietet OFEK auch Schulen, Vereinen, Verbänden oder Behörden fachliche Beratung bei Vorfällen wie auch be-

darfsbezogene Fortbildungen an. OFEK orientiert sich an fachspezifischen Qualitätsstandards der professionellen Opferberatung und entwickelt eigene Qualitätsmerkmale und Beratungsprinzipien, vor allem bezogen auf die Beratung im Kontext von Antisemitismus und jüdischer Community. Zum Beratungsangebot bei antisemitischen Vorfällen gehören Einzelfall- und Gruppenberatung, Unterstützung, juristische Erstberatung, psychologische Beratung, Begleitung bei Strafverfahren und Gerichtsprozessen, Beratung zu Härteleistungen bzw. Opferentschädigung. Zentral dabei sind die Parteilichkeit, Vertraulichkeit, Mehrsprachigkeit und Vertrauensarbeit als Grundpfeiler der Beratung. Ausgehend von den Bedarfen und vorhandenen Ressourcen der Ratsuchenden stehen als Teil der Beratungsplanung mögliche Handlungswege und gemeinsame Entscheidungen im Fokus. Um die Ansprache der Beratung zu erhöhen, schaltet OFEK bundesweit und auch regional in Sachsen eine nahezu täglich geschaltete Hotline und einen Chat-Kanal.

Fazit

Durch die auf ähnlichen Erfassungskategorien beruhenden Berichte antisemitischer Vorfälle der Meldestelle RIAS Sachsen und die Beratungsstatistik der Beratungsstelle OFEK Sachsen wird ein Einblick in die registrierten antisemitischen Vorfälle ermöglicht. Meldende und Ratsuchende können sich auch bei antisemitischen Vorfällen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze an uns wenden. Deshalb können die Statistiken der Meldestelle von denen der Polizei abweichen. Zum Zweck der Vollständigkeit wird aber auch in Sachsen auf die PMK-Statistik der Polizei zurückgegriffen. Ziel ist es auch, mit anderen Dokumentationsstellen in der Region ein Meldernetzwerk zu etablieren, um einen möglichst umfassenden Überblick über Antisemitismus in Sachsen zu erlangen. Gleichzeitig liegt uns die Zusammenarbeit der Beratungsstelle mit anderen Beratungsstellen am Herzen. So kann die gegenseitige Verweisberatung in der Region ermöglicht und Unterstützung vor Ort ausgebaut werden. ■

[3] Bundesverband RIAS/ IIBSA (2021): Mobilisierungen von israelbezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet 2021. 5. Online abrufbar unter report-antisemitism.de

[4] Weitere Infos unter report-antisemitism.de

[5] Weitere Infos unter cst.org.uk

[6] Mehr dazu: „Erkennen, Einordnen, Unterstützen“ (2022). Hrsg. OFEK e.V. Berlin.

Kontakt Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus Sachsen

RIAS Sachsen: info@rias-sachsen.de | +49 (0) 159 0677 8551

OFEK Sachsen: sachsen@ofek-beratung.de | +49 (0) 176 458 755 32

OFEK e.V.: www.ofek-beratung.de | +49 (0) 800 664 52 68 | +49 (0) 176 458 755 32



Meldestelle
Antisemitismus
RIAS Sachsen

LICHT INS DUNKEL BRINGEN

Einrichtung einer Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Sachsen

von MIA (Melde- und Informationsstelle
Antiziganismus Sachsen)

[1] Tagesspiegel vom 17.10.2022: Hitlergrüße und ‚Sieg Heil‘: Berliner Fans fallen in Leipzig negativ auf.

[2] Sachsen-Monitor 202/22. Online abrufbar unter [staats-regierung.sachsen.de](https://staatsregierung.sachsen.de)

[3] Die Firma Knorr hat sich 2020 dazu entschieden, ihre Sauce umzubenennen. Online abrufbar unter utopia.de

[4] taz vom 11.09.2018: Roma in Sachsen: Es brennt in Plauen. Online abrufbar unter taz.de

[5] Romano Sumnal / MIA Sachsen: Bericht zur Lage aus der Ukraine geflüchteter Rom*nja in Sachsen, August 2022. Online abrufbar unter romano-sumnal.de

[6] Dauth, Harika: Die Arbeit mit dem Fleisch. Die Prekarisierung von Rom*nja in Nordsachsen, in: Leipziger Zustände 2021, S. 21–23; Čagalj Sejdi, Petra: Systematische Unterdrückung. Junge Roma im Bildungssystem, in Leipziger Zustände 2019, S. 100–101.

[7] Vgl. Veltzke, Britta: Antiziganismus, Gadge-Rassismus oder schlicht Rassismus? Online abrufbar unter bpb.de

Seit April 2022 gibt es in Leipzig MIA Sachsen in der Trägerschaft von Romano Sumnal e.V. Die Melde- und Informationsstelle hat es sich zur Aufgabe gemacht, antiziganistische Zustände im Bundesland zu dokumentieren. Rassismus gegenüber Rom*nja und Sint*izze ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Es ist an der Zeit, das Dunkelfeld zu erhellen.

Leipzig, 15. Oktober 2022, Bundesligaspiel Hertha BSC gegen RB Leipzig. Bevor das Spiel beginnt, rufen Leute aus einer zehnköpfigen Truppe von Hertha-Fans eine antisemitische und antiziganistische Parole, um damit Anhänger*innen eines anderen, als links geltenden, Brandenburger Fußballclubs zu beleidigen.^[1] Eine Woche zuvor, selbe Stadt: Ein Mann bedroht nach der Trennung seine Ehefrau. Der Streit eskaliert so weit, dass die Polizei gerufen werden muss. Der Mann beschimpft seine ehemalige Partnerin rassistisch mit Verweis auf ihre Herkunft. Er verlangt Dankbarkeit von ihr, schließlich habe er sie „vor ihren Kinderhändler-Eltern gerettet“. Anfang des Jahres 2022: Wenige Monate nach Beginn des Schuljahres schickt die Grundschullehrerin den Eltern eines Erstklässlers einen Antrag auf Einschulung in eine Förderschule. Die Eltern werden nicht darüber aufgeklärt, was das genau bedeutet, es gibt keine anderen Lösungsversuche von Seiten der Lehrerin, um dem Kind über schulische Startschwierigkeiten hinweg zu helfen.

Diese wenigen Beispiele, die MIA Sachsen seit ihrem Bestehen erreicht haben, zeigen wie vielschichtig antiziganistisches Verhalten ist. Spätestens der Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, der 2021 erschienen ist, hat es ans Tageslicht gebracht: Rassismus gegenüber Sint*izze, Rom*nja und anderen Gruppen sowie Menschen, die als solche wahrgenommen werden, ist ein in Deutschland weit verbreitetes Phänomen und findet sich in allen Gesellschaftsbereichen. Gleichzeitig wissen wir noch viel zu wenig darüber, das Dunkelfeld ist immens.

Antiziganismus ist die in der Gesellschaft am meisten akzeptierte Form von Rassismus, die nicht nur in rechten Kreisen auftritt, sondern weit in die Mitte der Gesellschaft reicht. Erst kürzlich wurde der Sachsen-Monitor veröffentlicht, der die Bevölkerung unter anderem zur Ausprägung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit befragt. 35 % der Befragten stimmten voll oder eher der Aussage zu, sie hätten ein Problem damit, wenn Sinti oder Roma in ihrer Nachbarschaft leben.^[2] Die weite Verbreitung von Antiziganismus zeigt allein ein Blick in die Speisekarten heimischer Gaststätten, auf die Aufsteller von Fleischereimbissen oder in die

Saucenregale der Supermärkte. Es ist bei weitem noch nicht Konsens, dass es sich bei dem Wort „Z*****“ um eine diskriminierende Fremdbezeichnung handelt, auch wenn sich in letzter Zeit ein Umdenken andeutet.^[3] Dabei ist die unbedarfte Benutzung der Fremdbezeichnung, selbst die explizite Beschimpfung, nur die Spitze des antiziganistischen Eisbergs.

Romano Sumnal Verband der Roma und Sinti in Sachsen ist in Leipzig ansässig und beobachtet Antiziganismus seit der Gründung des Vereins im Jahr 2013. Seitdem wurden viele Menschen beraten und unterstützt, die aufgrund ethnischer Zuschreibung rassistisch diskriminiert worden sind. Der Verein wurde in den letzten zehn Jahren seines Bestehens immer wieder damit konfrontiert, wie sehr antiziganistische Diskriminierung den Alltag vieler Menschen in Sachsen bestimmt. In der Öffentlichkeit wahrgenommen, werden diese Lebensrealitäten kaum. Nur manchmal gelangt etwas an die Oberfläche. Zum Beispiel, als es 2018 in Plauen Brandanschläge auf zwei Häuser gab, in denen Rom*nja wohnten.^[4] In jüngster Zeit wurde bundesweit festgestellt, dass Rom*nja, die aus der Ukraine geflüchtet sind, benachteiligt werden. Das haben wir, trotz der allgemein großen Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten, auch in Sachsen beobachtet.^[5]

Das sind einzelne, besonders hervorstechende Fälle, daneben beobachten wir die strukturelle Diskriminierung durch Behörden, die Ausbeutung von EU-Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt, etwa in der Fleischindustrie oder die Benachteiligung von Rom*nja im Bildungswesen.^[6]

Was ist eigentlich Antiziganismus?

Unter Antiziganismus verstehen wir eine Form des Rassismus, die sich gegen Rom*nja, Sint*izze und andere Gruppen richtet, aber auch an Menschen, die als solche gelesen werden. Der Begriff selbst ist relativ jung und nicht unumstritten.^[7] Das dahinterstehende Phänomen gibt es allerdings seit Jahrhunderten. Vorurteile und Stereotype wie eine angenommene Bildungsunfähigkeit oder die Neigung zu Kriminalität wurden pauschal Menschen zugeschrieben, die zu einer vermeintlichen Gruppe der „Z*****“ zusammengefasst und ausgegrenzt wurden. In der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) gipfelten Ausgrenzung und Vertreibung in einem Völkermord, dem etwa 500.000 Menschen zum Opfer fielen. Der Völkermord wurde spät anerkannt und bislang nur schleppend aufgearbeitet. Die Vorurteile halten sich beharrlich auch in der Gegenwart. Mit Sint*izze und Rom*nja haben sie nichts zu tun, doch ist ihre Lebensrealität davon geprägt, aufgrund der Vorurteile ausgegrenzt und diskriminiert zu werden. In jüngster Zeit haben einige Studien festgestellt, wie und in

welcher Ausprägung es Antiziganismus in Deutschland gibt.^[7] Seit Anfang des Jahres 2022 werden Melde- und Informationsstellen Antiziganismus aufgebaut, die nun antiziganistische Vorfälle dokumentieren.

Auch in Sachsen fehlte bisher ein systematischer Überblick darüber, wie sich Antiziganismus hier äußert, wer davon wie konkret betroffen ist, und wer Antiziganismus in Sachsen ausübt. Dies soll nun MIA Sachsen (Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Sachsen) ändern. Das Ziel ist es, sachsenweit antiziganistische Vorfälle zu dokumentieren, Betroffene und Beobachter*innen zu beraten, die Öffentlichkeit zu informieren, und im Interesse der Betroffenen zu intervenieren.

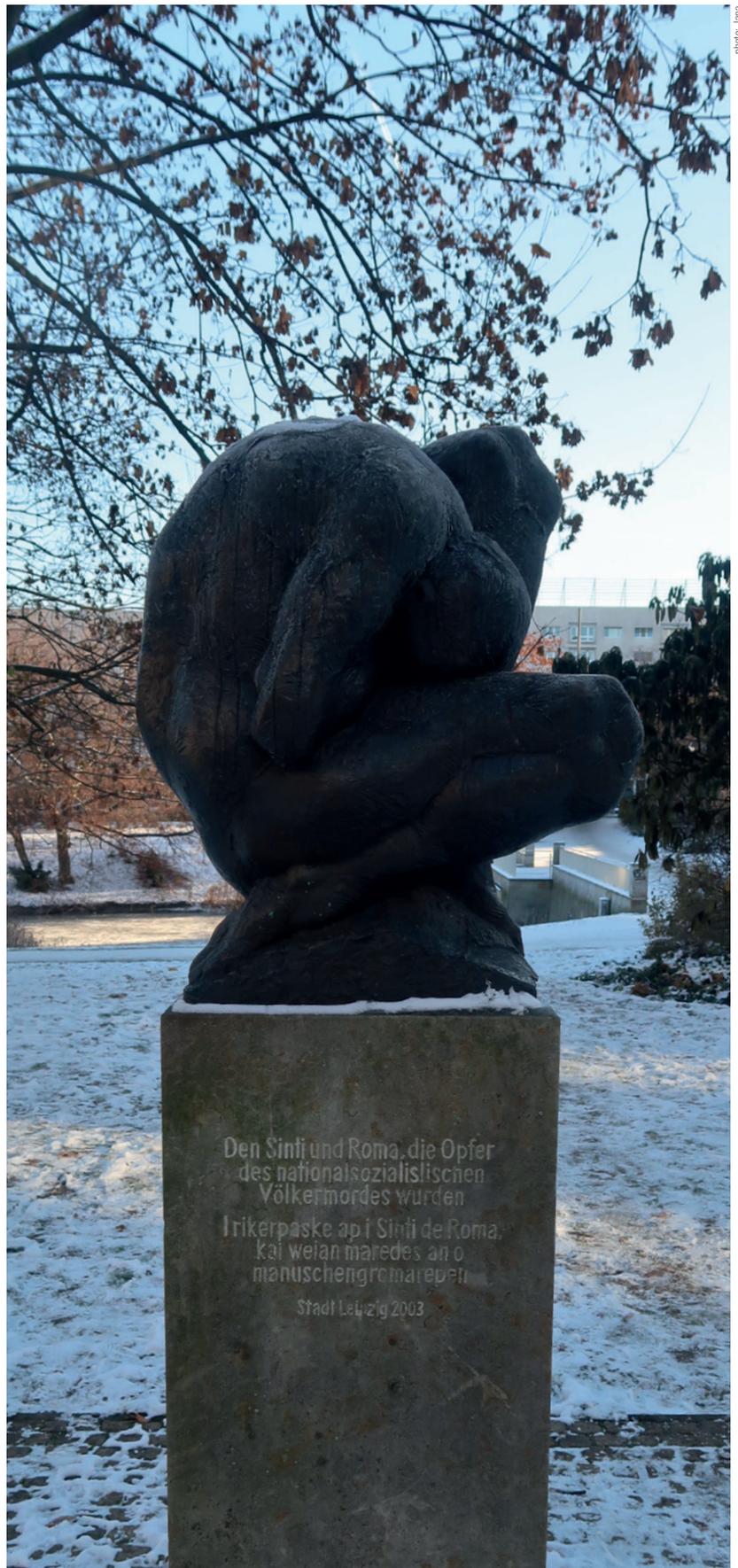
Wie funktioniert die MIA Sachsen?

MIA Sachsen ist Teil der Melde- und Informationsstellen Antiziganismus, die Ende 2021 ins Leben gerufen werden. Das Projekt wird vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma koordiniert und wurde zunächst vom Bundesinnenministerium, seit September 2022 vom Bundesfamilienministerium, finanziert. Ziel von MIA ist es, bundesweit antiziganistische Vorfälle in eine gemeinsame Datenbank einzuspeisen und auszuwerten, und politische Forderungen daraus zu generieren. Die Idee zu dieser Meldestelle geht auf langjährige Forderungen des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und seines Vorsitzenden Romani Rose zurück und wurde nun endlich umgesetzt.

MIA Sachsen richtet sich an Menschen, die von Antiziganismus betroffen sind, deren Angehörige oder Menschen aus ihrem persönlichen Umfeld, aber auch an Zeug*innen sowie Engagierte, Journalist*innen, Initiativen der Zivilgesellschaft etc. Antiziganistische Vorfälle kann man auf vielfältige Art und Weise melden: Über das Meldeformular auf unserer Homepage, über Soziale Medien, über Telefon oder Sprachnachricht. Die Meldungen können auf Wunsch anonym erfolgen. Gleichzeitig können sich Menschen aber auch direkt melden, wenn sie einen Vorfall nicht nur melden wollen, sondern auch dazu beraten werden möchten. Wir unterstützen Betroffene direkt und stehen auch mit anderen kompetenten Beratungsstrukturen in Kontakt und arbeiten bei Bedarf mit diesen zusammen. Außerdem kann man sich bei MIA Sachsen melden, wenn man sich als Verein, Initiative oder Behörde über Antiziganismus informieren oder Mitarbeiter*innen sensibilisieren möchte. ■

Kontakt MIA Sachsen

Mail: meldestelle@romano-sumnal.com
Meldeformular: romano-sumnal.de/vorfall-melden/
Telefon: 0341 24785244
Anruf oder Sprachnachricht: 01577/2116125



Denkmal für die ermordeten Leipziger Sinti*zze und Rom*nja in in der Goethestraße in Leipzig

BELÄSTIGUNGEN AUF DER STRASSE ANKREIDEN

von Catcalls of Leipzig

Das Team hinter Catcalls of Leipzig macht sexistische Belästigungen und gewaltvolle Übergriffe sichtbar, indem die Mitglieder die Vorfälle mit Kreide auf Leipziger Straßen schreiben. „Ankreiden“ nennen sie das. Hier erklären sie, wie sie arbeiten und warum sie den öffentlichen Raum für ihre Botschaften beanspruchen.

Wenn Menschen Belästigung erfahren, machen wir sogenannte Ankreidungen. Wir schreiben die Situationen mit Zitaten oder als Kurzfassungen mit Kreide dort auf die Straße, wo sie vorgefallen sind. Die Erfahrungen schildern uns Menschen über unseren Instagram-Account @CatcallsofLpz. Dann fotografieren wir die Ankreidungen und posten sie anonymisiert bei Instagram. Die Idee dafür stammt von Sophie Sandberg aus New York. Sie gründete CatcallsofNYC. Inzwischen gibt es weltweit etwa 300 Catcallsof-Gruppen, davon etwa 100 allein in Deutschland. Zugesendet werden uns die Vorfälle fast immer von den Betroffenen selbst, manchmal auch von Vertreter*innen der Betroffenen. Alle Catcallsof-Accounts gehören offiziell der Organisation Chalkback an und es gibt sowohl eine internationale als auch nationale Vernetzung. Wir veranstalten regelmäßige Plena, bei denen wir z.B. über Finanzierung oder Aktionstage sprechen. Außerdem tauschen wir uns mit anderen Gruppen aus Leipzig aus und nehmen an Veranstaltungen teil. Es geht dabei um Themen wie selbstbestimmte Abtreibung, Antirassismus, Polizeigewalt oder Transfeindlichkeit.

Der Workload ist hoch, da es über unseren Instagram-Account viele Meldungen gibt, die wir bearbeiten und ankreiden müssen. Meistens beantworten wir Nachrichten zu zweit. Das hat den Grund, dass wir uns so gegenseitig unterstützen können, wenn wir selbst getriggert werden oder nicht genau wissen, wie wir auf die Meldungen reagieren sollen. Vergewaltigungen kreiden wir immer mit einem Kampfspruch an, anstatt sie zu beschreiben: „Ein Angriff auf eine* ist ein Angriff auf uns alle.“ Damit drücken wir Unterstützung und Solidarität mit den Betroffenen aus. Ansonsten machen wir immer Triggerwarnungen vor und hinter der Ankreidung. Denn wenn wir Vorfälle nicht explizit beschreiben, schützt uns das nicht.

Grundsätzlich wollen wir, dass es Solidarität gibt, wenn Leute mitbekommen, wie eine Person im öffentlichen Raum belästigt und angegriffen wird. Das passiert meistens nicht.

Einmal kamen bei einem öffentlichen Ankreide-Event, das wir organisiert haben, eine Mutter und ihre Tochter gemeinsam vorbei. Beide kreideten ihre eigenen Erfahrungen an. Danach kam die Mutter auf uns zu und erzählte, dass sie sich dadurch an viele Catcalls in ihrer Jugend erinnerte und an ihre damalige Wut. Sie erzählte auch, dass sie unsere Wut über das Patriarchat nachvollziehen könne. Dieser Bonding-Moment zwischen den Generationen war schön.

Indem wir die Erfahrungen von Betroffenen sichtbar machen, wollen wir den öffentlichen Raum zurückerobern. Denn oft lassen die Belästigungserfahrungen Betroffene mit einem Gefühl der Machtlosigkeit zurück. Das Ankreiden des Vorfalls ist ein Akt der Selbstermächtigung. Wir wollen die kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Themen öffentlicher Raum und Diskriminierung fördern, die konsequent falschen Täter- und Opferbilder entlarven und Rassismus entgegentreten.

Immer wieder machen wir zusammen mit anderen Gruppen, etwa dem Fem*Streik, gemeinsame Aktionen. Dieses Jahr etwa zum Thema (Heim-)Wege. Wir haben nicht nur angekreidet, sondern einen Brief mit Forderungen für mehr Sicherheitsvorkehrungen abseits der Polizei an die Stadt und ÖPNV geschickt. Aber auch nach anderen Geschehnissen haben wir angekreidet, etwa nach Jina Masha Aminis Ermordung in Iran.

Mittlerweile haben wir eine so große Reichweite, dass wir mit den Ankreidungen kaum hinterherkommen. Deshalb haben wir eine Supportgruppe gegründet, damit uns Menschen beim Ankreiden helfen können. Perspektivisch wollen wir ein noch größeres Ankreide-Support-Team haben, sodass kontinuierlich die Erfahrungen angekreidet werden können. Und wir mit unserer Reichweite den Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung noch intensiver unterstützen. ■



Catcallsof-Gruppen kreiden im wörtlichen Sinne sexuelle und sexistische Belästigungen öffentlich an

„BETROFFENENSTIMMEN HÖRBAR MACHEN“

Ein Interview mit Anna und Eva vom chronik.LE-Podcast „Bei uns doch nicht!“

Von Pia Siemer

Anna und Eva machen seit Frühjahr 2021 den chronik.LE-Podcast „Bei uns doch nicht!“, der monatlich erscheint. Im Interview erzählen sie, warum sie das Format Podcast für so wichtig halten und warum es gleichzeitig so schwierig ist, die Folgen kurz zu halten.

Ihr seid im Frühjahr auf chronik.LE zugekommen und habt vorge schlagen, einen Podcast zu konzipieren. Wie kamt ihr darauf?

Anna: Wir haben beide schon viel Radio gemacht und dachten, es wäre cool, wenn es so etwas gibt.

Eva: Wir hatten von Anfang an Bock darauf, mit einer bestehenden Gruppe zu arbeiten, die schon Inhalte hat. Es sollte auch ein politischer Podcast sein mit einem Bildungsanspruch. Wir wollten gerne einen Fokus auf antifaschistische Arbeit mit dem Podcast legen. Und da haben wir an chronik.LE gedacht.

Anna: Durch die Zusammenarbeit mit chronik.LE müssen wir gar keine neuen Themen suchen, sie sind ja schon da. Wir wollten die vielen Ereignisse in der Dokumentation mit Kontext unterfüttern. Denn die vielen diskriminierenden Ereignisse passieren ja nicht im luftleeren Raum.

Warum haltet ihr das Format Audio für richtig, um diese Themen zu behandeln?

Eva: Erstmal sind viele ein bisschen lesefaul, da ist es schön, wenn man seine Infos auch durch Zuhören konsumieren kann. Und der Podcast bietet die Möglichkeit, die Stimmen von Betroffenen wortwörtlich hörbar zu machen.

Anna: In Texten ist das oft abstrakter, das gesprochene Wort kann viel mehr transportieren und es ist auch niedrighschwelliger.

Eva: Ja, aber ohne, dass die Inhalte dadurch verflachen.

Anna: Außerdem ist es eine Möglichkeit, sich jeden Monat intensiv mit den Themen von chronik.LE auseinanderzusetzen. Die Leipziger Zustände sind toll, aber sie erscheinen ja nur alle zwei Jahre.

Was ist das Schwierigste für euch daran, die Themen umzusetzen?

Eva: Die Länge ist auf jeden Fall ein Problem, wir könnten auch jedes Mal eine zweistündige Folge daraus machen.

Anna: Ich finde es auch schwer, eine Auswahl zu treffen, mit wem wir reden. Es gibt ja zu jedem Thema noch zehn Perspektiven mehr. Aber wir wollen den Personen, mit denen wir sprechen auch viel Raum geben, deswegen müssen wir uns notwendigerweise beschränken.

Welche Folge hat euch bisher selbst am besten gefallen?

Eva: Ich finde die beiden Folgen zu Kampfsport immer noch super, vor allem die zu den feministischen Perspektiven darauf. Die wurde auch am meisten gehört.

Anna: Mir gefällt auch der Jahresrückblick, den wir Ende 2021

in einer Folge gemacht haben. Dafür haben wir mit ganz vielen Gruppen gesprochen, die in und um Leipzig aktiv sind. Das Netzwerken ist in der Corona-Zeit ja einfach komplett weggefallen und das Gefühl, eine Community zu sein, war irgendwie nicht mehr da. Auf die Folge haben wir so viel Rückmeldung bekommen, was gezeigt hat, dass alle Gruppen noch da und aktiv waren und dass es den Austausch gebraucht hat.

Welche Themen würdet ihr gerne noch behandeln?

Anna: Es ist echt schwer, allen Themen gerecht zu werden. Wir planen schon länger eine Folge über Sozialchauvinismus und Klassismus, also zum Beispiel über die Diskriminierung, die wohnungslose Menschen erfahren. Auch über Behindertenfeindlichkeit würden wir gerne sprechen. Ich wünsche mir auch, dass wir noch mehr in das Umland von Leipzig blicken, aber oft ist es doch einfacher, Kontakt in der Stadt zu Gesprächspartner*innen zu bekommen.

Eva: Im Moment beschäftigen mich die Themen Armut, steigende Energiepreise und Vereinnahmung der Proteste durch Rechte. Außerdem wollen wir noch eine Folge über Queerfeindlichkeit, insbesondere Transfeindlichkeit machen.

Anna: Ich bin immer wieder überrascht, wie viele Leute mit uns für den Podcast reden wollen. Das Schöne an dem Format Podcast ist ja auch, dass man sehr sensible Themen behandeln kann, ohne dass Gesprächspartner*innen notwendigerweise ihre ganze Identität preisgeben müssen. Dadurch bekommen wir immer wieder einen Zugang zu unterschiedlichen Perspektiven. ■

Die Fragen stellte Pia Siemer.

Zu hören gibt es den Podcast „Bei uns doch nicht!“ auf Spotify, Mixcloud, auf Sphere Radio, im Archiv der Freien Radios (www.freie-radios.net) und natürlich auf der Website von chronik.LE.



Seit 2021 produzieren Anna und Eva monatlich den Podcast „Bei uns doch nicht!“

DIE EIGENTLICHE KATASTROPHE IST DAS „SO WEITER MACHEN“

von Pia und Walther

In der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dauerkrise scheint sich linke Politik zunehmend darauf zu beschränken, die Feuerwehr zu spielen. Wo bleibt der Platz, von einer besseren Gesellschaft zu träumen? Wir möchten einen Dialog über gelebte Utopien in Leipzig beginnen.

Leipzig im Herbst 2022. Große Demonstrationen nehmen die Innenstadt jeden Montag für sich ein, die starke rechte Präsenz auf diesen, wenn auch heterogenen Protestzügen ist nicht zu leugnen. Mal wieder. Nach Querdenken-Demonstrationen, nach LEGIDA sind es wieder linke Gruppen, die versuchen auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und den rechten Kräften etwas entgegen zu setzen. Sie verwenden dafür ihre begrenzte Zeit. Und die vielen anderen Themen und Krisen gibt es ja auch noch – den Kampf um das Klima, die Befreiung von Frauen und Queers. Müdigkeit und Resignation machen sich breit, nicht zuletzt durch die kräftezehrenden Belastungen der Coronapandemie, die vielen noch in den Knochen steckt. Beschränkt sich linke Politik in Leipzig und anderswo darauf, die Feuerwehr zu spielen und den Brand zu löschen, der unsere Aufmerksamkeit am meisten benötigt?

Die ökologischen, sozialen und ökonomischen Dauerkrisen im Kapitalismus spiegeln sich nicht zuletzt in politischen Krisen wie der Coronapandemie und dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wieder. Diese multiplen Krisen, begleitet von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Verschwörungstheorien, bringen sowohl die Notwendigkeit als auch die Lähmung linker Theorie und Praxis hervor. Dass es so weitergeht wie bisher, ist die Katastrophe. Doch für den Griff nach der Notbremse sind unsere Arme zu schwer, orientierungslos und scheinen, wenn dann doch nur letzte Strohhalme zu greifen.

Die Zukunft hat sich nicht nur für eine Linke, sondern für viele gesellschaftliche Gruppen verfinstert. Unterschiedliche apokalyptische Szenarien werden von Extinction Rebellion bis AfD gezeichnet. „Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus“, postulierte Fredric Jameson treffend. Diese Entwicklung erscheint als ein beängstigender, rasender Stillstand, bei dem die Gesellschaft beständig im Wandel ist, ohne Sinn oder Richtung. Der bedrohliche Anblick der Zukunft und die scheinbare Ausweglosigkeit münden teils in nostalgische Rückbesinnung auf die Vergangenheit, teils in eine reine Fokussierung auf das eigene Überleben und läuft Gefahr, das gute Leben für alle aus dem Blick zu verlieren. Doch wie sieht es überhaupt aus, das gute Leben? Wann bleiben uns Zeit und Raum, die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Utopie zu formulieren in diesen Zeiten?

Utopie, das Träumen von einer besseren Gesellschaft, ist heute für viele abgewertet und negativ konnotiert. Es wird sich damit abgefunden, dass die Welt und die Menschen nun mal so wären wie sie im patriarchalen Kapitalismus sind und alle Alternativen dazu „utopisch“ seien. Den Widerspruch zwischen den Träumen und der Unmöglichkeit ihrer Erfüllung im Hier und Jetzt, aber auch im Morgen, lösen viele Menschen damit auf, indem sie sich mit der Unmöglichkeit identifizieren. Sie sagen, dass das nicht sein soll, von dem sie fühlen, dass es ja gerade sein sollte.

Utopie hat jedoch immer zwei Voraussetzungen: eine Kritik des Bestehenden und eine Bestimmung des Möglichen, und überschreitet damit das einengende Bilderverbot als auch die Willkür der Wunschutopie. Kritik zielt auf Utopie. Wir können eine Utopie nicht auspinseln, und dennoch wird sie erst im praktischen Prozess konkreter. Fragend müssten wir voranschreiten. Linksradikale emanzipatorische Praxis hat allerdings das grundlegende Problem, dass sie sich in einer Gesellschaft bewegt, die sie eigentlich überschreiten will. Für die Leipziger Gruppe #KeineMehr beispielsweise würde Utopie ein Leben in Freiheit und ohne Angst für alle Frauen und LGBTIQAs, ein Ende der Gewalt, bedeuten.

Wir glauben, dass eine Perspektive auf Utopie für eine radikale und effektive politische Praxis unabdingbar ist, einerseits, um auf einem Weg dem Ziel näher zu kommen, andererseits, um neben der Kritik des Bestehenden einen positiven Bezugspunkt linker Identität zu schaffen. Letztlich, um überhaupt die Kraft zum Kämpfen und zum Hoffen zu haben, auch wenn wir nicht zuversichtlich sein können.

Deswegen möchten wir ein Gespräch über das gute Leben beginnen und euch herzlich dazu einladen. Welche Rolle spielt Utopie für eure Praxis und euer Denken? Wo seht ihr die großen Lücken zwischen Theorie und Praxis? Was wollen wir in Zukunft diskutieren? Wo lebt ihr das -Utopische bereits? Und vor allem: Wie geht ihr mit den Widersprüchen um, die die Realität unweigerlich mit sich bringt? Aus den Gesprächen können bspw. eine Folge des chronik.LE-Podcasts „Bei uns doch nicht!“, eine gemeinsame Veranstaltungsreihe, Texte, Aktionen und Ausflüge entstehen.

Schreibt uns gerne an utopien-leipzig@riseup.net, um das Gespräch über das gute Leben für alle zu beginnen. ■

IMPRESSUM

Leipziger Zustände 2023

Herausgeberin: chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

Redaktionsschluss: November 2022

Rechte: © 2023 chronik.LE und die jeweiligen Autor*innen. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf*innen.

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich. Grundsätzlich ausgeschlossen sind Medien der extremen Rechten.

Bezug: Die Broschüre steht unter www.chronikLE.org zum Download zur Verfügung und kann gegen eine Versandgebühr als Printversion bestellt werden.

„Leipziger Zustände“ wird in Leipzig und Umgebung an ausgewählten Orten ausgelegt.

V.i.S.d.P: S. Hummel, chronik.LE
Engagierte Wissenschaft e.V.
Ecksteinstraße 29, 04277 Leipzig

Lektorat: Hanne Tijman, Franziska Werner

Layout: chronik.LE

Kontakt:
Email: chronik.LE@engagiertewissenschaft.de
Web: www.chronikLE.org
Twitter: twitter.com/chronik_LE
Facebook: facebook.com/chronik.LE
Telegram: telegram.me/chronik_LE

Wir freuen uns über Spenden:
Engagierte Wissenschaft e.V.
IBAN: DE16 8306 5408 0004 0315 63
BIC: GENODEF1SLR
Deutsche Skatbank
Verwendungszweck: Spende chronik.LE

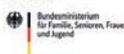
In Trägerschaft von:

**: ENGAGIERTE
WISSENSCHAFT E.V.**

Gefördert durch die Partnerschaft für Demokratie „Leipzig, Ort der Vielfalt“



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms



sowie vom Freistaat Sachsen



In Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen.



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtages beschlossenen Haushaltes.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerungen des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

chronik.LE

www.chronikLE.org